Landes-
hauptstadt Kiel

Niederschriften der Sitzungen der Gemeinderäte 1934 - 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Gemeinderäte
Signaturen: P II/37 – II/63

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 5. Januar 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 1 Vorlage eingegangen ist.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 21. Dez. 1942.

2

-1-

U. R. mit 1 Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt,
mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 5.000.-
zu genehmigen.

[signature] / Jn 21/12.42.

E n t s c h l i e s s u n g .

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausser - planmässigen - Ausgabe von RM 5000.-- bei der - neueinzurichtenden - Finanzplanstelle V 812/ 131 Ro 6400 gemäss § 15 Abs. 5 Eig- Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Vorarbeiten für die Verlegung einer Gasfernleitung von Kiel nach Neumünster.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. -6545-

K i e l , den 8. Jan. 1943 ~~19~~

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel.

Abt.: R/Ca

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 9. Dez. 1942

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,-- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von
Gasfernversorgung Kiel-Neumünster-

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Die Gasfernleitung Kiel-Neumünster soll zur Sicherung der Gasversorgung der Stadt Kiel einschl. der Wehrmachts- und Industrieanlagen bei teilweisem Ausfall des eigenen Werkes dienen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Gasversorgung Neumünster vorübergehend von Kiel zu übernehmen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 1.800.000.-- RM.

Abteilung R
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 14.12.42 vorgetragen.

Ergebnis: gb

Unterschrift des Werkleiters B

3a) Zurück an Abt. R -

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,-- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die
Vergebung des Auftrages an die Firma:

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . ~~.~~ der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . ~~.~~ . . . . . RM, zu zahlen mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . ~~/~~ . . . . . RM im . . . . . ~~/~~ . . . . . .

mit . . . . ~~/~~ . . . . . RM im . . . . ~~/~~ . . . . . .

7 .) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel ~~für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben~~, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V. 812/131 Kto. Ro 6400	Vorarbeiten für die Verlegung einer Gasfernleitung von Kiel nach Neumünster	c) 5000,-	a) 5000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . [signature] . . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: . . . . . .

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: . . . . . .

1 o.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . 194..

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Genehmigt: [signature] . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

4

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 11. Januar 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 5 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 17. Dez. 1942.

5

U. R. mit 2 Anl.

2

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt,
mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 15.000.-- zu genehmigen.

Kostenanschlag liegt bei.

Jn 17/12.

E n t s c h l i e s s u n g :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer - ausser - planmässigen Ausgabe von 15. 000.-- RM bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 810/ 130 V 5580 - gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Beschaffung einer Werkskücheneinrichtung. - 6547 -

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 13. Jan. 1943 19 .....
DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

Stadtwerke Kiel.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)

Kiel, den 28.Nov.1942. 194....

Abt.: ....V.....

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,— RM an) auf Lieferung - ~~Ausführung - Herstellung~~ - Einbau von einer Werkskücheneinrichtung.

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Die dauernde äusserst starke Beanspruchung der Gefolgschaftsmitglieder macht es im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit ~~der Gefolgschaftsmitglieder~~ erforderlich, dass den Männern Gelegenheit gegeben wird, in den Werken ein warmes Mittagessen einzunehmen. Die Möglichkeit, an anderer Stelle ein Essen herstellen zu lassen, ist mit negativem Erfolg geprüft worden.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..15.000,-.....RM.

.....

Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.

Ergebnis: .....

.....

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,— RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Gauwaltung der DAF, Abt. Gemeinschaftsverpflegung.

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

Im freien Handel sind Kücheneinrichtungen z.Zt. nicht zu beschaffen. DAF sind Die Einrichtungen vom Oberkommando des Heeres für die Ein tung von Werksküchen an die Hand gegeben worden.

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . . RM, zu zahlen mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7 .) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, ~~gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben,~~ sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 810/130 V 5580	Beschaffung einer Werks-Kücheneinrichtung	c 15000.-	b 15000.-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlag die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: . . . . . .

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: . . . . . .

1 o.) Abt. V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . 194.

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Stadtwerke Kiel

Kiel, den 30. November 1942

7

Kostenanschlag

für die Errichtung einer Gefolgschaftsküche bei den Stadtwerken.

Für die Errichtung der Gefolgschaftsküche sind 15.000,-- RM vorgesehen. Genaue Kostenanschläge können z.Zt. noch nicht beigebracht werden, da die Raumfragen noch nicht endgültig geklärt sind. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

a)	1 pompl. Küche einschl. aller Nebengeräte lt. Aufstellung der DAF.	10.000,-- RM
b)	Herstellung der Gas-, Wasser-, Abfluss- und Lüftungsanlagen sowie Einbau von Regalen in die Vorratsräume	3.000,-- "
c)	Ergänzung des Inventars für die Wirtschafts- und Speiseräume	1.000,-- "
d)	Beschaffung von Speiseträgern (Thermosgefässen zur Belieferung der verstreut liegenden Werke und Baustellen mit warmen Gerichten	1.000,-- "
		15.000,-- RM

tadtwerke K i e l
= V r / J e =

Kiel, den 29. Dez. 1942.

8

U. R. mit 2 Anlagen

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt,
mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 7000.--
zu genehmigen.

[signature] /Fr.

E n t s c h l i e s s u n g .

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer - ausser - planmässigen Ausgabe von RM 7000.-- bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 812/120 G 5030 - gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für
Herstellung eines Entlastungskanals für den Regenwasserkanal vom Apparatehaus Wik II zum Kaiser Wilhelm Kanal. - 6546 -

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 13. Jan. 1943 19....

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

[signature]

S t a d t w e r k e K i e l
Abt.: G.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 23. Dezember 194.2

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf ~~Lieferung - Ausführung~~ - Herstellung - ~~Einbau von~~ eines Entlastungskanals vom Ablauf des Reutherkühlers zur Schleuse.

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Ar beiten usw.:

Der vorhandene Regenwasserkanal auf dem Gaswerk Wik II ist überlastet; der Wasserstand in den Schächten ist bedenklich hoch. 60% der durch den Regenwasserkanal abgeführten Wassermengen macht das Kühlwasser der Reuther-Kühler aus und es wird vorgeschlagen, dieses klare Wasser unmittelbar von den Kühlern nach dem Kaiser-Wilhelm-Kanal abzuleiten. Eine mündliche Genehmigung des Wasserstrassenverkehrsamt Holtenau (Herr Oberbaurat Thormest) ist erteilt.

Wir bitten die Mittel aus dem Schöpftitel 1942 bereitzustellen und freizugeben.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 7.000,- RM.

R. Lehmann Ing.
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 21.12.42 vorgetragen.
Ergebnis: Ja

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die
V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a:

Oberbürgermeister Kiel; Arbeitsgebiet Tiefbauwesen.
Das Angebot vom 15. Dezember 1942 ist beigefügt.

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages 7.000,- RM, zu zahlen mit 7.000,- RM im Januar 1943

mit ..... RM im .....

mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, ~~gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben~~, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/120 G. 5030	Herstellung eines Entlastungskanals für den Regenwasserkanal vom Apparatehaus Wik II zum Kaiser-Wilhelm-Kanal	b) 7.000,-	a) 7.000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: .....

10.) Abt.V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den ..... 194..

Genehmigt: .....

Unterschrift beider Werkleiter

.....

Unterschrift des Leiters der Abt. V

Abschrift.

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet Tiefbauwesen.
Ti.

Kiel, den 15. Dez. 1942.

10

An die Stadtwerke
Gaswerk W i k
h i e r ,

Betrifft: Herstellung eines Entlastungskanals.

Die Kosten für den Einbau eines Steinzeugrohrkanals mit einem Durchmesser von 25 cm vom Uhrenhaus bis zum Kaiser Wilhelm Kanal werden voraussichtlich betragen:

150 lfd/m Steinzeugrohrkanal 0,25 cm zu verlegen einschl. Lieferung der Materialien und Ausführung aller Arbeiten lfdm 38 RM	5.700.--	RM
4 St. Schächte wie vor, f. d. Stück 2oo.-- RM	800.--	"
Für Bauleitung und ~~Un~~vorhergesehene Lieferungen und Arbeiten	500.--	"
insgesamt RM	7.000.--	

I. A. gez. Franke

beglaubigt:
Stadtangestellte
gez. Brammer.

Stadtwerke K i e l
= V r / J e =

11

Kiel, den 29. D e z . 1942.

U. R. mit 1 Anlage

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung
durch das Rechnungsprüfungsamt

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 4.200.-- zu genehmigen.

/ 29/12.

E n t s c h l i e s s u n g

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer - ausser - planmässigen Ausgabe von RM 4.200.-- bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 812/ 125 G 7028 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Beschaffung einer Laboratoriumsverkokungsvorrichtung für das Gaswerk Wik .
Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. -6548-

K i e l , den 13. Jan. 1943 19 . .

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

S t a d t w e r k e Kiel
Abt.: G.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 21. Dezember 1942

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung ~~- Ausführung - Herstellung - Einbau von~~ einer Laboratoriumsverkokungsvorrichtung für Gaswerk Wik.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:
Bei der Überprüfung des Finanzplanes im Oktober 1941 sind von uns die bei Titel V.812/25 Konto G.7028 am 31.7.41 von der Kämmerei-Verwaltung -6224- bereitgestellten und freigegebenen 4.200,- RM abgesetzt in der Annahme, daß die Anlieferung im laufenden Rechnungsjahr 1941 nicht mehr erfolgen werde. Auf der Dienstreise ins Ruhrgebiet am 6.11.42 hat unser Ingenieur Lehr bei der Lieferfirma W.Feddeler in Essen vorgesprochen wegen Anlieferung der Verkokungseinrichtung. Aufgrund dieser Verhandlungen ist am 4.12.42 eine Teillieferung der Verkokungsvorrichtung im Werte von 1.859,-- RM erfolgt. Mit der Restlieferung dürfen wir in diesem Rechnungsjahr auch noch rechnen. Wir bitten, die im Finanzplan 1942 abgesetzten 4.200,- aus dem Schöpftitel erneut bereitzustellen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 4.200,- RM.

K. Lehmann
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 21.12.42 vorgetragen.
Ergebnis: ja

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:
Die Auftragsvergebung an die Firma W. Feddeler in Essen ist bereits am 6.8.42 genehmigt.

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die
Vergebung des Auftrages an die Firma:

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . 4.200,- . . . . RM, zu zahlen mit . . . . 2000,- . . . . RM im . . Dezember 1942 . .
mit . . . . 2200,- . . . . RM im . . März 1943 . . . . .
mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung ~~und Freigabe~~ der Mittel für den vorstehenden Auftrag, ~~gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben,~~ sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/125 G.7028	Beschaffung einer Laboratoriumsverkokungsvorrichtung für das Gaswerk Wik	c) 4.200,-	b) 4.200,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlag die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: . . . . . .

Geprüft: . . . . . .

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung
a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:
~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den 194

Genehmigt: . . . . . Rogers Müller . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter — Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 18. Januar 1943.

13

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 5 Vorlagen eingegangen sind.

ab 19/1

2. Nachricht an die Ratsherren.

3. Z.d.A.

I.V.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über-außer-~~planmäßigen Ausgabe von ....63.--.... RM bei der ~~-neu einzurichtenden-~~ Haushaltsstelle ...921/65.....
(Abführung von Überschüssen aus der Verwaltung der für Rechnung des Staates angesteigerten Hausgrundstücke)
gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle ..921/503...= . . . .63.-- RM

" " " .....= . . . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l , den 19. Januar .....1943.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

M. Lindemann

Einsparung.

Begründung umseitig.

Städtische Hausverwaltung
A. 9

Kiel, den 7. Januar 1943

Begründung

Sowohl bei Aufstellung des Voranschlages für 1942 als auch bei Aufstellung des Nachtragshaushalts 1942 ließ sich noch nicht übersehen, ob bezw. in welcher Höhe die Verwaltung der für Rechnung des Staates angesteigerten Grundstücke einen Überschuß ergeben würde. Aus diesem Grunde wurden bei der Haushaltsstelle 921/65 keine Mittel bereitgestellt. Da die Abrechnung nunmehr einen Überschuß von 62,48 RM ergeben hat, ist dieser Betrag an die Regierungshauptkasse in Schleswig zu überweisen. Zur Ausführung dieser Überweisung ist die Bereitstellung der Mittel bei der Haushaltsstelle 921/65 erforderlich geworden.

Stadtwerke K i e l
V r / J e =

15

Kiel, den 7. Jan. 1943 19 ....

U. R. mit 1 Anlage

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt,
mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 64.000.-
zu genehmigen.

[signature]

/ Jr. 31/12.42.

E n t s c h l i e s s u n g .

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer - ausser - planmässigen Ausgabe von RM 64.000.- bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 813/ 131 Row 6500/ 16 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Rohrverlegung von Versorgungsleitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Wasserbehälters Prof. Peters-Platz.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. -6549-

K i e l ,den 19. Jan. 1943 ..... 19 .....

DER OBERBÜRGERMEISTER:

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

[signature]

Stadtwerke Kiel.

Abt.: Ro/L

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 15. Dez. 1942

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,-- RM an) auf ~~Lieferung~~ - Ausführung - ~~Herstellung~~ - ~~Einbau~~ von Rohrleitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Wassegbehälters auf dem Prof. Peters-Platz.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Um die schwierigen Wasserversorgungsverhältnisse zu beheben, ist auf dem Prof. Peters-Platz in Kiel ein neuer Behälter fertiggestellt worden. Zur Verteilung der Wassermengen ist die Verlegung neuer Wasserrohrleitungen notwendig. Gleichzeitig sollen diese Leitungen die Druckverhältnisse in verschiedenen Stadtgebieten verbessern und bei Ausfall grösserer vorhandener Leitungen die Versorgung weiterer Stadtgebiete übernehmen. Der Ausbau der Rohrleitungen erfolgt in 3 Bauabschnitten. Mit dem ersten Bauabschnitt soll noch im Jahre 1942 begonnen werden.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 245.000.-- RM.

Abteilung R

[signature]

Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 18.12.41 vorgetragen.

~~3a) Leiter R,~~

Ergebnis: ja

3a) Leiter R V-N

[signature]

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,-- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages ..... RM, zu zahlen mit ..... RM im .....
mit ..... RM im .....
mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel ~~für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls~~ für das ~~Gesamt~~ Teil bauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen~~:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 813/131 Konto 6500/16 Row	Rohrverlegung von Versorgungs-leitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Wasserbehälters Prof. Peters-Platz	c) 64.000.--	a) 64.000.--

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

180 lfd.m Gußeisenrohre 500 mm Ø einschl. Armaturen und Formstücke zu liefern und verlegen 17.200.-- RM
240 " " 400 mm Ø " " " " 15.600.-- "
575 " " 300 " " " " " 30.600.-- "
25 " " 200 " " " " " 600.-- "
Gesamtsumme des I.Bauabschnittes 64.000.-- RM

Abteilung R

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: .....

1 o.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung
a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:
~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den ..... 19..

Genehmigt: .....
Unterschrift beider Werkleiter

.....
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Stadtwerke K i e l
= V r / J e =

Kiel, den 6. Jan. 1943. 17

U. R. mit 1 Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung
durch das Rechnungsprüfungsamt
mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der
RM 2100.— zu genehmigen.

[signature]

/ 7/1.43.

E n t s c h l i e s s u n g .

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer - ausser - planmässigen Ausgabe von RM 2100.— bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 812/ 120 G 5030 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Beschaffung einer doppeltwirkenden Saug- und Druckpumpe für das Gaswerk Wik II

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. - 6550 -

K i e l , den 19. Jan. 1943 .....19.....

DerOberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

[signature]

S t a d t w e r k e K i e l
Abt.: G.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 30. Dezember 1942.

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - ~~Ausführung - Herstellung - Einbau~~ von 1 doppelwirkende Sauge- u. Druckpumpe.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Bei den umfangreichen Bauarbeiten auf dem Gaswerk Wik II machte sich das Fehlen einer großen Baupumpe oft arbeitshemmend bemerkbar. Die vorstehende Schlammpumpe soll diesen Übelstand abhelfen.

Die Mittel sind dem Schöpftitel zu entnehmen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 2.100,- RM.

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 5.1.43 vorgetragen.
Ergebnis: .....

.....
Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert: Fa. Leo Ross, Berlin W 9, Potidenerstr.23
welche kein Angebot einreichte.
Hammelrath u. Schwenger, Düsseldorf 763

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die

Vergebung des Auftrages an die Firma:

Fa. Hammelrath u. Schwenzer, Düsseldorf 763, deren Angebot zusagt: Die Preise sind angemessen und die Konstruktion der Pumpe ist solid und unseren Ansprüchen angepaßt.

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages 2.100,- RM, zu zahlen mit 2.100,- RM im Mai 1943

mit ..... RM im .....

mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, ~~gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben,~~ sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/120 G. 5030	Baupumpe	c) 2.100,-	a) 2.100,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschl die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Lt. Angebot Hammelrath u. Schwenzer v. 9.12.42

1 doppelwirkende Saug- u. Druckpumpe nebst Zubehör	RM 1.933,10
Frachtspesen u. Unvorhergesehenes	" 166,9
	RM 2.100,--

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: .....

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: .....

10.) Abt.V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den 19

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Genehmigt: .....
Unterschrift beider Werkleiter

.....
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

19

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 25. Januar 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 5 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außerplanmäßigen Ausgabe von 473,17 RM bei der Haushaltsstelle 025/~~640~~ 76 gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Betrag wird zur Zahlung der Miete an die städt. Hausverwaltung für die im Gebäude Eisenbahndamm 5 untergebrachte Ermittlungsstelle des Kriegsschädenamts für die Zeit vom 16.6. - 30.11.1941 bereitgestellt.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil von den als Haushaltssoll bei der Haushaltsstelle 025/605 bereitstehenden Mitteln 473,17 RM in Abgang zu stellen sind.

Die Gemeinderäte brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziff. 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~ außerplanmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 27. Jan. 1943 ~~1943.~~
Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens
Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

1) Eingetragen in die H.Ü.L. 025/76
2) Weiter an
das Hauptamt

Kriegsschädenamt - Fi -
Görzemann 1/2 1943

Begründung: Die Erwartung einer Erstattung der aus dem Vorschußkonto II M geleisteten Miete für die Ermittlungsstelle des Kriegsschädenamts als zusätzliche sächliche Ausgabe hat sich nicht erfüllt.
Der RMdI. hat vielmehr den Antrag auf Erstattung der Miete abgelehnt.

K i e l, den 20. Januar 1943.

Der Dezernent
des Kriegsschädenamts.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmässigen Ausgabe von 400,--RM bei der Haushaltsstelle 921/901

Ausstattung städt. Häuser für Luftschutzzwecke

gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 921/800 = 400,--RM

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO., nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-planmässige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den ~~20. Januar~~ 3. Feb. 1943 ~~1943.~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Stadtoberinspektor

Einsparung.

Begründung umseitig.

Städtische Hausverwaltung. K i e l , den 28. Januar 1943.

Begründung zur vorseitigen Entschließung.

In den verschiedensten Bezirken der Stadt Haben sich auf freiwilliger Grundlage Luftschutz-Einsatztrupps gebildet, die bereit sind, im Falle eines Fliegerangriffes die Häuser, das Hab und Gut und das Leben der Blockinsassen vor der Vernichtung zu schützen. Da für die Beschaffung der erforderlichen Luftschutzgeräte den Trupps keinerlei Mittel zur Verfügung stehen, treten sie mit der Bitte an die Hauseigentümer heran, das Vorhaben geldlich zu unterstützen.

In der Dezernenten-Besprechung am 12. 1. 1943 hat der Herr Oberbürgermeister entschieden, daß sich die Stadt an den Unkosten für die Ausrüstung der Einsatztrupps grundsätzlich beteiligen kann und hierfür einen Betrag von 400,--RM zur Verfügung gestellt.

Die bei der Haushaltsstelle 921/901 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1490,--RM sind bis auf 50,--RM erschöpft.

Die Haushaltsstelle 921/901 ist um 400,--RM zu erhöhen. Der gleiche Betrag wird bei der Haushaltsstelle 921/800 eingespart.

Ruff.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außer-planmäßigen Ausgabe von 328 ~~200~~ RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 716/971 ~~803~~ (~~Unterhaltung und Ergänzung des Betriebeinventars~~ Beschaffung von 2 Gebläsen) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 716/800 = ... 200 RM

" " " 716/803 = ... 128 "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~ außer-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 3. Feb. 1943 ~~19..~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Hinrichs

Stadtoberinspektor

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Durch Zufall werden dem städt.Laboratorium 2 neue Gasuhren zum Preise von 323 RM von der Firma E.Eydam in Kiel, Karlstraße 5, angeboten. Da Gasuhren im freien Handel äußerst schwer zu beschaffen sind, im Laboratorium Mangel an Gasuhren besteht und spätere Anschaffungen wahrscheinlich kostspieliger sind, wird vorgeschlagen, von dem Angebot Gebrauch zu machen. Zur Verstärkung der Haushaltsstelle 716/803 können die bei 716/800 bereitgestellten 200 RM herangezogen werden.

Kiel, den 26. Januar 1943.

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Hobeck

Der Oberbürgermeister - Betrieb 23 Kiel
Eing. -5 FEB. 1943
Gesch.-Zeichen

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ ~~außer~~ außer-planmäßigen Ausgabe von 328 ~~200~~ RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 716/~~803~~ 971 (~~Unterhaltung und Ergänzung des Betriebsinventars~~ Beschaffung von 2 Gasuhren) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 716/800 = 200 RM

" " " 716/803 = 128 "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~ ~~außer~~ außer-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 3. Feb. 1943 ~~19~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

Betriebsamt.

K, 18. 2. 43.

1/ Gr. Das Laboratorium ist tel. benachrichtigt, daß der Kauf getätigt werden kann.

wl. B. 2/ Zur Haush. Überw. Liste.

3/ ~~z. d. A. Vorschlag~~ U. dem Hauptamt hier weitergesandt

Einsparung. Lotje Begründung umseitig.

Begründung.

Durch Zufall werden dem städt.Laboratorium 2 neue Gasuhren zum Preise von 328 RM von der Firma E.Eydam in Kiel, Karlstraße 5, angeboten. Da Gasuhren im freien Handel äußerst schwer zu beschaffen sind, im Laboratorium Mangel an Gasuhren besteht und spätere Anschaffungen wahrscheinlich kostspieliger sind, wird vorgeschlagen, von dem Angebot Gebrauch zu machen. Zur Verstärkung der Haushaltsstelle 716/303 können die bei 716/300 bereitgestellten 200 RM herangezogen werden.

Kiel, den 26. Januar 1943.

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Lubeck

T a g e s o r d n u n g
für die Beratungen mit den Ratsherren am Donnerstag,
dem 4. Februar 1943, 18 Uhr,
Rathaus, Ratssaal.

1) Wiederherstellung der durch Feuer zerstörten Siloanlagen (Vorl.136).
2) Umsatzsteuer für die Konzessionsabgabe der Straßenbahn (Vorl.137).
3) Änderung des Stromlieferungsvertrages mit der Gemeinde Suchsdorf (Vorl.138).
4) Verkauf von Gelände am Grasweg an das Deutsche Reich (Reichsfiskus, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft) - Vorl.139 -.
5) Verkauf eines Grundstücks in Schönkirchen an die Firma Anschütz & Co. GmbH., Kiel-Neumühlen (Vorl.140).
6) Bereitstellung von 38.900 RM bei Finanzplan 851/125 (neue Position) für die Herrichtung einer Ladestraße bei der Nordostseehalle (Vorl. 141).
7) Verkauf eines Geländestreifens am Bahnhof Hassee an die Firma Gebr. Thony (Vorl.142).
8) Erhöhung der Haushaltsplanstelle 7100/820 "Gewöhnliche Abschreibungen" für das Rechnungsjahr 1941 (Vorl.143).
9) Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.
10) Verschiedenes.

K i e l , den 1. Februar 1943
Der Oberbürgermeister.

N i e d e r s c h r i f t

über die Beratungen mit den Ratsherren am 4. Februar 1943.

- - -

Anwesend: Oberbürgermeister Behrens; Stadträte Dr. Völckers, Dr. Schmidt, Werk, Hobeck, Linde; Ratsherren Andree, Andres, Blaas, Kesy, Kohrt, Paglasch, Scholz, Schrödter, Prof. Dr. Schwantes, Sperling; beurlaubt sind die Ratsherren Dr. Köster, Lienhart, Schramm, Stiebler, Struve, Ziegenbein.

Außerdem nehmen an der Sitzung teil: Stadtsyndikus Loewe, Stadtdirektoren Niemeyer und Thomsen; Oberverwaltungsräte Dr. Nordmann und Rulffs, Stadtverwaltungsdirektor Kellner, Stadtkämmereidirektor Kasper, Betriebsdirektoren Dr. Siebel und Plöger, Stadtamtmann Hansen und 1 Pressevertreter.

- - -

Vorsitzender: Oberbürgermeister Behrens.

Schriftführer: Stadtobersekretär Eggers.

- - -

1. Wiederherstellung der durch Feuer zerstörten Siloanlagen (Vorl.136). Stadtrat Werk bittet, die Vorlage zurückzuziehen, da der gesamte Schaden inzwischen als Kriegsschaden anerkannt worden ist und vom Reich bezahlt wird. Entschließung des Oberbürgermeisters: Die Vorlage wird zurückgezogen.

2. Umsatzsteuer für die Konzessionsabgabe der Straßenbahn (Vorl.137). Stadtsyndikus Loewe erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

3. Änderung des Stromlieferungsvertrages mit der Gemeinde Suchsdorf (Vorl.138) Betriebsdirektor Plöger erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

4. Verkauf von Gelände am Grasweg an das Deutsche Reich (Reichsfiskus, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft) - Vorl.139 -. Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. Auf dem Gelände am Grasweg sind im Sommer vorigen Jahres Kartoffellagerhallen errichtet worden, um die Kartoffelversorgung im Winter sicherzustellen. Die Gemeinden haben dem Reich das für den Bau der Kartoffellagerhallen benötigte Gelände unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Es kam nur solches Gelände in Frage, das mit Gleisanschluß versehen war. Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß das Reich verlangte, das Gelände zu Eigentum zu übertragen, während die Stadt es nur unentgeltlich zur Verfügung stellen wollte. Mit dem Oberfinanzpräsi-

denten

denten ist darüber verhandelt worden. Das Reich besteht jedoch auf Übereignung, da diese Regelung allgemein ist. Bei dem in Anspruch genommenen Gelände handelt es sich um einen Ausschnitt aus dem rund 14 ha großen Industriegelände am Westbahnhof, dessen Aufschließung erst erfolgen soll. Der Rückerwerb des zu übereignenden Geländes ist unter bestimmten Bedingungen gesichert. Die Stadt kann die Kartoffellagerhallen zu den Herstellungskosten abzüglich der üblichen Abschreibungsbeträge erwerben. Falls im Hinblick auf die hohen Baukosten z.Zt. der Errichtung der Hallen dieser Preis der Stadt zu hoch sein und das Grundstück an einen Dritten verkauft werden sollte, muß der Stadt eine Entschädigung in Höhe des Bodenwertes und der anteilmäßig auf das Grundstück entfallenden Aufschließungskosten gezahlt werden. Oberbürgermeister bemerkt, daß nach dem jetzt vorliegenden Vertragsentwurf das Reich die Kosten und Steuern des ersten Verkaufs und die Stadt die des zweiten Verkaufs (Rückerwerb) zu tragen haben. Es soll noch im Verhandlungswege erreicht werden, daß das Reich auch die Kosten und Steuern des zweiten Verkaufs übernimmt, denn sonst müßte die Stadt für ihr eigenes Grundstück Grunderwerbsteuer bezahlen. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

5. Verkauf eines Grundstücks in Schönkirchen an die Firma Anschütz & Co. GmbH., Kiel-Neumühlen (Vorl.140). Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

6. Bereitstellung von 38.900 RM bei Finanzplan 851/125 (neue Position) für die Herrichtung einer Ladestraße bei der Nordostseehalle (Vorl.141). Stadtrat Werk erläutert die Vorlage. Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

7. Verkauf eines Geländestreifens am Bahnhof Hassee an die Firma Gebr. Thony (Vorl.142). Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

8.

8. Erhöhung der Haushaltsstelle 7100/820 "Gewöhnliche Abschreibungen" für das Rechnungsjahr 1941 (Vorl.143). Betriebsdirektor Plöger erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

9. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.

Betriebsdirektor Dr. Siebel berichtet über den Ausbau der Ferngasversorgung, der soweit fortgeschritten ist, daß die Gaswerke Kiel seit Oktober v.Js. Eckernförde und seit Dezember v.Js. Eutin mit Gas versorgen. Allerdings sind die Gaswerke Eckernförde und Eutin aus Kriegsgründen noch in einem bestimmten Umfang in Betrieb. Ferner ist jetzt zum ersten Mal Niederdruckgas zum Antrieb von Omnibussen geliefert worden. Bei der Kieler Verkehrsaktiengesellschaft sind drei Zapfstellen eingerichtet worden, so daß die Omnibusse jetzt mit gewöhnlichem Gas fahren können. Das Gas wird in große Gassäcke gefüllt, die auf dem Omnibus festgeschnallt werden.

10. Verschiedenes.

Ratsherr Sperling bittet darum, daß die Lebensmittelkartenausgabe für die Siedlung Kroog, die 400 - 500 Haushaltungen zählt, wieder in die für die Siedlung zentral gelegene Gastwirtschaft "Luginsland" verlegt wird. Die Klagen der Bevölkerung, die jetzt bei der in der Schule stattfindenden Kartenausgabe ½ - 3/4 Stunde Weg zurücklegen müssen, hören nicht auf. An der Forderung des Gastwirts auf Bezahlung der Reinigungskosten, bittet Sprecher die Verlegung der Ausgabe nicht scheitern zu lassen. Oberbürgermeister erwidert, daß die Verlegung der Kartenausgabe nach der Baracke und später nach der Schule im Einvernehmen mit der Partei erfolgt sei. Der Gastwirt von "Luginsland" soll indessen auch noch weitergehende Forderungen gestellt haben (Verdienstausfall usw.). Oberbürgermeister bittet Stadtdirektor Thomsen, diese Angelegenheit nochmals zu überprüfen. In der nächsten Sitzung soll darauf zurückgekommen werden. Es folgen einige Anfragen und Anregungen der Ratsherren Paglasch und Prof. Dr. Schwantes bezüglich der Verhältnisse auf der Straßenbahn.

B e g l a u b i g t !

Vorlage 136.

Der Dezernent
des Hafen-, Verkehrs-
und Ausstellungsamtes

K i e l , den 16. Dezember 1942.

Betrifft: Wiederherstellung der durch Feuer zerstörten Siloanlagen.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 18.000,-- RM bei der Erfolgsplanstelle 841/850 des Wirtschaftsplans der Hafen- und Verkehrsbetriebe zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, da Kostenerstattungen in erheblichem Umfange durch das Reich (Bombenschaden) zu erwarten sind bezw. andererseits durch die Feuerversicherung der Gebäude- und Maschinenschaden teilweise gedeckt wird. Die Erstattungen fließen der Erfolgsplanstelle Einnahme 841/220 - aus Schadensfällen - zu.

Begründung.

Durch Feindeinwirkung brach s.Zt. im Sell'schen Kornspeicher am Wall Feuer aus. Die unversehrten Kornmengen mußten daher im Silo (Nordhafen) untergebracht werden. Wahrscheinlich entstand hier durch mitverschleppte Phosphor-Brandblätter ein Schadenfeuer, das einen Gebäudeschaden verursachte und maschinelle Betriebsanlagen zerstörte. Die Wiederinstandsetzungsarbeiten mußten wegen des wichtigen Silobetriebes sofort in Angriff genommen werden. Auch ist die Beschaffung eines neuen Elevators unbedingt erforderlich.

Wegen der Kostenerstattungsfrage liegt z.Zt. ein Antrag seitens des Kriegsschädenamtes beim Regierungspräsidenten in Schleswig vor.

W e r k .

Vorlage 137.

Der Verwaltungsdezernent
der Tiefbauverwaltung.
Ti. 1888/42.

K i e l , den 29. Dezember 1942.

Betrifft: Haushaltsstelle 660/76 - Zahlungen für Vorjahre -.
Umsatzsteuer für die Konzessionsabgabe der Straßenbahn.

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 6.050,-- RM bei der Haushaltsstelle 660/76 - Zahlungen für Vorjahre - zu.

Die Deckung der Ausgabe erfolgt aus den bei der Haushaltsstelle 98/79 zur Verfügung stehenden Verstärkungsmitteln.

Begründung.

Die von der Allgemeinen Lokalbahn- und Kraftwerke AG. gezahlte Konzessionsabgabe ist umsatzsteuerpflichtig. Für die Jahre 1940 und 1941 ist die Stadt zur Steuer bereits herangezogen (vgl. Drs. 109). Jetzt soll die noch nicht verjährte Abgabe der Jahre 1937, 1938 und 1939 mit rd. 6.050,-- RM ebenfalls zur Steuer noch herangezogen werden.

L o e w e .

Vorlage 138.

Stadtwerke Kiel.
-T/Kl/Wi.-

K i e l , den 18. Dezember 1942.

Betrifft: Änderung des Stromlieferungsvertrages mit der Gemeinde Suchsdorf.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 5 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Der Stromlieferungsvertrag mit der Gemeinde Suchsdorf tritt am 1. Oktober 1942 in Kraft.

Begründung.

Nach der Verordnung über die Bildung allgemeiner Tarifpreise für die Versorgung mit elektrischer Energie vom 25.7.1938 hat jedes Elektrizitätsversorgungsunternehmen, das den Strom für seine Abnehmer bezieht, Anspruch auf einen Tarif, dessen Preisstellung sich in einen jährlichen Grundpreis und einen Arbeitspreis für jede Kilowattstunde aufgliedert oder einer solchen Aufgliederung entspricht.

Die voraussichtliche Mindereinnahme gegenüber den alten Vertragspreisen beträgt etwa 800,-- RM jährlich.

P l ö g e r .

Vorlage 139.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I 395

K i e l , den 5. Januar 1943.

Betrifft: Verkauf von Gelände am Grasweg an das Deutsche Reich (Reichsfiskus, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft).

Ausgelegt: Der Entwurf eines zu beurkundenden Angebots,
1 Vertragsplan.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Die Stadtgemeinde Kiel übereignet unentgeltlich an das Deutsche Reich (Reichsfiskus, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft) die im Lageplan des Stadtoberbaudirektors - Stadtplanung - vom 28.12.1942 rot angelegte Fläche, Teilstück der Parzelle 536/25 des Kartenblatts 1 von Kiel, groß etwa 11.750 qm, eingetragen im Grundbuch von Kiel Band 223 Blatt 7876, im übrigen zu den Bedingungen des vorliegenden Angebotsentwurfs der Grundstücksverwaltung.

Begründung.

Das Grundstück ist vom Deutschen Reich für den Bau von Kartoffellagerhallen in Anspruch genommen worden. Gemäß Schnellbrief des Reichsministers des Innern vom 24.8.1942 ($\frac{\text{V a 505 V/VI/42}}{1535}$) haben die Gemeinden den für den Bau von Kartoffellagerhallen benötigten Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

N i e m e y e r .

Vorlage 140.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I 329.

K i e l , den 5. Januar 1943.

Betrifft: Verkauf eines Grundstücks in Schönkirchen an die Firma Anschütz & Co. GmbH., Kiel-Neumühlen.

Ausgelegt: 1 beglaubigte Abschrift des beurkundeten Angebots,
1 Katasterhandzeichnung.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

a) Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an die Firma Anschütz & Co. GmbH. in Kiel-Neumühlen die Parzellen 377/7, 378/7, 379/7 und 380/73 des Kartenblatts 4 von Schönkirchen, eingetragen im Grundbuch von Schönkirchen Blatt 391, insgesamt 8314 qm groß, zum Preise von insgesamt 8.810,92 RM, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 30. Dezember 1942.

b) Der Kaufpreis in Höhe von 8.810,92 RM ist bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

Begründung.

Die Stadtgemeinde Kiel hat das Gelände im Jahre 1938 von dem Gastwirt Bendfeldt erworben, um es später der Firma Anschütz & Co. GmbH. für ein geplantes Wohnungsbauvorhaben zur Verfügung zu stellen. Durch den Kaufpreis wird der Einstandspreis einschließlich aller Nebenkosten sowie der inzwischen aufgelaufenen öffentlichen Abgaben gedeckt. Der erlittene Zinsverlust wird erstattet.

N i e m e y e r .

Vorlage 141.

Hafen-u.Verkehrsbetriebe
der Stadt Kiel.

K i e l , den 12. Januar 1943.

Betrifft: Bereitstellung von 38.900,-- RM bei Finanzplan 851/125 (neue Position) für die Herrichtung einer Ladestraße bei der Nordostseehalle.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer Ausgabe von 38.900,-- RM bei der Finanzplanstelle 851/125 (neue Position) gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu. Die erforderlichen Mittel werden dem allgemeinen Kapitalvermögen entnommen und über V 84/120 des außerordentlichen Haushaltsplans bereitgestellt.

Begründung.

Der Obst- und Gemüsegroßhandelsmarkt e.V. hat am 9.12.42 die Nordostseehalle bezogen und beantragt, daß zwecks Einsparung von Treibstoff eine Ladestraße in 6 m Breite hergestellt wird. Die Herrichtung ist infolge der Treibstoffknappheit notwendig. Gleichzeitig soll eine Überholung der Gleisanschlüsse stattfinden. Für die Benutzung der Anlage soll eine angemessene Gebühr erhoben werden.

W e r k .

Vorlage 142.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I/379.

K i e l , den 27. Januar 1943.

Betrifft: Verkauf eines Geländestreifens am Bahnhof Hassee an die Firma Gebr. Thony.

Ausgelegt: 1 Vertragsplan,
1 beglaubigte Abschrift des beurkundeten Angebots vom 21.1.1943.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

a) Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an die Firma Gebr. Thony, Kiel, Stadtrade 19a, die im Lageplan des Stadtoberbaudirektors -Stadtplanung- vom 7.9.1939 rot schraffiert angelegte Fläche, Teilstück der Parzelle 304/1 des Kartenblatts 4 von Hassee, groß etwa 1.000 qm, eingetragen im Grundbuch von Hassee, Blatt 325, zum Preise von 3 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 21.1.1943.

b) Der Kaufpreis in Höhe von 3.000 RM ist bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

Begründung.

Die Firma Gebr. Thony, die mit kriegswichtigen Aufgaben für die Wehrmacht beschäftigt ist, benötigt das Gelände zu Lagerzwecken. Der Preis entspricht dem von der Deutschen Reichsbahn für das benachbarte Gelände am Bahnhof Hassee geforderten Kaufpreis.

N i e m e y e r .

Vorlage 143.

Stadtwerke Kiel.
- Vr/He -

K i e l , den 25. Januar 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsplanstelle 7100/820 "Gewöhnliche Abschreibungen" für das Rechnungsjahr 1941.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsplanstelle 7100/820 um 1.370,31 RM.

Begründung.

Die Abschreibungen auf das Anlagesachvermögen der Straßenbeleuchtung sind für das Rechnungsjahr 1941 allgemein zu niedrig geschätzt worden. Weiter sind noch größere Anlagezugänge hinzugekommen als bei der Aufstellung des Haushaltsplanes gerechnet werden konnte.

Die Überschreitung ist bei der Haushaltsplanstelle 7100/803 eingespart worden.

P l ö g e r .

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Umsatzsteuer für die Konzessionsabgabe der Straßenbahn.

(Vorl.137)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 6.050,-- RM bei der Haushaltsstelle 660/76 - Zahlungen für Vorjahre - zu.

Die Deckung der Ausgabe erfolgt aus den bei der Haushaltsstelle 98/79 zur Verfügung stehenden Verstärkungsmitteln.

K i e l , den 4. Februar 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Änderung des Stromlieferungsvertrages mit der Gemeinde Suchsdorf.

(Vorl.138)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich;

Der anliegende Stromlieferungsvertrag mit der Gemeinde Suchsdorf tritt am 1. Oktober 1942 in Kraft.

K i e l , den 4. Februar 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verkauf von Gelände am Grasweg an das Deutsche Reich (Reichsfiskus, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft)

(Vorl.139)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich,:

Die Stadtgemeinde Kiel übereignet unentgeltlich an das Deutsche Reich (Reichsfiskus, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft) die im Lageplan des Stadtoberbaudirektors - Stadtplanung - vom 28.12.1942 rot angelegte Fläche, Teilstück der Parzelle 536/25 des Kartenblatts 1 von Kiel, groß etwa 11.750 qm, eingetragen im Grundbuch von Kiel Band 223 Blatt 7876, im übrigen zu den Bedingungen des vorliegenden Angebotsentwurfs der Grundstücksverwaltung.

K i e l , den 4. Februar 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verkauf eines Grundstücks in Schönkirchen an die Firma Anschütz & Co. GmbH., Kiel-Neumühlen.

(Vorl.140)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich,:

a) Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an die Firma Anschütz & Co. GmbH. in Kiel-Neumühlen die Parzellen 377/7, 378/7, 379/7 und 380/73 des Kartenblatts 4 von Schönkirchen, eingetragen im Grundbuch von Schönkirchen Blatt 391, insgesamt 8314 qm groß, zum Preise von insgesamt 8.810,92 RM, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 30. Dezember 1942.

b) Der Kaufpreis in Höhe von 8.810,92 RM ist bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

K i e l , den 4. Februar 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Bereitstellung von 38.900,-- RM bei Finanzplan 851/125 (neue Position) für die Herrichtung einer Ladestraße bei der Nordostseehalle.

(Vorl.141)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer Ausgabe von 38.900,-- RM bei der Finanzplanstelle 851/125 (neue Position) gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu. Die erforderlichen Mittel werden dem Allgemeinen Kapitalvermögen entnommen und über V 84/120 des außerordentlichen Haushaltsplans bereitgestellt.

K i e l , den 4. Februar 1943.

Der Oberbürgermeister

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verkauf eines Geländestreifens am Bahnhof Hassee
an die Firma Gebr. T h o n y .

(Vorl.142)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich;

a) Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an die Firma Gebr. Thony, Kiel, Stadtrade 19a, die im Lageplan des Stadtoberbaudirektors -Stadtplanung- vom 7.9.1939 rot schraffiert angelegte Fläche, Teilstück der Parzelle 304/1 des Kartenblatts 4 von Hassee, groß etwa 1.000 qm, eingetragen im Grundbuch von Hassee, Blatt 325, zum Preise von 3 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 21.1.1943.

b) Der Kaufpreis in Höhe von 3.000 RM ist bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

K i e l , den 4. Februar 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsplanstelle 7100/820 "Gewöhnliche Abschreibungen" für das Rechnungsjahr 1941.

(Vorl.143)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 4. Februar 1943 bestimme ich;

Erhöhung der Haushaltsplanstelle 7100/820 um 1.370,31 RM.

K i e l , den 4. Februar 1943.
Der Oberbürgermeister.

Landamt

42

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~-außer- planmäßigen Ausgabe von .....300,-...RM bei der -neu einzurichtenden- Haushaltsstelle ..021/631.....(.....Miete für beschlagnahmte Wohnungen.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über ~~außer~~ planmäßige Einnahmen in entsprechender Höhe zu erwarten sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l , den 9.Feb.1943.....~~19..~~.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Mehreinnahme.

Begründung umseitig.

Gewerbe- und Rechtsamt

Aus Anlaß der aufgrund des R.L.G. erfolgten Beschlagnahme von Wohnraum im Hause Prinz-Heinrich-Straße 48 hat die Stadt Kiel an den Inhaber der Wohnung die auf den beschlagnahmten Wohnraum entfallende Miete zu zahlen. Für den Zeitraum bis zum 31.März 1943 wird ein Betrag von 300,-- für ausreichend erachtet. Eine finanzielle Belastung erwächst der Stadt hierdurch nicht, da das Syndikat die Miete und andere Kosten von dem Eingewiesenen wieder einzieht.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 1000 RM bei der Haushaltsstelle 020/55 Ord. gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.
Der Betrag wird bereitgestellt zur Leistung sonstiger sachlicher Verwaltungsausgaben der Standesämter, insbesondere von Betriebsausgaben für den Reproduktionsautomaten.
Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen
beim Ausgabetitel 020/65 Ord. = 1000 RM.

Die Gemeinderäte brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene überplanmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 10. Feb. 1943 ~~19~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens
Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

Hauptamt

Begründung umseitig.

Der Standesbeamte
Kiel I

Kiel, den 2. Februar 1943

Begründung.

Bezüglich des Reproduktionsautomaten liegen erstmalig die Erfahrungen eines Jahres vor. Der Automat wurde im September 1941 in Betrieb genommen. Im Haushaltsjahr 1942 sind bei der Haushaltstelle 020/55 bisher 7 649,58 RM beansprucht worden, davon 6213 für den Betrieb des Automaten. Für den Rest des Haushaltsjahres kommen noch 2 Bestellungen für Fotopapier in Höhe von 2o Rollen in Frage, die eine Ausgabe von rund 1200 RM verursachen werden. Hierin liegt im wesentlichen die Erhöhung begründet. Der restliche Mehrbedarf wird für sonstige Vordrucke des Amtes benötigt.

Städt. Amtsrat.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle a) 004/53 (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen) b) 004/55 (Bekanntmachungen, Vordrucke u. sonst. Verw. Ausg.) a) 50,- b) 25,- RM weitere ..... bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/790 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den 12. Februar 19.43

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Grimsehl

Stadtoberinspektor

Verstärkung. Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g !

Zu a) Der bei der Haushaltsstelle 004/53 bereitgestellte Betrag von 50,- RM reicht zur Bestreitung der zwangsläufig zu leistenden Ausgaben nicht aus. Aus dieser Haushaltsstelle sind nachstehende Ausgaben zu bestreiten:

Zeitschrift	Gemeindehaushalt		18,-- RM
"	Kommunaldienst		12,- "
"	Ernährungswirtschaft		6,80 "
"	Preisbildung in der Bauwirtschaft nebst Ergänzungen	ca.	22,-- "
Formblätter	für Ernährungswirtschaft	ca.	40,-- "
	zus.:		98,80 RM

Zu b) Der bei Haushaltsstelle 004/55 bereitgestellte Betrag von 85,- RM reicht wegen der an die Handwerksberufe abzugebenden Vervielfältigungen von aufgestellten Tarifen und Höchstpreisen nicht aus und muss um 15,- RM erhöht werden.

Rechnungsprüfungsamt Rappl

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über~~-außer-~~planmäßigen Ausgabe von 900.00 RM bei der ~~-neu einzurichtenden-~~ Haushaltsstelle 852/70 (~~Steuern und Umlagen, Berufsschulbeiträge~~ .....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 852/77 = 500.00 RM
" " " 852/803 = 400.00 "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über~~-außer-~~planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 12. 8. Februar 1943.

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

Einsparung. Begründung umseitig.

Der Mehrbetrag wird für die Bezahlung der Körperschafts - steuer benötigt. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes ist es übersehen worden, für die Steuer einen entsprechenden Betrag in Ansatz zu bringen.

Kiel, den 8. Februar 1943

Stadtamt
für Volks- und Jugenderziehung

46

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 15. Februar 1943.

ab 16/2 R

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 2 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Stadtwerke K i e l
= V r =

47

Kiel, den 5. Febr. 1943.

Gehaltsamt

U. u. R.

Herrn Oberbürgermeister - Kämmereiverwaltung -
h i e r .

- d. d. Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 5000,-- zu genehmigen.

[signature] / Zu 5/2.43.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausserplanmässigen Ausgabe von RM 5000,-- bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 812/ 120 G 5370/ 2 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Beschaffung von Betriebsinventar (Hilfsgeräten) für Gaswerk W i k .

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

- 6556 -

K i e l , den 16. Feb. 1943 ~~1943~~

Der Oberbürgermeister.

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

S t a d t w e r k e Kiel

Abt.: .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)

Kiel, den 28. Januar 19 43

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf ~~Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau~~ Beschaffung von Betriebsinventar für Gaswerk Wik

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Wir haben für Gaswerk Wik von der Firma F. Piechotzek, Kran- u. Aufzug-Werke Berlin eine hydraulische Hubvorrichtung zum Gesamtpreis von 1.975,20 RM beschafft. Die Ausgabe hierfür muß durch den Finanzplan erfolgen, um das Betriebsinventar aktivieren zu können.

Wir empfehlen, für unvorhergesehene Beschaffung von Betriebsinventar, als Hebezeuge, Winden, Flaschenzüge u.s.w. einen festen Betrag von 5.000 RM im Finanzplan zur Verfügung zu stellen, um nicht bei jeder Ausgabe einen besonderen Antrag zu stellen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 5'000.- RM.

.....

Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 2.6.43 vorgetragen.

Ergebnis: .....

.....

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die

V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a:

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages 5.000,- RM, zu zahlen mit ..... RM im .....

mit ..... RM im .....

mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, ~~gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben~~, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen~~:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/120 G. ~~5600~~ 5370/2	Beschaffung von Betriebsinventar für Gaswerk Wik (Gilfbyanstalt)	c) 5.000,-	a) 5.000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlags die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: .....

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: .....

10.) Abt. V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den ..... 19..

Genehmigt: .....

Unterschrift beider Werkleiter

..... Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Städtische Krankenanstalt
Eing. 19. FEB. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-außer-planmäßigen Ausgabe von ...300.....RM bei der ~~-neu einzurichtenden-~~ Haushaltsstelle ...524/801..... (..Unterhaltung der maschinellen Anlagen usw. .....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle..524/803.....= . . . .300...RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den...16. Feb. 1943...~~19~~...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

Hauptamt
d.d. Krankenanstalt

Erl.
1.) Haushaltsliste und Voranschlag berichtigen.
2.) ~~J.d.A.~~ Weiter an Hauptamt.
K., 19.II.43.

[signature]

Einsparung.

Begründung umseitig.

Verwaltung

der städtischen Krankenanstalt . Kiel, den 1o. Februar 1943.

An

den Herrn Oberbürgermeister,

Kämmereiverwaltung,

h i e r .

Sekretariat
der Kassenverwaltungen
Eing. 11. FEB 1943
Stadt Kiel.

B e g r ü n d u n g .

Die Mehrausgaben wurden notwendig durch Betriebserweiterung und Beseitigung von Störungen an den Licht - und Heizungsanlagen.

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 22. Februar 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 5 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 1. März 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 5 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Schulverwaltung der Stadt Kiel
Eing. - 3. Mrz. 1943
1 Anlage

52

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über ~~außer~~ planmäßigen Ausgabe von 122,00 RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 321/73 für 1942 (Reise- und Fahrkosten) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 321/633 für 1942 = 122,- RM

" " " = "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über ~~außer~~ planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 2. März 1943 ~~Februar 1943~~.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

An Hauptamt
durch ~~[illegible]~~ Nordmarkschule.

Vermerk zu den Vorgängen gefertigt.
Nordmarkschule.
König 4./3.1943.
HOF.

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung:

Der Unterrichtsstundenbedarf infolge Zunahme der Schüler ist erheblich angewachsen. Klavielehrer für den Unterricht an der Nordmarkschule sind in Kiel aber nicht mehr zu bekommen, so das Klavierlehrer von auswärts verpflichtet werden müssen. Diese Lehrkräfte sind nur zu gewinnen, wenn ihnen die Fahrkosten usw. ersetzt werden. Mittel hierfür waren bisher im Haushaltplan nicht vorgesehen und müssen daher bei 321/73 bereitgestellt werden und zwar bis Ende März 1943 in Höhe von 122,- RM. Dieser Betrag kann bei 321/633 eingespart werden.

Kiel, den 19.2.1943.

Der Dezernent
der Nordmarkschule der Stadt Kiel
für Musik, Bewegung und
Sprecherziehung

Dr. Buchbinder

Schulverwaltung
der Stadt Kiel
Eing. - 3. MRZ 1943
1 Anlage

53

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über ~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von ....800.-... RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 21/616 ..... (...Kosten für Stellvertretung der Schulhausmeister... .....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle ....21/613 = ... 800.00 RM

" " " ..... = ... "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über ~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 2. März 1943 ~~19.~~..

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

An Hauptamt
durch Schulamt vol. 4/3.43 [illegible]

Einsparung.

Begründung umseitig.

Der Oberbürgermeister
der Stadt Kiel
Arbeitsgebiet: Schulverwaltung
S. II

Sekretariat
der Kassenverwaltungen
Eing. 12. FEB 1943
Stadt Kiel.

Kiel, den 23. Februar 1943

Begründung: Infolge langer Krankheitsdauer von Schulhausmeistern und Schulhausmeisterinnen mußte für Vertretung die Haushaltsstelle 21/616 überplanmäßig in Anspruch genommen werden.

[illegible]

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~-über-außer-~~ planmäßigen Ausgabe von

a) .....1.000.RM bei der ~~-neu einzurichtenden-~~ Haushaltsstelle

b) .....521/633 (Ärztl. Untersuchungen, Verbandzeug, Heilmittel, Haus- u. Sachendesinfektion
700 Unterhaltung der ärztlichen und Betriebseinrichtungen.
.....521/803.) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über ~~-außer-~~ planmäßige Einnahmen in entsprechender Höhe zu erwarten sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehenen über ~~-außer-~~ planmäßigen Ausgaben geringfügig ~~ist~~ sind.

2. März 1943

Kiel, den ~~5. Februar 1943~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

Gesundheitsamt der Stadt Kiel
Eing. -3. MRZ. 1943
Tgb.-Nr. .....

An Hauptamt

durch Gesundheitsamt

Gesehen!

Gesundheitsamt.

Mehreinnahme.

Begründung umseitig.

Begründung zu a :

Die Zahl der zur stationären Behandlung eingewiesenen kranken Säuglinge und Kleinkinder ist gegenüber den Vorjahren stark angewachsen. 1940 waren es durchschnittlich 5, 1941 bereits 15 und gegenwärtig sind durchschnittlich 32 kranke Säuglinge im Heim untergebracht. Die hierdurch bedingten erhöhten Aufwendungen werden nach dem Ausgabebestand vom 31.12.1942 1000,--Rm. betragen.

Begründung zu b :

Das städt. Fürsorgeamt Abt. II H., hat von dem ihm durch die Reichsstelle zugeteilten Leinen zur Herstellung von Bettbezügen 3 Ballen zum Selbstkostenpreis von 700,--RM. an das Mütter-und Säuglingsheim der Stadt Kiel abgegeben. Das Mütter-und Säuglingsheim braucht das Leinen dringend zum Auffüllen seiner Bestände an Bettwäsche. Durch die zu a) erwähnte stärkere Belegung mit kranken Kindern entstehen auch höhere Aufwendungen an ärztlichen Instrumenten usw., sodaß diese 700,--RM. den zur Verfügung ~~xxxx~~ stehenden Mitteln nicht entnommen werden können. Entsprechende Mehreinnahmen zu a und b sind bei Haushaltsstelle 521/22 zu erwarten.

Kiel,den 5.Februar 1943

Gesundheitsamt

I.A.

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~- außer-planmäßigen Ausgabe von 5350,-- RM bei der - neu einzurichtenden - Finanzplanstelle V 811/ 15o Nk 5011/3 gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt zur Errichtung eines Transformatorenhauses in Neumühlen-Dietrichsdorf an der Brodersdorferstrasse -6565-

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

~~Von den bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen bei der Finanzplanstelle V~~ ..... RM.

~~Der umseitig angegebene Zahlungsplan wir genehmigt.~~

~~Für Monat~~ Die 5350,-- RM werden grundsätzlich ~~RM~~ freigegeben.

Kiel, den 4. März 1943 ~~193~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

439

Begründung umseitig.

Zahlungsplan.

Finanzplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Betrag RM
V.811/150 Nk 5011/3	Erwerb eines Grundstückes von der Heimstätte Schlesw. Holstein GmbH. zwecks Errichtung eines Transformatorenhauses an der Brodersdorferstrasse.	c 5350.–	b 5350.–		

Begründung.

Für den genannten Zweck sind RM 5.350,-- erforderlich. Nach Mitteilung der Grundstücksverwaltung, Az. Gr. V I A 1712, setzt sich der Betrag wie folgt zusammen :

a) Gwgenwert des Tauschgrundstückes	5018,28	RM
b) Grunderwerbssteuer	259,85	"
c) Gerichtskosten	36,--	"
d) Sonstiges	44,87	"
zusammen :	5350,--	RM

Wir bitten um Bereitstellung und Freigabe dieses Betrages.

Sofort

Kiel, den 26.II.1943 193....

An
den Herrn Oberbürgermeister,
439 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung,
hier.

Stadtwerke K i e l .

Stadtwerke Kiel
= V r / J n =

Kiel, den 27.II.1943 Febr. 1943.

-1-

U. R. ~~mit Anlage~~ mit 1 Anlage

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 7500,- zu genehmigen.

[signature] / Jn 27/2.43.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - planmässigen Ausgabe von RM 7500,-- bei der Finanzplanstelle V 812/120 G 6145 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für

Reparatur und Erhöhung des Otto Schornsteins.

-6564-

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 4. März 1943 ~~1943.~~

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

S t a d t w e r k e Kiel
Abt.: ..... G. .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den .....16. Februar..... 194..3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von
Überholung u. Erhöhung des Otto- u. Koppers-Schornsteines im Gaswerk Wik.

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Bei einer Überprüfung des alten Koppers-Schornsteines hat sich gezeigt, daß derselbe ebenfalls dringend einer Grundüberholung unterzogen werden muß. Der Schornstein muß gerichtet werden. Von der Spitze müssen 3 m abgetragen und neu aufgemauert werden. Sämtliche Bänder sind zu reparieren bezw. zu erneuern. Da für neue Bänder kein Material zur Verfügung steht, sollen Bänder von einem nicht mehr in Betrieb befindlichen Schornstein abmontiert und verwandt werden. Die Gesamtkosten für diese Reparatur wird auf etwa 7.500,- RM geschätzt. Die Arbeiten sind im Anschluß an die Reparatur des Otto-Schornsteines bereits in Angriff genommen. Für den Otto-Schornstein sind bereits am 28.11.42 unter Nr. 6528 5.000 RM aus dem Schöpftitel bereitgestellt und freigegeben. Wir bitten weitere 7.500,- RM aus dem Schöpftitel zu beantragen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..9.000,-.. RM.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.
Ergebnis: .....

..... Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:
Dr. Otto, Bochum

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die
V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a: Dr. Otto, Bochu.

Der Fa. Dr. C. Otto & Co. Bochum ist für den Otto-Schornstein mit Best. Nr. 6621/1275 am 23.2.42 ein Auftrag erteilt. Die Auftragssumme ist mit 3.500 RM festgelegt. Wir bitten den Auftrag auf die Reparatur des Koppers Schornsteines zu erweitern und die Auftragssumme des obigen Bestellzettels auf 9.000,- RM zu erhöhen.

569

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL + VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages ..... 9.000,- ..... RM, zu zahlen mit ..... 5.000 ..... RM im März 1943
mit ..... 4.000 ..... RM im April 1943
mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/120 G. 5145	~~Reparatur bezw.~~ Erhöhung des Otto- u. Koppers-Schornsteines	~~b) 5.000,-~~ c) 7.500,-	a) 2.000,- b) 10.500,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Die Gesamtkosten für die Gestellung der Kaminmaurer einschl. geringer Materiallieferung, soweit sie nicht vom Werk zur Verfügung gestellt werden können, belaufen sich auf etwa 9.000,- RM. Die restlichen 3.500,- RM sind eigene Kosten für Gestellung von Hilfskräften und Lieferung von Baumaterialien.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: .....

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: .....

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den ..... 19..

Genehmigt: .....
Unterschrift beider Werkleiter

.....
Unterschrift des Leiters der Abt. V

599

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den Febr. 1943.

U. R. mit 1 Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,

durch das Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 4.000,-- zu genehmigen.

Eine Kostenaufstellung der Fa. Bernhard K r ö g e r vom 5. 2. 1943 fügen wir mit der Bitte um Rückgabe bei.

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - planmässigen Ausgabe von RM 4.000,-- bei der Finanzplanstelle V 812/ 126 G 7200/1 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für

Erneuerung der Löschrampe der alten Otto - Batterien.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. - 6563 -

Kiel, den 4. März 1943 ~~Febr. 1943~~.

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Antrag auf Erhöhung der bereits genehmigten Mittel.

59

S t a d t w e r k e Kiel
Abt.: ..... G. .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den ....13. Februar..... 194.3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von
Erneuerungsarbeiten an der alten Otto-Löschrampe

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Ar beiten usw.:

Nach der Demontage der alten Eisenkonstruktion und dem teilweisen Entfernen der Betonverkleidung konnte der Umfang der Arbeiten festgestellt werden. Außer der Erneuerung der Eisenkonstruktion waren Gleit- und Führungsplatten zu ergänzen; ferner mußte die Bedienungsbühne verstärkt werden. Wegen des neuen Otto-Ofens ist eine S-Schleife im Gleis der Kokskübelwagen nötig gewesen und deshalb mußte auch der alte Koksführungswagen der alten Ottolöschrampe erneuert werden. Neue Koksrechen mußten angebracht werden. Die mit unserem Antrag v. 23.10.42 K.V.6578 v. 12.11.42 genehmigten Mittel in Höhe von 4000,- RM reichen nicht aus. Die Gesamtkosten betragen 8000,- RM. Wir bitten um Erhöhung der Mittel, die aus dem Schöpftitel 1942 zu entnehmen sind, um 4000,- RM.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... 8.000,- RM.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 16.2.43 vorgetragen.
Ergebnis: .....

..... Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert: Die Firmen Albrecht u. Gudegast, beide in Kiel haben Angebotsabgabe abgelehnt. Fa. Kröger hat die Arbeiten ausgeführt.

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die
V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a: Ein bindendes Angebot konnte Fa. Kröger, Kiel, nicht abgeben, weil der Umfang der Arbeiten nicht übersehen werden konnte. Schreiben von Fa. Kröger v. 5.2.43 liegt bei, in dem die aufgeführten Arbeiten beschrieben sind. Die entstandenen Kosten sind mit RM 7690,35 angegeben.

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages 8.000,- RM, zu zahlen mit 8.000,- RM im Februar 1943

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls ~~für das Gesamtbauvorhaben~~, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/126 G.7200/1	Erneuerung d. Löschrampe der alten Otto-Batterie	c) 4000,-	b) 4000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Vé. zur Prüfung

Erledigt: . . . . . .

Geprüft: . . . . . .

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den . . . . . 19..

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

599

Städtische Krankenanstalt
Eing. 11. MRZ. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von.....60...RM bei der ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Haushaltsstelle .....525/850.. (..Abführungen an ~~Kapitalsicherungsrücklagen~~ die Feuerselbstversicherungsrücklage) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...525/803..= . . . .60...RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 8. März 1943 ~~19~~...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Günther

Stadtoberinspektor

Erl. 1.) Voranschlag und Haushaltsliste vervollständigen.
2.) ~~Z.d.A.~~ Weiter an Hauptamt.

5., 13. III. 43.

Hauptamt
d.d. Krankenanstalt

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Die Kapitalsicherungsrücklage für 1942 muß ebenso wie die Feuerversich-
rungsbeiträge infolge verspäteter Anforderung der Landesbrandkasse de
Mitteln für 1943 entnommen werden. Die Feuerversicherungsbeiträge betr
gen rund 1oo RM jährlich, so daß nach 6o % 6o RM als Rücklage abzufüh
ren wären.

Kiel, den 2. März 1943

Verwaltung

der städtischen Krankenanstalt

Lohmann

Städtische Kämmereiverwaltung
Eing. 11. MRZ. 43
KIEL

61

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über ~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von.....100.....RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle .....525/87.... (.....Sachversicherungen.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle..525/803...= . . . . . .100.....RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l , den.....8. März 1943.....~~19~~...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Einsparung.

Begründung umseitig.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.

Kiel, den 17. Februar 1943.

Sekretariat
der Kassenverwaltungen
Eing. 20. FEB 1943
Stadt Kiel

B e g r ü n d u n g.

Die Feuerversicherungsbeiträge für 1942 sind von der Landesbrandkasse erst im Januar 1943 angefordert worden, so daß aus den Mitteln des laufenden Jahres die Versicherungsbeiträge für 2 Jahre gezahlt werden müssen.

E n t s c h l i e ß u n g .

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle 001/65 (Gebühren für die Prüfungen durch das Gemeindeprüfungsamt) ~~weitere~~ 88,-- RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/790 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

K i e l , den 8. März 1943 ~~19~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

[signature]

Verstärkung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Durch das Gemeindeprüfungsamt bei der Regierung in Schleswig ist in der Zeit vom 9. - 12.2.1943 eine unvermutete Prüfung der Stadthauptkasse in 8 Tagewerken durchgeführt worden. Die an die Regierungshauptkasse zu zahlende Prüfungsgebühr ist vom Regierungspräsidenten auf Grund der Verordnung vom 30. Mai 1938 - MBliV. S. 935 - in Verbindung mit dem Erlaß vom 30. Mai 1938 - MBliV. S. 936 - auf 8 x 11,- RM = 88,-- RM festgesetzt worde

Haushaltsmittel sind bei 001/65 für 1942 nicht eingesetzt worden, weil angenommen wurde, daß Ordnungs- und Kassenprüfungen während des Krieges nicht stattfinden würden.

Der Oberbürgermeis

Arbeitsgebiet: Hauptamt

I.A.

Kehm,

T a g e s o r d n u n g

für die Beratungen mit den Ratsherren am Donnerstag, dem 11. März 1943, 17 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

1. Ankauf des Schützenhofes Kopperpahl von der Schützengesellschaft Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V. (Vorl.144).
2. Übernahme der Fernheizanlagen in der inneren Stadt von der Firma Rudolf Otto M e y e r , Kiel, und der vom Maschinenamt der Stadt Kiel unmittelbar betreuten alten Fernheizanlage auf die Stadtwerke (Vorl.145).
3. Bereitstellung von Mitteln bei Haushaltsstelle 023/901 für 1942 (Einbau von feuersicheren Gelassen) - Vorl.146 -.
4. Übernahme der Ortsnetze der Lichtgenossenschaften Wittenberger-Passau, Mielkendorf und Boksee (Vorl.147).
5. Abschluß von Konzessionsverträgen mit der Gemeinde Martensrade - für Wittenberger-Passau, mit der Gemeinde Boksee - für Boksee, und mit der Gemeinde Mielkendorf - für Mielkendorf zwecks unmittelbarer Versorgung mit elektrischer Arbeit (Vorl.148).
6. Aufschließungsarbeiten für Behelfsbauten für Bombengeschädigte (Vorl.149).
7. Erhöhung der Haushaltsstelle 023/632 (Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sachliche Verwaltungskosten (Vorl.150).
8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben geringfügiger Art (Vorl. 151).
9. Verkauf des Grundstücks Manrade an Fräulein Schröder (Vorl. 152).
10. Verkauf einer unbebauten Fläche an der verlängerten Königstraße an die Wohnbau GmbH. Berlin-Dahlem (Vorl.153).
11. Austausch mit Karl L ü b b e an der Hackelstraße (Vorl.154).
12. Erhöhung der Haushaltsstelle 524/631 (Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel) - Vorl.155 -.
13. Ankauf Karlstal 40 (Vorl.156).
14. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.
15. Verschiedenes.

K i e l , den 8. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

N i e d e r s c h r i f t

über die Beratungen mit den Ratsherren am 11. März 1943.

- - -

Anwesend: Oberbürgermeister Behrens; Stadträte Dr. Völckers, Dr. Schmidt, Hobeck, Linde; Ratsherren Andree, Andres, Blaas, Kesy, Lienhart, Paglasch, Scholz, Schrödter, Prof. Dr. Schwantes, Sperling; beurlaubt sind die Ratsherren Dr. Köster, Kohrt, Schramm, Stiebler, Ziegenbein; unentschuldigt fehlt Ratsherr Struve.

Außerdem nehmen an der Sitzung teil: Stadtsyndikus Loewe, Stadtdirektoren Niemeyer und Thomsen, Oberverwaltungsräte Dr. Nordmann und Rulffs, Stadtverwaltungsdirektor Kellner, Stadtkämmereidirektor Kasper, Direktor Jeß, Betriebsdirektor Plöger und Stadtamtmann Hansen.

- - -

Vorsitzender: Oberbürgermeister Behrens.

Schriftführer: Stadtobersekretär Eggers.

- - -

1. Ankauf des Schützenhofes Kopperpahl von der Schützengesellschaft Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V. (Vorl.144).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. Vor einiger Zeit wurde bei der Stadt der Plan bearbeitet, eine moderne Großschießstandanlage zu schaffen. Dieser Plan ist dann aber zunächst auf den Einwand des Bürgermeisters von Kronshagen, der Rückwirkungen auf das Wohngebiet und auf das Lazarett befürchtete, zurückgestellt worden. In dem dafür vorgesehenen Gebiet liegt als Hauptteil das Gelände des Schützenhofes der beiden Vereine Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V. Diese Vereine wollen nun gern das Grundstück an die Stadt verkaufen. Geschäftsmäßig betrachtet, liegt ein außerordentlich günstiges Angebot vor. Der Kaufpreis für das rd. 3,4 ha große Gelände beträgt 17.000 RM. Die Hypotheken sind abgelöst. Die Vereine haben als Entschädigung für das durch Feindeinwirkung zerstörte Wirtschaftsgebäude soviel Geld bekommen, daß sie die gesamten Hypotheken ablösen konnten. Etwas ungünstig für die Stadt ist die von den Schützenvereinen vertraglich ausbedungene Verpflichtung, der Schützengesellschaft für die Dauer von 30 Jahren je 4 Schießstände für Klein- und Großkaliber in Kopperpahl oder sonstigen Schießständen an allen Sonntagnachmittagen von 14 - 20 Uhr und an allen Mittwochnachmittagen von 13 - 20 Uhr unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind diese Stände der Schützengesellschaft an drei Tagen in jedem Jahre zur Abhaltung des Königschießens

zur

zur Verfügung zu stellen. Bei Großveranstaltungen oder sonstigen Gelegenheiten, die im allgemeinen Interesse liegen, ist die Schützengesellschaft verpflichtet, die gesamte Schießstandanlage auch während der vorerwähnten Zeiten freizugeben. Darüber, was im Interesse der Allgemeinheit liegende Veranstaltungen sind, entscheidet in jedem Falle die Stadtgemeinde Kiel als Eigentümerin. Kann die Verpflichtung auf stadteigenen Schießständen nicht erfüllt werden, so ist die Stadt berechtigt, sie durch einen Geldbetrag in Höhe der Miete für Ersatzstände abzulösen. Die Prüfung dieser Regelung der Ablösung hat ergeben, daß der Ankauf auch mit dieser etwas ungünstigen und unbequemen Bestimmung noch außerordentlich günstig ist, so daß es sich empfiehlt, sie in Kauf zu nehmen. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

2. Übernahme der Fernheizanlagen in der inneren Stadt von der Firma Rudolf Otto Meyer, Kiel, und der vom Maschinenamt der Stadt Kiel unmittelbar betreuten alten Fernheizanlage auf die Stadtwerke (Vorl.145).

Betriebsdirektor Plöger erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

3. Bereitstellung von Mitteln bei Haushaltsstelle 023/901 für 1942 (Einbau von feuersicheren Gelassen). - Vorl. 146 -.

Stadtdirektor Thomsen erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

4. Übernahme der Ortsnetze der Lichtgenossenschaften Wittenberger-Passau, Mielkendorf und Boksee (Vorl.147).

Betriebsdirektor Plöger erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

5. Abschluß von Konzessionsverträgen mit der Gemeinde Martensrade - für Wittenberger-Passau, mit der Gemeinde Boksee - für Boksee und mit der Gemeinde Mielkendorf - für Mielkendorf zwecks unmittelbarer Versorgung mit elektrischer Arbeit (Vorl.148).

Betriebsdirektor Plöger erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

6.

6. Aufschließungsarbeiten für Behelfsbauten für Bombengeschädigte (Vorl.149).

Stadtrat Linde erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

7. Erhöhung der Haushaltsstelle 023/632 (Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sachliche Verwaltungskosten (Vorl. 150).

Stadtdirektor Thomsen erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben geringfügiger Art (Vorl.151).

Stadtrat Dr. Völckers erläutert die Vorlage. Oberbürgermeister unterstreicht die Zweckmäßigkeit dieser Verwaltungsvereinfachung.- Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

9. Verkauf des Grundstücks Manrade an Fräulein Schröder (Vorl.152).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. Die Stadt hat vor 2 Jahren den Rest der Repenning'schen Baumschule an der Straße Manrade erworben. Es bestand die Absicht, das Gelände in kleine Eigenheimgrundstücke aufzuteilen. Die Arbeiten sind während des Krieges zurückgestellt worden. Zu dem Anwesen gehört ein Grundstück mit starkem Baumwuchs, das nicht aufgeteilt werden kann, ohne daß der ganz besondere landwirtschaftliche Reiz verloren geht. Vor einiger Zeit ist die Bildhauerin Schröder an die Stadt herangetreten mit der Bitte, ihr dieses Grundstück zur Verfügung zu stellen. Fräulein Schröder ist seit Jahren bemüht, sich ein Grundstück zu sichern, auf dem sie sich später ein Atelier errichten kann. Sie wünscht dringend, schon jetzt eine Entscheidung herbeizuführen, da sie ein Grundstück an der von der Goltzallee an der Hand hat, das allerdings ihren Wünschen nicht ganz entspricht. Da auch die Stadtplanung Wert darauf legt, daß der einheitliche Bestand dieses Gesamtgeländes wegen seiner landwirtschaftlichen Eigenart erhalten bleibt, soll das Grundstück ausnahmweise schon jetzt an Fräulein Schröder verkauft werden. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

10. Verkauf einer unbebauten Fläche an der verlängerten Königstraße an die Wohnbau GmbH. Berlin-Dahlem (Vorl.153).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinde-

räte

räte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

11. Austausch mit Karl Lübbe an der Hackelstraße (Vorl.154).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

12. Erhöhung der Haushaltsstelle 524/631 (Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel)(Vorl.155).

Oberbürgermeister erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

13. Ankauf Karlstal 40 (Vorl.156).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. Das Grundstück Karlstal 40 soll später zusammen mit dem Eckgrundstück für die Erweiterung der Kaiserstraße, die zur Hauptverkehrsstraße in Gaarden ausgebaut werden soll, sowie des Karlstals in Anspruch genommen werden. Der Erwerb für die Stadt ist unbedingt wünschenswert. Die Kaufbedingungen sind erträglich. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

14. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte: Es ist nichts zu berichten.

15. Verschiedenes. ./.

B e g l a u b i g t !

[illegible] Eggers

[illegible]

Andree

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I A 1736

Vorlage 144.

K i e l , den 4. Februar 1943.

Betrifft: Ankauf des Schützenhofes Kopperpahl von der Schützengesellschaft Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V.
Ausgelegt: Beglaubigte Abschrift eines beurkundeten Angebots.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs. 1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadt Kiel erwirbt von der Schützengesellschaft Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V.
   a) die Parzelle 114/38 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Kronshagen, groß 231 qm, verzeichnet im Grundbuch von Kronshagen, Bd.2, Blatt 61,
   b) die Parzellen 196/43 und 197/48 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Kronshagen, groß 8.435 qm und 6345 qm, verzeichnet im Grundbuch von Suchsdorf Bd.2, Bl. 54,
   c) die Parzelle 198/44 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Kronshagen, groß 18.840 qm, verzeichnet im Grundbuch von Suchsdorf, Bd.3, Blatt 101,

   zum Preise von 17.000,-- RM, im übrigen zu den Bedingungen der beurkundeten Angebote vom 13.10.42, 18.11.42 und 25.1.43.
2. Das Kaufgeld von 17.000,-- RM zuzüglich 1.000,-- RM für Kosten und Steuern, insgesamt 18.000,-- RM ist unter Entnahme aus V 920/120 bei V 921/140 zur Ausgabe bereit zu stellen.

   Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

Begründung.

Die Stadt Kiel beabsichtigt, den Schießsport als öffentliche Aufgabe zu fördern. Der Erwerb des Schützenhofes Kopperpahl, der größten nichtmilitärischen Schießstandanlage im Stadtgebiet, gibt der Stadt die erwünschte Gelegenheit, auf die Ausübung des Schießsports Einfluß zu gewinnen.

Für den Fall, daß es sich mit der planvollen Ausgestaltung des Stadtgebiets vereinbaren läßt, ist in Aussicht genommen, auf dem Gelände des Schützenhofs unter Hinzuerwerb weiterer Flächen eine allen Ansprüchen genügende moderne Großschießstandanlage zu schaffen.

I.V.

R u l f f s .

Vorlage 145.

Stadtwerke Kiel
-T/Kl/Wi.-

K i e l , den 27. Januar 1943.

Betrifft: Übernahme der Fernheizanlagen in der inneren Stadt von der Firma Rudolf Otto M e y e r , Kiel, und der vom Maschinenamt der Stadt Kiel unmittelbar betreuten alten Fernheizanlage auf die Stadtwerke.

\- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 DGO. vorher zu hören.

\- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Nach Ablauf der diesjährigen (1943) Heizperiode werden die von der Fa. Rudolf Otto Meyer errichteten und betriebenen Fernheizanlagen einschl. der vom Maschinenamt außerhalb des Kraftwerkes Humboldtstraße betreuten alten Fernheizanlage in das Eigentum der Stadt Kiel übernommen. Der hierfür aufzuwendende Betrag beläuft sich auf 4.600,-- RM.

Der Fernheizer J a u e r des Maschinenamtes wird von den Stadtwerken übernommen.

Begründung.

Die 1922 von der Firma R.O.M. errichteten und seitdem betriebenen Fernheizanlagen in der inneren Stadt können mit Ablauf der diesjährigen Heizperiode kostenlos in das Eigentum der Stadt Kiel übernommen werden. Für die nach 1922 erstellten Erweiterungen der Fernheizanlagen vergütet die Stadt Kiel bei der Übernahme an R.O.M. den Gestehungspreis dieser Anlagen, abzüglich einer Abschreibung von 5% / Jahr seit der Herstellung. Der hierfür aufzuwendende Betrag beläuft sich auf 4.600,-- RM.

Von den genannten Fernheizanlagen außerhalb des Kraftwerkes Humboldtstraße betreut das Maschinenamt einen kleinen Teil dieser Anlagen unmittelbar am Werk Humboldtstraße und zwar die Versorgung der Gebäude der Stadtwerke, des Wichmannstiftes, der Handelslehranstalten, der Graf-Spee-Schule und der Handwerkerschule.

Die Übernahme der Anlagen erfolgt biseinschl. der Wärmeaustausch- und Meßanlagen für jedes Gebäude. Die Verteilungs- und Heizanlagen jedes Gebäudes bleiben Eigentum und in der Verwaltung der jetzigen Besitzer.

Nach der Übernahme dieses Betriebes auf die Stadtwerke kann mit einem Rein-Überschuß von 60 - 70.000,-- RM / Jahr gerechnet werden.

P l ö g e r .

Vorlage 146.

Stadternährungsamt.
Abt. B.

K i e l , den 19. Januar 1943.

Betrifft: Bereitstellung von Mitteln bei Haushaltsstelle 023/901 für 1942 (Einbau von feuersicheren Gelassen).

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Bereitstellung von Mitteln bei Haushaltsstelle 023/901 für 1942 (neue Position) in Höhe von 2.880,-- RM für die "Schaffung von feuersicheren Gelassen in den Bezirksausgabestellen" zu. Die Deckung erfolgt durch Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln bei Haushaltsstelle 98/791.

Begründung.

Für die feuersichere Unterbringung der Karteien und der Bezugskarten, Bezugscheine und Berechtigungsscheine während der dienstfreien Zeit ist die Schaffung von besonderen Gelassen in den Bezirksausgabestellen 1, 5, 7 und 7a dringend erforderlich geworden, da eine Vernichtung der Karteien und der Bezugsunterlagen durch Feuer zu einer erheblichen Gefährdung der Verbraucherversorgung in diesen Bezirksausgabestellen führen würde. Die Kosten des Einbaues feuersicherer Gelasse belaufen sich nach dem anliegenden Kostenanschlag des Herrn Stadtoberbaudirektors auf 2.880,-- RM.

T h o m s e n .

Vorlage 147.

Stadtwerke Kiel
-T/Kl/Wi.-

K i e l , den 1. Februar 1943.

Betrifft: Übernahme der Ortsnetze der Lichtgenossenschaften Wittenberger-Passau, Mielkendorf und Boksee.

\- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 DGO. vorher zu hören.

\- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Der anliegende Ortsnetzübernahmevertrag mit der Elektrizitäts-Genossenschaft Boksee tritt am 1. Dezember 1942 in Kraft, der Kaufpreis beträgt 7.120,-- RM; der Vertrag Mielkendorf tritt gleichfalls am 1. Dezember 1942 in Kraft, Kaufpreis 6.630,-- RM; der Vertrag Wittenberger-Passau tritt am 1. Februar 1943 in Kraft, die Übernahme erfolgt kostenlos. Neben den vereinbarten Kaufpreisen von zusammen 13.750 RM wird ein weiterer Betrag von 7.050 RM an den Verband der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Gewährung von Härteausgleichen an die drei Elektrizitätsgenossenschaften gezahlt.

Begründung.

Im Rahmen der vom Generalinspektor für Wasser und Energie im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister vorgesehenen Flurbereinigung sollen die vereinzelt über das Reich verteilten sogenannten "Lichtgemeinschaften" von den zuständigen Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen übernommen werden.

Auf Wunsch des Gauleiters soll versucht werden, nicht nur die Lichtgemeinschaften, sondern auch alle sonstigen Wiederverkäufer-Unternehmen aufzulösen. Die Stadtwerke haben mit den in ihrem Versorgungsgebiet vorhandenen Unternehmen diesbezüglich verhandelt.

Nach den Verträgen übereignen die Genossenschaften den Stadtwerken schulden- und lastenfrei die in ihrem Eigentum befindlichen Ortsnetze mit allem Zubehör bis zur Hausanschlußsicherung einschließlich.

Vom Tage der Übernahme übernehmen die Stadtwerke die Belieferung der einzelnen Stromabnehmer nach den Kieler Tarifsätzen.

Die Wirtschaftlichkeit der drei Ortsnetze ist gegeben.

Die Kaufpreise wurden nach den Sätzen der Schleswig-Holsteinischer Stromversorgungs-AG. (Schleswag) ermittelt. Hiernach setzt sich der Kaufpreis zusammen aus: 10% des Anschaffungswertes und Buchwert, der nach dem Lebensalter der Netze errechnet wurde, und für je 1.000 kw jährlicher Stromabgabe 100,-- RM. Diese Sätze sind im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten in Schleswig, dem Verband des Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Schleswag festgelegt worden. Die Schleswag hat nach diesen Sätzen etwa 300 Genossenschaften in Schleswig-Holstein übernommen.

Der nach diesen Sätzen für die Genossenschaften Boksee, Mielkendorf und Wittenberger-Passau ermittelte gesamte Übernahmepreis beträgt 20.800,-- RM. Da bei der vorstehend angeführten Ermittlung der Kaufpreise der unterschiedliche Ertragswert der einzelnen Ortsnetze nicht entsprechend Berücksichtigung findet, wurde mit dem Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften, der an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt war, vereinbart, daß die Differenz von 7.050 RM, die sich gegenüber des errechneten Übernahmepreises von 20.800 RM und den vertraglich vereinbarten Kaufpreisen ergibt, von den Stadtwerken an den Verband ausgezahlt wird.

Der

Der Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften nimmt die Aufteilung der 7.050,-- RM vor, und zahlt als Härteausgleich an die

Elektrizitätsgenossenschaft	Wittenberger-Passau	5.000,-- RM
"	Mielkendorf	1.170,-- "
"	Boksee	880,-- " .

P l ö g e r .

Vorlage 148.

70

Stadtwerke Kiel
-T/Kl/Wi.-

K i e l , den 3. Februar 1943

Betrifft: Abschluß von Konzessionsvertfägen mit der Gemeinde Martensrade - für Wittenberger-Passau, mit der Gemeinde Boksee - für Boksee, und mit der Gemeinde Mielkendorf - für Mielkendorf zwecks unmittelbarer Versorgung mit elektrischer Arbeit.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Der anliegende Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Martensrade tritt am 1. Februar 1943 in Kraft, die Verträge mit den Gemeinden Boksee und Mielkendorf am 1. Dezember 1942.

Begründung.

Die Stadtwerke übernehmen zu den oben angeführten Terminen die Netze der Ortschaften Wittenberger-Passau, Boksee und Mielkendorf. Von diesem Zeitpunkt ab beliefern die Stadtwerke die Abnehmer unmittelbar nach den allgemeinen für die Stadtwerke jeweils gültigen Stromlieferungsbedingungen für Niederspannung.

Auf der Grundlage des anliegenden Konzessionsvertrages erteilen die Gemeinden Martensrade, Boksee und Mielkendorf den Stadtwerken das Recht zur Versorgung der zu diesen Gemeinden gehörigen Orte mit elektrischer Arbeit. Die Stadtwerke können die Rechte und Pflichten aus diesen Verträgen mit Zustimmung der Gemeinden auch einem Rechtsnachfolger übertragen.

P l ö g e r .

Vorlage 149.

Der Stadtoberbaudirektor
Aufgabengebiet: Tiefbauwesen.

K i e l , den 13. Februar 1943.

Betrifft: Aufschließungsarbeiten für Behelfsbauten für Bombengeschädigte.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses werden zu Aufschließungsarbeiten für Behelfsbauten für Bombengeschädigte 41.500,-- RM benötigt. Davon entfallen 16.500,-- RM auf die Herstellung eines Regen- und Schmutzwasserkanals im Ellerbeker Weg zwischen Preetzer Chaussee und Innsbrucker Allee. Die Kosten fallen der Stadt zur Last, die Mittel werden bei einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle V 7104/145 bereitgestellt und der Kanalerweiterungsrücklage entnommen. Die restlichen 25.000,-- RM betreffen Zuwegungen und Kanalanschlußleitungen zu den Behelfsbauten. Bei diesen Kosten steht noch nicht fest, ob sie vom Reich oder der Stadt zu tragen sind. Sie werden bei einem neu einzurichtenden Vorschußkonto bereitgestellt.

Begründung.

Auf Grund einer Anordnung des Reichswohnungskommissars vom 17.9.1942 ist in Kiel die Errichtung von Behelfsbauten für Bombengeschädigte geplant. Die Kosten für die Errichtung der Bauten trägt das Reich, bezüglich der Zuwegungen von der Straße zu den Häusern, der Versorgungs- und Kanalanschlußleitungen besteht z. Zt. Unklarheit, ob die Kosten vom Reich oder der Stadt zu tragen sind. Vorläufig kommt die Herstellung von 12 Behelfsbauten mit je 16 Wohnungen in Frage. Die Bauten werden an ausgebauten Strassen errichtet und zwar in der Prinz-Heinrich-Straße, Achterkamp, Virchowstraße, Langer Rehm, Hackelstraße und Ellerbeker Weg. Für die Ableitung der Abwässer sind getrennte Anschlußleitungen für Regen- und Schmutzwasser erforderlich. Im Ellerbeker Weg zwischen Preetzer Chaussee und Innsbrucker Allee ist noch keine Kanalisation vorhanden. Sie muß im Zusammenhang mit der Errichtung der Behelfsbauten in einer Länge von 165 m hergestellt werden. Die Ausführung dieser Kanalarbeiten ist nicht nur für die Behelfsbauten erforderlich, sondern gehört zum endgültigen Ausbau der Straße. Die Kosten in Höhe von 16.500,-- RM sind daher von der Stadt zu tragen. Um die Herstellung der Zuwegungen und Kanalanschlußleitungen, deren Kosten auf 25.000 RM veranschlagt sind, nicht zu verzögern, soll die Stadt zunächst in Vorlage treten; die Mittel sind bei einem Vorschußkonto bereitzustellen.

L i n d e .

Vorlage 150.

Stadternährungsamt
Abt. B

K i e l , den 17. Februar 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 023/632 (Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sachliche Verwaltungskosten).

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Erhöhung der Haushaltsstelle 023/632 um 20.000,-- RM zu. Die Dekkung erfolgt durch Mehreinnahme bei Haushaltsstelle 023/17.

Begründung.

Durch die Ausdehnung der Bewirtschaftung auf weitere Nahrungsmittel im Laufe des Rechnungsjahres wurde wiederholt die Ausgabe von Sonderbezugskarten und -ausweisen erforderlich, die eine erheblich stärkere Inanspruchnahme der Haushaltsstelle 023/632 herbeiführte, als vorauszusehen war. Von den zur Verfügung stehenden 180.000,-- RM sind bisher rund 175.000,-- RM verausgabt worden. Es stehen demnach nur noch 5.000,-- RM für Druckkosten, Vordrucke und amtliche Bekanntmachungen zur Verfügung. Für die Herstellung der Lebensmittelkarten werden jedoch noch 20.000,-- RM und für amtliche Bekanntmachungen, Beschaffung von Vordrucken und Materialien schätzungsweise noch 5.000,-- RM benötigt. Daraus wird sich eine Haushaltsüberschreitung von 20.000,-- RM ergeben. Die Mehrkosten für Sonderbezugskarten und -ausweise werden aber vom Reich wieder erstattet. Bei Haushaltsstelle 023/17 sind gegenüber einem Voranschlags-Soll von 377.891,-- RM bisher bereits 362.000,-- RM vereinnahmt worden. Mit einem Eingang von weiteren 80.000,-- RM bis zum Ende des Haushaltsjahres ist noch zu rechnen.

T h o m s e n .

Vorlage 151.

Kämmereiverwaltung.
- - -

K i e l , den 5. März 1943.

Betrifft: Über- und außerplanmäßige Ausgaben geringfügiger Art.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs. 1 DGO. zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Die Grenze, innerhalb der über- und außerplanmäßige Ausgaben im ordentlichen Haushalt nach § 55 Abs. 1 Ziff. 12 DGO. ohne Anhörung der Gemeinderäte geleistet werden dürfen, wird von 500 RM auf 1.000 RM für den Einzelfall erhöht. Voraussetzung für den Verzicht auf die Anhörung der Gemeinderäte ist, daß für die Ausgabe ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt und entsprechende Dekkungsmittel zur Verfügung stehen.

Begründung.

Nach § 55 Abs. 1 Ziff. 12 der Deutschen Gemeindeordnung muß den Gemeinderäten Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden vor der Bereitstellung von Mitteln für über- und außerplanmäßige Ausgaben, soweit diese nicht geringfügig sind. Durch Entschließung vom 20.6.1935 - Drs. 227 - ist die obere Grenze für geringfügige Nachbewilligungen auf 500 RM für den Einzelfall festgesetzt worden. Die nunmehr vorgesehene Erhöhung auf 1.000 RM für den Einzelfall trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Verwaltung zu vereinfachen und Papier einzusparen.

I.V.

Dr. V ö l c k e r s .

Vorlage 152.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I 397.

K i e l , den 4. März 1943.

Betrifft: Verkauf des Grundstücks Manrade an Fräulein Schröder.
Ausgelegt: 1 beglaubigte Abschrift des beurkundeten Angebots vom 9.1.1943 und des Zusatzangebots vom 19.2.1943.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

a) Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an Fräulein Getrud Wiebke S c h r ö d e r , Kiel, Beseler Allee 11, die Parzellen 843/4, und 844/4 des Kartenblatts 4 von Wik, groß insgesamt 3654 qm, eingetragen im Grundbuch von Wik, Blatt 510 bezw. 511 zum Preise von 1,50 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 9.1./19.2.1943.

b) Der Kaufpreis in Höhe von 5.481 RM zuzüglich 400 RM Entschädigung für den vorhandenen Baumbewuchs sind bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

Begründung.

Fräulein Schröder gehört zu den wenigen in Kiel ansässigen ausübenden Künstlern und verdient besondere Förderung. Sie ist mit ihrem Atelier unzureichend untergebracht. Durch den Verkauf des vorstehend bezeichneten Grundstücks soll eine Voraussetzung dafür erfüllt werden, daß sie sich durch Neubau eines Ateliers und eines Wohnhauses eine Umgebung schaffen kann, die ihrer künstlerischen Tätigkeit förderlich ist.

N i e m e y e r .

Vorlage 153.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I 138

K i e l 1, den 4. März 1943.

Betrifft: Verkauf einer unbebauten Fläche an der verlängerten Königstraße an die Wohnbau GmbH. Berlin-Dahlem.

Ausgelegt: Beglaubigte Abschrift eines beurkundeten Angebots.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Absatz 1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an die Wohnbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung aus Berlin-Dahlem, Lentzeallee 107, zum Bau von Kleinwohnungen die Parzellen 944/68, 945/68 und 946/68 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Holtenau, groß 2715, 962 und 1802 qm, insgesamt 5479 qm, eingetragen im Grundbuch von Holtenau, Band 7, Blatt 248, zum Preise von 2,50 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 23.2.1943.
2. Der Kaufpreis in Höhe von 13.697,50 RM ist bei V 920/86 zu vereinnahmen.

Begründung.

Die Wohnbau GmbH., führt in Holtenau westlich und südlich der Dankeskirche ein größeres Bauvorhaben für die Errichtung von Wohnungen für Luftwaffenangehörige aus. Zur Durchführung des letzten Bauabschnittes waren umfangreiche Verhandlungen mit den verschiedenen Grundstückseigentümern zu führen, die durch den Beauftragten der Wohnbau GmbH., Architekt Stoffers, zum Abschluß gebracht worden sind. Für das Bauvorhaben wird auch die vorstehend bezeichnete der Stadt Kiel gehörende Fläche benötigt. Damit die von Stoffers geleistete wertvolle Vorarbeit nicht verloren geht, soll der Verkauf des zum Bauvorhaben benötigten städtischen Grundstücks nicht bis zum Kriegsende zurückgestellt werden.

N i e m e y e r .

Vorlage 154.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I A 1800

K i e l , den 4. März 1943. 76

Betrifft: Austausch mit Karl L ü b b e an der Hackelstraße.
Ausgelegt: Beglaubigte Schrift eines beurkundeten Angebots sowie 1 Lageplan.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Absatz 1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Zwischen der Stadtgemeinde Kiel und dem Klempnermeister Karl Heinrich L ü b b e aus Kiel-Elmschenhagen, Meitzenstr. 2, wird der nachstehende Grundstücksaustausch durchgeführt:
   a) Die Stadt Kiel erwirbt das im Lageplan des Stadtoberbaudirektors - Aufgabengebiet: Stadtplanung - vom 22.10.1942 rot angelegte Teilstück der Parzelle 533/20 des Kartenblatts 3 von Elmschenhagen, Grundbuch von Elmschenhagen, Band 28 Blatt 715, groß etwa 300 qm.
   b) Lübbe erwirbt die in dem oben genannten Lageplan blau angelegte Fläche, Teilstück der Parzelle 720/11 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Elmschenhagen, Grundbuch von Elmschenhagen, Band 1 Blatt 26, in derselben Größe wie die durch die Stadt erworbene Fläche.

   Die Flächen werden schlicht um schlicht ohne gegenseitige Zuzahlung getauscht. Im übrigen sind die Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 30.12.1942/2.2.1943 maßgebend.
2. Die durch den Austausch entstehenden Kosten in Höhe von 120 RM werden unter Entnahme aus V 920/120 bis V 920/146 zur Ausgabe bereitgestellt.
   Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

Begründung.

Die Stadt Kiel beabsichtigt, auf der Parzelle 720/11 in dem Winkel zwischen Preetzer Chaussee und Hackelstraße eine Reihe von Anlagen für städtische Betriebe zu schaffen. Da eine Ausfahrt nach der Preetzer Chaussee nicht genehmigt würde, muß eine Auffahrt von der Hackelstraße geschaffen werden. Hierzu dient die von Lübbe erworbene Fläche. L. war nur bereit, diese Fläche gegen Übereignung einer gleich großen Fläche aus der Parzelle 720/11 abzugeben.

N i e m e y e r .

Vorlage 155.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt

K i e l , den 4. März 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 524/631 (Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel).

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabwendbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 524/631 (Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel von 6.500,-- RM nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Zum Ausgleich wird das Einnahmesoll bei Haushaltsstelle 524/22 (Kur-, Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen um 6.500,-- RM erhöht.

Begründung.

Die Mehrausgabe an Verbandzeug usw. ist eine Folge der stärkeren Belegung. Die Mehrausgabe wird durch Mehreinnahmen an Kur- und Verpflegungskosten ausgeglichen.

I.V.
H a n s e n .

Vorlage 156.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I A 1804

K i e l , den 5. März 1943.

Betrifft: Ankauf Karlstal 40.
Ausgelegt: Beglaubigte Abschrift eines beurkundeten Angebots.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs. 1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadt Kiel erwirbt von dem Sattler Wilhelm L e h m k u h l aus Kiel-Gaarden, Karlstal 40, das bebaute Grundstück Karlstal Nr. 40, verzeichnet im Grundbuch von Kiel-Gaarden, Band 13 Blatt 609, Parzelle 113/1 des Kartenblatts 5 der Gemarkung Gaarden P, groß 805 qm, zum Preise von 61.500 RM, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 4.3.1943.
2. Der Kaufpreis von 61.500 RM zuzüglich Kosten und Steuern in Höhe von 3.300 RM, insgesamt 64.800 RM, wird unter Entnahme aus V 920/120 bei V 921/142 zur Ausgabe bereitgestellt.
Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

Begründung.

Das Grundstück Karlstal 40 muß für den fluchtlinienmäßigen Ausbau der Kaiserstraße, die zur Hauptverkehrsstraße entwickelt werden soll, sowie des Karlstals in Anspruch genommen werden. Es wird von dem Eigentümer freihändig angeboten. Die Gefahr, daß die Stadt Kiel später unter lästigen Bedingungen zur Enteignung schreiten müßte, wird durch den freihändigen Erwerb ausgeräumt. Bis zur Inanspruchnahme für die Straßenverbreiterung läßt sich das Grundstück ohne Unterschuß verwalten.

N i e m e y e r .

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Ankauf des Schützenhofes Kopperpahl von der Schützengesellschaft Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V.

(Vorl.144)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 **bestimme ich;**

1. Die Stadt Kiel erwirbt von der Schützengesellschaft Kieler Schützenverein und Brunswiker Schützengilde von 1638 e.V.
   a) die Parzelle 114/38 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Kronshagen, groß 231 qm, verzeichnet im Grundbuch von Kronshagen, Bd.2, Bl. 61,
   b) die Parzellen 196/43 und 197/48 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Kronshagen, groß 8.435 qm und 6.345 qm, verzeichnet im Grundbuch von Suchsdorf Bd.2, Bl. 54,
   c) die Parzelle 198/44 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Kronshagen, groß 18.840 qm, verzeichnet im Grundbuch von Suchsdorf Bd. 3, Bl. 101,

   zum Preise von 17.000,-- RM, im übrigen zu den Bedingungen der beurkundeten Angebote vom 13.10.42, 18.11.42 und 25.1.43.
2. Das Kaufgeld von 17.000,-- RM zuzüglich 1.000,-- RM für Kosten und Steuern, insgesamt 18.000,-- RM, ist unter Entnahme aus V 920/120 bei V 921/140 zur Ausgabe bereit zu stellen.

   Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

[signature]

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Übernahme der Fernheizanlagen in der inneren Stadt von der Firma Rudolf Otto M e y e r , Kiel, und der vom Maschinenamt der Stadt Kiel unmittelbar betreuten alten Fernheizanlage auf die Stadtwerke.

(Vorl.145)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 **bestimme ich,**

Nach Ablauf der diesjährigen (1943) Heizperiode werden die von der Fa. Rudolf Otto Meyer errichteten und betriebenen Fernheizanlagen einschl. der vom Maschinenamt außerhalb des Kraftwerkes Humboldtstraße betreuten alten Fernheizanlage in das Eigentum der Stadt Kiel übernommen. Der hierfür aufzuwendende Betrag beläuft sich auf 4.600,-- RM.

Der Fernheizer J a u e r des Maschinenamtes wird von den Stadtwerken übernommen.

K i e l , den 11. März 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Bereitstellung von Mitteln bei Haushaltsstelle 023/901 für 1942 (Einbau von feuersicheren Gelassen).

(Vorl.146)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 ~~xbestimme ich~~,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Bereitstellung von Mitteln bei Haushaltsstelle 023/901 für 1942 (neue Position) in Höhe von 2.880,-- RM für die "Schaffung von feuersicheren Gelassen in den Bezirksausgabestellen" zu. Die Deckung erfolgt durch Entnahme aus den Vorbehaltsmitteln bei Haushaltsstelle 98/791.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Übernahme der Ortsnetze der Lichtgenossenschaften Wittenberger-Passau, Mielkendorf und Boksee.

(Vorl.147)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 **bestimme ich:**

Der anliegende Ortsnetzübernahmevertrag mit der Elektrizitäts-Genossenschaft Boksee tritt am 1. Dezember 1942 in Kraft, der Kaufpreis beträgt 7.120,-- RM; der Vertrag Mielkendorf tritt gleichfalls am 1. Dezember 1942 in Kraft, Kaufpreis 6.630,-- RM; der Vertrag Wittenberger-Passau tritt am 1. Febfuar 1943 in Kraft, die Übernahme erfolgt kostenlos. Neben den vereinbarten Kaufpreisen von zusammen 13.750 RM wird ein weiterer Betrag von 7.050 RM an den Verband der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Gewährung von Härteausgleichen an die drei Elektrizitätsgenossenschaften gezahlt.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Abschluß von Konzessionsverträgen mit der Gemeinde Martensrade - für Wittenberger-Passau, mit der Gemeinde Boksee - für Boksee, und mit der Gemeinde Mielkendorf - für Mielkendorf zwecks unmittelbarer Versorgung mit elektrischer Arbeit.

(Vorl.148)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 **bestimme ich,:**

Der anliegende Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Martensrade tritt am 1. Februar 1943 in Kraft, die Verträge mit den Gemeinden Boksee und Mielkendorf am 1. Dezember 1942.

K i e l , den 11. März 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Aufschließungsarbeiten für Behelfsbauten für Bombengeschädigte.

(Vorl.149)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 **bestimme ich:**

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses werden zu Aufschließungsarbeiten für Behelfsbauten für Bombengeschädigte 41.500,-- RM benötigt. Davon entfallen 16.500,-- RM auf die Herstellung eines Regen- und Schmutzwasserkanals im Ellerbeker Weg zwischen Preetzer Chaussee und Innsbrucker Allee. Die Kosten fallen der Stadt zur Last, die Mittel werden bei einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle V 7104/145 bereitgestellt und der Kanalerweiterungsrücklage entnommen. Die restlichen 25.000,-- RM betreffen Zuwegungen und Kanalanschlußleitungen zu den Behelfsbauten. Bei diesen Kosten steht noch nicht fest, ob sie vom Reich oder der Stadt zu tragen sind. Sie werden bei einem neu einzurichtenden Vorschußkonto bereitgestellt.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 023/632 (Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sachliche Verwaltungskosten.

(Vorl.150)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Erhöhung der Haushaltsstelle 023/632 um 20.000,-- RM zu. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahme bei Haushaltsstelle 023/17.

K i e l , den 11. März 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben geringfügiger Art.

(Vorl.151)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 bestimme ich:

Die Grenze, innerhalb der über- und außerplanmäßige Ausgaben im ordentlichen Haushalt nach § 55 Abs. 1 Ziff. 12 DGO. ohne Anhörung der Gemeinderäte geleistet werden dürfen, wird von 500 RM auf 1.000 RM für den Einzelfall erhöht. Voraussetzung für den Verzicht auf die Anhörung der Gemeinderäte ist, daß für die Ausgabe ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt und entsprechende Deckungsmittel zur Verfügung stehen.

K i e l , den 11. März 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verkauf des Grundstücks Manrade an Fräulein
S c h r ö d e r .

(Vorl.152)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 bestimme ich;

a) Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an Fräulein Gertrud Wiebke S c h r ö d e r , Kiel, Beseler Allee 11, die Parzellen 843/4 und 844/4 des Kartenblatts 4 von Wik, groß insgesamt 3654 qm, eingetragen im Grundbuch von Wik, Blatt 510 bezw. 511 zum Preise von 1,50 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 9.1./19.2.1943.

b) Der Kaufpreis in Höhe von 5.481 RM zuzüglich 400 RM Entschädigung für den vorhandenen Baubewuchs sind bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

K i e l , den 11. März 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verkauf einer unbebauten Fläche an der verlängerten Königstraße an die Wohnbau GmbH. Berlin-Dahlem.

(Vorl.153)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 bestimme ich:

1. Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an die Wohnbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung aus Berlin-Dahlem, Lentzeallee 107, zum Bau von Kleinwohnungen die Parzellen 944/68, 945/68 und 946/68 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Holtenau, groß 2715, 962 und 1802 qm, insgesamt 5479 qm, eingetragen im Grundbuch von Holtenau, Band 7, Blatt 248, zum Preise von 2,50 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 23.2.1943.
2. Der Kaufpreis in Höhe von 13.697,50 RM ist bei V 920/86 zu vereinnahmen.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Austausch mit Karl Lübbe an der Hackelstraße.

(Vorl.154)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 bestimme ich:

1. Zwischen der Stadtgemeinde Kiel und dem Klempnermeister Karl Heinrich L ü b b e aus Kiel-Elmschenhagen, Meitzenstr.2, wird der nachstehende Grundstücksaustausch durchgeführt:

   a) Die Stadt Kiel erwirbt das im Lageplan des Stadtoberbaudirektors - Aufgabengebiet: Stadtplanung - vom 22.10.1942 rot angelegte Teilstück der Parzelle 533/20 des Kartenblatts 3 von Elmschenhagen, Grundbuch von Elmschenhagen, Band 28, Blatt 715, groß etwa 300 qm.

   b) Lübbe erwirbt die in dem oben genannten Lageplan blau angelegte Fläche, Teilstück der Parzelle 720/11 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Elmschenhagen, Grundbuch von Elmschenhagen, Band 1, Blatt 26, in derselben Größe wie die durch die Stadt erworbene Fläche.

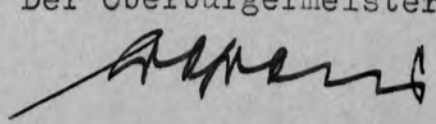
   Die Flächen werden schlicht um schlicht ohne gegenseitige Zuzahlung getauscht. Im übrigen sind die Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 30.12.1942/2.2.1943 maßgebend.

2. Die durch den Austausch entstehenden Kosten in Höhe von 120 RM werden unter Entnahme aus V 920/120 bis V 920/146 zur Ausgabe bereitgestellt.

   Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.



Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 524/631 (Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel).

(Vorl.155)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

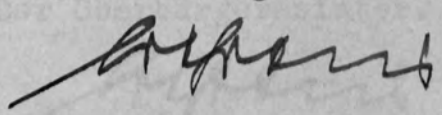
am 11. März 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabwendbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 524/631 (Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel) von 6.500,-- RM nach § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Zum Ausgleich wird das Einnahmesoll bei Haushaltsstelle 524/22 (Kur-, Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen um 6.500,-- RM erhöht.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.



Entschließung des Oberbürgermeisters.

Ankauf Karlstal 40.

(Vorl.156)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 11. März 1943 **bestimme ich:**

1. Die Stadt Kiel erwirbt von dem Sattler Wilhelm L e h m k u h l aus Kiel-Gaarden, Karlstal 40, das bebaute Grundstück Karlstal Nr. 40, verzeichnet im Grundbuch von Kiel-Gaarden, Band 13, Blatt 609, Parzelle 113/1 des Kartenblatts 5 der Gemarkung Gaarden P, groß 805 qm, zum Preise von 61.500 RM, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 4.3.1943.
2. Der Kaufpreis von 61.500 RM zuzüglich Kosten und Steuern in Höhe von 3.300 RM, insgesamt 64.800 RM, wird unter Entnahme aus V 920/120 bei V 921/142 zur Ausgabe bereitgestellt.

Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

K i e l , den 11. März 1943.

Der Oberbürgermeister.

[signature]

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von....400,-...RM bei der -~~neu einzurichtenden~~- Haushaltsstelle ....712/941.....

(.....Beschaffung eines Wagenhebers.....)

gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...712/901..= . . . .400,-..RM

Außerdem wird das Haushaltssoll der Haushaltsstelle 712/940 um . . . .400,-..." erhöht.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

H.-O.-L. S. 15 = 400,-Rk.
" " " " 212 = 400, "
" " " " 210 = 400, "

Kiel, den 11. März 1943 ~~19~~...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

Feuerschutzpolizei

Kenntnis genommen. 12/3.43.

[signature]

An das Hauptamt d.d. Feuerschutzpolizei

Einsparung. Begründung umseitig.

Kommando
der
Feuerschutzpolizei

Kiel, den 4. März 1943.

Im Haushaltsplan 1942 sind für die Beschaffung eines Wagenhebers bei der Haushaltsstelle 712/941 = 450,- RM bereitgestellt worden. Vorgesehen war die Beschaffung eines „Steinbock-Rangierhebers Standard-Sondermodell 5 - Tragkraft 5 to - mit eingebauten Hinterrädern zum Preise von 395,- RM. Die Bestellung erfolgte bei der Fa. Leopold, Holstenstr. 17. Nachdem es mit vieler Mühe gelungen ist, vom Befehlshaber der Ordnungspolizei III, Hamburg, die für die Beschaffung notwendige Eisenkennziffer zu erhalten, teilt nun die Fa. Leopold mit, daß die Fa. Steinbock die Produktion ihrer mechanischen Stützheber hat einstellen müssen. Gleichzeitig unterbreitet die Fa. Leopold ein neues Angebot auf hydraulische Wagenheber - Modell „RB" 5 to und Modell „C" 8 to Tragkraft - die preislich (575,- u. 790,- RM) über den vorhandenen Mitteln liegen.
Der vorhandene Stützheber hat nur eine Tragkraft von 3 to und ist durch Überbeanspruchung zu Bruch gegangen. Durch Schweißen der Bruchstelle wird der Kraftwagenreparaturbetrieb z. Zt. behelfsmäßig durchgeführt. Auch entspricht der vorhandene Stützheber in keiner Weise mehr den für die Unfallverhütung geltenden Sicherheitsbestimmungen.
In Anbetracht der Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung bitte ich um die zusätzliche Bereitstellung von 400,- RM zur Beschaffung eines Rangierhebers mit 8 to Tragkraft. Das Eigengewicht der Löschkraftfahrzeuge liegt über 5 to.
Die Mehrausgabe kann durch Einsparung bei der Haushaltsstelle 712/901 gedeckt werden.

Brünn.

Stadtwerke K i e l .
- Vr./Jn -

Kiel, den 9. März 1943

U.R. mit 1 Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,

durch das Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 2.5oo,-- zu genehmigen.
(Das Angebot der Firma Julius Pintsch vom 1o.4.42 fügen wir mit der Bitte um Rückgabe bei.)

9/3.43.

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausserplanmässigen Ausgabe von RM 2.5oo,-- bei der Finanzplanstelle V 812/ 126 G 75oo/5 gemäss § 15 Abs. 3 Eig.Betr.V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Beschaffung von 2 Satz Teerscheider-Doppelstossglocken. -6568-

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

Kiel, den 17. März 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

S t a d t w e r k e K i e l
Abt.: ..... G. .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 30. Januar 193.3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung ~~-Ausführung-Herstellung-Einbau-~~ von
2 Satz Teerscheider - Doppelstossglocken.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Die jetzt in Betrieb befindlichen Glocken sind im Laufe der Jahre unbrauchbar geworden, sodaß Ersatz dringend notwendig wird.
Die Mittel sind dem Schöpftitel zu entnehmen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 2500,- RM.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 8.43 vorgetragen.
Ergebnis: .....

..... Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Julius Pintsch, Berlin O, 17

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

Fa. Julius Pintsch, Berlin O 17 kommt als Herstellerin der Teerscheider nur in Betracht.
Angebot in den Akten G 3503, Heft 4.

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages ..... RM, zu zahlen mit ...2.500,-..... RM im ..August 1943....
mit ..... RM im .....
mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/126 g 7500/5	2 Satz Teerscheider - Doppelstoßglocken	c) 2.500,-	a) 2.500,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: .....

Kiel, den .....

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt~~

Genehmigt: ....
Unterschrift beider Werkleiter

..... Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~- außer-planmäßigen Ausgabe von 1400,-- RM bei der - neu einzurichtenden - Finanzplanstelle V 811/150 Nk 5790/2 gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereit gestellt zur ..... Beschaffung von Werkzeugen und Messinstrumenten

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

~~Von den bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen bei der Finanzplanstelle V ..... RM~~

~~Der umseitig angegebene Zahlungsplan wir genehmigt.~~

~~Für Monat~~ Die RM 1400,-- werden grundsätzlich ~~RM~~ freigegeben. 6567

Kiel, den 17. März 1943 ~~193~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

439

Begründung umseitig.

Zahlungsplan.

Finanzplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat / Betrag RM
V 811/150 Kto. Nk 5790/2	Beschaffung von 4 Werkzeugen und Messinstrumenten	c) 1400,--	a) 1400,--	

Begründung.

Für die Herstellung von Kabelverbindungen und Schweissungen ist dringend erforderlich, die bestellten Fernholzschweissgeräte zu beschaffen.

Ausserdem werden zur Kontrolle der Umspanner dringend 2 sch bende Messinstrumente benötigt.

Es wird um Bereitstellung und Freigabe der erforderlichen RM 1400,-- gebeten.

~~Abt. N~~

~~gez. Thiessen.~~

Kiel, den 10. März 1943 .....193....

An
den Herrn Oberbürgermeister,
439 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung,
hier.

Stadtwerke K i e l .

Sofort

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 27. Febr. 1943.

-1-

U. u. R. mit 1 Anlage

Herrn Oberbürgermeister - Kämmereiverwaltung

h i e r ,

- d. d. Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 4.600,-- zu genehmigen.

1 Leistungsverzeichnis nebst Schreiben der Fa. Paul Hammers fügen wir mit der Bitte um Rückgabe bei.

Ausger

Z 22/2.43.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausserplanmässigen Ausgabe von RM 4,600,-- bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 811/ 150 Nk 5395/ 2 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für die Herstellung eines Eisenbetonbunkers auf dem Gelände des Umspannwerks Gaarden. -6570-

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

Kiel, den 20. März 1943 ~~1943~~

Der OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet :
Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

Abschrift.

Stadtwerke Kiel.

Abt.: N.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)

Kiel, den 5. Febr. 1943

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,— RM an) auf Lieferung – Ausführung – Herstellung – Einbau von bunkers für die Brandwache für Umspannwerk Gaarden-

1.) Begründung für die Vergebung – Beschaffung – Ausführung von Arbeiten usw.

Die Brandwache des Umspannwerkes Gaarden hat wegen der besonders gefährdeten Lage keinen ausreichenden Schutz gegen Spreng- und Brandbomben In dem bisherigen Unterstellraum im Umspannwerk ist eine Beobachtung der Gebäude und des Geländes nicht möglich. Es ist daher notwendig, ausserhalb des Gebäudes einen besonderen Eisenbetonbunker als Splitterschutz für 4 Personen zu errichten.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 4.600.— RM.

Dem zuständigen Werkleiter zur Einverständniserklärung :

gez. Thiessen.

.....

Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 8.2.43 ja vorgetragen.

Ergebnis: .....

gez. Dr. Siebel

.....

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,— RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung – unter Beifügung der Angebote – für die Vergebung eines Auftrages an die Firma Paul Hammers Hamburg, auf dem Gaswerk Wik für die Stadtwerke beschäftigt und kann diesen Eisenbetonbunker in kürzester Zeit herstellen. Eine andere Firma steht z. Zt. für diese Sofortmassnahme nicht zur Verfügung.

569

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages 4600.-- RM, zu zahlen mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen.~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 811/150 Bk 5395/ 2	Herstellung eines Eisenbeton-bunkers auf dem Gelände des Umspannwerkes Gaarden,	c) 4.600.--	a) 4.600.--

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

gez. Th i e s s e n

Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: . . . . . .

Geprüft: 194

1 o.) Abt. V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . .

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

gez. Dr. Siebel.

Genehmigt: . . . . . .

Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .

Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Entschließung

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außer-planmäßigen Ausgabe von ...100,--..... RM bei der neu einzurichtenden - Finanzplanstelle V 811/150.Nk.5380 ..... gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt zur Beschaffung eines Dienstfahrrades für die Durchführung der Kupferaktion.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

~~Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.~~

~~Der umseitig angegebene Zahlungsplan wird genehmigt.~~

~~Für Monat~~ Die 100,-- RM ..... werden gleichzeitig ... ~~RM~~ freigegeben.

-6572-

Kiel, den 23. März 1943 ~~19..~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Begründung umseitig.

Z a h l u n g s p l a n .

Finanzplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Betrag RM
V 811/150 Nk 5380	**Beschaffung eines Dienstfahrrades für die Kupferaktion**	**c) 100,--**	**a) 100,--**	**März**	**100**

Begründung.

Für die Durchführung der Arbeiten im Rahmen der Kupferaktion ist die Beschaffung eines Dienstfahrrades erforderlich.
Es wird beantragt, für den Ankauf 100,-- RM bereitzustellen und freizugeben.

Sofort

Kiel, den ... 15. März ..... 1943....

An
den Herrn Oberbürgermeister,
463 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung, h i e r.

Stadtwerke Kiel.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außer-planmäßigen Ausgabe von 3 600,-- RM bei der neu einzurichtenden - Finanzplanstelle V 812/120 G 5050 gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt ~~zur~~ für Grunderwerb für den Gasbehälter Rondeel.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

~~Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.~~
~~Der umseitig angegebene Zahlungsplan wird genehmigt.~~
~~Für Monat~~ Die 3 600 RM werden grundsätzlich ~~RM~~ freigegeben.

6571

Kiel, den 23. März 1943 ~~19..~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Begründung umseitig.

Z a h l u n g s p l a n .

Finanzplan 1942	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Betrag RM
V 812/120 G 5050	Ankauf eines Grundstücks für Gasbehälter Rondeel	c) 3600,--	a) 3600,--		

Begründung.

Der große Gasbehälter am Rondeel befindet sich z.T. auf der Parzelle 119/18 des Kartenblattes 26 von Kiel.

Nach Mitteilung der städt. Grundstücksverwaltung - Gr. V I - steht nach Eingang der Messungsunterlagen fest, daß das von den Stadtwerken in Anspruch genommene Teilstück der Parzelle 119/18, das die Katasterbezeichnung "Parzelle 18/2" erhalten hat, 1 754 qm groß ist. Das Grundstück ist ab 1.4.1943 in unsere Verwaltung zu übernehmen. Die Kosten

1 754 qm je 2,- RM = 3 508,-
sind der Grundstücksverwaltung zu erstatten. 58,-
Dazu kommen die Vermessungskosten 33,40
und sonstige Kosten rd.

Wir bitten um Bereitstellung und Freigabe der Gesamtkosten in Höhe von 3 600,-

Kiel, den 19. März 19 43

An
den Herrn Oberbürgermeister,
162 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung, h i e r .

Stadtwerke Kiel.
Auftrag gez. Liebel

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über ~~außer~~ planmäßigen Ausgabe von 1.000,-- RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 20/614 (Notstandsbeihilfen) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 22/606 = 1.000,-- RM

" " " = "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über ~~außer~~ planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 23. März 1943.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

An das Hauptamt d. d. Schulverwaltung Verl. Nr. 24/3.43.

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung:
In letzter Zeit häufen sich die Anträge auf Notstandsbeihilfen für Aufwendungen anläßlich von Krankheits-, Geburtsfällen und Badekuren usw. Allein für Lehrkräfte der Berufs- und Fachschulen sind bisher rd. 1100,-- RM verausgabt worden. Weitere Anträge liegen bereits vor und sind in nächster Zeit noch zu erwarten. Der im Haushaltsplan 1942 vorgesehene Betrag von 2.500,-- RM ist bei weitem nicht ausreichend. Für den Rest des Rechnungsjahres ist eine Erhöhung um 1.000,-- RM erforderlich. Dieser Betrag kann bei 22/606 eingespart werden.

K i e l , den 18. März 1943.

Der Dezernent
der Schulverwaltung

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von....700.--..RM bei der -~~neu einzurichtenden~~- Haushaltsstelle 712/641..... (..Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser .....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...712/806.....= 700,--.RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den.25 März 1943.....19..

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Günther

Stadtoberinspektor

An das Hauptamt d.d. Feuerschutzpolizei

Ortspolizeibehörde
Eing. 30. MRZ. 1943
Feuerschutzpolizei

Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde
— Feuerschutzpolizei —

Gesehen !

[signature]

Stadtobersekretär.

Einsparung.

Begründung umseitig.

Kommando
der
Feuerschutzpolizei

Kiel, den 16. März 1943

Begründung.

Bei gespannten Luftlagen und Fliegeralarm während der Nachtstunden besteht bei der Feuerschutzpol. erhöhte Bereitschaft. Die erhöhte Bereitschaft fordert, daß alle Beamten schon bei gespannter Luftlage ihre Ruhestatt verlassen müssen, um sich auf den evtl. erforderlich werdenden Einsatz vorzubereiten. Hierzu gehört die nochmalige Überprüfung der Feuerlöschfahrzeuge und Löschgeräte auf Einsatzbereitschaft und Vollständigkeit. Nach Erledigung dieser Arbeiten sitzen die Beamten oft noch Stunden in den Quartieren bis zur Entwarnung. Trotz größter Sparsamkeit war es nicht zu vermeiden, daß auf allen Wachen ein Mehrverbrauch an Lichtstrom eintrat.

Die für das Rechnungsjahr 1942 bei der Haushaltsstelle 712/641 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser) bereitgestellten Mittel im Betrage von 6.030 RM reichen durch den Mehrverbrauch an Lichtstrom zur Begleichung der im einzelnen vorgesehenen Ausgaben nicht aus. Erforderlich ist ein Mehrbetrag von 700 RM.

Die Mehrausgabe kann durch Einsparung bei der Haushaltsstelle 712/806 gedeckt werden.

Brünn.

Landamt

Entschließung

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ - außer - planmäßigen Ausgabe von:
a) 450.000,— RM bei der - neueinzurichtenden - Finanz-planstelle V 812/131 Ro 6221 b) RM 8.500,— bei V 812/131 Ro 6243 gemäß § 15 Abs. 5 Eig. Betr.V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für

a) Verlegung ein.Gashochdruckleitg. nach Surendorf f.d.Gasfernversorg. der Stadt Eckernförde einschl. der TVA-Betriebe,
b) Bau einer Regleranlage TVA-Surendorf.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. 6575=

Kiel, den 26. März 1943 ~~194~~.

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:
Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel.
- V. -

Kiel, den 22 Febr. 19 43

1.) An den
Herrn Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt,
mit der Bitte, die Genehmigung zur Vergebung des Auftrages
an die Firma Friedrich Lagerquist, Husum, Theodor-Storm-Str.
zu erteilen

Der Oberbürgermeister
Rechnungsprüfungsamt *Kiel, den 26. März 1943.*

1.) Die Vergebung der Erdarbeiten für die Gasfernleitung Kiel-Suhrendorf an die Firma Friedrich L a g e r q u i s t , Husum, zu den Preisen ihres Angebots vom 23.11.42 wird genehmigt unter der Bedingung, daß die Position 42 des Angebotes für die Gestellung eines Omnibusses und eines Lastwagens auf den Betrag von 690,- RM pro Woche herabgesetzt wird.
Die Herabsetzung muß erfolgen, da das in der Berechnung zu Grunde gelegte Wegegeld an die Gefolgschaftsmitglieder nach § 6 der Reichstarifordnung für das Baugewerbe vom 1.11.41 nicht zu zahlen ist.
Der Unkostenzuschlag auf die Tariflöhne darf bei Tagelohnarbeiten nur mit 47 % berechnet werden.
Die Kosten für die Gestellung eines weiteren Omnibusses werden zweckmäßig nach den tatsächlich entstehenden Unkosten in Rechnung gestellt.

2.) Nachricht an die Bezirksausgleichstelle.

gez. Behrens
Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

2.) An den
Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der Mittel zu genehmigen.

Es wird gebeten, auch die Unterschrift unter die vom Rechnungsprüfungsamt vorverfügte Genehmigung der Vergebung von dem Herrn Oberbürgermeister einzuziehen.
Zwei Kostenanschläge liegen bei.

- 4 -

Der Auftrag ist nach § 3 ~~Ziffer 3~~ . . C. der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . . 100.000.- RM, zu zahlen mit . . . . . 30.000.-- RM im . . . Januar . . . . .
mit . . . . . 35 000.-- RM im . . . Februar . . . . .
mit . . . . . 35.000.-- RM im . . . März . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 8128 131 Ro 6221	Verlegung einer Gashochdruck-leitung nach Surendorf für die Gasfernversorgung der Stadt Eckernförde einschl. der TVA-Betriebe-	c) 450.000.-	a) 450.000.-
RO 6243	Bau einer Regleranlage TVA-Surendf.	c) 8.500.-	a) 8.500.--

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Begründung : Für die Gasversorgung der TVA- Betriebe in Surendorf ist die Verlegung einer Gashochdruckleitung vom Gaswerk Wik nach Surendorf, sowie der Bau einer Regleranlage in Surendorf erforderlich.

Die Gesamtkosten betragen 458.500.- RM.

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

10.) Abt. V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung
a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:
b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.

Erledigt: . . . . . .

Geprüft: . . . . . .

Kiel, den . . . . . 194. . .

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

Stadtwerke Kiel.
R/D.
Abt.: .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den ..21..Dez.....

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,-- RM an) auf ~~Lieferung / Ausführung~~ - Herstellung - ~~Einbau~~ von
Rohrgräben für die Gasfernleitung Kiel-Surendorf

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - ~~Ausführung~~ von Arbeiten usw.:

Für die Gasfernversorgung des T.V.A. Betriebe in Surendorf ist die Verlegung von ca. 5000 lfd/m Stahlrohr 250 mm und ca. 12 000 lfd/m desgleichen 150 mm Ø erforderlich.
Als erste Teilstrecke sollen die letzteren 12 000 lfd/m verlegt und die Arbeiten hierfür vergeben werden.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 150.000.-- RM.

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 23.12.41 vorgetragen.

Ergebnis: .....

.....
Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,-- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichstelle ist einverstanden ~~mit~~ Schreiben vom 5.2.43 ist bis zum 11.2.43 kein Antwort eingegangen.

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Friedrich L a g e r q u i s t , Husum - Theodor Strom str.

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die

V e r g e b u n g des A u f t r a g e s an die F i r m a: obengenannte Firma

Die Fa. Lagerquist hat bereits den grössten Teil der für die Verlegung der Rohrleitungen zur Versorgung der Stadt Eckernförde mit Gase erforderlichen Erdarbeiten zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt.. Sie verfügt z. Zt. noch über genügend Arbeitskräfte, sodass sie für eine fortlaufende gleichmässige Erledigung der Arbeiten volle Garantie übernehmen kann. Die Angebotspreise sind durchaus angemessen. Wir bitten um Vergebung des Auftrages an diese Firma

559

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 29. März 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 4 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Städtische Kran...
Eing. 6. APR. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von.....100.RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle .....524/6400 (.....Miete, Pacht.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle.524/632.....= . . . .100..RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den.....2. April 1943.....19...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

An Hauptamt d. d. Krankenanstalt

Gesehen.

Verwaltung der städtischen Krankenanstalt.

[illegible], 7/IV.43.

Einsparung.

Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g.

Für die Unterbringung der Feuerwache hat noch ein Raum im Schulhause zugemietet werden müssen, wofür Mittel nicht vorgesehen war

Kiel, den 3o. März 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt

Städtische Krankenanstalt
Eing. 6. APR. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von.....100...RM bei der -~~neu einzurichtenden~~- Haushaltsstelle .....524/637..... (.....Weihnachtsfeiern.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...524/632.....= . . . .100....RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den...2. April 1943.....~~19..~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Grinther

Stadtoberinspektor

An Hauptamt d. d. Krankenanstalt

~~Vermerk zur Haushaltsliste u. zur~~

Gesehen.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.

Ca, 7/V. 43.

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Mit der höheren Belegung war auch der Kreis der Teilnehmer an der Weihnachtsfeier größer, als in den Vorjahren.

Kiel, den 30. März 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 5. April 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 6 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren. 6/4
3. Z.d.A.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~planmäßigen Ausgabe von ...127.80... RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle ...94/68... (...An die Hauszinssteuerhypothekenverwaltung...) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle ...94/66... = ... 127.80... RM

" " " ..... = ... "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den ...6. April... 19...43.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

Am Hauptamt
d. d. Steuerverwaltung
Abg. Fin. 8/+43.

Einsparung. Begründung umseitig.

Begründung.

Nach den Grundsteuer-Billigkeitsrichtlinien sind dem steuerbegünstigten Neuhausbesitz, soweit er durch die Neuregelung der Grundsteuer zu einer höheren Grundsteuer als für 1937 herangezogen wird und die Erhöhung im Rahmen der bisherigen Miete nicht tragbar ist, auf Antrag zum Ausgleich der Steuererhöhung die Zinsen und Tilgungsbeträge für die Hauszinssteuerhypotheken zu erlassen. Die dadurch eintretende Minderung der Rückflüsse aus den Hauszinssteuerhypotheken haben die Gemeinden nach § 59 der Durchführungsverordnung zum Grundsteuergesetz aus ihrem Mehraufkommen aus der Grundsteuer des steuerbegünstigten Neuhausbesitzes aufzufüllen.

Nach den Schreiben der Grundstücksverwaltung vom 24.3.1943 beträgt der danach von der Steuerverwaltung zu erstattende Betrag für das Rechnungsjahr 1942 45.127,80 RM. Durch den Haushaltsplan für 1943 sind bei der Haushaltsstelle 94/68 für diesen Zweck auf Grund der derzeitigen Angabe der Grundstücksverwaltung 45.000,- RM bereitgestellt. Es ist also eine Erhöhung des Haushaltsansatzes um 127,80 erforderlich.

Die Erhöhung kann durch Inabgangstellung eines entsprechenden Betrages bei der Haushaltsstelle 94/66 (Gewerbesteuerausgleichzuschüsse an Wohngemeinden) ausgeglichen werden.

Hauptamt

Stadtwerke Kiel
- Vr. -

Kiel, den - 6. April 1943

109

U.u.R. mit 1 Anlage

Herrn Oberbürgermeister - Kämmereiverwaltung-

h i e r ,

-d.d.Rechnungsprüfungsamt-

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der 4.853,76 RM zu genehmigen.

Jr 1/4.43.

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~außer~~über planmässigen Ausgabe von 4.853,76 RM bei der ~~neueinzurichtenden~~ Finanzplanstelle V 812/131 - Ro 6222 - gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für die Verlegung einer Gashochdruckleitung nach der TVA Nord in Eckernförde.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. - 6578 -

K i e l , den 9. April 1943 ..... 194...

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel
Abt.: R/D.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 16. März 194 3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Die Gesamtkosten für die Verlegung einer 150 mm Gashochdruckleitung nach den T. V. A. - Betrieben Nord in Eckernförde belaufen sich auf 54.853, 76 RM. Von diesen Kosten sind von der Kämmereiverwaltung durch Verfügung Nr. 6180 v. 27. Juni 1941 RM 50.000,-- bei Titel V 812/ 131 Konto Ro 6222 bereitgestellt und freigegeben. Ro 6180 v. 27.6.41 Wir bitten um Erhöhung dieses Betrages um RM 4853,76 . Die Überschreitung ist begründet durch unvorhergesehene erschwerte Verlegungsarbeiten (rundwasser). Der Gesamtbetrag von RM 54,853,76 wird als verlorener Zuschuss von der Kriegsmarine erstattet.

Erhöhung des Kontos RO 6222 aus Titel V 812/131 = RM 4853, 76.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages.....RM.

2.) Den zuständigen Werkleiter zur Einverständniserklärung.

Abteilung R

Den Werkleiter zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages.....RM.

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 21.3.43 vorgetragen.

Ergebnis: .....

3.) An den Leiter der Abt. R zurück.

.....
Unterschrift des Werkleiters B bezw. A.

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

./.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . . RM, zu zahlen mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel ~~für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls~~ für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan 1943	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 812/ 131 Ro 6222	Verlegung einer Gashochdruckleitung nach der T.V.A. Nord in Eckernförde	c) 4853,76	a) 4853,76

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Abteilung R

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: . . . . . .

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: . . . . . .

1 o.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . 194..

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) ~~zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Stadtwerke K i e l
- Vr./Jn -

Kiel, den

111

U.R. mit 1 Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,

durch das Rechnungsprüfungsamt,

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 181.000,-- zu genehmigen.

Zeichnung und Kostenanschlag fügen wir m.d.B. um Rückgabe bei.

[signature]

J. 1/4.43.

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausserplanmässigen Ausgabe von RM 181.000,-- bei der Finanzplanstelle V813/131 Row 6500 gemäss § 15 Abs. 5 Eig.Betr.V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Rohrverlegung von Versorgungsleitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Wasserbehälters Prof.Peters-Platz, II. und III. Bauabschnitt.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. -6581-

Kiel, den 12. April 1943 194....

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

[signature]

Hauptamt

Stadtwerke Kiel
Abt.: Ro/L.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 25. Febr. 1943

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf ~~Lieferung~~ - Ausführung ~~/ Herstellung~~ - ~~Einbau~~ von Rohrleitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Wasserbehälters auf dem Prof. Peters-Platz.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Um die schwierigen Wasserversorgungs-Verhältnisse zu beheben, ist auf dem Prof. Peters-Platz in Kiel ein neuer Behälter fertiggestellt worden. Zur Verteilung der Wassermengen ist die Verlegung neuer Wasserrohrleitungen notwendig. Gleichzeitig sollen diese Leitungen die Druckverhältnisse in verschiedenen Stadtgebieten verbessern und bei Ausfall grösserer, vorhandener Leitungen die Versorgung weiterer Stadtgebiete übernehmen. Der Ausbau erfolgt in 3 Bauabschnitten. Der I. Bauabschnitt wird bereits ausgeführt. der zweite und dritte Bauabschnitt soll im Jahre 1943 zur Ausführung gelangen.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..245.000,--... RM.

2.) Dem zuständigen Werkleiter zur Einverständniserklärung.

~~Dem Werkleiter B zur Genehmigung.~~

~~Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... RM.~~

Abteilung R
.....
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 11.3.43 vorgetragen.

Ergebnis: .....

3.) An den Leiter der Abt. R zurück.

.....
Unterschrift des Werkleiters B bezw. A.

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

SEN

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . . RM, zu zahlen mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . II. u. III. Bauabs

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel ~~für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls~~ für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen: ab April 1943

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan 1943.	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 813/131 Konto Ro W 6500/ ~~16~~	Rohrverlegung von Versorg. Leitungen im Zusammenhang mit dem Bau des Wasserbehälts. Prof. Peters-Platz II. und III. Bauabschnitt	c) 181.000	a) 181.000

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

170	lfd/m	Gussrohr	500	mm	Ø	einschl. Armaturen u. Formstücke zu liefern und verlegen 98		16.650,--	RM
1210	"	"	400	"	"	"	"	76.400,--	"
1625	"	"	300	"	"	"	"	86.900,--	"
30	"	"	150	"	"	"	"	550,--	"
40	"	"	100	"	"	"	"	500,--	"
								RM181.000,--	

Der I. Bauabschnitt in Höhe von 64.000,-- RM wurde am 19. 1. 1943 bereits bereitgestellt und die Mittel freigegeben.- K. V6549. v. 19.1.43

Abteilung R

. . . . . .

Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: . . . . . .

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: . . . . . .

1 o.) Abt. V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . 194.

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) ~~zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Genehmigt: . . . . . .

Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .

Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Betriebsverwaltung -
Eing. 14 APR. 1943 *
Besch.-Zeichen: 113

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von 26,- RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 7110/604 -1942- (Bewachungs- und sonstige Kosten) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

~~Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen~~ Der ausgleich ist nicht gefährdet, weil die Mehrkosten der Haushaltsstelle 12/390 zufließen.

~~bei der Haushaltsstelle~~ ..... = ... ~~RM~~

" " " ..... = ..."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 12. April 1943 19...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

[signature]

Betriebsamt. Kiel, den 15. 4. 1943.

vgl. 1.) Vermerk zur G. U. L.

2.) U. dem Hauptamt übersandt.

[signature]

Einsparung. Begründung umseitig.

Am Hauptamt d. Betriebsamt

Begründung

Die Mehrausgabe ist durch die Verstärkung der Brandwache und Erhöhung des Brandwachgeldes von 2,- RM auf 2,5o RM pro Woche entstanden.

Kiel, den 7. April 1943.

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Lobeck

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Betriebsverwaltung -
Eing. 14 APR. 1943 *
Gesch.-Zeichen:

114

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~planmäßigen Ausgabe von ..149.-.... RM bei der ~~[illegible]~~ Haushaltsstelle .7101/604 ..... -1942-
(.... Bewachungskosten ....)
gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

~~Von den als~~ Der Haushaltss~~[illegible]~~ ausgleich ist nicht gefährdet, weil die Mehrkosten der Haushaltsstelle 12/390 zufließen.
~~zu stellen~~

~~bei der Haushaltsstelle~~ .....= . . . . . ~~RM~~
" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 12. April 1943 .....19...

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

[illegible]

Betriebsamt.

Kiel, 15.4.43

1.) Vermerk z. H. Ü. L.
2.) Dem ~~Betriebs~~ Haupt amt zugesandt

[illegible]

Am Hauptamt d.d. Betriebsamt

Einsparung. Begründung umseitig.

Begründung

Die Mehrausgabe ist durch die Verstärkung der Brandwache und Erhöhung des Brandwachgeldes von 2,- RM auf 2,5o RM pro Wache entstanden.

Kiel, den 7. April 1943.

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Lobeck

~~Entschliessung :~~

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außer-planmäßigen Ausgabe von 865,63 RM bei der - neu einzurichtenden - Finanzplanstelle V 811/150 Nk 5111/6 FF gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt zur **..Die.Bereitstellung.erfolgt.für.die.Versorgung .der.am.Wehdenweg.neu.errichteten.Überdruckanlage.mit.elektrischer .Energie**

Die RM 5340,42 werden grundsätzlich freigegeben.

~~Von den bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen~~

bei der Finanzplanstelle V ..... RM.

Der umseitig angegebene Zahlungsplan wir genehmigt.

Für Monat ..... werden ..... RM freigegeben.

FF **RM 1580,86 bei der neu einzurichtenden Finanzplanstelle V 811/151 Nk 6020/ 8**

RM 2893,86 bei der neu einzurichtenden Finanzplanstelle V 811/ 151Nk 6810/7

Kiel, den .....193.....

Der Oberbürgermeister.

~~Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.~~

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausser planmässigen Ausgabe von

865,63 RM bei der neu einzurichtenden Finanzplanstelle V 811/150, Nk 5111/6,

1580,86 " " " " " " " V811/150 " 6020/8,

2893,93 " " " " " " " " " " 6810/7,

Die Bereitstellung erfolgt für die Versorgung der am Wehdenweg neu errichteten Überdruckanlage mit elektrischer Energie. Die RM 5430,42 werden grundsätzlich freigegeben.

K i e l , den -6582- 13. April 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

J. V.
gez. Dr. Rust Schmidt

Beglaubigt:
Grimsehl
Stadtoberinspektor

439

Begründung umseitig.

Zahlungsplan.

Betrifft: Bereitstellung und Freigabe für die Errichtung einer Umspa
stelle zur Versorgung der Überdruckanlage am Wehdenweg.

Finanzplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Be… RM
V 811/ 150 Nk 5111/ 6	Neubau eines Umspannerhauses am Wehdenweg	c) 865,63	a) 865,63		
V 811/ 151 Nk 6020/ 8	Verlegung eines 6 kV Kabels zur Überdruckanlage Wehdenweg	c) 1580,86	a) 1580,86		
V 811/ 151 Bk 6810/7	Bau der Umspannstelle Überdruckanlage Wehdenweg	c) 2893,93	a) 2893,93		
			5340,42		

Begründung :

Für die Versorgung der am Wehdenweg neu errichteten Überdruckanlage mit elektrischer Energie wurde die Verlegung eines 6 kV Zuleitungskabels und einer 6/0,38 KV Umspannstelle erforderlich. Durch Entschliessung vom 21. Aug. 1942, K.V.6466, wurden für den genannten Zweck bei V 813/123 W 6850/2 RM 4,000,-- für Abt. W (Wasserversorgung)- bereitgestellt und freigegeben. Dieser Betrag ist von Abt. N (Kabelnetz) zu übernehmen. Wir bitten um Bereitstellung und Freigabe der RM 5340,42. Umbuchung erfolgt, sobald Entschliessung vorliegt.
Die bewilligten RM 4,000,-- werden am Jahresschluss in Abgang gestellt.

Kiel, den 8. April 1943 193....

Stadtwerke K i e l .

An
den Herrn Oberbürgermeister,
439 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung,
h i e r .

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 10. April 1943.

U.

dem Herrn Oberbürgergemeiter
- Kämmereiverwaltung -
durch das Rechnungsprüfungsamt -

H i e r .

mit der Bitte um Bereitstellung und Freigabe der
RM 6000,--.

Stadtwerke Kiel.
[signature] 17.5.43.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~überplan~~ überplanmässigen Ausgabe von RM 6000, bei der Finanzplanstelle V 812/ 120 G 5145 gemäss § 15, Abs. 5, der Eigenbetriebsverordnung zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für ~~[illegible]~~ Reparatur von Kamin der Teerdistillation im Gaswerk Wik.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 14. April 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens - 6586 -

Beglaubigt:

[signature]
Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel
Abt.: .....G.....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 18. März 1943

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von
Reparatur der Kamine im Gaswerk Wik.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:
Es war zunächst nur die Reparatur des Otto-Kamines vorgesehen. Gleichzeitig mit der durchgeführten Reparatur ist dieser Kamin um 3 m erhöht Eine Überprüfung des Kamines für die Collinbatterie ergab, daß auch dieser Kamin dringend überholt und gerichtet werden mußte.
Die für diese Arbeiten erforderlichen Mittel in Höhe von 12.500,- ℳ sind aus dem Schöpftitel bereitgestellt. F Inzwischen wurden vom Betrieb auch erhebliche Schäden am Kamin der Teerdestillation gemeldet. Eine Untersuchung durch den Kaminmonteur der Fa. Dr. Otto ergab, daß der Kamin dringend ausgebessert und gerichtet werden muß. Die Kosten für diese Reparatur betragen etwa 6.000 ℳ. In dieser Summe sind 2 500 ℳ für eigene Arbeiten und Material enthalten. Eine betrieblich bedingte Unterbrechung bei den Arbeiten am Collin-Kamin wurde dazu benutzt, den Kaminmonteur schon jetzt die Reparatur am Kamin der Teerdestillation ausführen zu lassen. Wir beantragen Erhöhung der Mittel auf 18.500 ℳ durch Bereitstellung und Freigabe aus dem Schöpftitel.

F K 76564 v. 4.3.43: 7.500.- RM
" 6528 " 28.11.42: 5.000.- "
12.500.- "

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung. Erhöhung
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ... 12.500.- RM. 18.500.- RM
von ~~9 000~~ auf ~~12 500~~ ℳ ..... [signature] MR.
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 18.3.43 vorgetragen.
Ergebnis: ..... [signature]
..... [signature]
Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Fa. Dr. Otto, Bochum.

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma: Unter Bestellung Nr.6621/1275 hat die Fa. Dr. Otto den Auftrag zur Ausführung der Reparatur am Otto-Kamin übernommen. Der Auftrag wurde nach mündl. Vereinbarung auf den Collin-Kamin erweitert und die Auftragssumme bisher ~~mit~~ 9 000 ℳ genehmigt. Fa. Dr. Otto ist entgegenkommender Weise bereit, uns auch den Monteur für die Reparatur des Kamins der Teerdestillation zu belassen. Die Kosten für diesen Kamin betragen ca 3.500,- ℳ. Wir beantragen die Genehmigung der Gesamtauftragssumme auf 12.500 ℳ und Umänderung der Bezeichnung des Bestellzettels in Reparatur der Kamine im Gaswerk.

559

Eine

Ein besonderen Bestellzettel hierfür an die Fa. Dr. Otto zu geben ist nicht zu empfehlen, da sich hieraus Schwierigkeiten ergeben können gegen über der Fa. Weishaar Essen, die der Fa. Dr. Otto den Kaminmonteur für Reparatur des Otto-Schornsteines zur Verfügung gestellt hat.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages .. Mehr 3.500,- .... RM, zu zahlen mit .. 3.500,- ..... RM im .. April 1943 .....

mit ..... RM im .....

mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/120 G 5145	Reparatur der Kamine im Gaswerk	c) 6.000,- M.	a) 6.000,- M.

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

..... M.

Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: .....

1 o.) Abt.V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den ..... 194..

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) ~~zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Genehmigt: .....

Unterschrift beider Werkleiter

.....

Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 14. April 1943.

U. u. R.

mit 1 Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 10,000,-- zu genehmigen. Stadtwerke Kiel.

Entschliessung:

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-planmässigen Ausgabe von RM 10,000,- und zwar bei

a) der Finanzplanstelle V 812/ 126 G 7500/ 2 RM 2000,--
b) " " " 812/126 G 7520/1 " 4500,--
c) " " " 812/126 G 7540/ 2 " 3500,--

gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben

zu a) für den Einbau eines Reutterkühlers im Gaswerk Wik
" b) " " " " Ammoniakwäschers "
" c) " " " " Drehkolbenmessers "

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 14. April 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens - 6585 -

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel
Abt.: G.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 18. März 1943.

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Mit Bestellung Nr. 2213/369 vom 6.7.1939 hat die Firma Pintsch, Berlin, den Auftrag auf Lieferung von 1 Reutterkühler, 1 Ammoniakwäscher und 1 Drehkolbenmesser einschl. Rohrleitungen und Montage erhalten. Die Gesamtauftragssumme betrug 108,550,- ℳ
Die Abrechnung der Rohrleitung sollte entsprechend dem Angebot nach angeliefertem Gewicht erfolgen.
Im Angebot waren 18 400 kg schmiedeeiserne und 2750 kg gußeiserne Rohrleitungen enthalten. Angeliefert sind demgegenüber 27 465 kg schmiedeeiserne und 4034,2 kg gußeiserne Rohrleitung. Das Mehrgewicht von 9065 kg schmiedeeiserne und 1284,2 kg gußeiserne Rohre ist über die Auftragssumme hinaus zu vergüten.
Die Mehrkosten betragen ca 10.000,- RM, Hiervon entfallen auf

Reutterkühler	G 7500/2	=	2.000,- RM
Ammoniakwäscher	G 7520/1	=	4.500,- "
Drehkolbenmesser	G 7540/2	=	3.500,- "

Den Kostenanschlägen war s.Zt. das Angebot der Fa. Pintsch zugrunde gelegt. Die vorgesehenen Mittel reichen daher nicht aus und müssen um diese Beträge erhöht werden.
Wir beantragen die Bereitstellung und Freigabe der Mittel aus dem Schöpftitel. Für den gen. Zweck wurden durch Vfg. v. 22/6. 1939, KV 5471, 116000 RM freigegeben Je.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... RM.

[signature] [signature]
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 19.7.43 vorgetragen.
Ergebnis: Jg.

[signature]
Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert: Kgl. 4x Antr. 2/4.

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

Die Mehrkosten betragen ca 100.000,- ℳ
Hiervon entfallen auf

Reutterkühler	G 7500/2	=	2 000,- ℳ
Ammoniakwäscher	G 7520/1	=	4 500,- ℳ
Drehkolbenmesser	G 7540/2	=	3 500,- ℳ

559

Den Kostenanschlägen war s.Zt. das Angebot der Fa. Pintsch zugrunde gelegt. Die vorgesehenen Mittel reichen daher nicht aus und müssen um diese Beträge erhöht werden.
Wir beantragen die Bereitstellung und Freigabe der Mittel aus dem Schöpftitel.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages ..... RM, zu zahlen mit ..... RM im .....
mit ..... RM im .....
mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V.812/126 G.7500/2	1 Reutterkühler	c) 2.000,-	a) 2.000,-
" " 7520/1	1 Ammoniakwäscher	c) 4.500,-	c) 4.500,-
" " 7540/2	1 Drehkolbenmesser	c) 3.500,-	c) 3.500,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: .....

Kiel, den 19

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) ~~zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Genehmigt: .....
Unterschrift beider Werkleiter

.....
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

T a g e s o r d n u n g
für die Beratungen mit den Ratsherren am Donnerstag, dem 15. April 1943, 18 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

1. Erhöhung der Haushaltsstelle 023/641 für 1942 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser) - Vorl.157 -.
2. Erhöhung der Haushaltsstelle 320/A 6372 für 1942 - Fernsprech- und sonstige Postgebühren - (Vorl.158).
3. Erhöhung der Haushaltsstelle 451/62 für 1942 - Verbrauchsstoffe in den Alters- und Versorgungsheimen - (Vorl.159).
4. Erhöhung der Haushaltsstelle 250/641 für 1942 - Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser - (Vorl.160).
5. Technische Anschlußbedingungen für Starkstromanlagen (Vorl.161).
6. Erhöhung des Ankaufstitels für das Schulungslager Buchenhagen in Kitzeberg (Vorl.162).
7. Ankauf eines unbebauten Grundstücks hinter Prinz Heinrich-Straße/Elendsredder aus dem Nachlaß Diederichsen (Vorl.163).
8. Erhöhung der Haushaltsstelle 712/6150 für 1942 - Heilfürsorge für die Feuerschutzpol.-Beamten - um 2.500 RM (Vorl.164).
9. Verkauf von Gelände am Radsredder an A.C. Hansen (Vorl.165).
10. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.
11. Verschiedenes.

K i e l , den 12. April 1943.
Der Oberbürgermeister.

Niederschrift

über die Beratungen mit den Ratsherren am 15. April 1943.

- - -

Anwesend: Oberbürgermeister Behrens; Stadträte Dr. Schmidt, Hobeck, Linde; Ratsherren Andree, Andres, Blaas, Kesy, Lienhart, Scholz, Schrödter; beurlaubt sind die Ratsherren Dr. Köster, Kohrt, Paglasch, Schramm, Prof.Dr.Schwantes, Sperling, Stiebler, Ziegenbein; unentschuldigt fehlt Ratsherr Struve.

Außerdem nehmen an der Sitzung teil: Stadtsyndikus Loewe, Stadtdirektoren Niemeyer und Thomsen, Oberverwaltungsrat Dr. Nordmann, Stadtverwaltungsdirektor Kellner, Stadtkämmereidirektor Kasper, Direktor Jeß, Betriebsdirektor Plöger und 1 Pressevertreter.

- - -

Vorsitzender: Oberbürgermeister Behrens.

Schriftführer: Stadtobersekretär Eggers.

- - -

1. Erhöhung der Haushaltsstelle 023/641 für 1942 - Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser-(Vorl.157).

Stadtdirektor Thomsen erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

2. Erhöhung der Haushaltsstelle 320/A 6372 - Fernsprech- und sonstige Postgebühren - (Vorl.158).

Oberverwaltungsrat Dr. Nordmann erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

3. Erhöhung der Haushaltsstelle 451/62 für 1942 - Verbrauchsstoffe in den Alters- und Versorgungsheimen - (Vorl.159).

Stadtrat Hobeck erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

4. Erhöhung der Haushaltsstelle 250/641 für 1942 - Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser - (Vorl.160).

Stadtrat Dr. Schmidt erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

5. Technische Anschlußbedingungen für Starkstromanlagen (Vorl.161).

Betriebsdirektor Plöger erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

6.

6. Erhöhung des Ankaufstitels für das Schulungslager Buchenhagen in Kitzeberg (Vorl.162).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. Buchenhagen ist die Villa an der Konsul-Lieder-Allee, die vor drei Jahren von der Stadt angekauft worden ist. Die Stadt ist noch nicht Eigentümerin geworden, da der Bürgermeister in Heikendorf, der das Grundstück selbst für seine Gemeinde erwerben möchte, Widerspruch gegen die Genehmigung nach dem Wohnsiedlungsgesetz erhoben hat. Inzwischen sind am Gebäude erhebliche Schäden entstanden, die beseitigt werden müssen. Dies soll stadtseitig geschehen, da die Stadt wahrscheinlich doch Eigentümerin werden wird. Von dem Rektor der Universität ist gleichzeitig im Namen des Vereins der Freunde des Schulungslagers Buchenhagen die Erstattung der durch die Stadt aufzuwendenden Kosten zugesichert worden, falls wider Erwarten ein Dritter Eigentümer des Grundstückes werden sollte. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

7. Ankauf eines unbebauten Grundstücks hinter Prinz Heinrich-Straße / Elendsredder aus dem Nachlaß Diederichsen (Vorl.163).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. In dem Straßendreieck zwischen Prinz Heinrich-Straße, Elendsredder, Projensdorfer Straße und Hanssenstraße liegt das Gelände, auf dem nach dem Kriege erstmal eine neue Oberschule gebaut werden soll. Es ist jetzt die Gelegenheit gegeben, die Hälfte des für den Schulneubau notwendigen Geländes zu kaufen. Von dieser Gelegenheit muß Gebrauch gemacht werden, da es gerade der wichtigste Teil des Geländes ist, auf dem später das Schulgebäude stehen soll. Der Vertreter der Erben, Rechtsanwalt Dr. Roß, hat ein beurkundetes Angebot abgegeben, das angenommen werden soll, da andernfalls die Gefahr besteht, daß die Erben anderer Ansicht werden könnten und das Grundstück in andere Hände übergehen könnte. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

8. Erhöhung der Haushaltsstelle 712/6150 für 1942 - Heilfürsorge für die Feuerschutzpol.-Beamten - um 2.500 RM (Vorl.164).

Stadtsyndikus Loewe erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

9.

9. Verkauf von Gelände am Radsredder an A.C.Hansen (Vorl.165).

Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. Vor einigen Jahren wurde ein größeres Gelände an A.C.Hansen verkauft. Es hat sich nun gezeigt, daß die Südgrenze nicht ganz glücklich gewählt worden war. Bei der jetzigen Grenzziehung muß ein Knick umgelegt werden. Es ist daher zweckmäßig, Übereinstimmung mit der Örtlichkeit zu erreichen. Hansen will sein Grundstück jetzt einfriedigen und möchte die Einfriedigung gern gleich an die richtige Grenze setzen.- Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

10. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.

Betriebsdirektor Plöger teilt mit, daß die Fliegerschäden, soweit die Stadtwerke in Frage kommen, inzwischen restlos beseitigt sind. Größere Schäden waren an der Ferngasleitung Ostholstein und erhebliche Schäden an der Starkstromleitung, die die Versorgung von Preetz übernimmt, entstanden. Die Schäden an der Starkstromleitung konnten in vier Tagen beseitigt werden. Die Erweiterungsbauten des Gaswerkes und des E-Werkes schreiten weiter fort.

11. Verschiedenes.

Ratsherr Kesy fragt an, ob nicht etwas dafür getan werden könne, daß der Möbeltransport für diejenigen Volksgenossen, die in die Finnenhäuser bei Bordesholm, Flintbek usw. eingewiesen sind, baldmöglichst bewerkstelligt wird. Betriebsdirektor Plöger schildert die Schwierigkeiten der Transportlage. Er habe sich bereits mit dem Fahrbereitschaftsleiter Matzen wegen des Transportes der hier in Frage kommenden rd. 200 Haushaltungen in Verbindung gesetzt. Matzen will versuchen, auf 3 - 4 Wochen zusätzlich Fahrzeuge aus anderen Städten für diesen Zweck heranzuschaffen. Oberbürgermeister bemerkt, daß eine Beschleunigung der Transporte auch schon zur Entlastung des Wohnungsmarktes, dem augenblicklich größten Engpaß, erwünscht ist. Die Angelegenheit soll bevorzugt behandelt und in der nächsten Sitzung darüber berichtet werden.

B e g l a u b i g t !

Vorlage 157.

Stadternährungsamt
- Abt. B -

K i e l , den 3. März 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 023/641 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser).

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Absatz 1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Erhöhung der Haushaltsstelle 023/641 um 6.000,-- RM zu. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch Mehreinnahme bei Haushaltsstelle 023/17.

Begründung.

Für die Reinigung der Bezirksausgabestellen sind laut Voranschlag monatlich 500,-- RM vorgesehen. Das Schulamt hat bis Dezember 1942 bereits über 6.900,-- RM verauslagt. Auch die Kosten der Beleuchtung und Heizung in der Bezirksausgabestelle 1 (Staatliches Gymnasium Dammstraße 1) sind infolge des weiteren Ausbaues der Bezirksausgabestelle 1 erheblich höher als bei Aufstellung des Voranschlages vorauszusehen war. Der für die Heizung des Ernährungsamtes Fleethörn 25 vorgesehene Betrag von 1.100,-- RM ist ebenfalls bereits überschritten. Die bei der Haushaltsstelle 023/641 für Heizung, Beleuchtung und Reinigung zur Verfügung gestellten 10.045,-- RM sind daher bis Ende 1942 restlos in Anspruch genommen worden.

Für die Reinigung der Bezirksausgabestellen werden noch 3.000 RM, für die Heizung des Ernährungsamtes Fleethörn 25 und für Heizung und Beleuchtung der Bezirksausgabestelle 1 ebenfalls noch weitere 3.000,-- RM benötigt.

T h o m s e n .

Vorlage 159.

Der Oberbürgermeister
Fürsorgeamt-Abt.I-

K i e l , den 11. März 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 451/62 für 1942 - Verbrauchsstoffe in den Alters- und Versorgungsheimen -.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 4.500 RM bei der Haushaltsstelle 451/62 - Verbrauchsstoffe in den Alters- und Versorgungsheimen - gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu. Der Mehrausgabe stehen Ersparnisse bei den Ausgaben 41/6501 - laufende Barunterstützungen für Sozialrentner - von mindestens 10.000 RM gegenüber.

Begründung.

Dem Anschlag für 1942 mit 6.500 RM sind zugrunde gelegt:

a)	für Reinigungsmaterial in den Alters- und Versorgungsheimen	800,-- RM
b)	für die Landwirtschaft des Versorgungsheims Kronshagen	2.730,-- "
c)	dgl. von N/Dietrichsdorf	2.950,-- "
d)	für Sämereien für die Altersheime	20,-- "
	Summe	6.500,-- RM.

Die Mittel für die Landwirtschaft reichen bei weitem nicht aus. Im Versorgungsheim in Kronshagen ist das Pferd im Alter von 24 Jahren eingegangen. Gespanne von privater Seite für Fuhren und landwirtschaftliche Arbeiten verursachen erhebliche Unkosten. Der Heimleiter bemüht sich, ein für den Betrieb geeignetes kleineres Pferd zu beschaffen. Es kommt nur ein von der Wehrmacht freigegebenen Tier in Frage, das bei den gestiegenen Preisen einen Aufwand von mindestens . . . . . 3.000 RM verursachen wird. Der durch das Fehlen des Pferdes bisher verursachte Mehraufwand beziffert sich auf . . . . 500 ". Auch das Versorgungsheim N/Dietrichsdorf erfordert Mehrausgaben von . . . . . 1.000 " .

Hier ist eine Kuh eingegangen, deren Ersatz gegenüber 4.500 RM der gezahlten Entschädigung einen Mehraufwand von 160 RM veranlaßte. Da Ferkel auf dem Markt nicht vorrätig waren, wurden 5 Läuferschweine für 500 RM beschafft. Mehraufwand gegen den Anschlag etwa 300 RM. Für Futtermittel wurden der Einnahme 41/24 250 RM mehr zugeführt als veranschlagt sind. Der Rest entfällt auf höhere Unkosten für die Bearbeitung des Landes durch private Gespanne.

Die Mehrausgabe kann auf Ersparnissen bei den laufenden Unterstützungen für Sozialrentner gedeckt werden.

H o b e c k .

Vorlage 160

Der Dezernent
der Schulverwaltung
S.F.

K i e l , den 16. März 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 250/641 - Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser - für das Rechnungsjahr 1942

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 2.000,-- RM für Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser aus der Haushaltsstelle 250/641 gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu. Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind bei der Haushaltsstelle 24/76 = 2.000,-- RM in Abgang zu stellen.

Begründung.

Die Haushaltsstelle 250/641 wird durch Rechnungen, die zur Anweisung vorliegen, bis Ende März ds.Js. um rd. 2.000,-- RM überschritten werden.

Diese Überschreitung ist einmal darauf zurückzuführen, daß in dem Erläuterungsentwurf zum Voranschlag 1942 zu 250/641 ein Rechenfehler von 526,50 RM enthalten ist und zum andernmal - soweit bisher ermittelt werden konnte - die an die Lehranstalt für Frauenberufe und die Handelslehranstalten angeschlossenen öffentlichen Bunker von der Schulheizung aus mit versorgt werden. Die weiteren Ermittlungen sollen durch das Maschinenamt getroffen und darauf die Bezahlung der verbrauchten Mengen beim Polizeipräsidenten angefordert werden.

Weiter ist die Überschreitung der Haushaltsstelle nach Angabe des Maschinenamts auch darauf zurückzuführen, daß zwar wegen des milden Winters ein außergewöhnlicher Verbrauch nicht stattgefunden hat, jetzt aber noch größere Restbestände vorhanden sind, die für die Heizperiode ausreichen.

Dr. Kurt Schmidt

Vorlage 161.

Stadtwerke Kiel.
- Ni -

K i e l , den 26. März 1943.

Betrifft: Technische Anschlußbedingungen für Starkstromanlagen.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 5 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Die anliegenden "Technischen Anschlußbedingungen für Starkstromanlagen mit Betriebsspannungen unter 1.000 Volt im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Kiel" werden hiermit festgestellt.

Begründung.

Die im Jahre 1912 bei den Stadtwerken Kiel eingeführten technischen Anschlußbedingungen für elektrische Anlagen (Vorschriften für die Errichtung elektrischer Anlagen vom 6. Juni 1912) sind durch die Entwicklung der Technik praktisch seit Jahren außer Anwendung gekommen. Sie wurden bisher zwar ersetzt durch lose Anordnungen, die sich aufgrund von Erfahrungen herausgebildet hatten, trotzdem ist das Fehlen dieser "Technischen Anschlußbedingungen" aber als Übelstand empfunden worden, der baldigst behoben werden muß. Da nach Ziffer V/1 der am 1.4.1942 eingeführten "Allgemeinen Bedingungen" die Anlagen des Abnehmers nur unter Beachtung der geltenden behördlichen Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker und der besonderen Vorschriften des Elektrizitätswerkes ausgeführt und unterhalten werden dürfen, bilden die "Technischen Anschlußbedingungen" einen Bestandteil der "Allgemeinen Bedingungen".

Von der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung ist ein Muster der "Technischen Anschlußbedingungen" herausgegeben, dessen möglichst unveränderte Übernahme empfohlen wird. Nach Eintragung der durch die örtlichen Verhältnisse bedingten Ergänzungen hat die Fassung der beigefügten "Technischen Anschlußbedingungen" die Zustimmung der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung und des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein - Preisbildungsstelle - gefunden.

Die "Technischen Anschlußbedingungen" sind von Herrn Stadtsyndikus Loewe juristisch überprüft. Bedenken sind von ihm nicht erhoben.

Die Beiräte sind gehört worden; sie sind einverstanden.

P l ö g e r .

Vorlage 162.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. A 1516.

K i e l , den 23. März 1943.

Betrifft: Erhöhung des Ankaufstitels für das Schulungslager Buchenhagen in Kitzeberg.

Ausgelegt: Ein Kostenüberschlag.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Die bei der Haushaltsstelle V 921/131 durch Entschließung des Oberbürgermeisters vom 29. März 1940 bereitgestellten Ankaufsmittel von 42.300,-- RM werden um 4.000,-- RM auf 46.300,-- RM erhöht. Der zusätzlich erforderliche Betrag ist aus V 920/120 zu entnehmen.

Begründung.

Das Anwesen ist durch die Stadt Kiel vor etwa 3 Jahren gekauft worden, ohne daß bisher wegen des Widerspruchs des Bürgermeisters in Heikendorf gegen die Genehmigung nach dem Wohnsiedlungsgesetz die Auflassung vorgenommen werden konnte. Inzwischen haben sich beträchtliche Schäden herausgestellt. Um einem weiteren Verfall vorzubeugen, müssen kostspielige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden. Die Mittel hierfür sind zunächst durch die Stadt Kiel zu verauslagen. Ihre Erstattung für den Fall, daß nicht die Stadt sondern ein Dritter Eigentümer werden sollte, ist sichergestellt.

N i e m e y e r .

Vorlage 163.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. A 868

K i e l , den 31. März 1943.

Betrifft: Ankauf eines unbebauten Grundstücks hinter Prinz Heinrich-Straße/Elendsredder aus dem Nachlaß Diederichsen.

Ausgelegt: Beglaubigte Abschrift eines beurkundeten Angebots.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadt Kiel erwirbt von den Erben des am 20.4.1942 verstorbenen Kaufmannes Dr.h.c.Heinrich D i e d e r i c h s e n die Parzelle 1653/59 des Kartenblatts 4 der Gemarkung Wik, verzeichnet im Grundbuch von Wik Band 9 Blatt 340, groß 13.491 qm, zum Preise von 3,50 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebotes vom 24.3.1943.

2. Der Kaufpreis von 47.218,50 RM zuzüglich eines Betrages von 2.581,50 RM für Kosten und Steuern, insgesamt 49.800 RM, wird unter Entnahme aus V 920/120 bei V 920/147 zur Ausgabe bereit gestellt.
Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

Begründung.

Das Grundstück gehört zu einem Gebiet, auf dem sogleich nach dem Kriege eine Oberschule errichtet werden soll. Der Erwerb wird jetzt betrieben, um zu verhindern, daß das Grundstück in andere Hände übergeht. Der Preis ergibt sich aus mehreren in unmittelbarer Nähe getätigten Verkäufen.

N i e m e y e r .

Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde
- Feuerschutzpolizei -

Vorlage 164.

K i e l , den 24. März 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 712/6150 um 2.500 RM.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 2.500 RM bei der Haushaltsstelle 712/6150 (Heilfürsorge für die Feuerschutzpol.-Beamten) nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 712/805 = 2.500 RM.

Begründung.

Mit Wirkung vom 1. April 1941 ist für die Beamten der FSchP. der Gemeinden die freie Heilfürsorge nach den Heilfürsorgebestimmungen für die Polizei des Reichs eingeführt worden. Die daraus entstehenden Kosten tragen die Gemeinden.

Der durch den Krieg bedingte erhöhte Einsatz der Beamten der Feuerschutzpolizei bringt eine weitaus größere Anzahl von Erkrankten und Verletzten als in Friedenszeiten. Gerade bei den älteren Beamten häufen sich die Erkrankungen. Vor allen Dingen bei denjenigen Beamten, die bei Ausbruch und während des Krieges wegen Erreichung der Altersgrenze hätten in den Ruhestand versetzt werden müssen.

Für das Rechnungsjahr 1942 sind bei der Haushaltsstelle 712/6150 (Heilfürsorgekosten für die Feuerschutzpol.Beamten) einschl. der Vergütung für die Vertragsärzte 8.800 RM bereitgestellt worden. Von diesem Betrage sind bis zum 15. März 1943 an Heilfürsorgekosten insges. 7.200 RM verausgabt, so daß noch ein Restbetrag von 1.600 RM zur Verfügung steht. Zu bestreiten sind noch die Vergütung an die Vertragsärzte (3.600 RM) und die noch anfallenden Heilfürsorgekosten (ca. 500 RM). Es bleiben mithin ungedeckt insges. 2.500 RM. Die Mehrausgabe kann durch Einsparung von Mitteln bei der Haushaltsstelle 712/805 gedeckt werden.

I.V.

N i e m e y e r .

Vorlage 165.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. I 399 Di.

K i e l , den 10. April 1943.

Betrifft: Verkauf von Gelände am Radsredder an A.C.Hansen.

Ausgelegt: Beglaubigte Abschrift des beurkundeten Angebots, Vertragsplan.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an den Kaufmann A.C. Hansen in Kiel-Wellingdorf Teilflächen der im Grundbuch von Wellingdorf Blatt 1153 und 679 eingetragenen Parzellen 769/122 und 768/116 Kartenblatt 2 von Wellingdorf, groß 140 qm bezw. 610 qm, insgesamt etwa 750 qm, zum Preise von 2 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 9. April 1943.
2. Das Kaufgeld ist bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

Begründung.

Durch den Verkauf erhält die Firma A.C. Hansen die Möglichkeit, ihr neues Betriebsgrundstück an der Wischhofstraße abzurunden und eine dringend erforderliche Einfriedigung gegen den stadteigenen Sportplatz am Radsredder auf die endgültige Grenze zu setzen.

N i e m e y e r .

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 023/641 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser).

(Vorl.157)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Erhöhung der Haushaltsstelle 023/641 um 6.000,-- RM zu. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch Mehreinnahme bei Haushaltsstelle 023/17.

K i e l , den 15. April 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 320/A 6372 - Fernsprech- und sonstige Postgebühren - für das Rechnungsjahr 1942.

(Vorl.158)

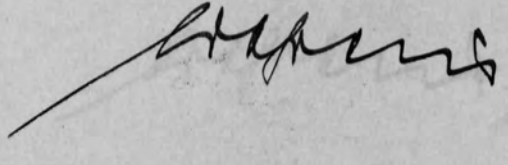
Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses nach § 91 Abs.1 DGO. einer Erhöhung der Ausgaben bei der Haushaltsstelle 320/A 6372 - Fernsprech- und sonstige Postgebühren - um 2.000,-- RM zu.

Zum Ausgleich des Haushalts sind von den bei der Haushaltsstelle 320/A 6371 - Theaterprogramme - für 1942 bereitstehenden Mitteln 2.000,-- RM in Abgang zu stellen.

K i e l , den 15. April 1943.
Der Oberbürgermeister.



Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 451/62 für 1942
- Verbrauchsstoffe in den Alters- und Versorgungsheimen -.

(Vorl.159)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 4.500 RM bei der Haushaltsstelle 451/62 - Verbrauchsstoffe in den Alters- und Versorgungsheimen - gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu. Der Mehrausgabe stehen Ersparnisse bei den Ausgaben 41/6501 - laufende Barunterstützungen für Sozialrentner - von mindestens 10.000 RM gegenüber.

K i e l , den 15. April 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 250/641 - Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser - für das Rechnungsjahr 1942.

(Vorl.160)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 ~~bestimme~~ ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 2.000,-- RM für Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser aus der Haushaltsstelle 250/641 gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu. Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind bei der Haushaltsstelle 24/76 2.000,-- RM in Abgang zu stellen.

K i e l , den 15. April 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Technische Anschlußbedingungen für Starkstrom-anlagen.

(Vorl.161)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich;

Die anliegenden "Technischen Anschlußbedingungen für Starkstrom-anlagen mit Betriebsspannungen unter 1.000 Volt im Versorgungs-gebiet der Stadtwerke Kiel" werden hiermit festgestellt.

K i e l , den 15. April 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung des Ankaufstitels für das Schulungslager Buchenhagen in Kitzeberg.

(Vorl.162)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich,

Die bei der Haushaltsstelle V 921/131 durch Entschließung des Oberbürgermeisters vom 29. März 1940 bereitgestellten Ankaufsmittel von 42.300,-- RM werden um 4.000,-- RM auf 46.300,-- RM erhöht. Der zusätzlich erforderliche Betrag ist aus V 920/120 zu entnehmen.

K i e l , den 15. April 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Ankauf eines unbebauten Grundstücks hinter Prinz Heinrich-Straße/Elendsredder aus dem Nachlaß Diederichsen.

(Vorl.163)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 **bestimme ich;**

1. Die Stadt Kiel erwirbt von den Erben des am 20.4.1942 verstorbenen Kaufmannes Dr.h.c. Heinrich D i e d e r i c h s e n die Parzelle 1653/59 des Kartenblatts 4 der Gemarkung Wik, verzeichnet im Grundbuch von Wik Band 9 Blatt 340, groß 13.491 qm, zum Preise von 3,50 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebotes vom 24.3.1943.
2. Der Kaufpreis von 47.218,50 RM zuzüglich eines Betrages von 2.581,50 RM für Kosten und Steuern, insgesamt 49.800 RM, wird unter Entnahme aus V 920/120 bei V 920/147 zur Ausgabe bereit gestellt.

Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

K i e l , den 15. April 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 712/6150 um 2.500 RM.

(Vorl.164)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 2.500 RM bei der Haushaltsstelle 712/6150 (Heilfürsorge für die Feuerschutzpol.-Beamten) nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 712/805 = 2.500 RM.

K i e l , den 15. April 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verkauf von Gelände am Radsredder an A.C.Hansen.

(Vorl.165)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 15. April 1943 bestimme ich,

1. Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an den Kaufmann A.C. Hansen in Kiel-Wellingdorf Teilflächen der im Grundbuch von Wellingdorf Blatt 1153 und 679 eingetragenen Parzellen 769/122 und 768/116 Kartenblatt 2 von Wellingdorf, groß 140 qm bezw. 610 qm, insgesamt etwa 750 qm, zum Preise von 2 RM/qm, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 9. April 1943.
2. Das Kaufgeld ist bei der Haushaltsstelle V 920/86 zu vereinnahmen.

K i e l , den 15. April 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 471/76 (Zahlungen für Vorjahre 1942) ~~weitere~~ 93.75 RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/79 vorgesehenen ~~Verstärkungs~~ Vorbehalts mitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den 15. April 1943.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

Verstärkung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Die Stadt Kiel hat mit Wirkung vom 1. Januar 1942 das Grundstück in Südensee bei Sörup für die Einrichtung eines städt. Kinderheims erworben. Aufgrund des § 4 Ziffer 1 a des Grundsteuergesetzes ist die Stadt mit Wirkung vom 1.April 1942 von der Zahlung der Grund- und Hauszinssteuer befreit. Eine Befreiung der Steuern für die Zeit vom 1. Januar 1942 bis zum 31. März 1942 ist vom Finanzamt Flensburg nicht genehmigt worden, weil die Steuern bis zum Schluss des Kalenderjahres zu entrichten ist. Auch der Antrag auf Niederschlagung der Steuer für diesen Zeitraum im Betrage von 93.75 RM ist abgelehnt worden, sodass dieser Betrag noch an die Gemeinde Südensee überwiesen werden muss. Es handelt sich um eine einmalige Ausgabe, weil Steuerbeträge in Zukunft nicht mehr zu zahlen sind.

Jugendamt,
Kiel, den 13. April 1943.

I.V.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von.....22,39..RM bei der -~~neu einzurichtenden~~- Haushaltsstelle .94/67...-1942-.
(...Beschaffung von Hundesteuermarken.....)
gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...94/55.....= . . . .22,39..RM
" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 15. April 1943.

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens
Beglaubigt:
Günther
Stadtoberinspektor

/5

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Da die Zahl der steuerpflichtigen Hunde im letzten Steuerjahr erheblich gestiegen ist, muß für das Rechnungsjahr 1943 eine größere Zahl Hundesteuermarken als s.Zt. veranschlagt , beschafft werden. Die Kosten für die erforderlichen Steuermarken betragen 132,39 RM. Da bei der Haushaltsstelle 94/67 nur 110,- RM zur Verfügung stenen, ist eine Erhöhung dieses Ansatzes um 22,39 RM notwendig.

Zum Ausgleich dieser Erhöhung kann ein entsprechender Betrag bei der Haushaltsstelle 94/55 in Abgang gestellt werden.

Kiel, den 9.April 1943
Steueramt

Städtische Krankenanstalt
Eing. 17. APR. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~-außer-planmäßigen Ausgabe von.....800 RM bei der -neu einzurichtenden- Haushaltsstelle 525/805 für 1942 (Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen .....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...525/70 für 1942 . . . . . .800...RM
" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~XXXXX~~-außer-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 15. April 1943 .....19...

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

Gesehen.
Kiel 19.4.43.
Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.
[signature]

An Hauptamt i.d. Krankenanstalt

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Mit der Inbetriebnahme des Hilfskrankenhauses Schönhagen ergab sich die Notwendigkeit die dort vorhandenen Gartenanlagen, die stark vernachlässigt waren, wieder instandsetzen zu lassen. Es waren rund 100 Obstbäume auszulichten und zu pflegen und Ziersträucher anzupflanzen.

Kiel, den 6. April 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalten.

Städtische Krankenanstalt
Eing. 17. APR. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~planmäßigen Ausgabe von ....50.....RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle ....524/803.... (....Unterhaltung des Anstaltsinventars.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle..524/804.....= . . . .50.....RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 15. April 1943 ~~19~~...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

Gesehen.
Kiel, 19. IV. 43.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.

[signature]

An
Zeugtamt
i.d. Krankenanstalt

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Die Mehrausgabe ist durch die Nacheichung der Personenwagen entstanden.

Kiel, den 11. April 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalten

Städtische Krankenanstalt
Eing. 17. APR. 1943
KIEL

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer weiteren über-~~XXXXXX~~-planmäßigen Ausgabe von ~~150~~ 120.- RM bei der ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Haushaltsstelle 524/801 (Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs-u. Lichtanlagen) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 524/800 = 120 ~~150~~ RM

" " " = "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~XXXXX~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 15. April 1943 19..

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Grinthey
Stadtoberinspektor

An Hauptamt i.d. Krankenanstalt

Gesehen.
Kiel, 17. 4. 43.
Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.
Rodemann

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Die unaufschiebbare Überholung des Warmwasserbereiters hat Kosten in Höhe von rund 117,oo RM verursacht. Mit dieser Ausgabe war vorh nicht gerechnet.

Kiel, den 12. April 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von 150.-.....RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 22/73.....
(....Reise-Fahr- und Umzugskosten.....)
gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle..23/73.....= . . . . . 150 - RM
" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den..15. April 1943.....~~1943.~~

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens
Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

Hauptamt
d.d. Schulamt
vol. 20/4. 43 Hbg.

Einsparung.

Begründung umseitig.

Der Dezernent
der Schulverwaltung
S E

Begründung: Die überplanmäßige Inanspruchnahme der Haushaltsstelle ist erfolgt, weil an den Mittelschullehrer Dr. Becker für die Zeit vom 15.8. bis 25.10.1942 Beschäftigungstagegelder in Höhe von 420-RM gezahltwerden mußten, die von der Regierung wieder erstattet werden.

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 19. April 1943. 147

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da keine Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Stadtwerke Kiel
- Vr/Jn -

Kiel, den 12. April 1943 148

U.R. mit ...1... Anl.

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt-

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 5.000,-- zu genehmigen.
Um Rückgabe des anliegenden Kostenanschlages wird gebeten.

Stadtwerke Kiel 7. 14.43.

Entschliessung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ überplanmässigen Ausgabe von RM 5.000,-- bei der Finanzplanstelle V 813/121 W 6030/M gemäss § 15 Abs. 5 Eig.Betr.V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Aufstellung einer Kreiselpumpe im Wasserwerk Schulensee.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. -6590-

K i e l , den 19. April 1943 ~~1943.~~

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel
Abt.: W

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 19.2. 1943

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Durch Verfügung des Betriebsführers vom 3.7.42 sind für die Aufstellung einer Kreiselpumpe im Wasserwerk Schulensee von den angeforderten 20.000.--RM zunächst 15.000.-- RM freigegeben und zur Verfügung gestellt worden. Wir haben ursprünglich angenommen mit 15.000.-- RM die Arbeiten fertigstellen zu können. Bei der Herstellung der Anlage sind außergewöhnliche und schwierige Arbeiten durchgeführt worden, die vorher nicht zu übersehen waren. Nach beigefügtem Kostenanschlag bitten wir nunmehr um Freigabe des Restbetrages in Höhe von 5.000.-- RM

Durch Vfg. des Betriebsführers v. 3.7.42 - Freigabeliste Nr. 29/42 - sind 15000.- RM freigegeben worden. 5000.- RM sind durch Nachtragsetat eingespart worden. Weitere Mittel stehen nicht zur Vfg.

V 813/121 W 6630 ff. Jenny 30/III.43.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 5000.- RM.

2.) Dem zuständigen Werkleiter zur Einverständniserklärung.

~~2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.~~

~~Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... RM.~~

[signature]
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 11/3/41 vorgetragen.

Ergebnis: [signature]

3.) An den Leiter der Abt. W zurück.

[signature]
Unterschrift des Werkleiters B bezw. A.

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . 5.000.-- . . RM, zu zahlen mit . . . 5.000.-- . . . RM im . . März 1943 . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, ~~gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben~~, ~~sind nach der~~ folgenden Aufstellung zu beantragen:

~~b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen.~~

Wirtschaftsplan 1943.	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 813/121 W6630/1.	~~W 6030/1~~ Aufstellung einer Kreiselpumpe im Wasserwerk Schulensee.	c = 5000,-	a = 5000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: . . . . . .

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: . . . . . .

1 o.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . 194.

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 9. April 1943.

150

U. dem

Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt , h i e r ,

mit der Bitte um Bereitstellung und Freigabe der RM 3.000,-

Jürgens

19/4.43

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausserplanmässigen Ausgabe von RM 3,000,-- bei der Finanzplanstelle V 812/ 131 Ro 6370- gem. § 15 , Abs. 5 der Eigenbetriebsverordnung zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Herstellung von Gaszuleitungen in P l ö n .

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 19. April 1943 ~~1943.~~

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Grimsehl

Stadtoberinspektor

S t a d t w e r k e Kiel

Abt.: R/B.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)

Kiel, den 8. März 1943

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Die Kosten für die Herstellung von Gaszuleitungen im Stadtgebiet P l ö n gehen vom Hauptrohr bis ans Hausnzu Lasten der Stadtwerke Kiel, der übrigen Teil wird von den Anliegern erstattet. Bei Vorhandensein von Vorgärten tragen die Stadtwerke Kiel bis zu 4,- m und darüber hinaus die Anlieger die Kosten. Die gesamte Anlage, also vom Anschluss an das Hauptrohr bis einschliesslich des Gashaupthahnes im Hause bleibt Eigentum der Stadtwerke Kiel. Die Gesamtkosten sind zu aktivierenund müssen im Finanzplan nachgewiesen werden. Die von den Anliegern zu erstattenden Beträge werden dem Rückstellungskonto zugeführt.

2.) Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 3.000,— RM. für das Rechnungsjahr 1942/43-

Dem zuständigen Werkleiter zur Einverständniserklärung.

Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... RM.

Abteilung A

.....

Unterschrift des Abteilungsleiters.

11. 3. 43

In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.

Ergebnis: .....

3.) An den Leiter der Abt.....zurück.

.....

Unterschrift des Werkleiters B bezw-A.

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a:

559

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . . 3.000,-- RM, zu zahlen mit . . . 3.000,-- RM im . . . . März 1943
mit . . . . . RM im . . . . . .
mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
1943			
V 812/ 131 Ro 6370	Herstellung von Gaszuleitungen in Plön	c) 3.000,-	a) 3,000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: . . . . . .

Geprüft: . . . . . .

10.) Abt. V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung
a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:
b) ~~zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Kiel, den . . . . . .

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 6. April 1943. 152

U. Herrn Oberbürgermeister

Kämmereiverwaltung,

durch das Rechnungsprüfungsamt - h i e r ,

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 6.000,-- zu genehmigen.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ - planmässigen Ausgabe von RM 6.000,-- bei der Finanzplanstelle V 812/ 124 - G 6800 gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Erneuerung des Generators 4 im Gaswerk Wik.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l , den 19. April 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel
Abt.: G.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 12. März 1943.

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf ~~Lieferung~~ - Ausführung - ~~Herstellung - Einbau von~~ des Abbaues alten Mantels Generators 4, sowie Einbau eines von der Demag gelieferten neuen Mantels

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

-R.76060-

Am 21.2.1941 wurden RM 9.000,- für die Beschaffung eines neuen Mantels für Generator 4 freigegeben.F Der Ausbau des alten Mantels und der Einbau des neuen muß aus Mangel an eigenen Leuten von einer fremden Firma ausgeführt werden. Die Germania-Werft, Abt. Kesselschmiede, will diese Arbeiten im Stundenlohn übernehmen.

Die geschätzten Mehrkosten hierfür in Höhe von RM 6.000,- sind aus dem Schöpftitel 1943 zu entnehmen.

F Hiervon wurden durch den Nachtragsplan 1941 6000 RM wieder abgesetzt, weil der Betrag s. Zt. nicht benötigt wurde.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 6.000,- RM.

[signature]
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom 15.3.43 vorgetragen.
Ergebnis: [signature]

[signature]
Unterschrift des Werkleiters B

4) S. zurück.

4.) ~~An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.~~

5.) ~~Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom~~ .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Friedr. Krupp, Germania- Werft, Kiel

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

Die Fa. Friedr. Krupp ist bereit, die Arbeiten mit ihren Männern sofort in Angriff zu nehmen.

569

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . 6.000,--. . RM, zu zahlen mit . . . 4.000,--. . . . RM im April 1943.....
mit . . . 2.000,--. . . . RM im Mai 1943.....
mit . . . . . RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
1943			
V 812/124 G 6820 G 6820	Erneuerung des Generators 4.	c) 6 000,-	b) 6 000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Die Arbeiten werden im Stundenlohn ausgeführt.

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: .....

Kiel, den .....

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.

Genehmigt: .....
Unterschrift beider Werkleiter

.....
Unterschrift des Leiters der Abt. V

559

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über- ~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von **1469,86** RM (1469,86 Rm) bei der - ~~neu einzurichtenden~~ - Finanzplanstelle V **813/ 123 W 6860** gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt zur **Beschaffung und Einbau eines Kreiselpumpenaggregates an der Uferstrasse (W I k)**

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

~~Von den bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen~~
~~bei der Finanzplanstelle V~~ ..... RM.

~~Der umseitig angegebene Zahlungsplan wird genehmigt.~~
~~Für Monat~~ **Die RM 1469,86** werden **grundsätzlich** RM freigegeben.

Kiel, den 19. April 1943 ~~193~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:
Stadtoberinspektor

439

Begründung umseitig.

Zahlungsplan.

Finanzplan 1943 :	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Betrag RM
V 813/ 123 W 6860	Beschaffung und Einbau eines Kreiselpumpenaggregates an der Uferstr. W i k.	c) 1.469,86 Begründung.	a) 1.469,86		

Begründung :

Für den genannten Zweck wurden die Mittel durch Entschliessung vom 21. 2. 1941, K. V. 6059, bereitgestellt. Erst 1942 konnte das Bauvorhaben fertiggestellt werden, für das die restlichen Mittel am Jahresschluss 1941 in Abgang gestellt worden sind. Die restlichen Kosten betragen 1469,86 RM, um deren Bereitstellung und Freigabe gebeten wird.

Kiel, den 14. April 1943 ... April ... 1943 ...

Stadtwerke K i e l .

An
den Herrn Oberbürgermeister,
439 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung,
h i e r .

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle 46/73 (Reise- und Transportkosten für 1942) weitere 411,66 RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/790 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den 19. April 1943 ~~19...~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Grünthey

Stadtoberinspektor

Jugendamt
d. Jugendamt

Jugendamt
der Stadt Kiel
Eing. 19. APR. 1943
Anl.

Verstärkung.

Begründung umseitig.

Die Transporte von Fürsorgezöglingen haben im Rechnungsjahr 1942 erheblich zugenommen und erstreckten sich teilweise über grössere Reisestrecken; dadurch sind Mehrkosten entstanden. Diese Kosten werden vom Oberpräsidenten erstattet und bei der Haushaltsstelle 46/17 vereinnahmt.
Die übrigen Reisekosten halten sich in den bisherigen Grenzen.

Kiel, den 16. April 1943.

Der Oberbürgermeister.
Jugendamt (Zentrale).

Im Auftrage

Städtische Krankenanstalt
Eing. 24. APR. 1943
KIEL

156

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über ~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von 100 RM bei der ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Haushaltsstelle 522/651 für 1942 (Raum - und Sachendesinfektion) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 522/637 für 1943 = 100 RM

" " " = "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über ~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 20. April 1943

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

i. V.

[signature]

Hauptamt
d. d. Krankenanstalt

Gesehen.
Kiel, 27. IV. 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.

[signature]

Einsparung.

Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g .

Die Desinfektionskosten wachsen zwangsläufig mit der Zunahme der Infektionskrankheiten.

Kiel, den 14, April 1943.

Verwaltung

der städtischen Krankenanstalt.

Städtische Krankenanstalt
Eing. 24. APR. 1943
KIEL

157

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von.....100 RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 522/650 für 1942 (Inanspruchnahme von Universitätskliniken und Privatärzten..) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 522/637 für 1942 . . . . . 100 . . . RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 20. April 1943 .....19...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

i. V.

[signature]

Gesehen.
Kiel, 27. IV. 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.

[signature]

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Für die Behandlung von Infektionskranken war in zunehmendem Maße die Heranziehung von Fachärzten der Akademischen Heilanstalten erforderlich.

Kiel, den 14. April 1943.

Verwaltung

der städtischen Krankenanstalt

Rothmann

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle...001/73...(...Reise- und Fahrkosten.....) weitere...285.-.....RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/79 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den...21 April.....19.43.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

[illegible]

Hauptamt

Verstärkung.

Begründung umseitig.

Sekretariat
der K... ...ungen
Eing. 19. APR. 1943
Stadtrat

Begründung:

Das Jahres-Soll der Haushaltsstelle 001/73 (Reise- und Fahrkosten) betrug zu Beginn des Rechnungsjahres 1942 21.500,- RM; auf Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters wurde dieser Betrag durch den Nachtragsetat um 6.500,- RM auf 15.000,- RM herabgesetzt. Verausgabt wurden bis heute 5.229,- RM, so daß noch 9.771,- RM zur Verfügung stehen. Die Stadtwerke fordern jetzt den ~~einmaligen~~ Betrag von 10.052,- RM als einmaligen Zuschuß für die Benutzung der städt. Kraftwagen durch städt. Dienststellen (neben dem Kilometerpreis); ~~Dieser Betrag kann erst zum Schluß des Rechnungsjahres von den Werken ermittelt werden~~, so daß die Erhöhung der Haushaltsstelle 001/73 um 285,- RM unumgänglich ist.

Der Oberbürgermeister
P. A.
Ja

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Betriebsverwaltung -
Eing. 29 APR. 1943 *
Gesch.-Zeichen: 159

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer -über-~~außer~~ planmäßigen Ausgabe von 690,- RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 553/62-1942-(Verbrauchsstoffe) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über-~~außer~~ planmäßige Einnahmen in entsprechender Höhe zu erwarten sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~ planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 22. April 1943

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

[signature]

Betriebsamt. Kiel, den 29. April 1943

U. dem Hauptamt - Rathaus

nach Kenntnisnahme und Berichtigung der H.Ü.L. übersandt.

[signature]

Mehreinnahme. Begründung umseitig.

Begründung.

Nach Schaffung der Verdunkelungseinrichtung sind in der Schwimmhalle verlängerte Betriebszeiten eingeführt worden. Die Kosten des Mehrverbrauchs an Kohlen, Wasser, Strom und Reinigungsmaterial belaufen sich auf 690 RM.

Entsprechende Mehreinnahmen sind eingegangen.

Kiel, den 20. April 1943.

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Lobeck

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Betriebsverwaltung -
Eing. 29 APR. 1943 *
Gesch.-Zeichen: Ko 160

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von 880,- RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 713/62 -1942- (Verbrauchsstoffe) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 713/631 = 600,- RM
" " " 713/801 = 280,- "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 22. April 1943

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.
F. v.
[signature]

Betriebsamt. Kiel, den 29. April 1943

U. dem Hauptamt - Rathaus

nach Kenntnisnahme und Berichtigung der H. Ü. L. übersandt.

Einsparung. [signature] Begründung umseitig.

Begründung

Infolge Preiserhöhungen für Ersatzreinigungsmittel und Erhöhung der Anfuhrkosten für Brennstoffe, insbesondere zur Lagerhaltung, konnte eine Überschreitung des Haushaltssolls für 716/62 nicht vermieden werden.

Die zur Begleichung der letzten Rechnung des Maschinenamtes über gelieferte Brennstoffe für das Rechnungsjahr 1942 noch erforderlichen Mittel betragen 350,- RM.

Kiel, den 20. April 1943.

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Lobeck

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 3. Mai 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 2 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

ab 4/5 R

E n t s c h l i e ß u n g

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - ~~außer~~ - planmäßigen Ausgabe von 22.000,-- RM bei der - ~~neueinzurichtenden~~ - Finanzplanstelle V 812/127 G 8200/3 . gemäß § 15 Abs. 5 Eig. Betr.V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für den Umbau der Benzolanlage im Gaswerk Wik

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. - 6598 -

K i e l , den 5. Mai 1943 ~~194..~~

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

Hauptamt

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

Stadtwerke Kiel.
- V. -

Kiel, den .. 10. April 1943 .... 19..

1.) An den
Herrn Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt,
mit der Bitte, die Genehmigung zur Vergebung des Auftrages
an die Firma Paul Hammers, Hamburg
zu erteilen

Der Oberbürgermeister
Rechnungsprüfungsamt.

Kiel, den 29. April 1943

1.) Die Vergebung der Arbeiten zur Herstellung der Fundamente für die Benzolanl
Gaswerk Wik an die Firma Paul H a m m e r s , Hamburg, zu einem Pauschalbe
trage von 17.500 RM wird genehmigt unter der Bedingung, daß in dem Preis de
Abtransport der Erdmassen bis an die Gleisanlage sowie sämtliche Fuhrkosten
für An- und Abfahrt der Geräte, Gerüste und das gesamte Baumaterial enthal
ist.

2.) Nachricht an die Bezirksausgleichsstelle.

gez. Behrens
beglaubigt:
Stadtobersekretär

2.) An den
Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der Mittel zu genehmigen.

Es wird gebeten, auch die Unterschrift unter die vom Rechnungsprüfungsamt vorverfügte Genehmigung der Vergebung von dem Herrn Oberbürgermeister einzuziehen.

Stadtwerke Kiel

- 4 -

Städtische Krankenanstalt
Eing. 7. MAI 1943
KIEL

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - ~~außer~~ - planmäßigen Ausgabe von ..... RM bei dem - ~~neu einzurichtenden Ausgabe-Titel~~ Haushaltsstelle 522/800 f. 1942 Ord. gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Betrag wird bereitgestellt für bauliche Unterhaltung.....

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen
.....bei der Haushaltsstelle 522/801 für 1942 ..... 800 RM

~~Bei dem neu einzurichtenden Einnahmetitel ..... Ord. ..... sind ..... RM im Haushaltssoll als außerplanmäßige Einnahme in Zugang zu bringen.~~

Die Gemeinderäte brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über - ~~außer~~ - planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l, den ....5. Mai 1943.... ~~193~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens
Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

An
das Hauptamt
d. d. Krankenanstalt

Gesehen.
Kiel, 7. V. 43.
Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.
[signature]

Begründung umseitig.

Neueinnahme.

B e g r ü n d u n g.

In der Haushaltssatzung für 1939 war für die Unterhaltung der Gebäude ein Betrag von 12.1oo,- RM vorgesehen. Infolge des Kriegszustandes mußten aber viele Arbeiten zurückgestellt werden. So sind bei einem Gebäudewert von über 2 Millionen RM

1939 nur 7.553,oo RM

1940 " 4.749,oo "

und 1941 " 3.542,oo "

für bauliche Unterhaltung aufgewendet worden. 1942 waren bauliche Mängel aufgetreten, die sofort abgestellt werden mußten, wofür die bereitgestellten 3.5oo,- RM nicht ausreichten.

Kiel, den 29. April 1942.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt

Rodemann

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von...364.27...RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle ..94/65..-1942-.. (.An die Tiefbauverwaltung für Straßenunterhaltung.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

~~Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang~~

zu stellen

bei der Haushaltsstelle.....= . . . .RM

" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-außer-planmäßige ~~Ausgabe geringfügig ist~~.

Die Mehrausgabe von 364,27 RM wird durch eine Mehreinnahme in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 94/123 "Kraftfahrzeugsteuer" ausgeglichen.

Kiel, den..8. Mai.....19.43

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

An das Finanzamt d.d. Steueramt Städt. Steueramt. Fürst

Einsparung.

Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g.

Den der Stadt aus dem Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer zufließenden Anteil bekommt die Tiefbauverwaltung für Straßenunterhaltung. Für diesen Zweck sind durch den Haushaltsplan für 1943 bei der Haushaltsstelle 94/65 23.300,- RM entsprechend dem in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 94/123 veranschlagten Aufkommen bereitgestellt.

Erhalten hat die Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943 indessen 23.364,27 RM, also mehr 364,27 RM. Um diesen Betrag muß der Ansatz bei der Haushaltsstelle 94/65 erhöht werden.

N.A.

Kiel, den 8. Mai 1943

Städt. Steueramt.

Sühs

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Betriebsverwaltung -
Eing. 18 MAI 1943
Dtsch.-Zeichen: ...

165

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von 14,2o RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 553/54 -1942- (Fernsprechgebühren) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 552/54 -1942- = 14,2o RM

" " " = "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 12. Mai 1943

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

An das Finanzamt u.d. Betriebsamt

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Infolge stärkerer Inanspruchnahme des Fernsprechers konnte eine Überschreitung des Haushaltssolls bei 553/54 in Höhe von 14,2o RM nicht vermieden werden.

Eine entsprechende Ersparnis ist bei den Sommerbädern eingetreten.

Kiel, den 8 Mai 1943

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Kobeck

Städtische Krankenanstalt
Eing. 20. MAI 1943
KIEL

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - ~~außer~~ - planmäßigen Ausgabe von ..... 500 ..... RM bei dem - ~~neu einzurichtenden Ausgabe-Titel~~ Haushaltsstelle 522/631 für 1942 Ord. gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Betrag wird bereitgestellt für Arzneien und sonstigen Krankenbehandlungsbedarf .....

.....

Bei dem ~~neu einzurichtenden Einnahmetitel~~ Haushaltsstelle 522/22 für 1942 Ord. - ..... - sind ..... 500 .... RM im Haushaltssoll ~~als außerplanmäßige Einnahme~~ in Zugang zu bringen.

Die Gemeinderäte brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über - ~~außer~~ - planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l, den ..... 12. Mai 1943 ~~193~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Günther
Stadtoberinspektor

An
das Hauptamt
d. Krankenanstalt

Gesehen.
Kiel, 25. V. 1943.
Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt.
Rodemann

Begründung umseitig.

~~Neueinnahme~~

Begründung.

Die Mehrausgabe ist auf die stärkere Beschickung der Krankenanstalt zurückzuführen. Ausgleich durch Mehreinnahmen bei Haushaltsstelle 522/22 für 1942.

Kiel, den 11. Mai 1943

Verwaltung

der städtischen Krankenanstalt

Rodemann

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- Betriebsverwaltung -
Eing. 14 MAI 1943
Buch-Zeichen: Nr. 167

E n t s c h l i e ß u n g.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~-über-außer-~~ XXXXXX planmäßigen Ausgabe von ...34.22....RM bei der ~~-neu einzurichtenden-~~ Haushaltsstelle ~~716/54-1942-~~(.....Fernsprechgebühren.....
.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über ~~außer~~ XXXXXX planmäßige Einnahmen in entsprechender Höhe ~~zu erwarten~~ bei 716/25 eingegangen sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über ~~außer~~ XXXXX-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l , den ..13. Mai.....19.43

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Stadtoberinspektor

An das Hauptamt z.d. Akten

Mehreinnahme. Begründung umseitig.

Begründung.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 1942 ist das Soll für die Fernsprechgebühren und sonstige Postgebühren des Laboratoriums um 136 RM gegenüber dem Vorjahr herab - gesetzt worden. In der Ist-Ausgabe ist auch eine tatsächliche Ersparnis von 41,13 RM erzielt worden. Es verbleibt jedoch eine Überschreitung von 34,22 RM, die zum Teil durch Verhandlungen mit auswärtigen Firmen und Stadtwerken wegen Abschlusses neuer Verträge entstanden ist. In 2 Fällen haben die Verhandlungen zu einem positiven Vertragsabschluß geführt. Dies hatte erhöhte Paketgebühren zur Folge.

Im übrigen ist die anteilmäßige Belastung des Laboratoriums seitens der Stadtwerke noch zu hoch. Es sind erneut Verhandlungen wegen Herabsetzung des Laboranteils aufgenommen worden.

Entsprechende Mehreinnahmen sind bei 716/25 eingegangen.

Kiel, den 7. Mai 1943

Der Dezernent
des Betriebsamtes.

Lobeck

T a g e s o r d n u n g

für die Beratungen mit den Ratsherren am Donnerstag, dem 13. Mai 1943, 18 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

1. Erhöhung der Haushaltsstelle 524/633 (Beköstigung) für 1942 (Vorl.166).
2. Änderung des Ortsstatuts betreffend die Reinigung öffentlicher Wege von Schnee und Eis vom 14. Jan. 1932 (Vorl.167).
3. Grunderwerbsteuer für Ankauf unbebauter Grundstücke in Wellingdorf von Heuck (Vorl.168).
4. Erwerb des bebauten Grundstücks Burgstr.2 von Schocker (Vorl.169).
5. Bereitstellung von Mitteln für die Vereinigten Städt. Theater (Vorl.170).
6. Erhöhung der Haushaltsstelle 524/641 für 1942 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser) - Vorl.171 -.
7. Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Schafstedt (Dithmarschen) - Vorl.172 -.
8. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.
9. Verschiedenes.

K i e l , den 11. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Niederschrift

über die Beratungen mit den Ratsherren am 13. Mai 1943.

- - -

Anwesend: Oberbürgermeister Behrens; Stadträte Dr. Völckers, Dr. Schmidt, Werk, Linde; Ratsherren Andree, Andres, Blaas, Kesy, Lienhart, Paglasch, Scholz, Prof. Dr. Schwantes, Sperling; beurlaubt sind die Ratsherren Dr. Köster, Kohrt, Schramm, Schrödter, Stiebler, Ziegenbein; unentschuldigt fehlt Ratsherr Struve.

Außerdem nehmen an der Sitzung teil: Stadtsyndikus Loewe, Stadtdirektoren Niemeyer und Thomsen, Oberverwaltungsrat Dr. Nordmann, Stadtverwaltungsdirektor Kellner, Stadtkämmereidirektor Kasper, Direktor Jeß, Betriebsdirektor Dr. Siebel und Verwaltungsdirektor Rodemann.

- - -

Vorsitzender: Oberbürgermeister Behrens.

Schriftführer: Stadtobersekretär Eggers.

- - -

1. Erhöhung der Haushaltsstelle 524/633 (Beköstigung) für 1942 (Vorl.166). Verwaltungsdirektor Rodemann erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.
2. Änderung des Ortsstatuts betreffend die Reinigung öffentlicher Wege von Schnee und Eis vom 14. Jan. 1932 (Vorl.167). Stadtsyndikus Loewe erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.
3. Grunderwerbsteuer für Ankauf unbebauter Grundstücke in Wellingdorf von Heuck (Vorl.168). Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschliessung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.
4. Erwerb des bebauten Grundstücks Burgstraße 2 von Schocker (Vorl. 169). Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.
5. Bereitstellung von Mitteln für die Vereinigten Städt. Theater (Vorl.170). Oberverwaltungsrat Dr. Nordmann erläutert die Vorlage. Die Bevölkerung des Ostufers ist schon in Friedenszeiten hinsichtlich des Theaterbesuches benachteiligt gewesen. Insbesondere das Schauspielhaus ist von der auf dem Ostufer wohnenden Bevölkerung kaum aufgesucht worden. Das lag an den Verkehrsverhältnissen. Jetzt im Kriege werden die Bewohner des Ostufers infolge der Fliegeralarme noch mehr abgehalten, die Theater zu besuchen. Als geeigneter Raum für Theateraufführungen auf dem Ost-

Ostufer hat sich Bröhms Gasthof erwiesen. An Kosten für die auf das Allernotwendigste beschränkte Herrichtung dieses Raumes sind 4.500 RM veranschlagt. Oberbürgermeister bemerkt dazu, daß im Winter an drei Tagen in der Woche Schauspielaufführungen in Bröhms Gasthof stattfinden sollen. Die Möglichkeit des Theaterbesuches auf dem Ostufer wird von der Bevölkerung des Ostufers nur begrüßt werden. Der Erwerb von Bröhms Gasthof ist untunlich, da das Grundstück an einem Orte liegt, der für die Stadt keinerlei Interesse hat. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

6. Erhöhung der Haushaltsstelle 524/641 für 1942 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser) - Vorl.171 -. Verwaltungsdirektor Rodemann erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

7. Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Schafstedt (Dithmarschen) - Vorl.172 -. Verwaltungsdirektor Rodemann erläutert die Vorlage. Die Stadt Kiel hat bald nach Kriegsausbruch drei Hilfskrankenhäuser in Kronshagen, in Freudenholm und in Greben mit einer Gesamtbelegung von 200 Betten eingerichtet. Es ist damit gerechnet worden, daß diese Hilfskrankenhäuser zur Behebung der größten Bettennot und auch für einen Eventualfall ausreichen würden. Infolge der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Einwohnerzahl wurde die Zahl der Betten aber so stark in Anspruch genommen, daß an die Errichtung weiterer Hilfskrankenhäuser herangegangen werden mußte. Vor kurzem ist das Hilfskrankenhaus in Schönhagen mit 100 Betten in Betrieb genommen, das mit 60 Patienten belegt ist. Von der Provinzialverwaltung sind in Schleswig und in Neustadt 400 Betten als Ausweichbetten im Katastrophenfall zur Verfügung gestellt worden, die jedoch auch Nachbarstädten im Katastrophenfall zur Verfügung stehen, so daß Kiel mit diesen Ausweichbetten nicht unbedingt rechnen kann. Es befindet sich in der Nähe von Albersdorf, 8 km ~~vom Kanal~~ von Hafen NK entfernt, ein für den Erweiterungsbau des Kanals vorgesehenes sehr stabiles Barackenlager aus gemauerten Baracken, die mit allem Komfort, W.C., Dampfheizung usw., eingerichtet sind. Auch sind Bänke, Tische usw. vorhanden, so daß es keine unüberwindbaren Schwierigkeiten machen wird, hier ein Hilfskrankenhaus einzurichten. Die

Die 80 - 85 km lange Entfernung sowie die ungünstige Verkehrslage erschweren allerdings die Verwaltung. Die Kosten der Einrichtung sind roh auf 150.000 RM geschätzt worden, ohne daß besondere Kostenanschläge aufgestellt worden sind. Eine baldige Entscheidung ist notwendig, da neuerdings die Heeresverwaltung Interesse an dem Barackenlager hat. Der Pachtpreis beträgt 4.350 RM im Monat. Er ist als günstig anzusehen, da zu berücksichtigen ist, daß das Barackenlager nach behördlicher Angabe einen Kostenaufwand von 1 Million Reichsmark verursacht hat. Daneben hat die Stadt die Abnutzungsschäden und die Schäden, die durch Feuer, Sturm oder Fliegerangriffe entstehen, zu ersetzen. Diese Gesamtaufwendungen werden nach den Erfahrungen, die die Stadt mit den anderen Hilfskrankenhäusern gemacht hat, nicht den Betrag der Normalmiete ausmachen, die mit 8% anzusetzen wäre, zumal es sich hier um neue und unbenutzte oder kaum benutzte Gebäude handelt. Es liegt der dringende Wunsch vor, dieses Projekt bald in die Tat umzusetzen. Die Beschaffung des Personals wird noch sehr schwierig sein. Darüber werden voraussichtlich noch einige Monate vergehen. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die Stadt diese Bettenreserve im Herbst zur Verfügung haben wird. Oberbürgermeister unterstreicht die Notwendigkeit der Errichtung eines weiteren Hilfskrankenhauses. Für einen mittleren Katastrophenfall reicht die vorhandene Bettenzahl aus. Es muß jedoch Vorsorge für einen größeren Katastrophenfall getroffen werden. Die bei Fliegerangriffen Verletzten können auf dem für sie schonenden Wasserwege durch den Kanal nach dem neu einzurichtenden Hilfskrankenhaus transportiert werden. Eine günstig gelegene Anlegestelle ist vorhanden. Im übrigen hofft Oberbürgermeister, daß das neue Hilfskrankenhaus nicht in Anspruch genommen werden braucht und daß das Geld dafür umsonst ausgegeben wird. Die anzuschaffenden Sachen können die Kais. Krankenhäuser ~~und Krankenhausen~~ später übernehmen. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

8. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte. Betriebsdirektor Dr. Siebel berichtet über die Wasserversorgung und begründet in seinen Ausführungen die Notwendigkeit der vor kurzem eingeleiteten Wassersparaktion.

Oberbürgermeister unterrichtet die Ratsherren über Maßnahmen auf Grund der Wohnraumlenkungsverordnung. Danach ist, um der Wohnungsnot zu steuern, die in Kiel ein ungeahntes Ausmaß angenommen hat, zunächst alles zu tun, was mit den einfachsten Mitteln

zu

zu machen ist, um Wohnraum zu schaffen. Alle Wohnungen, die zweckentfremdet sind, sind ihrem eigentlichen Zweck wieder zuzuführen. Diese Aufgabe ist den Oberbürgermeistern übertragen worden. Sprecher ist der Meinung, daß die Stadtverwaltung hier mit gutem Beispiel voranzugehen hat und hat dementsprechend angeordnet, daß alle außerhalb des Rathauses untergebrachten städtischen Dienststellen ins Rathaus zurückkehren. Im ganzen macht die Stadtverwaltung hierdurch 21 Wohnungen frei. Gestern hat in dieserAngelegenheit eine Besprechung mit der Kreisleitung stattgefunden, die in kurzer Zeit 16 Wohnungen räumen wird, so daß zusammen 37 Wohnungen für den Wohnungsmarkt wieder freigemacht werden. Stadt und Partei sind somit mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Vollzugspolizei ist beauftragt, durch Nachforschungen in der Stadt festzustellen, welche früheren Wohnungen von Behörden, Dienststellen usw. noch in Anspruch genommen werden. Diese Behörden, Dienststellen usw. sollen veranlaßt werden, in Diensträume zurückzukehren oder Baracken zu beziehen. Mit der Wehrmacht ist Fühlung genommen worden, die grundsätzlich dem Standpunkt beitritt, so daß auch die Marine den zweckentfremdeten Wohnraum wieder verlassen und in Baracken ziehen wird. Bei sehr vielen Behörden besteht die Möglichkeit des Zusammenrückens wie es im Rathaus geschehen ist. In der nächsten Woche will Oberbürgermeister die Behörden der zivilen Verwaltungen zu sich bitten, um diese Angelegenheit zu besprechen. Die Ratsherren werden gebeten, eine kurze Mitteilung an die Wohnungsinspektion zu geben, wenn ihnen bekannt wird, daß irgendwo noch zweckentfremdeter Wohnraum benutzt wird.

9. Verschiedenes ./.

B e g l a u b i g t !

[illegible] Eggers

Blaas

Andree

Vorlage 166.

Verwaltung
der städt. Krankenanstalt

K i e l , den 14. April 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 524/633 (Beköstigung) für 1942.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabwendbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 524/633 (Beköstigung) für 1942 von 4.500,-- RM nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Zum Ausgleich wird das Einnahmesoll bei Haushaltsstelle 524/22 (Kur-, Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen) um 4.500,-- RM erhöht.

Begründung.

Die Mehrausgabe für Verpflegung ist eine Folge der stärkeren Belegung und wird durch Mehreinnahmen an Kur- und Verpflegungskosten gedeckt.

R o d e m a n n .

Syndikat.

Vorlage 167.

Kiel, den 27. April 1943.

Betrifft: Änderung des Ortsstatuts betreffend die Reinigung öffentlicher Wege von Schnee und Eis vom 14. Jan. 1932.
Ausgelegt: Die Akten des Ortsstatuts und das neu ergangene Urteil.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs.1 Ziffer 4 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In § 1 des Ortsstatuts betreffend die Reinigung öffentlicher Wege vom 14. Januar 1932 wird hinter "Bürgersteige" (an zwei Stellen) eingefügt "und Fußwege".
Diese Änderung tritt sofort in Kraft.

Begründung.

Das Ortsstatut aufgrund des Wegereinigungsgesetzes legt den Anliegern die Straßenreinigungspflicht auf, "soweit sie die Befreiung der Bürgersteige von Schnee und Eis und das Bestreuen der Bürgersteige mit abstumpfenden Mitteln betrifft." Die hierzu ergangene Polizeiverordnung besagt, daß "die Bürgersteige und Fußwege von den im Ortsstatut bezeichneten pflichtigen Anliegern ..... zu säubern sind."
Die Praxis hat stets die Verpflichtung der Anlieger für Fußwege aller Art, also nicht nur Bürgersteige im engeren Sinne des Wortes angenommen. Eine Entscheidung des Oberlandesgeridhts Kiel in dem Rechtsstreit zweier Volksgenossen ist aber zu der Auslegung gekommen, daß nach dem Ortsstatut lediglich die Bürgersteige in ausgebauten Straßen, nicht aber selbständige Fußwege von den Anliegern zu säubern seien.
Die Aufgabe der weitergehenden bisher stets befolgten Auslegung ist nicht tragbar. Ein Bedürfnis nach Reinigung auch der selbständigen Fußwege durch die Anlieger ist unverkennbar.
Es wird deshalb empfohlen, das Ortsstatut, wie im Entschließungsentwurf angegeben, neu zu fassen.

Loewe.

Vorlage 168.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. 15/488

K i e l , den 27. April 1943.

Betrifft: Grunderwerbsteuer für Ankauf unbebauter Grundstücke in Wellingdorf von H e u c k .

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs.1 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Die Mittel zur Begleichung der Grunderwerbsteuer für die durch Vertrag vom 21.6./30.8.1939 durch die Stadt Kiel von der Witwe Emma H e u c k erworbenen Parzellen 31, 32 und 33 des Kartenblatts 5 von Wellingdorf, groß zusammen 26.862 qm, und die Parzelle 114/26 des Kartenblatts 6 von Wellingdorf, groß 10.413 qm, im Betrage von 1.001,50 RM werden unter Entnahme aus V 920/120 bei V 920/148 zur Ausgabe bereitgestellt.

Begründung.

Bei Erwerb der vorbezeichneten Parzellen ließ sich noch nicht übersehen, ob sie einem steuerbegünstigten Zweck zugeführt werden würden. Das Finanzamt hat 1939 deshalb die Veranlagung zur Grunderwerbsteuer bis zur Entscheidung über die endgültige Verwendung der Parzellen zurückgestellt. Nachdem diese Entscheidung bisher nicht getroffen werden konnte, ist das Finanzamt zu einer weiteren Zurückstellung nicht mehr bereit und hat einen Steuerbescheid erlassen. Nach den Absichten der Stadtplanung liegen die fraglichen Parzellen in dem Gelände, das für die Auslegung von Dauerkleingärten bestimmt ist und werden voraussichtlich einem steuerbegünstigten Zweck nicht zugeführt werden.

N i e m e y e r .

Vorlage 169.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. A 1805

K i e l , den 27. April 1943.

Betrifft: Erwerb des bebauten Grundstücks Burgstr.2 von Schocker.
Ausgelegt: Beglaubigte Abschrift des beurkundeten Angebots vom 14. April 1943.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziff.8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadtgemeinde Kiel erwirbt das bebaute Grundstück Burgstr.2, Parzelle 296/67 des Kartenblatts 21 von Kiel, Grundbuch Band 370 Blatt 11.559, zum Preise von 27.000 RM, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 14. April 1943 von der Frau Auguste S c h o c k e r , Kiel, v.d.Goltzallee 20.
2. Der Kaufpreis von 27.000 RM, zuzüglich Kosten und Steuern in Höhe von 1.600 RM, insgesamt 28.600 RM wird unter Entnahme aus V 920/120 bei V 921/132 zur Ausgabe bereitgestellt.
Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

Begründung.

Das Grundstück wird beträchtlich von der Fluchtlinie geschnitten und muß später mit dem Eckgrundstück vereinigt werden. Der Erwerb ist z.Zt. ohne lästige Nebenbedingungen möglich, so daß die Annahme des der Stadt Kiel gemachten Angebots trotz der zeitbedingten Verhältnisse geboten erscheint.

N i e m e y e r .

Vorlage 170.

175

Vereinigte Städt. Theater
- Der Dezernent -

K i e l , den 11. Mai 1943.

Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für die Vereinigten Städt. Theater.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich einer außerplanmäßigen einmaligen Ausgabe von 4.500,-- RM bei der Haushaltsstelle 320/D 901 für 1943 nach § 91 Abs.1 DGO. zu.
Die Mittel werden bereitgestellt für die Herrichtung der Räume im Bröhms Gasthof zur Durchführung von Theaterveranstaltungen und den Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791.entnommen.

Begründung.

Im Laufe des Krieges hat sich mehr und mehr herausgestellt, daß die Zahl der vorhandenen Sitzplätze der Städt. Bühnen nicht im entferntesten ausreicht, den Anforderungen zu genügen. Insbesondere ist es den Bewohnern des Ostufers kaum möglich, gute Plätze zu erwerben, da das Publikum schon ab 6 Uhr morgens die Kassen belagert. Besonders aber hält die Alarmgefahr die Bevölkerung des Ostufers ab, die Theater zu besuchen, da im Winter mit frühzeitigen Fliegerangriffen gerechnet werden muß. Aus diesen Gründen soll das Kieler Ensemble an 3 Tagen in der Woche nach dem Ostufer gehen, um dort in Bröhms Gasthof zu spielen. Das setzt eine gewisse Herrichtung des Raumes für die Zwecke der Bühne voraus. Nach Prüfung der Gegebenheiten sind unter Beschränkung auf das Allernotwendigste folgende Arbeiten vorgesehen:

1) Ausbesserung der elektrischen Lichtanlage,
2) bessere Beheizung der Herrengarderobe,
3) Überholung zweier Aborte für das Personal,
4) Anbau eines Magazins.

Die Kosten sind vom Stadtoberbaudirektor - Aufgabengebiet: Hochbauwesen - mit 4.500,-- RM veranschlagt.

Dr. N o r d m a n n .

Vorlage 171.

Verwaltung
der Städt. Krankenanstalt

K i e l , den 11. Mai 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstelle 524/641 für 1942 (Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser).

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabwendbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 524/641 für 1942 (Beleuchtung, Heizstoffe, Reinigung, Wasser) von 5.000 RM nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Zum Ausgleich wird das Einnahmesoll bei Haushaltsstelle 524/22 für 1942 (Kur- und Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen um 5.000 RM erhöht.

Begründung.

Die Mehrausgabe ist auf die Betriebserweiterung und auf das Ansteigen der Kohlenpreise zurückzuführen. Die Mehrausgabe wird durch Mehreinnahmen an Kur- und Verpflegungskosten ausgeglichen.

R o d e m a n n .

Vorlage 172.

177

Verwaltung
der Städt. Krankenanstalt

K i e l , den 5. Mai 1943.

Betrifft: Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Schafstedt (Dithmarschen).

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Schafstedt (Dithmarschen) zu.

Begründung.

Die Neueinrichtung von Krankenhäusern und Hilfskrankenhäusern bzw. Erweiterung bestehender Einrichtungen in Kiel hat mit der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Einwohnerzahl nicht Schritt gehalten. Zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Zivilbevölkerung in Kiel, allgemein wie auch in Katastrophenfällen, ist die sofortige Einrichtung eines weiteren Hilfskrankenhauses in den in Schafstedt (Dithmarschen) belegenen reichseigenen Baracken (Verwaltung Wasserstraßenamt Kiel) geplant. Für die erste Einrichtung sind im Entwurf des außerordentlichen Haushaltsplanes 1943 150.000 RM vorgesehen. Die Betriebsmittel werden zu gegebener Zeit angefordert werden. Für 1943 ist mit einem Betriebszuschuß von 55.000 RM netto zu rechnen.

R o d e m a n n .

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 524/633 (Beköstigung) für 1942.

(Vorl.166)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 ~~bestimme~~ ich,

in Anerkennung eines unabwendbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 524/633 (Beköstigung) für 1942 von 4.500,-- RM nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Zum Ausgleich wird das Einnahmesoll bei Haushaltsstelle 524/22 (Kur-, Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen) um 4.500,-- RM erhöht.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Änderung des Ortsstatuts betreffend die Reinigung öffentlicher Wege von Schnee und Eis vom 14. Januar 1932.

(Vorl.167)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 **bestimme ich;**

In § 1 des Ortsstatuts betreffend die Reinigung öffentlicher Wege vom 14. Januar 1932 wird hinter "Bürgersteige" (an zwei Stellen) eingefügt "und Fußwege".

Diese Änderung tritt sofort in Kraft.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Grunderwerbsteuer für Ankauf unbebauter Grundstücke in Wellingdorf von H e u c k .

(Vorl.168)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 bestimme ich:

Die Mittel zur Begleichung der Grunderwerbsteuer für die durch Vertrag vom 21.6./30.8.1939 durch die Stadt Kiel von der Witwe Emma H e u c k erworbenen Parzellen 31, 32 und 33 des Kartenblatts 5 von Wellingdorf, groß zusammen 26.862 qm, und die Parzelle 114/26 des Kartenblatts 6 von Wellingdorf, groß 10.413 qm, im Betrage von 1.001,50 RM werden unter Entnahme aus V 920/120 bei V 920/148 zur Ausgabe bereitgestellt.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erwerb des bebauten Grundstücks Burgstr.2 von
S c h o c k e r .

(Vorl.169)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 **bestimme ich,:**

1. Die Stadtgemeinde Kiel erwirbt das bebaute Grundstück Burgstraße 2, Parzelle 296/67 des Kartenblatts 21 von Kiel, Grundbuch Band 370, Blatt 11.559, zum Preise von 27.000 RM, im übrigen zu den Bedingungen des beurkundeten Angebots vom 14. April 1943 von der Frau Auguste Schocker, Kiel, v.d. Goltzallee 20.
2. Der Kaufpreis von 27.000 RM, zuzüglich Kosten und Steuern in Höhe von 1.600 RM, insgesamt 28.600 RM wird unter Entnahme aus V 920/120 bei V 921/132 zur Ausgabe bereitgestellt.
Die Finanzierung erfolgt aus dem allgemeinen Kapitalvermögen.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Bereitstellung von Mitteln für die Vereinigten Städt. Theater.

(Vorl.170)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses einer außerplanmäßigen einmaligen Ausgabe von 4.500,-- RM bei der Haushaltsstelle 320/D 901 für 1943 nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Die Mittel werden bereitgestellt für die Herrichtung der Räume in Bröhms Gasthof zur Durchführung von Theaterveranstaltungen und den Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791 entnommen.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstelle 524/641 für 1942
(Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser).

(Vorl.171)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabwendbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 524/641 für 1942 (Beleuchtung, Heizstoffe, Reinigung, Wasser) von 5.000 RM nach § 91 Abs.1 DGO. zu.

Zum Ausgleich wird das Einnahmesoll bei Haushaltsstelle 524/22 für 1942 (Kur- und Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen) um 5.000 RM erhöht.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters:

Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Schafstedt (Dithmarschen).

(Vorl.172)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 13. Mai 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Schafstedt (Dithmarschen) zu.

K i e l , den 13. Mai 1943.
Der Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 17. Mai 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da keine Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

Stadtwerke K i e l
= V r / J n =

Kiel, den 15. Mai 1943. 186

U.

dem Herrn Oberbürgermeister
- Kämmereiverwaltung -
durch das Rechnungsprüfungsamt -

h i e r .

mit der Bitte um Bereitstellung und Freigabe der RM 6000,--.

Stadtwerke Kiel.

15/5.43.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausserplanmässigen Ausgaben von RM 6000,-- bei der Finanzplanstelle V 812/124 G 6820/2 gemäss § 15, Abs. 5, der Eigenbetriebsverordnung zu.

Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für

Erneuerung des Innenmantels des Generators 2
im Gaswerk Wik

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. 6602-

K i e l , ~~24.~~ den 24. M a i 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Vergebungs- und Freigabeantrag.

187

S t a d t w e r k e Kiel
Abt.: ..... G. .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den .....10. Mai..... 19..3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf ~~Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von~~ Erneuerung des Innen-Dampfmantels für Generator 2.

1.) Begründung für die N o t w e n d i g k e i t der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Der innere Dampfmantel des Generators 2 ist im Laufe der Betriebsjahre durch die Glutschicht im Generator stark angegriffen und teilweise auch verbeult. Es soll in den ausgebauten äußeren Mantel des Generators 4 ein neuer Innenmantel eingesetzt werden, sodaß der Generator 2 im alten Zustand bis zum Einbau des erneuerten Mantels in Betrieb bleiben kann.

Die Mittel sind dem Schöpftitel zu entnehmen.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 5.000,- RM.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.
Ergebnis: .....

..... Unterschrift des Werkleiters B

4.) ~~An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.~~

5.) ~~Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom~~ .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert: Germania-Werft, die als einzige in Kiel diese große Arbeit ausführen kann.

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a: Germania-Werft, Kiel, hat derartige Arbeiten schon mehrfach für uns ausgeführt, gut und preiswert.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 6.000,- der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben. Juni 1943

Gesamtkosten des Auftrages . . . . . RM, zu zahlen mit . . . M 5000,- . . . . . RM im . . . . Dez: 1943

mit . . . M 850,- . . . . . RM im . . . . Febr: 1944

mit . . . . . RM im . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel ~~für den vorstehenden Auftrag~~, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen~~:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus ~~a) Resten aus Vorjahren~~ ~~b) Wirtschaftsplansoll~~ ~~oder~~ c) Neubewilligung RM	Betrag für ~~a) Erweiterungen~~ b) Erneuerungen ~~c) Unterhaltung~~ RM
V 812/124 G 6820/2	Erneuerung Innenmantel des Generators 2	c) 6.000,-	b) 6.000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Erneuerung lt. Angebot v. 30.4.43	M 5.000,-
Transportkosten	" 150,-
Unvorhergesehenes	" 850,-
	M 6.000,-

. . . . . Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: . . . . . Geprüft: . . . . . 194.

10.) Abt. V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Kiel, den . . . . .

Genehmigt: . . . . . Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . Unterschrift des Leiters der Abt. V

1943

188

Schulverwaltung der Stadt Kiel
Eing. 26. MAI 1943
Anlagen

Sekretariat der Staatsverwaltungen
Eing. 20. MAI 1943
Stadt Kiel

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~-außer-planmäßigen Ausgabe von .....500,-.... RM bei der - neu einzurichtenden - ~~Ausgabe-titel~~ Haushalts=stelle 250/901 ..... ~~Ord.~~ gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Betrag wird bereitgestellt zum Ausbau der Schülerbücherei der Handelslehranstalten.

.....

.....

Bei dem Haushaltssoll der ~~Einnahmetitels~~ Haushaltstelle ..250/41.(neu).. Ord. sind .....500,-.. RM als ~~über~~außerplanmäßige Einnahme in Zugang zu bringen.

Die Gemeinderäte brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~ - außer - planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l, den ..24. Mai..... 1943

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

An Hauptamt d. Schulverwaltung
Gef. Wiesenthal
Rönig 26/5. 1943.

Mehreinnahme.

Begründung umseitig.

Begründung: Der Regierungspräsident hat zum 25-jährigen Bestehen der Handelslehranstalten eine Beihilfe von 500,-RM zum Ausbau der Schülerbücherei bewilligt. Dieser Betrag ist auf 250/41 vereinnahmt worden. Die Ausgabe soll bei der neu zu schaffenden Haushaltsstelle 250/901 erfolgen.

Kiel, den 14. Mai 1943.

Der Dezernent
der Schulverwaltung.

[signature]

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 24. Mai 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur eine Vorlage eingegangen ist.

ab 25/5.

2. Nachricht an die Ratsherren.

3. Z.d.A.

Grundstücksamt
Eing. 26. MAI 1943
Tgb.-Nr.

1943

190

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~-über-~~außer- planmäßigen Ausgabe von ...500,-.....RM bei der -neu einzurichtenden- Haushaltsstelle 860/901.....(...Beschaffung einer Zuchtsau.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über-~~außer~~-planmäßige Einnahmen in entsprechender Höhe zu erwarten sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~-außer-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 24. Mai 1943

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

Grundstücksverwaltung Kiel, den 28. Mai 1943.

Grundstücksverwaltung

Mehreinnahme.

Begründung umseitig.

Begründung:

Für Gut Seekamp ist die Beschaffung einer Zuchtsau erforderlich, da die vorhandenen Sauen teilweise für die Zucht zu alt sind und daher abgestossen werden sollen. Die Kosten für den Ankauf eines Zuchtschweines auf der Absatzveranstaltung der Angler Sattelschwein-Herdbuchstelle in Süderbrarup betragen rd. 500 RM.

Die Ausgabe wird durch entsprechende Mehreinnahmen aus dem Erlös für den Verkauf der alten Sauen gedeckt.

K i e l ,den 17. Mai 1943.

Grundstücksverwaltung.

1942

Entschließung

191

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung folgender überplanmäßiger Ausgaben gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu:

a) bei der Haushaltsstelle 921/521
(Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser) in Höhe von 30,64 RM

b) bei der Haushaltsstelle 921/6401
(Miete, Anerkennungsgebühren) " " " 100,41 "

c) bei der Haushaltsstelle 921/850
(Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage) " " " 253,26 "

zus. 384,31 RM

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen
bei der Haushaltsstelle 921/642 = 384,31 RM

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene überplanmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l, den 28. Mai 1943

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Einsparung.

Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g

Bei dem Jahresabschluß für 1942 ergaben sich einige überplanmäßige Ausgaben, mit denen bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes noch nicht gerechnet werden konnte. Es handelt sich hierbei um zwangsläufige Ausgaben, die den Haushaltsausgleich nicht gefährden, da entsprechende Einsparungen bei ~~dem Ausgabetitel~~ der Haushaltsstelle 921/642 zur Verfügung stehen. Im einzelnen ist zu dem Mehrbedarf zu bemerken:

Zu a) Durch Wasserrohrbruch am Eisenbahndamm5 ist im Monat Dezember 1942 ein erhöhter Wasserverbrauch eingetreten. Die Mehrkosten haben rd. 30,-- RM betragen.

Zu b) Infolge Abgeltung der Hauszinssteuer ist die Miete von der Oberfinanzkasse für das vom Reich gemietete Haus Herzog-Friedrich-Straße 39 am 1. Januar 1943 um den Hauszinssteuerbetrag (vierteljährlich 101,25 RM) erhöht worden.

Zu c) Zwangsläufige Ausgaben.

K i e l, den 20. Mai 1943
Städt. Hausverwaltung

1943 152

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung folgender überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu:

a) bei der Haushaltsstelle 452/640 (Miete, Pacht)	in Höhe von	50,-- RM
b) bei der Haushaltsstelle 452/800 (Unterhaltung der Gebäude)	" " "	267,34 "
c) bei der Haushaltsstelle 452/801 (Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- u. Lichtanlagen)	" " "	561,26 "
d) bei der Haushaltsstelle 452/81 (Sachversicherungen)	" " "	51,10 "
e) bei der Haushaltsstelle 452/850 (Abführungen andie Feuerselbstversicherungsrücklage)	" " "	30,46 "
	zus.	960,16 RM

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 452/642 = 960,16 RM.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene überplanmäßige Ausgabe geringfügig ~~ist.~~ sind.

Kiel, den 28. Mai 1943

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt: Grünthey
Stadtoberinspektor

An das Hauptamt
Aier

Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung.

Bei dem Jahresabschluß für 1942 ergaben sich einige überplanmäßige Ausgaben, mit denen bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes noch nicht gerechnet werden konnte. Es handelt sich hierbei um zwangsläufige Ausgaben, die den Haushaltsausgleich nicht gefährden, da entsprechende Einsparungen bei dem Ausgabetitel der Haushaltsstelle 452/642 zur Verfügung stehen. Im einzelnen ist zu dem Mehrbedarf zu bemerken:

Zu a) An Pacht ist für 1942 für in Anspruch genommene Kiesgruben in Russee zur Aufstellung von Holzhäusern zwecks Unterbringung Bombengeschädigter nur ein Betrag von 1.100.-- RM eingesetzt worden.
Ausgegeben sind an Pacht für 1941 und 1942 1.150.-- RM.

Die Pachtzinszahlung ist erst im Rechnungsjahr 1942 geregelt worden. Der für 1941 eingesetzt gewesene Pachtbetrag ist nicht in Anspruch genommen und daher eingespart worden.

Zu b) Um das frühere Obdachlosenasyl Fischerstraße anderweitig als Marmeladenfabrik vermieten zu können, mußten für die Verglasung, die von der Stadt übernommen worden ist, außergewöhnliche Schlosser- und Glaserarbeiten ausgeführt werden.

Die Kosten haben hierfür insgesamt 500,-- RM betragen.

Die übrigen Instandsetzungskosten für die Einrichtung zum Betrieb einer Marmeladenfabrik hat der Mieter M a r x e n zu tragen.

Zu c) Im Rentnerheim mußte eine größere Reparatur an der Heizungsanlage vorgenommen werden, die im Voranschlag nicht vorgesehen war.

Zu d) Zwangsläufige Ausgaben.

Zu e) " "

K i e l, den 20. Mai 1943
Städt. Hausverwaltung

1942

193

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung folgender überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu:

a) bei der Haushaltsstelle 452/631
Fernsprech- u. sonstige Postgebühren in Höhe von 104,40 RM

b) bei der Haushaltsstelle 452/641
Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser
in Höhe von 850,23 "

zus. 954,63 RM

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 452/642 = 954,63 RM

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehenen überplanmäßigen Ausgaben geringfügig sind.

Kiel, den 28. Mai 1943

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt: Grimsehl
Stadtoberinspektor

Einsparung.

Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g

Bei dem Jahresabschluß für 1942 ergaben sich einige überplanmäßige Ausgaben, mit denen bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes noch nicht gerechnet werden konnte. Es handelt sich hierbei um zwangsläufige Ausgaben, die den Haushaltsausgleich nicht gefährden, da entsprechende Einsparungen bei ~~dem Ausgabetitel~~ der Haushaltsstelle 452/642 zur Verfügung stehen. Im einzelnen ist zu dem Mehrbedarf zu bemerken:

Zu a) Es handelt sich um zwangsläufige Ausgaben.

Zu b) Der Jahresbedarf bei dieser Haushaltsstelle kann stets nur roh veranschlagt werden, weil die Aufwendungen sich nach dem stets schwankenden Verbrauch richten und weil der Bestand an Grundstücken, für die Ausgaben zu leisten sind, sich laufend durch Zu- und Abgänge ändert.

= K i e l, den 20. Mai 1943
Städt. Hausverwaltung

1942

Entschließung.

194

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung folgender überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu:

a) bei der Haushaltsstelle 850/54 (Fernsprechgebühren)	in Höhe von	106,60 RM
b) bei der Haushaltsstelle 850/850 (Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage)	" " "	33,93 "
	zus.	140,53 RM

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 850/800 = 140,53 RM

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehenen überplanmäßigen Ausgaben geringfügig sind.

Kiel, den 28. Mai 1943

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

An das Hauptamt
Kiel

Einsparung.

Begründung umseitig.

B e g r ü n d u n g.

Bei dem Jahresabschluß für 1942 ergaben sich einige überplanmäßige Ausgaben, mit denen bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes noch nicht gerechnet werden konnte. Es handelt sich hierbei um zwangsläufige Ausgaben, die den Haushaltsausgleich nicht gefährden, da entsprechende Einsparungen bei dem Ausgabetitel der Haushaltsstelle 850/800 zur Verfügung stehen. Im einzelnen ist zu dem Mehrbedarf zu bemerken:

Zu a) Zwangsläufige Ausgaben.

Zu b) " "

60 % von der gezahlten Feuerversicherungsgebühr

von 1.165,55 RM	=	669,93 RM
veranschlagt waren nur		636,-- "
mithin zu wenig		33,93 RM.

K i e l, den 20. Mai 1943
Städt. Hausverwaltung

1942

195

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer -über-~~außer~~- planmäßigen Ausgabe von .....15..RM bei der -~~neu einzurichtenden~~- Haushaltsstelle ..523/54 - 1942 (...~~Fernsprech- und sonstige Postgebühren~~.....) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über-~~außer~~-planmäßige Einnahmen in entsprechender Höhe zu erwarten sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 28. Mai 1943

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

An das Hauptamt Kiel

Mehreinnahme.

Begründung umseitig.

Begründung: Die veranschlagten Kosten für Ortsgespräche haben nicht ausgereicht, da infoge zeitweiser Zunahme der Infektionskrankheiten eine größere Inanspruchnahme des Fernsprechers erfolgte.
Den Mehrausgaben stehen entsprechende Mehreinnahmen bei 523/23 gegenüber.

Kiel, den 21.Mai 1943
Gesundheitsamt

I.A. H. Soltau

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außer-planmäßigen Ausgabe von 14.000,- RM bei der - neu einzurichtenden - Finanzplanstelle V 811/135 E/ 8760 gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt zur Erneuerung von Anlageteilen des Fernheiznetzes - ~~im~~ inneren Stadt~~teil~~

~~Von den bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen bei der Finanzplanstelle V ....~~ RM.

~~Der umseitig angegebene Zahlungsplan wir genehmigt. Für Monat~~ 14.000,-- werden grundsätzlich RM freigegeben.

Kiel, den 31. Mai 1943 ~~193.-~~

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

An
das Hauptamt
hier

439

Begründung umseitig.

Zahlungsplan.

Finanzplan 1943.	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Betrag RM
V 811/ 135 Ef 8760	Erneuerung von Anlageteilen des Fernheiznetzes (innere Stadt)	c) 14.000,- ~~Begründung~~	b) 14 000,-	Juli 43	3.000
				Sept. "	3.000
				Nov. "	3.000
				Jan. 44	3.000
				März "	2.000

Begründung :

Mit der Übernahme des Fernheiznetzes Kiel - innere Stadt - von der Firma Rud. Otto M e y e r , haben wir die Erneuerungen und Instandsetzungen der Verbraucheranlagen zu veranlassen. Nach Prüfung ist es um einen störungsfreien Betrieb zu gewährleisten und um Ausfälle in den einzelnen Stationen zu vermeiden, die Beschaffung nachstehend aufgeführter Anlageteile erforderlich, da diese aufgebraucht sind. Die hierfür aufzuwendenden Kosten betragen nach den vorliegenden Angeboten :

8	Wärmeaustauscher	etwa	RM 5,500,-
3	Reduzierventile	"	" 800,-
12	Trommelwassermesser	"	" 2200,--
4	Kondensatpumpen	"	" 1200,--
11	Komdenstöpfe	"	" 550,--
31	Kondensstauer	"	" 450,--
19	Ventile versch. Nennweite	"	" 1200,--
2	Satz Werkzeuge	"	" 1500,--
1	Schweissanlage komplett	"	" 500,--
	z. Abrundung	"	" 100,--
	Summe	RM	14,000,--

Wir bitten um Bereitstellung und Freigabe dieses Betrages.

Die Angebote folgen in einigen Tagen.

Sofort!

Kiel, den 19. MAI 1943 ..... 19 43...

An
den Herrn Oberbürgermeister,
439 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung,
hier.

Stadtwerke K i e l .

Stadtwerke Kiel.

Auer

Stadtwerke K i e l
= V r / Jn =

Kiel, den 17. Mai 1943. 197

U. dem Herrn Oberbürgermeister

Kämmereiverwaltung -

durch das Rechnungsprüfungsamt, h i e r,

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM 371,68 zu genehmigen.

Stadtwerke Kiel.

Entschliessung:

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über- planmässigen Ausgabe von RM 371,68 bei der Finanzplanstelle V 813/ 123 # 6850 Rechnungsjahr 1942 - gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für den Einbau eines Kreiselpumpenaggregates an der Schusterbrücke. Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.

K i e l, den 31. Mai 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

An

das Hauptamt

Abt.

198

S t a d t w e r k e K i e l
Abt.: ...W.....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den ....10....Mai..... 194...3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von einem Kreiselpumpenaggregat an der Schusterbrücke, Neumühlen.

1.) Begründung für die **N o t w e n d i g k e i t** der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Das Bauvorhaben wurde im Geschäftsjahr 1941/42 fertiggestellt, sodaß die verbleibenden restlichen Gelder für 1942/43 nicht übernommen wurden. Die Kosten in Höhe von 371,68 RM für die Herstellung des Niederspannunganschlusses gelangen jedoch erst im Rechnungsjahre 1942 ~~/43~~ zur Verrechnung. in Höhe von 13000.- RM K.V.
Die Mittel für das Bauvorhaben wurden am 21.2.41 unter Nr. 6059 freigegeben.

2.) Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages.....371,68.....RM.
Dem zuständigen Werkleiter zur Einverständniserklärung.

~~Dem Werkleiter B zur Genehmigung.~~

~~Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... RM~~

...N. Romm...
Unterschrift des Abteilungsleiters.

~~In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.~~

Ergebnis: .....

3.) An den Leiter der Abt.....W.....zurück.

.....
Unterschrift des Werkleiters B bezw. A.

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

B e g r ü n d u n g - unter Beifügung der Angebote - für die **V e r g e b u n g d e s A u f t r a g e s a n d i e F i r m a:**

589

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 . . . . der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages . . . 371,68 . . . RM, zu zahlen mit . . 371,68 . . . . . RM im . . Mai 1943 . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen~~:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Bereitstellen u. Freizugeben aus ~~Freizugeben aus~~ ~~a) Resten aus Vorjahren~~ ~~b) Wirtschaftsplansoll~~ ~~c) Neubewilligung~~ Wirtschaftsplansoll 1942. RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
1942			
V 813/123 W 6850	Einbau von einem Kreiselpumpenaggregat an der Schusterbrücke	a) 371,68 Überplanmäßige Ausgabe.	a) 371,68

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

. . . . . .

. . . . . .
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

Erledigt: . . . . . .

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Geprüft: . . . . . .

1 o.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

Kiel, den . . . . . .

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

~~b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.~~

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

554

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über ~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von 49,38 RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle 321/801 für 1942 (Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs-u. Lichtanlagen) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle 321/805 für 1942 = 49,38 RM

" " " = "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über- ~~außer~~ planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 31. Mai 1943.

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

An

das Hauptamt

Hier

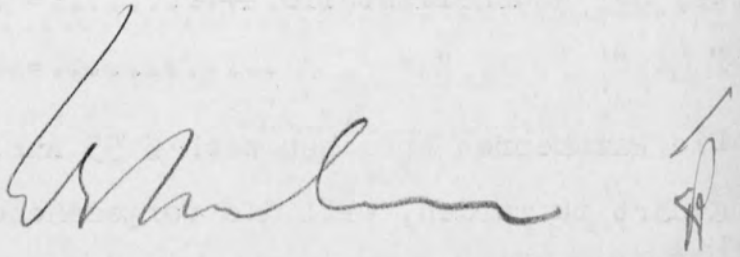
Einsparung.

Begründung umseitig.

Begründung: Die Lichtanlage der Nordmarkschule ist eine alte Anlage, die vermehrte Ausbesserungen erfordert. Ferner mußten eine größere Anzahl Glühbirnen erneuert werden, die durch die Erschütterungen bei Bombenangriffen unbrauchbar geworden sind. Der im Haushaltplan vorgesehene Betrag reichte für die Unterhaltung daher nicht aus. Der Mehrbedarf von 49,38 RM kann bei 321/805 eingespart werden.

Kiel, den 26. Mai 1943.

Der Dezernent
der Nordmarkschule der Stadt Kiel
für Musik, Bewegung und
Sprecherziehung



1942
200

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle 002/53-1942-(...Bücher, Zeitschriften und Zeitungen...) weitere...108,78...RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/790 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den 31. Mai 19 43

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]

Stadtoberinspektor

An
das Hauptamt
Kiel

Verstärkung.

Begründung umseitig.

Die Überschreitung ist entstanden durch notwendige Anschaffungen grundlegender Werke aus dem Beamtenrecht sowie dem Tarifrecht für Angestellte und Arbeiter.

Der Oberbürgermeister
P. A.
i. V.
Kellner

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 31. Mai 1943. 201

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 3 Vorlagen eingegangen sind.
2. Nachricht an die Ratsherren.
3. Z.d.A.

E n t s c h l i e ß u n g .

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer -über-~~außer~~ planmäßigen Ausgabe von .....50.....RM bei der -~~neu einzurichtenden~~- Haushaltsstelle .524/801 für 1942 Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs - und Lichtanlagen..) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Der Haushaltsausgleich ist nicht gefährdet, weil über-~~außer~~ planmäßige ~~planmäßige~~ Einnahmen bei 524/22 für 1942 in entsprechender Höhe ~~zu erwarten~~ eingegangen sind.

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l , den ..1. Juni.....19.43

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther

Stadtoberinspektor

An

das Hauptamt

Kiel.

Mehreinnahme.

Begründung umseitig.

Begründung.

Die Überschreitung der verfügbaren Mittel ist veranlaßt durch wiederholt aufgetretene Störungen in den Lichtanlagen.

Kiel, den 27. Mai 1943.

Verwaltung
der städtischen Krankenanstalt

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von...138,37....RM bei der -~~neu~~ einzu~~richt~~enden- Haushaltsstelle ..660/633.....
(..... .....)
gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle..660/634.....= . . . .138,37..RM
" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-~~außer~~-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den...3. Juni 1943...~~19~~...

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:
Grinthey
Stadtoberinspektor

Einsparung.

Begründung umseitig.

Der Stadtoberbaudirektor
Aufgabengebiet : Tiefbauwesen

B e g r ü n d u n g .

Um die Zahlungen mit den Fälligkeitsterminen innerhalb des Rechnungsjahres in Einklang zu bringen, sind im Rechnungsjahr 1942 ~~fünf Zahlungen erfolgt.~~ i/V. Dipl. Ing. Meislahn fünf Abschlagszahlungen (vom 1.1.1942 - 31.3.1943) geleistet worden.

Stadtwerke K i e l
= V r / h e =

Kiel, den 28. Mai 1943.

An den
Herrn Oberbürgermeister , Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung der Mittel zu genehmigen.

Stadtwerke Kiel.

204

Entschliessung

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ausser - planmässigen Ausgabe von RM 3.000,- bei der neueinzurichtenden Finanzplanstelle V 812/ 121 - G 6080 - gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu.
Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für
Einbau von 2 Plattenbändern Nordbunker Gaswerk Wik

Die Finanzierung erfolgt aus ~~vor~~handenen Mitteln. -6605-

Kiel, den 7. Juni 1943 ~~1943~~

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

An das Hauptamt
Kiel

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages ca 8.830,- RM, zu zahlen mit 3.000,- RM im Juli 1943

mit 5.830,- RM im nach Anlieferung

mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen~~:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
812/121 6080	Einbau v. 2 Plattenbänder Nordbunker Gaswerk	c) 3.000,-	b) 3.000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Die Gesamtkosten für den Einbau der beiden Plattenbänder im Nordbunker ergeben sich aus nachfolgender Aufstellung:

2 Plattenbänder lt. Angebot Bleichert		8.130,-	
Monteur Fa. Bleichert	ca	700,-	
eigene Arbeiten Hilfskräfte, Material u. Unvorhergesehenes	ca	1.170,-	10.000,-

Hiervon werden zunächst nur 3 000,- M. für die I Anzahlung bei Fa. Bleichert benötigt.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

10.) Abt.V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.

Erledigt: .....

Geprüft: .....

Kiel, den ..... 194....

genehmigt: .....

Unterschrift beider Werkleiter

.....

Unterschrift des Leiters der Abt. V

S t a d t w e r k e K i e l
Abt.: .....G.....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den ....21. Mai.... 1943

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - ~~Ausführung - Herstellung~~ - Einbau von
2 Plattenbänder im Nordbunker Gaswerk Wik

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Für den Nordbunker waren schon 1939 zwei neue Plattenbänder vorgesehen und bestellt. Der Auftrag mußte aber 1940 wieder zurückgezogen werden, da die zunächst gegebene Eisen-Kennziffer verfallen war und eine neue Kennziffer mit dem Zusatzzeichen "Z" nicht zur Verfügung stand. Mit Rücksicht auf den geplanten größeren Ausbau der Förderanlage wurde dann die Angelegenheit nicht mehr verfolgt. Im März 1943 wurde jedoch auch der größere Ausbau der Förderanlage zurückgestellt, da die Reichsgruppe die dazu erforderlichen Eisenbezugsrechte nicht zur Verfügung stellen konnte. Es ist uns genehmigt, dringend notwendige Verbesserungen in der vorhandenen Anlage vorzunehmen. Demzufolge müssen wir jetzt die Plattenbänder für den Nordbunker erneut bestellen, da die vorhandenen Austragewagen den Anforderungen nicht mehr genügen. Die Kosten einschl. Montage betragen etwa 10.000,- M. Die Mittel müssen aus dem Schöpftitel entnommen werden.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... ca 8.830,- RM.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.
Ergebnis: .....26.5.43.....

..... Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Fa. Bleichert, Leipzig

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma: Fa. Bleichert, Leipzig, hat mit Schr. v. 27.5.1938 ein Angebot auf Lieferung der beiden Plattenbänder für den Nordbunker abgegeben. Aufgrund dieses Angebotes wurde der Fa. am 5.Sept. 1939 der Auftrag zur Lieferung dieser Bänder mit Best.Nr. 3746/570 erteilt. Der Auftrag wurde am 28.5.40 zurückgezogen. Wir bitten der Fa.Bleichert erneut den Auftrag im gleichen Umfange zu erteilen.

569

205

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~ außer-planmäßigen Ausgabe von ...360.-.... RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ Haushaltsstelle .470/636 – 1942 – (..Körperpflege, Heil- und Desinfektionsmittel, Verbandstoffe, Ärztliche Instrumente.) gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle .470/640 .....= . . . . . 360.- RM

" " " .....= . . . . . "

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~ außer-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

K i e l , den 7. Juni 1943 ~~19..~~

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

An Hauptamt
Abteilung für Leibesübungen
im Hause

Einsparung.

Begründung umseitig.

Die Kindertagesheime erhielten bis Oktober 1942 noch Einheitsseife, sowie Seifenpulver zugeteilt. Nachdem die Zuteilungen vom Stadtwirtschaftsamt eingestellt wurden, mußte auf die freien Austauschstoffe, die erheblich teurer sind, zurückgegriffen werden.
Die Höhe der dadurch entstandenen Überschreitung konnte bei Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes nicht vorausgesehen werden. Mittel stehen durch Einsparung bei 470/640 zur Verfügung.

Kiel, den 31. Mai 1943

Stadtamt
für Volks- und Jugendertüchtigung

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer ~~über~~-~~außer~~-über-planmäßigen Ausgabe von..685.-....RM bei der ~~-neu einzurichtenden-~~ Haushaltsstelle ..470/54 -1942-
(..Fernsprech- und sonstige Postgebühren).....)
gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle..470/640.....= . . . . . 685.-...RM
" " " .....= . . . ."

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene ~~über~~-~~außer~~-über-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den 7. Juni 1943 ~~19~~..

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

An
Hauptamt
Stadtamt für Leibesübungen
und Jugendertüchtigung

Einsparung.

Begründung umseitig.

Die Mehrausgabe ist durch die erhöhte Benutzung des Fernsprech
in den einzelnen Kindertagesheimen entstanden. Die Mehrbenutzu
ist kriegsbedingt. Genügte z.B. zur Bestellung von Lebensmitte
früher ein Anruf, so sind heute bestimmt 3 und mehr Gespräche
erforderlich, um die dringend benötigten Mengen zu erhalten. Di
Höhe der Mehrausgabe konnte vor Eingang der letzten Fernsprech
abrechnung des Hauptamtes nicht festgestellt werden. Mittel
zur Deckung der Mehrausgaben stehen durch Einsparung bei der
Haushaltsstelle 470/640 zur Verfügung.

Kiel, den 31. Mai 1943

Stadtamt
für Volks- und Jugendertüchtigung

207

Der Oberbürgermeister
- Hauptamt -

K i e l , den 7. Juni 1943.

1. Die Beratungen mit den Ratsherren finden in dieser Woche nicht statt, da nur 5 Vorlagen eingegangen sind.

wd. 8/6R

2. Nachricht an die Ratsherren.

3. Z.d.A.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle 623/801 (Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen) für 1942 weitere 97.51 RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/790 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den 29. Mai 43. (8. Juni 1943)

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Grünthal

Stadtoberinspektor

An das Hauptamt

Verstärkung. Begründung umseitig.

Die vom Maschinenamt für die Unterhaltung der Lichtanlagen in den Bezirksausgabestellen veranschlagten Mittel erwiesen sich bei Ausführung der dringendsten Arbeiten als nicht ganz ausreichend. Die geringe Überschreitung von 97,51 RM ließ sich trotz sparsamster Ausführung nicht vermeiden.

K i e l , den 29. Mai 1943.

Der Oberbürgermeister
Stadternährungsamt
- Abt. B -

Stadtwerke Kiel.
- V . -

Kiel, den . -3. JUN. 1943 . . . 19 .

An den
Herrn Oberbürgermeister, Kämmereiverwaltung ,
durch das Rechnungsprüfungsamt

mit der Bitte, die Bereitstellung der Mittel/zu genehmigen.
in Höhe von RM 12.000 und Freigabe von 20.500 RM

Stadtwerke Kiel.

- 4 -

E n t s c h l i e ß u n g

209

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - ~~außer~~/- planmäßigen Ausgabe von . . 12.000,- . . . . RM bei der - ~~neueinzurichtenden~~/- Finanzplanstelle V 811/131 Eh 6600 .- . . . gemäß § 15 Abs. 5 Eig. Betr.V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für

Herstellung und Einbau einer Entgasungsanlage.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.
Der Gesamtbetrag von 20.500 - Rh wird freigegeben.

6607

Kiel, den 9. Juni 1943 . . . . . 194..

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.
gez. Behrens

Beglaubigt: [signature]
Stadtoberinspektor

An
Das Hauptamt
Kiel.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht formlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages ..... 26500,- ..... RM, zu zahlen mit ..... 6000,- RM bereits durch Abschlagszahlung bezahlt.

mit 20500,- RM bei Lieferung.

mit ..... RM im .....

a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 811/131 Eh 6600	Herstellung und Einbau einer Entgasungsanlage	a) 12000,- b) 8500,-	a) 18500,- b) 2000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.) Im Haushaltplan 1941 waren als 1.Rate 6000,- RM bereitgestellt und freigegeben, die als Abschlagszahlung für den an Steinmüller erteilten Auftrag und sonst.Lieferungen verbraucht sind. Die im Haushaltplan 1942 eingesetzten 10000,- RM als 2.Rate für die Entgasungsanlage sowie 2000,- RM für die Überholung des Speisewasserbehälters wurden nicht gebraucht. Da jedoch die Anlage in diesem Rechnungsjahr fertiggestellt wird, bitten wir, ~~die aus dem Vorjahre übernommenen 12000,-~~ RM erneut bereitzustellen und mit der 3.Rate von 9500,- RM, die im Haushaltplan 1943 bereitgestellt sind, freizugeben.

F Eh 6630
F Eh 6620

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

10.) Abt.V

Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.

Genehmigt: .....

Unterschrift beider Werkleiter

..... Unterschrift des Abteilungsleiters

Erledigt: .....

Geprüft: .....

Kiel, den ..... 194.....

Unterschrift des Leiters der Abt. V

Stadtwerke Kiel.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den .. 25. Mai ..... 194...3.

Abt.: .B/O.....

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,— RM an) auf ~~Lieferung — Ausführung —~~ Herstellung ~~— Einbau von —~~ einer Entgasungsanlage.

1.) Begründung für die Notwendigkeit der ~~Beschaffung — Ausführung~~ von Arbeiten usw.:

Das Bauvorhaben ist bereits mit unserem Antrag vom 21. Mai 1941 am 5.6.41 durch den Betriebsführer in folgendem Umfange genehmigt:

1 Entgasungsanlage	15505,-	RM
Sammelleitungen	2500,-	"
Kesselspeisewasserbehälter	2000,-	"
Maurerarbeiten	1500,-	"
eigene Arbeiten	1500,-	"
sonstige Zubehörteile	800,-	"
Montage	1200,-	"
Unvorhergesehenes	1395,-	"
zus.	26500,-	RM.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages ..... RM.

.....

Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.

Ergebnis: .....

.....

Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50.000,— RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

Die Lieferung der Entgasungsanlage ist an die Firma L.& C.Steinmüller Gummersbach zum Preise von 15505,- RM vergeben.

Entschliessung :

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über- ~~außer~~-planmäßigen Ausgabe von ...15.000,-- RM bei der ~~neu einzurichtenden~~ - Finanzplanstelle V 813/123 - W 6700 - gemäß § 15 Abs. 5 Eig.Betr. V.O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt zur .....

Bau des Tiefbrunnens Ravensberg

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln.
Der umseitig angegebene Zahlungsplan wird genehmigt und der Betrag ~~Für Monat ..... werden~~ von 15.000,-- RM freigegeben.

-6606-

Kiel, den .....9. Juni 1943..... ~~19~~...

Der Oberbürgermeister.
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Günther
Stadtoberinspektor

An
Das Hauptamt
Gier

Begründung umseitig.

Z a h l u n g s p l a n .

Finanzplan 1 9 4 2 :	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten a.Vorj. b) Finanzplansoll c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen RM	Zahlungsplan für Monat	Betrag RM
V 813/ 123 W 6700	Tiefbrunnen Ravensberg	c) 15.000 RM	a) 15.000	Mai 43 Juni "	10.000 5.000

Begründung.

Im Voranschlag war für den Brunnen eine Tiefe von 250 m vorgesehen. Da bis zu dieser Tiefe wasserführende Sandadern von entsprechener Mächtigkeit nicht angetroffen wurden, wurde der Brunnen bis zu 304,5 m Tiefe vorgetrieben. Mehrpreis : RM 13.700,-- Die vorgesehene Fleuger Tauchpumpe konnte infolge der zu geringen Förderhöhe nicht zum Einbau kommen, da sich der Brunnenspiegel bei einer Entnahme von 130 cbm bis zu 47 m unter Flur absenkt, sodass eine Tiefbrunnen Kreiselpumpe von ca. 72 m Förderhöhe verwendet werden musste. Mehrpreis der Pumpe gegenüber dem eingesetzten Preis der Voranschlages RM 1.688,--.

Wir bitten um Bereitstellung und Freigabe von RM 15.000,---

Kiel, den 22. Juni -5 JUN 1943 19 43

An
den Herrn Oberbürgermeister,
463 Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung, h i e r .

Stadtwerke Kiel

T a g e s o r d n u n g

für die Beratungen mit den Ratsherren am Donnerstag, dem 17. Juni 1943, 17 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

1. Vertiefung des Brunnens auf der Landstelle Heidenberg (Vorl.173).
2. Bereitstellung von Mitteln für die Schulkinderbespeisung (Vorl.174).
3. Nachzahlung von Grunderwerbsteuer für den Kieler Hof (Vorl.175).
4. Pachtung und Erwerb des Ortsnetzes Flintbek von Herrn Hugo Lorenzen in Flintbek (Vorl.176).
5. Abschluß eines Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrages mit der Gemeinde Flintbek (Vorl.177).
6. Einräumung eines Durchfahrtsrechts hinter dem Luftschutzhaus Wahlestr.23 zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des Grundstücks Wahlestr.21.

   Verkauf von sechs städtischen Grundstücken an das Deutsche Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt) - zur Errichtung von Luftschutzhäusern.

   Einräumung einer Dienstbarkeit an dem Grundstück Werftstr.230 betr. Duldung eines Luftschutzbunkers zu Gunsten des Deutschen Reiches - Reichsfiskus (Luftfahrt) -. (Vorl.178).
7. Bereitstellung von 11.000,-- RM zur Einrichtung einer Säuglingsfürsorgestelle im Stadtteil Elmschenhagen (Vorl.179).
8. Ausdehnung eines Erbbaurechts (Vorl.180).
9. Einbau von Wohnungen in den stadteigenen Häusern Eisenbahndamm 5, Muhliusstraße 85 und Holstenbrücke 28 (Vorl.181).
10. Erhöhung der Ausgabeansätze des Haushaltsplans 1942 für Schuldenzinsen und Schuldentilgung (Vorl.182).
11. Festsetzung der Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943 (Vorl.183).
12. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.
13. Verschiedenes.

K i e l , den 11. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

6. Einräumung eines Durchfahrtsrechts hinter dem Luftschutzhaus Wahlestr.23 zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des Grundstücks Wahlestr. 21.

Verkauf von sechs städtischen Grundstücken an das Deutsche Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt) - zur Errichtung von Luftschutzhäusern.

Einräumung einer Dienstbarkeit an dem Grundstück Werftstraße 230 betr. Duldung eines Luftschutzbunkers zu Gunsten des Deutschen Reiches - Reichsfiskus (Luftfahrt) - (Vorl.178). Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

7. Bereitstellung von 11.000 RM zur Einrichtung einer Säuglingsfürsorgestelle im Stadtteil Elmschenhagen (Vorl.179). Obermedizinalrat Dr. Soltsien erläutert die Vorlage. - Oberbürgermeister unterstreicht die zwingende Notwendigkeit der Einrichtung der Säuglingsfürsorgestelle.- Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

8. Ausdehnung eines Erbbaurechts (Vorl.180). Stadtdirektor Niemeyer erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

9. Einbau von Wohnungen in den stadteigenen Häusern Eisenbahndamm 5, Muhliusstraße 85 und Holstenbrücke 28 (Vorl.181). Oberverwaltungsrat Dr. Nordmann erläutert die Vorlage. Oberbürgermeister fügt hinzu, daß dies das erste greifbare Resultat von der Freimachung zweckentfremdeten Wohnraumes ist. Es werden zusammen 16 Wohnungen geschaffen, die in ganz kurzer Zeit beziehbar sind. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

10. Erhöhung der Ausgabeansätze des Haushaltsplans 1942 für Schuldenzinsen und Schuldentilgung (Vorl.182). Stadtrat Dr. Völckers erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

11. Abgesetzt.

A.d.T. Erhöhung der Haushaltsstellen 21/641 und 24/641 für 1942 (Vorl. 184). Stadtrat Dr. Schmidt erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

A.d.T. Verwendung eines einmaligen Staatszuschusses (Vorl.185). Stadtrat

rat Dr. Schmidt erläutert die Vorlage. - Die Gemeinderäte erheben keine Bedenken. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

12. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.

Oberbürgermeister gibt einen Überblick über den letzten Luftangriff am Pfingstsonntag. Es wurden 15 Wohnhäuser total zerstört. 35 Wohnhäuser weisen größere Schäden auf. Die Zahl der total zerstörten Wohnungen beträgt 50. Sie ist niedrig im Verhältnis zu dem Luftangriff am 14. Mai, bei dem in Gaarden 2.500 Wohnungen zerstört worden sind. Die Anzahl der Toten einschließlich der Raisdorfer Opfer, worunter auch Kieler sind, beträgt 37. Die Gesamtzahl der Bombenopfer aus allen bisherigen Luftangriffen ist 791, und zwar 450 Männer, 249 Frauen und 92 Kinder. Diese Zahlen enthalten nicht die Verluste der Wehrmacht. Die Trauerfeier für die Opfer vom Pfingstsonntag findet morgen um 4 Uhr auf dem Friedhof in Neumühlen-Dietrichsdorf statt.

Stadtoberbaudirektor Linde berichtet, daß das gesamte technische Personal der Bauverwaltung seit dem 14. Mai zur Beseitigung der Fliegerschäden eingesetzt ist. Zur Beseitigung der Trümmer in Gaarden ist eine Großaktion im Gange, zu der die Marine auf 8 Tage 250 Mann täglich bereitgestellt hat. Im großen und ganzen wird der Schutt auf den Straßen bis Dienstag beseitigt sein.

Betriebsdirektor Plöger gibt die Anzahl der Schäden an den Versorgungsanlagen durch den Angriff am 14. Mai bekannt. Am 22. Mai war die Versorgung bis auf diejenigen Häuser, die eine Beschädigung erlitten haben, wieder restlos sichergestellt. Auch die Schäden vom 13. Juni sind inzwischen behoben worden.

13. Verschiedenes.

Ratsherr Kesy bringt vor, daß die Bewohner vom Germaniaring bis zur Segebergerstraße keine Schutzunterkunft bei Fliegerangriffen haben. Er bittet zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, in den in der Nähe liegenden Brook Stollen zu treiben. Diese Erdbunker könnten dann durch Aufschüttungen verstärkt werden. Stadtoberbaudirektor Linde erwidert, daß ein Bunkerbau dort nicht möglich ist, weil die vorgeschriebene 13 m hohe Deckungshöhe, die vorhanden sein muß, nicht erreicht werden kann. Ratsherr Kesy weist ferner darauf hin, daß am Germaniaring fast keine Wohnung mehr richtig bewohnbar ist. Die Trümmer liegen noch auf den

Höfen

Höfen usw. Die Arbeiter hätten das Gefühl, daß für sie nichts getan würde. Oberbürgermeister erwidert, daß die gesamten verfügbaren Kräfte fast ausschließlich auf dem Ostufer eingesetzt sind. Da es sich um Häuser der Germaniawerft handelt, empfiehlt Oberbürgermeister, in dieser Angelegenheit von Seiten der Werft an die Wehrmacht heranzutreten.

B e g l a u b i g t !

Eggers

Blaas

Kesy

Vorlage 173.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. III

K i e l , den 20. Mai 1943.

Betrifft: Vertiefung des Brunnens auf der Landstelle Heidenberg.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 3.600 RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 861/941 (Vertiefung eines Brunnens auf der Landstelle Heidenberg) zu. Die Deckung erfolgt unter Entnahme eines gleich hohen Betrages aus der Erneuerungsrücklage (V 861/431) und Vereinnahmung der Summe bei Haushaltsstelle 861/40.

Begründung.

Der auf der Landstelle Krützfeldt in Heidenberg vorhandene Brunnen gibt kein Wasser mehr. Der mit der Nachprüfung beauftragte Unternehmer hat festgestellt, daß, um eine ausreichende Wasserförderung zu sichern, die Tieferbohrung des Brunnens um etwa 50 m nötig ist. Die Kosten werden 3.600 RM betragen. Der Pächter hat sich bereiterklärt, zu den Kosten in der Weise beizutragen, daß er von den in 20 Jahren zu tilgenden Kosten die Hälfte mit jährlich 90 RM beitragen will.

N i e m e y e r .

Vorlage 174.

Der Dezernent
der Schulverwaltung.
S.IV.

K i e l , den 17. Mai 1943.

Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für die Schulkinderbespeisung.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Für die Bespeisung von schwächlichen und kranken Schulkindern und für Beschaffung von Speisetransportgefäßen werden für die Zeit vom 1.5.1943 bis 31.3.1944 109.900,-- RM bei Unterabschnitt 472, Schulkinderbespeisung (zur Verfügung des Schulamtes), und zwar 109.300 RM bei der Haushaltsstelle 65 - Beköstigung - und 600 RM bei der Haushaltsstelle 971 - Beschaffung von 10 Speisetransportgefäßen - bereitgestellt. Der Betrag von 109.900 RM wird in Höhe von 105.900,-- RM durch Einnahmen bei Haushaltsstelle 472/22, Verpflegungseinnahmen, und in Höhe von 4.000,-- RM durch Entnahme aus 98/791 gedeckt.

Begründung.

Der Herr Oberpräsident, Provinzialernährungsamt, hat genehmigt, daß den schwächlichen und kranken Schulkindern eine Schulbespeisung gewährt wird. Dieser Schulbespeisung werden je Kind und Zuteilungsperiode folgende Rationssätze zugrunde gelegt:

Fleisch	600 g
Butter	100 g
Margarine	200 g
Brotaufstrich	100 g
Zucker	400 g
Nährmittel	500 g
Mehl	250 g
1 Ei	
3 Liter Magermilch	
12 kg Kartoffeln.	

Zur Schulbespeisung können bis zu 1.500 Kinder zugelassen werden, die aufgfund schulärztlicher Untersuchung von der Schulverwaltung bestimmt werden. Da nicht genügend Speisentransportgefäße vorhanden und Eisenscheine zur Beschaffung neuer Transportgefäße nur für eine geringe Zahl bewilligt worden sind, da ferner die Zubereitung der Speisen für 1.500 Kinder täglich zur Zeit auf unüberwindliche

windliche Schwierigkeiten stößt, sollen zunächst täglich etwa 770 Portionen ausgegeben werden, und zwar in der Weise , daß auf dem Westufer 1.350 Kinder 2 x wöchentlich und auf dem Ostufer 640 Kinder 3 x wöchentlich Essen erhalten. Das Essen für die Kinder auf dem Westufer wird in der Volksküche hergestellt und durch die Fahrbereitschaft zu den einzelnen Schulgebäuden befördert. Die Kinder auf dem Ostufer essen in dem vom Amt für Volks- und Jugendertüchtigung eingerichteten Hilfsmittagstisch Schwanensee. Die Zubereitung des Essens kostet in der Volksküche je Portion 0,50 RM, im Schwanensee im 1. Vierteljahr mit Rücksicht auf erhebliche Neuanschaffungen je Portion 0,60 RM, in den folgenden Monaten 0,50 RM. Die bespeisten Kinder sollen für jedes Essen 0,50 RM bezahlen. Die Bespeisung beginnt am 1. Mai ds.Js.

Durch die Bespeisung der Kinder entstehen für das laufende Jahr folgende Kosten:

1. Einmalig: Für Beschaffung von 10 Speisentransportgefäßen 600,-- RM

2. Laufend: Kiel-West, 450 Kinder täglich

450 x 0,50 RM = 225,--RM x 25 = 5.625,--RM monatlich x 11 Monate =	61.875,-- "
Kiel-Ost 320 Kinder täglich 320 x 0,60 RM = 192,-- RM x 0,25 RM = 4.800 RM monatlich x 3 Monate =	14.400,-- "
320 x 0,50 RM = 160,-- RM x 0,25 RM=4.000 RM monatlich x 8 Monate =	32.000,-- "
Anfuhr 20,-- RM wöchentlich x 47 Wochen =	940,-- "
zusammen	109.815,-- RM.

Die Einnahmen belaufen sich auf 770 x 0,50 RM = 385,-- RM x 25 = 9.625,-- RM monatlich x 11 Monate = 105.875,-- RM.

Dr. Kurt S c h m i d t .

Vorlage 175.

Grundstücksverwaltung
Gr.V. 15/499.

K i e l , den 19. Mai 1943.

Betrifft: Nachzahlung von Grunderwerbsteuer für den Kieler Hof.

- - -

Die Gemeinderäte sind gemäß § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Die Mittel für eine durch die Stadt Kiel zu leistende Grunderwerbsteuernachzahlung in Höhe von 1.128,20 RM für den durch Vertrag vom 14.1./4.2.1939 durch die Stadt Kiel von der Witwe H i t z e g r a d und dem Hofbesitzer S t e e n erworbenen Kieler Hof werden unter Entnahme aus V 920/120 bei V 920/149 zur Ausgabe bereit gestellt.

Begründung.

Beim Erwerb des Kieler Hofes wurden auf Grund der damals in Aussicht genommenen Verwendung die erworbenen Flächen bis auf 50.533 qm von der Grunderwerbsteuer freigestellt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß weitere 22.000 qm nichtsteuerbegünstigten Zwecken zugeführt worden sind bezw. steuerbegünstigten Zwecken in Zukunft nicht zugeführt werden sollen. Für den hierauf entfallenden Kaufpreisteil ist deshalb die Grunderwerbsteuer nachzuzahlen.

N i e m e y e r .

Vorlage 176.

Stadtwerke Kiel
- T/Kl/Me. -

K i e l , den 4. Mai 1943. 217

Betrifft: Pachtung und Erwerb des Ortsnetzes Flintbek von Herrn Hugo Lorenzen in Flintbek.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Das Ortsnetz Flintbek wird ab 1. Mai 1943 von Herrn Lorenzen gepachtet mit dem Recht, daß die Stadtwerke die gepachteten Anlagen frühestens ein Jahr nach Friedensschluß zum Zeitwert erwerben können. Außer dem Kaufpreis erhält Herr Lorenzen einen Gewinnausfall von 16.800,-- RM, der bei der Übernahme des Netzes fällig wird.

Die Pacht beträgt jährlich 5.400,-- RM. Des weiteren erhält Herr Lorenzen einmalig 500,-- RM für Gutachten, Anwaltskosten usw. Die Pachtsumme wird vierteljährlich nachträglich entrichtet.

Begründung.

Am 5.8.42 hat der Bezirkslastverteiler V, Kassel, Direktor E r n s t b e r g e r , beim Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau, Landeswirtschaftsamt, für den Wehrwirtschaftsbezirk IX a die Stadtwerke Kiel angewiesen, die Holzhaussiedlung Flintbek an das Stromverteilungsnetz der Stadtwerke anzuschließen. Die Stadtwerke haben diese Gelegenheit benutzt, um das Ortsnetz Flintbek, das für die Versorgung der Holzhäuser mit benutzt werden muß, zu erwerben. Da jedoch die Umspannstelle, welche das vorhandene Ortsnetz speist, im Hause von Herrn Lorenzen untergebracht ist, und die Stadtwerke z.Zt. keine neue Umspannstelle errichten können, soll der anliegende Pachtvertrag bis ein Jahr nach Friedensschluß abgeschlossen werden. Alsdann erwerben die Stadtwerke die gepachteten Anlagen zum Zeitwert.

Die Stadtwerke zahlen Herrn Lorenzen eine jährliche Pacht von 5.400,-- RM vierteljährlich nachträglich, außerdem einmalig 500,-- RM von den Kosten (1.000,-- RM), die Herrn Lorenzen für den Abschluß des Vertrages für Gutachten, Anwaltskosten usw. entstanden sind.

Der Neuwert der Anlagen wird mit 60.000,-- RM, der Zeitwert mit zweiundsiebzig Prozent des Neuwertes festgelegt, also mit 43.200,-- RM - in Worten: Dreiundvierzigtausendzweihundert Reichsmark -.

Der Zeitwert vermindert sich jährlich einer Lebensdauer von fünfundzwanzig Jahren entsprechend um vier Prozent des Neuwertes, also um 2.400,-- RM - in Worten: Zweitausendvierhundert Reichsmark -.

Der Herrn Lorenzen entgangene Gewinn wird mit 16.800,-- RM - in Worten: Sechzehntausendachthundert Reichsmark - bewertet und ist bei Übernahme des Netzes fällig.

Trotzdem der Konzessionsvertrag zwischen der Gemeinde Flintbek und Herrn Lorenzen erloschen ist, hat die Gemeinde Herrn Lorenzen mündlich zugesichert, daß der vertragslose Zustand unter den Bedingungen des früheren Vertrages bis ein Jahr nach Friedensschluß bestehen bleibt. Aus diesem Grunde haben die Stadtwerke Herrn Lorenzen einen Gewinnausfall im Betrage von 16.800,-- RM zugebilligt, der bei Übernahme des Netzes fällig wird.

Der

Der zwischen der Gemeinde Flintbek und den Stadtwerken Kiel abgeschlossene Konzessionsvertrag läuft ab 1. April 1943. Näheres ist aus der Gemeinderatsvorlage "Abschluß eines Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrages" zu ersehen.

Die Wirtschaftlichkeit ist außerordentlich gut.

P l ö g e r .

Vorlage 177.

Stadtwerke Kiel
-T/Kl/Me.-

K i e l , den 4. Mai 1943.

Betrifft: Abschluß eines Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrages mit der Gemeinde Flintbek.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Der anliegende Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrag mit der Gemeinde Flintbek tritt ab 1.4.43 in Kraft.

Begründung.

Der Abschluß eines Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrages wurde erforderlich, da die Stadtwerke ab 1. Mai 1943 die Stromlieferung in der Gemeinde Flintbek übernehmen.

Die Stadtwerke pachten zu diesem Zweck ab 1. Mai 1943 von Herrn Lorenzen das Ortsnetz Flintbek unter der Bedingung, daß die Stadtwerke die gepachteten Anlagen frühestens ein Jahr nach Friedensschluß zum Zeitwert erwerben können. Näheres ist aus der Gemeinderatsvorlage "Pachtung des Ortsnetzes von Herrn Lorenzen", die beigefügt ist, zu ersehen.

Auf der Grundlage des anliegenden Konzessionsvertrages erteilt die Gemeinde Flintbek bis zum Jahre 1963 den Stadtwerken das Recht zur Versorgung der zu der Gemeinde gehörigen Ortschaften mit elektrischer Arbeit. Ausgenommen ist das Kreispflegeheim, das von der Schleswig-Holsteinischen-Stromversorgungs-AG., Rendsburg, beliefert wird. Des weiteren bleibt unberührt von diesem Vertrage der Ortsteil Klein-Flintbek, soweit er durch die Klein-Flintbeker-Elektrizitäts-Genossenschaft mit Strom versorgt wird.

Nach 1963 verlängert sich der Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrag um 5 Jahre und dann jeweils wiederum um 5 Jahre, wenn er nicht spätestens 1 Jahr vor Ende der jeweiligen Laufzeit von einem der Vertragsschließenden gekündigt wird.

In dem Straßenbeleuchtungsvertrag sind die Bedingungen festgelegt, zu denen die Stadtwerke die Straßenbeleuchtung auf Kosten der Gemeinde betreiben.

P l ö g e r .

Vorlage 178.

Grundstücksverwaltung.
Gr.V. A 1698.

K i e l , den 3. Juni 1943.

Betrifft: 1. Einräumung eines Durchfahrtsrechts hinter dem Luftschutzhaus Wahlestr.23 zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des Grundstücks Wahlestr.21.

2. Verkauf von sechs städtischen Grundstücken an das Deutsche Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt) - zur Errichtung von Luftschutzhäusern.

3. Einräumung einer Dienstbarkeit an dem Grundstück Werftstr.230 betr. Duldung eines Luftschutzbunkers zu Gunsten des Deutschen Reiches - Reichsfiskus (Luftfahrt) -.

Ausgelegt: Zu 1: Lageplan über das Luftschutzhaus Wahlestr.23.

Zu 3: Lageplan über den Luftschutzbunker Werftstr.230 und Entwurf eines Vertrages mit dem Deutschen Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt) -.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziff.8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

1. Die Stadtgemeinde Kiel bewilligt zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des im Grundbuch von Ellerbek, Band 7, Blatt 334, verzeichneten Grundstücks die Eintragung einer Grunddienstbarkeit des Inhalts, daß der Berechtigte befugt sein soll, die Parzelle 18/6 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Ellerbek, Grundbuch von Ellerbek, Band 35, Blatt 1068, zur Durchfahrt nach dem herrschenden Grundstück zu benutzen.

2. Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an das Deutsche Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt) - zur Errichtung von Luftschutzhäusern

a) Teilstück der Parzelle 288/3 des Kartenblatts 29 der Gemarkung Kiel, verzeichnet im Grundbuch von Kiel, Blatt 7876, groß etwa 462 qm, hinter Sedanstraße, zum Preise von 3 RM/qm;

b) Parzelle 449/111, Teilstücke der Parzellen 450/112, 712/113, 441/145 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Wellingdorf, Grundbuch von Wellingdorf, Band 3, Blatt 149 und Blatt 1156, Art. 79, groß insgesamt ca. 1800 qm, an der Wischhofstraße zum Preise von 8 RM/qm;

c) Parzelle 18/4 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Ellerbek, Grundbuch von Ellerbek, Band 35, Blatt 1068, Art. 1452, groß 310 qm, Wahlestr. 23 zum Preise von 8 RM/qm,

d) Teilstücke der Parzellen 62/4 und 63/5 des Kartenblatts 12 der Gemarkung Kiel, Grundbuch von Kiel, Band 350, Blatt 11065 und 11066, Art. 2117 und 2428, groß zusammen etwa 240 qm neben Annenstr. 38 zum Preise von 20 RM/qm;

e)

e) Parzelle 231/65 des Kartenblatts 55 der Gemarkung Kiel, Grundbuch von Kiel, Band 157, Blatt 5973, Art. 6195, groß 311 qm, Hummelwiese 13 zum Preise von 20 RM/qm;

f) Teilstück der Parzellen 182/39 und 184/39 des Kartenblatts 14 der Gemarkung Gaarden-P, Grundbuch von Kiel-Gaarden, Band 8, Blatt 373, groß zusammen ca. 290 qm, Sandkrug 14 zum Preise von 14,83 RM/qm zuzüglich der Differenz zwischen der an die Stadt Kiel abgetretenen Entschädigung auf Grund der KSSchVO. und dem Kaufpreis von 45.000 RM für Sandkrug 14, sofern die Entschädigung den Betrag von 45.000 RM unterschreitet.

Die Erlöse werden bei den zuständigen Haushaltsstellen vereinnahmt.

3. Die Stadtgemeinde Kiel bestellt zu Gunsten des Deutschen Reiches - Reichsfiskus (Luftfahrt) - an einem Teilstück der Parzelle 152/10 des Kartenblatts 7 der Gemarkung Gaarden-P., Grundbuch von Kiel-Gaarden, Band 26, Blatt 975, eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit des Inhalts, daß das Deutsche Reich berechtigt ist, den dort errichteten Luftschutzbunker zu unterhalten und denselben bei Luftschutzaufruf sowie bei sonstiger Anforderung, insbesondere zu Übungszwecken zu benutzen, mit dem Recht, die Ausübung der Dienstbarkeit dritten Personen zu überlassen.

Begründung.

Zu 1: Bei Errichtung des Luftschutzhauses Wahlestr.23 ist die Durchfahrt zum Hofe des Grundstücks Wahlestr.21 zugebaut worden. Als Ersatz ist dem Eigentümer von Wahlestr.21 auf Grund vertraglicher Verpflichtung ein Durchfahrtsrecht an dem städtischen Grundstück hinter dem Luftschutzhaus einzuräumen. Die Stadt Kiel wird für den infolge Gewährung des Durchfahrtsrechts eintretenden Minderwert des städtischen Grundstücks durch das Deutsche Reich entschädigt.

Zu 2: Auf den sechs einzeln angeführten Grundstücken sind Luftschutzhäuser errichtet worden. Die Grundstücke sollen an das Deutsche Reich verkauft werden, weil sie einer anderen Verwendung in Zukunft nicht mehr zugeführt werden können.

Zu 3: Auf dem Grundstück ist ein Luftschutztiefbunker errichtet worden. Die spätere Verwendung für andere Zwecke wird dadurch nicht ausgeschlossen. Eine ganz bestimmte Verwendung ist bereits in Aussicht genommen, so daß die Veräußerung des Bunkergrundstücks nicht in Frage kommt.

N i e m e y e r .

Gesundheitsamt
- A.1. -

Vorlage 179.

220

K i e l , den 2. Juni 1943.

Betrifft: Bereitstellung von 11.000,-- RM zur Einrichtung einer Säuglingsfürsorgestelle im Stadtteil Elmschenhagen.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Für den Umbau der im Hause Ecke Reichenberger- und Elmschenhagener Allee von der Kriegsmarine anzumietenden Räume und für die Beschaffung der ersten Einrichtung der dort einzurichtenden Säuglingsfürsorgestelle werden bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 520/901 in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses 11.000,-- RM außerplanmäßig bereitgestellt durch Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/791 zur Verfügung stehenden Vorbehaltsmitteln.

Begründung.

Seit der Eingemeindung Elmschenhagens am 1.4.39 werden die Beratungsstunden für Säuglinge und Kleinkinder in den Räumen des Gemeindehauses abgehalten, und zwar unter Heranziehung des Trausaales. Bei dem außerordentlich regen Besuch dieser Beratungsstunden bedeuten sie stets die Einschränkung der übrigen Aufgaben der im früheren Gemeindehaus untergebrachten Verwaltungsstelle, da Eingang und Flure durch Kinderwagen blockiert werden. Die dringende Notwendigkeit zur anderweitigen Unterbringung dieser Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle ist unbedingt gegeben.

Da das Verwaltungsgebäude Elmschenhagen in absehbarer Zeit nicht errichtet werden kann, sind zahlreiche andere Projekte erörtert worden, deren Durchführung jedoch während des Krieges nicht möglich ist. Nunmehr hat die Kriegsmarine das Gewerbehaus Ecke Reichenberger- und Elmschenhagener Allee angeboten, da mit der Inanspruchnahme des Gebäudes für die Einrichtung eines Ladengeschäftes unter den Kriegsverhältnissen nicht zu rechnen ist. Die Geschäftsräume eignen sich zur Einrichtung einer Fürsorgestelle. Im Kellergeschoß wird ein Abstellraum für Kinderwagen geschaffen. Die Kriegsmarine ist bereit, die Umbauarbeiten auszuführen. Die Kosten werden auf 8.651,-- RM ohne Architektengebühren und Nebenkosten veranschlagt. In dem abzuschließenden Mietvertrag ist eine jährliche Kündigungsfrist, frühestens zum 31.3.46, vorgesehen. Bis zum Räumungstermin hat die Stadt die gemieteten Räume im Einvernehmen mit der Kriegsmarine auf ihre Kosten wieder so herzurichten, daß die Fertigstellung des ursprünglich geplanten Gewerbetriebes ungehindert durchgeführt werden kann. Weitere einmalige Kosten entstehen durch die Beschaffung von Inventar, das ebenfalls durch Vermittlung der Kriegsmarine hergestellt wird und für das die Kosten mit 1.527,-- RM veranschlagt sind. Für Unvorhergesehenes, Architektengebühren und zur Abrundung sind 821,82 RM vorgesehen.

Die Anforderung der laufenden Betriebskosten bleibt vorbehalten, sobald deren Höhe abzusehen ist.

I.V.

Dr. S o l t s i e n .

Vorlage 180.

Grundstücksverwaltung
Gr.V.25/211 a Di.

K i e l , den 9. Juni 1943.

Betrifft: Ausdehnung eines Erbbaurechts.
Ausgelegt: 1 Lageplan.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Ziffer 8 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Das Erbbaurecht der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. an dem Siedlergrundstück Hermann-Schmidt-Str. 28 wird auf die Parzelle 1179/68, Ktbl.2 von Gaarden-B., groß 520 qm, ausgedehnt.

Begründung.

Die Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. ist Erbbauberechtigte an dem Siedlergrundstück Hermann-Schmidt-Str. 28, bestehend aus den Parzellen 1214/68 und 1215/71, Kartenblatt 2 von Gaarden-B., groß insgesamt 471 qm. Rechtsgrundlage des Erbbaurechts ist der Erbbaurechtsvertrag vom 13./21.1.1936, der eine Dauer des Erbbaurechts von 60 Jahren, beginnend am 1.10.1935, und einen Erbbauzins von jährlich 0,025 RM/qm vorsieht. Die Gesellschaft hat das Erbbaurecht dem Bewohner des Hauses, Oberamtswalter Nobis, zum Kauf angeboten. Dieser ist bereit, das Erbbaurecht zu erwerben, wenn ihm auch an der Parzelle 1179/68, die er jetzt nur pachtweise nutzt, ein Erbbaurecht bestellt wird. Die Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. hat daher beantragt, das Erbbaurecht auf diese Parzelle auszudehnen.

N i e m e y e r .

Vorlage 181.

Städtische Hausverwaltung
E. 47/Su.

K i e l, den 5. Juni 1943.

Betrifft: Einbau von Wohnungen in den stadteigenen Häusern Eisenbahndamm 5, Muhliusstraße 85 und Holstenbrücke 28.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Für den Einbau von Wohnungen werden die nach den Kostenanschlägen der Städt. Hausverwaltung und des Hochbauamtes erforderlichen Mittel für Eisenbahndamm 5 u. Muhliusstr. 85 mit insges. 12.500 RM bei der neueinzurichtenden Haushaltsstelle 921/903 und
für Holstenbrücke 28 mit insgesamt 14.700 "
bei der neueinzurichtenden Haushaltsstelle 850/901 außerplanmäßig bereitgestellt.
Der Gesamtbetrag von 27.200 RM
ist aus 98/791 zu entnehmen.

Begründung.

Im Zuge der Zurückführung zweckentfremdeter Wohnräume in den städt. Häusern

Eisenbahndamm 5,
Muhliusstraße 85 und
Holstenbrücke 28

sind die bisher von städtischen Dienststellen benutzten Räume zwecks Umwandlung in Wohnungen freigemacht worden.
Es werden eingerichtet

Eisenbahndamm 5	3 Wohnungen,
Muhliusstraße 85	6 Wohnungen,
Holstenbrücke 28	7 Wohnungen.

Die Kosten betragen nach den anliegenden Kostenanschlägen

für Eisenbahndamm 5	4.700 RM,
für Muhliusstr. 85	7.800 " ,
für Holstenbrücke 28	14.700 " .

Dr. N o r d m a n n .

Vorlage 182.

Kämmereiverwaltung
- - -

K i e l , den 4. Juni 1943.

Betrifft: Erhöhung der Ausgabeansätze des Haushaltsplans 1942 für Schuldenzinsen und Schuldentilgung.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Erhöhung der Haushaltsstelle 91/872 für 1942 "Zinsen an die Stadtwerke" um 27.500,-- RM und der Haushaltsstelle 91/88 für 1942 "Schuldentilgung" um 24.204,91 RM zu. Für die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben von zusammen 51.704,91 RM stehen bei der Haushaltsstelle 91/212 Mehreinnahmen an Zinserträgen von 30.730,72 RM zur Verfügung. Die weiteren für den Ausgleich des Haushalts erforderlichen Mittel in Höhe von 20.974,19 RM sind der Haushaltsstelle 98/790 -1942- zu entnehmen.

Begründung.

Die Stadtwerke haben ihre bei der Stadthauptkasse belegten Fondsmittel nicht in dem Umfange in Anspruch genommen, wie bei der Aufstellung des Haushaltsplans veranschlagt worden ist. Hierdurch erhöhen sich die für die Nutzung der Mittel durch die Stadthauptkasse zu zahlenden Zinsen gegenüber dem Haushaltsansatz um 27.500,-- RM. Der weitere Mehrbedarf von 24.204,91 RM ist durch ein stärkeres Anwachsen des "zu verzinsenden allgemeinen Kapitalvermögens" bei einigen Verwaltungszweigen sowie durch ein im Juni 1942 für die Einrichtung von Dauerkleingärten erhaltenes Reichsdarlehn eingetreten. Um das Verfahren zu vereinfachen, habe ich den Betrag bei der Haushaltsstelle 91/88 bereitgestellt. Er wird von dieser Haushaltsstelle, die kraft Gesetzes mit den übrigen Ausgabeansätzen für den Schuldendienst gegenseitig deckungsfähig ist, an die endgültig zu belastenden Haushaltsstellen abgegeben werden.

Dr. V ö l c k e r s .

Vorlage 183.

Der Oberbürgermeister
Kämmereiverwaltung
- - -

K i e l , den 10. Juni 1943.

Betrifft: Festsetzung der Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943.

- - -

Die Ratsherren sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 4 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943.

Auf Grund der §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RGBl.I S.49) wird nach Beratung mit den Gemeinderäten folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1943 wird
im ordentlichen Haushaltsplan
in der Ausgabe auf 71.809.976 RM
und im außerordentlichen Haushaltsplan
in der Ausgabe auf 5.560.617 RM
festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Jahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
   a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ..... Hebesatz 110 v.H.
   b) für die Grundstücke - außer im Stadtteil Elmschenhagen - ..... Hebesatz 240 v.H.
      im Stadtteil Elmschenhagen ..... Hebesatz 170 v.H.
2. Gewerbesteuer
   a) nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital
      für gewerbesteuerpflichtige Betriebe .... Hebesatz 235 v.H.
   b) nach der Lohnsumme
      für gewerbesteuerpflichtige Betriebe .... Hebesatz 750 v.H.
      für Zweigstellen im Sinne der §§ 25 Abs.4 und 17 des Gewerbesteuergesetzes ..... Hebesatz 900 v.H.

K i e l , den Juni 1943.

Der Oberbürgermeister.

./.

Begründung.

Der Haushaltsplan 1943 schließt sowohl in der Ausgabe als auch in der Einnahme im ordentlichen Haushaltsplan mit 71.809.976 RM und im außerordentlichen Haushaltsplan mit 5.560.617 RM ab. Über die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte sowie auf die einzelnen Haushaltsstellen unterrichtet der zugestellte Entwurf des Haushaltsplanes mit seinem Vorbericht und den Anlagen.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind gegenüber denjenigen des Vorjahres nahezu unverändert geblieben. Eine geringfügige Abweichung besteht lediglich bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital für gewerbesteuerpflichtige Betriebe. Der Hebesatz für diese Steuer betrug für das Rechnungsjahr 1942 234 v.H. Die nunmehrige Festsetzung auf 235 v.H. beruht auf der Verordnung über die Erhebung der Gewerbesteuer in vereinfachter Form vom 31.3.1943 - RGBl.I S.237 -. Die Verordnung schreibt im § 3 Abs.2 vor, daß die Gemeinden als Hebesatz für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital für das Rechnungsjahr 1943 und die folgenden Rechnungsjahre denjenigen Hundersatz festzusetzen haben, der sich ergibt, wenn der für das Rechnungsjahr 1942 festgesetzte allgemeine Hebesatz für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital auf den nächsten vollen, durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet wird. Nach der gleichen Verordnung ist bei Gewerbebetrieben mit Betriebsstätten in mehreren Gemeinden die Gewerbesteuer (Zweigstellensteuer - § 17 des Gewerbesteuergesetzes -) unter Zugrundelegung der Gewerbesteuerhebesätze für das Rechnungsjahr 1942 festzusetzen. Bei der Zweigstellensteuer erübrigt sich daher fortab die Festsetzung von Hebesätzen.

Die Aufnahme von Darlehen für Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplanes ist nicht beabsichtigt. Auch Kassenkredite werden im Rechnungsjahr 1943 nicht benötigt.

I.V.

Dr. V ö l c k e r s .

Vorlage 184.

Der Dezernent
der Schulverwaltung.
S.

K i e l , den 9. Juni 1943.

Betrifft: Erhöhung der Haushaltsstellen 21/641 und 24/641 für 1942.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Rechnungsjahr 1942 von ..... 10.334,57 RM
für Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser aus der Haushaltsstelle 21/641

und von ..... 1.121,65 "
für Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser aus der Haushaltsstelle 24/641

zus. 11.456,22 RM

gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind bei der Haushaltsstelle 21/606 = 10.334,57 RM und bei der Haushaltsstelle 24/631 = 1.121,65 RM in Abgang zu stellen.

Begründung.

Zu 21/641. Für den Verbrauch von Heizstoffen Ende des Rechnungsjahres 1941 sind die Rechnungen der Lieferfirmen erst so spät eingegangen, daß die Beträge auf 1942 angewiesen werden mußten. Hierdurch wurde die Haushaltsstelle 21/641 für 1942 schon erheblich in Anspruch genommen. Zum andern erfolgte nach Weihnachten die Rückkehr eines großen Teils der Schulkinder aus den KLV.-Lagern, wodurch teilweise eine doppelte und sogar eine dreifache Belegung der Schulen notwendig wurde. Durch diese vermehrte Inanspruchnahme der Schulgebäude mußten die Gebäude nicht nur vormittags, sondern auch nachmittags und abends beheizt werden. Ein erhöhter Brennstoffverbrauch trat dadurch ein.

Zu 24/641. Die Überschreitung ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die öffentlichen Bunker, die an die Bildungsanstalt für Frauenberufe und an die Handelslehranstalten angeschlossen sind, von der Schulheizung aus mit versorgt worden sind. Nach Angabe des Maschinenamts sind durch die öffentlichen Bunker 221 Ctr. Schulhauskoks verbraucht worden, die für 1943 an die Bildungsanstalt für Frauenberufe zurückgeliefert werden.

Teilweise sind die Mehrkosten weiter entstanden durch erhöhten Verbrauch an Licht und Wasser, hervorgerufen durch Belegung von Schulräumen durch die Wehrmacht.

Dr. Kurt S c h m i d t .

Vorlage 185.

Der Dezernent
der Schulverwaltung.

K i e l , den 9. Juni 1943.

Betrifft: Verwendung eines einmaligen Staatszuschusses.

- - -

Die Gemeinderäte sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 12 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Ich stimme der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe

von 800,-- RM zur Beschaffung von Lehrgerät für Töpfer, Maurer pp. für die Handwerker-Berufsschule,

" 2.200,-- RM zur Beschaffung einer Innensehrohreinrichtung, eines Winkelteilungsprüfers u.a. für die Industrie-Berufsschule,

" 200,-- RM zur Beschaffung von Lehrmitteln und Lehrbüchern für die Mädchen-Berufsschule,

" 800,-- RM zur Beschaffung von Lehrmitteln und Bildern für die Kaufmännische Berufsschule

---

zus. 4.000,-- RM aus der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 24/902 zu.

Bei der Haushaltsstelle 24/41 sind 4.000,-- RM im Haushaltssoll als außerplanmäßige Einnahme aus einem einmaligen Staatszuschuß in Zugang zu bringen.

Begründung.

Der Regierungspräsident hat für die Berufsschulen einen einmaligen Staatszuschuß von 4.000,-- RM bewilligt, der in erster Linie für die Ergänzung der Lehrmittel und für Neuanschaffungen von Einrichtungsgegenständen zu verwenden ist.

Der Betrag ist auf die 4 Berufsschulen - ihren beabsichtigten Anschaffungen entsprechend - verteilt worden und wird für die von dem Regierungspräsidenten gewünschten Zwecke Verwendung finden.

Dr. Kurt S c h m i d t .

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Vertiefung des Brunnens auf der Landstelle Heidenberg.

(Vorl.173)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 3.600 RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 861/941 (Vertiefung eines Brunnens auf der Landstelle Heidenberg) zu. Die Deckung erfolgt unter Entnahme eines gleich hohen Betrages aus der Erneuerungsrücklage (V 861/431) und Vereinnahmung der Summe bei Haushaltsstelle 861/40.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Bereitstellung von Mitteln für die Schulkinderbespeisung.

(Vorl.174)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich:

Für die Bespeisung von schwächlichen und kranken Schulkindern und für Beschaffung von Speisetransportgefäßen werden für die Zeit vom 1.5.1943 bis 31.3.1944 109.900,-- RM bei Unterabschnitt 472, Schulkinderbespeisung (zur Verfügung des Schulamtes), und zwar 109.300 RM bei der Haushaltsstelle 65 - Beköstigung - und 600 RM bei der Haushaltsstelle 971 - Beschaffung von 10 Speisetransportgefäßen - bereitgestellt. Der Betrag von 109.900 RM wird in Höhe von 105.900,-- RM durch Einnahmen bei Haushaltsstelle 472/22, Verpflegungseinnahmen, und in Höhe von 4.000 RM durch Entnahme aus 98/791 gedeckt.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Nachzahlung von Grunderwerbsteuer für den Kieler Hof.

(Vorl.175)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich;

Die Mittel für eine durch die Stadt Kiel zu leistende Grunderwerbsteuernachzahlung in Höhe von 1.128,20 RM für den durch Vertrag vom 14.1./4.2.1939 durch die Stadt Kiel von der Witwe H i t z e g r a d und dem Hofbesitzer S t e e n erworbenen Kieler Hof werden unter Entnahme aus V 920/120 bei V 920/149 zur Ausgabe bereit gestellt.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Pachtung und Erwerb des Ortsnetzes Flintbek
von Herrn Hugo Lorenzen in Flintbek.

(Vorl.176)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 **bestimme ich;**

Das Ortsnetz Flintbek wird ab 1. Mai 1943 von Herrn Lorenzen gepachtet mit dem Recht, daß die Stadtwerke die gepachteten Anlagen frühestens ein Jahr nach Friedensschluß zum Zeitwert erwerben können. Außer dem Kaufpreis erhält Herr Lorenzen einen Gewinnausfall von 16.800,-- RM, der bei der Übernahme des Netzes fällig wird.

Die Pacht beträgt jährlich 5.400,-- RM. Des weiteren erhält Herr Lorenzen einmalig 500,-- RM für Gutachten, Anwaltskosten usw.

Die Pachtsumme wird vierteljährlich nachträglich entrichtet.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Abschluß eines Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrages mit der Gemeinde Flintbek.

(Vorl.177)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich:

Der anliegende Konzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrag mit der Gemeinde Flintbek tritt ab 1.4.43 in Kraft.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Einräumung eines Durchfahrtsrechts hinter dem Luftschutzhaus Wahlestraße 23 zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des Grundstücks Wahlestraße 21.

Verkauf von sechs städtischen Grundstücken an das Deutsche Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt) - zur Errichtung von Luftschutzhäusern.

Einräumung einer Dienstbarkeit an dem Grundstück Werftstr.230 betr. Duldung eines Luftschutzbunkers zu Gunsten des Deutschen Reiches - Reichsfiskus (Luftfahrt) -.

(Vorl.178)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 **bestimme ich:**

1. Die Stadtgemeinde Kiel bewilligt zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des im Grundbuch von Ellerbek, Band 7, Blatt 334, verzeichneten Grundstücks die Eintragung einer Grunddienstbarkeit des Inhalts, daß der Berechtigte befugt sein soll, die Parzelle 18/6 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Ellerbek, Grundbuch von Ellerbek, Band 35, Blatt 1068, zur Durchfahrt nach dem herrschenden Grundstück zu benutzen.
2. Die Stadtgemeinde Kiel verkauft an das Deutsche Reich- Reichsfiskus (Luftfahrt) - zur Errichtung von Luftschutzhäusern
   a) Teilstück der Parzelle 288/3 des Kartenblatts 29 der Gemarkung Kiel, verzeichnet im Grundbuch von Kiel, Blatt 7876, groß etwa 462 qm, hinter Sedanstraße, zum Preise von 3 RM/qm;
   b) Parzelle 449/111, Teilstücke der Parzellen 450/112, 712/113, 441/145 des Kartenblatts 2 der Gemarkung Wellingdorf, Grundbuch von Wellingdorf, Band 3, Blatt 149 und Blatt 1156, Art. 79, groß insgesamt ca. 1800 qm, an der Wischhofstraße zum Preise von 8 RM/qm;
   c) Parzelle 18/4 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Ellerbek, Grundbuch von Ellerbek, Band 35, Blatt 1068, Art. 1452, groß 310 qm, Wahlestr. 23 zum Preise von 8 RM/qm,
   d) Teilstücke der Parzellen 62/4 und 63/5 des Kartenblatts 12 der Gemarkung Kiel, Grundbuch von Kiel, Band 350, Blatt 11065 und 11066, Art. 2117 und 2428, groß zusammen etwa 240 qm neben Annenstr. 38 zum Preise von 20 RM/qm;
   e) Parzelle 231/65 des Kartenblatts 55 der Gemarkung Kiel, Grundbuch

buch von Kiel, Band 157, Blatt 5973, Art. 6195, groß 311 qm, Hummelwiese 13 zum Preise von 20 RM/qm;

f) Teilstück der Parzellen 182/39 und 184/39 des Kartenblatts 14 der Gemarkung Gaarden-P, Grundbuch von Kiel-Gaarden, Band 8, Blatt 373, groß zusammen ca. 290 qm, Sandkrug 14 zum Preise von 14,83 RM/qm zuzüglich der Differenz zwischen der an die Stadt Kiel abgetretenen Entschädigung auf Grund der KSSchVO. und dem Kaufpreis von 45.000 RM für Sandkrug 14, sofern die Entschädigung den Betrag von 45.000 RM unterschreitet.

Die Erlöse werden bei den zuständigen Haushaltsstellen vereinnahmt.

3. Die Stadtgemeinde Kiel bestellt zu Gunsten des Deutschen Reiches - Reichsfiskus (Luftfahrt) - an einem Teilstück der Parzelle 152/10 des Kartenblatts 7 der Gemarkung Gaarden-P., Grundbuch von Kiel-Gaarden, Band 26, Blatt 975, eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit des Inhalts, daß das Deutsche Reich berechtigt ist, den dort errichteten Luftschutzbunker zu unterhalten und denselben bei Luftschutzaufruf sowie bei sonstiger Anforderung, insbesondere zu Übungszwecken zu benutzen, mit dem Recht, die Ausübung der Dienstbarkeit dritten Personen zu überlassen.

K i e l , den 17. Juni 1943.

Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Bereitstellung von 11.000,-- RM zur Einrichtung einer Säuglingsfürsorgestelle im Stadtteil Elmschenhagen.

(Vorl.179)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich,:

Für den Umbau der im Hause Ecke Reichenberger- und Elmschenhagener Allee von der Kriegsmarine anzumietenden Räume für die Beschaffung der ersten Einrichtung der dort einzurichtenden Säuglingsfürsorgestelle werden bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 520/901 in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses 11.000,-- RM außerplanmäßig bereitgestellt durch Entnahme aus dem bei der Haushaltsstelle 98/791 zur Verfügung stehenden Vorbehaltsmitteln.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Ausdehnung eines Erbbaurechts.

(Vorl.180).

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich:

Das Erbbaurecht der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. an dem Siedlergrundstück Hermann-Schmidt-Str. 28 wird auf die Parzelle 1179/68, Ktbl.2 von Gaarden-B., groß 520 qm, ausgedehnt.

K i e l , den 17. Juni 1943.

Der Oberbürgermeister.

Hegemann.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Einbau von Wohnungen in den stadteigenen Häusern Eisenbahndamm 5, Muhliusstraße 85 und Holstenbrücke 28.

(Vorl.181)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich;

Für den Einbau von Wohnungen werden die nach den Kostenanschlägen der Städt. Hausverwaltung und des Hochbauamtes erforderlichen Mittel für Eisenbahndamm 5 und Muhliusstraße 85

mit insgesamt	12.500,-- RM
bei der neueinzurichtenden Haushaltsstelle 921/903 und für Holstenbrücke 28 mit insges.	14.700,-- "
bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 850/901 außerplanmäßig bereitgestellt.	
Der Gesamtbetrag von	27.200,-- RM

ist aus 98/791 zu entnehmen.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Ausgabeansätze des Haushaltsplans 1942 für Schuldenzinsen und Schuldentilgung.

(Vorl.182)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Erhöhung der Haushaltsstelle 91/872 für 1942 "Zinsen an die Stadtwerke" um 27.500,-- RM und der Haushaltsstelle 91/88 für 1942 "Schuldentilgung" um 24.204,91 RM zu. Für die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben von zusammen 51.704,91 RM stehen bei der Haushaltsstelle 91/212 Mehreinnahmen an Zinserträgen von 30.730,72 RM zur Verfügung. Die weiteren für den Ausgleich des Haushalts erforderlichen Mittel in Höhe von 20.974,19 RM sind der Haushaltsstelle 98/790 -1942- zu entnehmen.

K i e l , den 17. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Erhöhung der Haushaltsstellen 21/641 und 24/641
für 1942.

(Vorl.184)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 xbestimme ich,

in Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Rechnungsjahr 1942

von ..... für Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser aus der Haushaltsstelle 21/641	10.334,57 RM
und von ..... für Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser aus der Haushaltsstelle 24/641	1.121,65 "
zus.	11.456,22 RM

gemäß § 91 Abs.1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind bei der Haushaltsstelle 21/606 = 10.334,57 RM und bei der Haushaltsstelle 24/631 = 1.121,65 RM in Abgang zu stellen.

K i e l , den 17. Juni 1943.

Der Oberbürgermeister.

Lahrmann.

Entschließung des Oberbürgermeisters.

Verwendung eines einmaligen Staatszuschusses.

(Vorl.185)

Nach Anhörung der Gemeinderäte in der Sitzung

am 17. Juni 1943 bestimme ich,

der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe
von 800,-- RM zur Beschaffung von Lehrgerät für Töpfer, Maurer pp. für die Handwerker-Berufsschule,

" 2.200,-- RM zur Beschaffung einer Innensehrohreinrichtung, eines Winkelteilungsprüfers u.a. für die Industrie-Berufsschule,

" 200,-- RM zur Beschaffung von Lehrmitteln und Lehrbüchern für die Mädchen-Berufsschule,

" 800,-- RM zur Beschaffung von Lehrmitteln und Bildern für die Kaufmännische Berufsschule,

zus. 4.000,-- RM aus der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 24/902 zu.

Bei der Haushaltsstelle 24/41 sind 4.000,-- RM im Haushaltssoll als außerplanmäßige Einnahme aus einem einmaligen Staatszuschuß in Zugang zu bringen.

K i e l , den 17. Juni 1943.

Der Oberbürgermeister.

Lafrenz.

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über-außer-planmäßigen Ausgabe von....143,26..RM bei der -neu einzurichtenden- Haushaltsstelle .....20/614,... nur

~~(184,85 RM bei der Haushaltsstelle 22/54, von 417,11 RM bei der Haushaltsstelle 24/642 und von 893,96 RM bei der Haushaltsstelle 25o/641~~

gemäß § 91 Abs. 1 DGO. zu.

Von den als Haushaltssoll bereitstehenden Mitteln sind in Abgang zu stellen

bei der Haushaltsstelle...20/641.....= . . . .143,26..RM

" " " ...22/604.....= . . . . . 184,85 "

24/631 1.311,07

Die Ratsherren brauchen nach § 55 Abs. 1 Ziffer 12 DGO. nicht gehört zu werden, weil die vorgesehene über-außer-planmäßige Ausgabe geringfügig ist.

Kiel, den..17. Juni 1943.....19...

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. **Behrens**

Beglaubigt: Krätschmer

Stadtoberinspektor

Gauptamt

Einsparung. Begründung umseitig.

Lier

Begründung:

Zu 20/614 In den Haushaltsplan 1942 sind für Notstandsbeihilfen 2.500,--RM eingestellt, und später 1.000,--RM nachbewilligt worden. Dieser Betrag reicht aber bei weitem nicht aus, da unter den Lehrkräften, besonders den älteren, häufig Erkrankungen, meist mit Kurgebrauch vorkommen und nach den vom Reichserziehungsminister erlassenen neuen Beihilfegrundsätzen höhere Beihilfen als früher zu den entstandenen Kosten zu erstatten sind. Je Lehrkraft können 30,--RM in den Haushaltsplan eingestellt werden; mithin war bei etwa 340 Lehrpersonen und Ruheständlern und Witwen der bei 20/614 vorgesehene Betrag viel zu niedrig angesetzt.

Zu 22/54 Die Haushaltsstelle 22/54 ist durch Anweisung von Fernsprechgebühren um 184,85 RM überschritten worden, weil in der Regel erst etwa ¼ Jahr nach Quartalschluß, im vorliegenden Falle nach Schluß des Rechnungsjahres, Abrechnungen durch die Post eingehen.

Zu 24/642 Bei der Haushaltsstelle 24/642 ist 1942 für das Rechnungsjahr 1941 an die Steuerzahlstelle I Nachzahlung von 232,80 RM erfolgt. Diese Mehrzahlung für 1941 war bei der Aufstellung des Voranschlags für 1942 nicht bekannt. Enstanden ist sie durch unrichtige Ausstellung des Abgabenzettels für 1941.

Der Rest der Überschreitung ist durch erhöhte Müllabfuhr, verursacht durch militärische Belegung, erfolgt.
Die durch die Belegung durch die Wehrmacht entstandenen Mehrkosten werden durch die von der Wehrmacht zu zahlende Entschädigung abgegolten.

Zu 25o/641 Die Haushaltsstelle 25o/641 ist durch Rechnungen, die noch für das Rechnungsjahr 1942 angewiesen werden mußten, um 893,96 RM überschritten worden. Diese Überschreitung ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die öffentlichen Bunker, die an die Bildungsanstalt für Frauenberufe und an die Handelslehranstalten angeschlossen sind, von der Schulheizung aus mit versorgt worden sind. Nach Angabe des Maschinenamts sind durch die öffentlichen Bunker 221 Ctr. Schulhauskoks verbraucht worden, die für 1943 an die Bildungsanstalt für Frauen zurückgeliefert werden.
Teilweise sind die Mehrkosten weiter entstanden, durch erhöhten Verbrauch an Licht und Wasser, hervorgerufen durch

durch Belegschaft von Schulräumen durch die Wehrmacht.

K i e l , den 8.Juni 1943.

Der Dezernent
der Schulverwaltung
S

1/3

Entschließung.

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stelle ich bei der Haushaltsstelle... 023/73-1942 (... Reise-, Fahr- und Umzugskosten ...) weitere... 127,56 ... RM bereit unter Entnahme aus den bei der Haushaltsstelle 98/790 vorgesehenen Verstärkungsmitteln.

Die Ratsherren werden nicht gehört, weil die vorgesehene Verstärkung geringfügig ist.

Kiel, den... 18. Juni ... 19.43

Der Oberbürgermeister

Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt: Krätschmer,

Stadtoberinspektor

An

das Hauptamt

Cier

Verstärkung. Begründung umseitig.

Begründung:

Die geringe Überschreitung der Mittel bei Haushaltsstelle 023/7334.1 ist entstanden durch eine erhöhte Inanspruchnahme des Titels bei der Erstattung von Fahrauslagen an Gefolgschaftsmitglieder, deren Wohnung ~~e~~ von den Bezirksausgabestellen erheblich weit entfernt liegen. Die Einstellung solcher Kräfte und Erstattung der Fahrkosten war notwendig, um überhaupt das erforderliche Personal zur Verfügung stellen zu können.

Stadternährungsamt
Abt. B.

Stadtamt

242

Entschließung

über die Verteilung des Jahresgewinns 1941 der Stadtwerke

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Ziff. 10 der Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938 genehmige ich, daß von dem Jahresgewinn der Stadtwerke im Rechnungsjahr 1941/42 in Höhe von 2.019.943,92 RM

a) 100.000,-- RM der offenen Rücklage (Rücklage für Maschinenschäden),
b) 940.637,10 RM dem in den Anlagen investierten Eigenkapital,
c) 979.306,82 RM dem ordentlichen Haushalt der Stadt

zugeführt werden.

K i e l , den 19. Juni 1943

Der Oberbürgermeister

gez. Behrens

Beglaubigt:

Stadtoberinspektor

Ka

Stadtwerke K i e l
= V r =

K i e l , den 12. JUN. 1943 1943

An den
Herrn Oberbürgermeister , Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt -

mit der Bitte, die Bereitstellung der Mittel zu genehmigen.

Stadtwerke Kiel.

Le

Bereitstellung - u. Freigabeantrag

Stadtwerke Kiel

Abt.: ..... G. .....

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)

Kiel, den .... 17. Mai 194.3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf Lieferung - Ausführung - Herstellung - Einbau von der oberen Generatorengasleitung an den Dysongeneratoren

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Die vorhandene Leitung war sehr korrodiert und sie mußte vor ca 3 Jahren außer Betrieb genommen werden. Die untere Reserveleitung, die bereits mit Zement ausgegossen werden mußte , hält bis zum Tage den Betrieb aufrecht.
Inzwischen ist diese Leitung auch sehr undicht geworden und es ist deshalb dringend nötig, die obere Rohrleitung instandzusetzen und wieder in Betrieb zu nehmen.

~~Die Mittel sind dem Schöpftitel zu entnehmen.~~ Le

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.

Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages .. 9.000.-. RM.

..... Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.

Ergebnis: ..... 24/5. .....

..... Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

1.) Fa. Prey- Kiel, 2. Fa. Gebr. Andersen, Kiel

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die Vergebung des Auftrages an die Firma:

Fa. Gebr. Andersen, Kiel, Schließfach 21,
da Firma Prey wegen Überlastung ablehnt.

Entschliessung

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer über - ~~ausser~~ - planmässigen Ausgabe von . . . . . 3.000,- . . . . RM bei der - neueinzurichtenden Finanzplanstelle V . 872/124 - G 6830/1 . . gemäss § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für

die Erneuerung der Rohre in der Generatorenanlage

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. - 6610 -

Kiel, den 22. Juni 1943

DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgebiet : Kämmereiverwaltung.

gez. Behrens

Beglaubigt:

Kratschmer

Stadtoberinspektor

Hauptamt

Kiel.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 ~~8.200,-~~ der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben. ~~8.200,-~~ Sept. 1943

Gesamtkosten des Auftrages . . . . . RM, zu zahlen mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

mit . . . . . RM im . . . . . .

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel für den vorstehenden Auftrag, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen:

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus a) Resten aus Vorjahren b) Wirtschaftsplansoll oder c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V-812/124 G. 6830/1	Erneuerung der oberen Generatorenrohrleitungen an den Thyssengeneratoren	~~a) 13.000,-~~ b/ 10.000 c/ 3.000.	b) 13.000,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

~~Herbeischaffung der Rohre frei Gaswerk~~ ca 8.200,-
~~Abbruch der alten Rohre u.~~ Montage der neuen Leitungen ca 4.000,-
Unvorhergesehenes 800,-
rd 13.000,-

Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: . . . . . .

Geprüft: . . . . . 194.

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) zur Freigabe der Mittel vorgelegt.

Kiel, den . . . . . .

Genehmigt: . . . . . .
Unterschrift beider Werkleiter

. . . . . .
Unterschrift des Leiters der Abt. V

599

244

Stadtwerke Kiel
Vr/Jn.

Kiel, den 12. Juni 1943.

U.

dem Herrn Oberbürgermeister,
Kämmereiverwaltung,
durch das Rechnungsprüfungsamt,

h i e r ,

mit der Bitte, die Bereitstellung und Freigabe der RM ~~10~~ 6.000,-- zu genehmigen.

Stadtwerke Kiel.
Mögen

/Jr 12/6.

Entschließung:

In Anerkennung eines unabweisbaren Bedürfnisses stimme ich der Leistung einer - außer - planmäßigen Ausgabe von RM ~~10~~ 6.000,-- bei der Finanzplanstelle V 812/12o G 5395/5 gemäß § 15 Abs. 5 Eig. Betr. V. O. zu. Der Betrag wird bereitgestellt und freigegeben für Herstellung von Splitterschutzmauern für die Wohnhäuser des Gaswerks Wik.

Die Finanzierung erfolgt aus vorhandenen Mitteln. -66 ii-

Kiel, den 22. Juni 1943.

DER OBERBÜRGERMEISTER
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

gez. Behrens

Beglaubigt: Krätschmer
(obere) Stadtinspektor

An
das Hauptamt
Hier

Stadtwerke Kiel
Abt.: G.

(Formblatt mit 2 Durchschriften einreichen)
Kiel, den 29. Mai 194.3

Betrifft: Vergebung eines Auftrages (von 2.000,- RM an) auf ~~Lieferung~~ - ~~Ausführung~~ - Herstellung - ~~Einbau~~ von
Splitterschutzmauern für die Luftschutzkeller der Wohnhäuser Gaswerk

1.) Begründung für die Notwendigkeit der Beschaffung - Ausführung von Arbeiten usw.:

Laut Erlaß des RdL und ObdL vom 4.2.43 ist verfügt, daß die Luftschutz~~mauern~~räume erheblich zu verstärken sind. Wir sind daher gezwungen, die Luftschutzräume der Wohnhäuser des Gaswerks durch Splitterschutzmauern von 48 cm Stärke zu sichern.

Die Kosten betragen lt. Anschlag des Stadtoberbauinspektors Dorer 6.000,- ~~+ 3.600,- # für die Steine.~~ Die Steine sind in den 6.000,- RM enthalten.

Die erforderlichen Mittel sind dem Schöpftitel zu entnehmen.

ges. Görke.

2.) Dem Werkleiter B zur Genehmigung.
Geschätzte Gesamtkosten des Auftrages 6.000,- RM.

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters.

3.) In der Vorbesprechung vom ..... vorgetragen.
Ergebnis: .....

.....
Unterschrift des Werkleiters B

4.) An Büro Ve. (bei Aufträgen über 50 000,- RM) zur Benachrichtigung der Bezirksausgleichsstelle Nordmark hinsichtlich der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Firmen.

5.) Die Bezirksausgleichsstelle ist einverstanden mit Schreiben vom .....

6.) Zur Angebotsabgabe wurden folgende Firmen aufgefordert:

Fa. Paul Hemmers, Hamburg

Begründung - unter Beifügung der Angebote - für die
Vergebung des Auftrages an die Firma:
Die Fa. Hemmers führt bereits Arbeiten im Gaswerk aus und kann die Ausführung der Splitterschutzmauern sofort in Angriff nehmen.

Der Auftrag ist nach § 3 Ziffer 3 .... der VOL - VOB - nicht förmlich, also nicht öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben.

Gesamtkosten des Auftrages 6.000.- RM, zu zahlen mit 3.000,- RM im Juni 1943
mit 3.000,- RM im Juli 1943
mit ..... RM im .....

7.) a) Die Bereitstellung und Freigabe der Mittel ~~für den vorstehenden Auftrag~~, gegebenenfalls für das Gesamtbauvorhaben, sind nach der folgenden Aufstellung zu beantragen:

b) ~~Mittel stehen zur Verfügung und sind in nachstehende Aufstellung einzutragen.~~

Wirtschaftsplan	Bezeichnung	Freizugeben aus ~~a) Resten aus Vorjahren~~ ~~b) Wirtschaftsplansoll~~ ~~oder~~ c) Neubewilligung RM	Betrag für a) Erweiterungen b) Erneuerungen c) Unterhaltung RM
V 812/120 G. 5395/5	Herstellung von Splitterschutzmauern für die Wohnhäuser des Gasswerks.	c) ~~10.000~~,-	a) ~~10.000~~,-

(Falls der in der obigen Aufstellung eingesetzte Betrag die Gesamtkosten des Auftrages übersteigt, sind unter Beifügung eines Gesamtkostenanschlages die bereits gegebenen Begründungen entsprechend zu erweitern, z.B. wenn das Gesamtbauvorhaben sich aus mehreren Aufträgen zusammensetzt und Nebenkosten, Montage- und Frachtkosten mit umfaßt.)

Herstellung der Splitterschutzmauern laut Kostenvoranschlag des Stadtoberbauinspektors Dorer

~~100.000 Kalksandsteine je 0/% ℳ 36,-~~ ℳ 6.000,-
~~Fuhrkosten für die Steine~~ " ~~3.600~~,-
" ~~400~~,-
ℳ ~~10.000~~,-

.....
Unterschrift des Abteilungsleiters

8.) Büro Vr. zur weiteren Veranlassung

9.) Büro Ve. zur Prüfung

Erledigt: .....

Geprüft: ..... 194..

10.) Abt.V
Der Werkleitung mit der Bitte um Genehmigung

a) zur Vergebung des Auftrages an die Firma:

b) ~~zur Freigabe der Mittel~~ vorgelegt.

Kiel, den .....

Genehmigt: .....
Unterschrift beider Werkleiter

.....
Unterschrift des Leiters der Abt. V

Sch

T a g e s o r d n u n g
für die Beratungen mit den Ratsherren am Donnerstag,
dem 24. Juni 1943, 17 Uhr,
Rathaus, Ratssaal.

1. Festsetzung der Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943 (Vorl.183).
2. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte.
3. Verschiedenes.

K i e l , den 21. Juni 1943.
Der Oberbürgermeister.

N i e d e r s c h r i f t

über die Beratungen mit den Ratsherren am 24. Juni 1943.

- - -

Anwesend: Oberbürgermeister Behrens; Stadträte Dr. Völckers, Linde; Ratsherren Andres, Blaas, Kesy, Scholz, Schrödter, Sperling, Struve; beurlaubt sind die Ratsherren Dr. Köster, Kohrt, Paglasch, Schramm, Stiebler, Ziegenbein; unentschuldigt fehlen die Ratsherren Andree, Lienhart und Prof. Dr. Schwantes.

Außerdem nehmen an der Sitzung teil: Stadtsyndikus Loewe, Stadtdirektor Thomsen, Oberverwaltungsräte Dr. Nordmann und Rulffs, Stadtkämmereidirektor Kasper, Direktor Jeß, Betriebsdirektor Plöger und 1 Pressevertreter.

- - -

Vorsitzender: Oberbürgermeister Behrens.

Schriftführer: Stadtobersekretär Eggers.

- - -

1. Festsetzung der Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943 (Vorl.183). Oberbürgermeister trägt vor, daß die Aufstellung des Etats bereits längere Zeit zurückliegt und der Etat dadurch zum Teil schon überholt bezw. durch weitere Ereignisse überschattet worden ist. Der Haushaltsplan ist unter demselben Gesichtspunkt wie früher, nämlich der äußersten Sparsamkeit in der gesamten Verwaltung, aufgestellt worden. Die Steuersätze sind unverändert geblieben bis auf die Gewerbesteuer, deren Hebesatz von bisher 234% um 1% auf 235% erhöht worden ist. Die Aufnahme von Darlehen ist nicht beabsichtigt. Kassenkredite werden nicht benötigt.

Im Vorbericht sind im Ausblick auf das Jahr 1943 Ausführungen gemacht worden, die im wesentlichen dahin gehen, daß ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 6 Mill. RM zu verzeichnen ist, der mit 1,9 Mill. RM zur Verstärkung der Rücklagen, mit 0,9 Mill. RM zur Finanzierung außerordentlicher Ausgaben und mit 3,5 Mill. RM zur Tilgung der inneren Anleihen verwendet werden wird. Der Kriegsbeitrag, der mit 6,3 Mill. RM angesetzt worden ist, wird sich aller Voraussicht nach um 426.000 RM ermäßigen. Überdies wird Kiel an den Finanzzuweisungen mit 337.000 RM beteiligt werden. Andererseits wird die Provinzialsteuer 72.000 RM mehr beanspruchen, so daß sich die Gesamtverbesserung dieser Positionen auf rd. 690.000 RM stellen wird. Die Getränkesteuer ist für 1943 mit 600.000 RM veranschlagt worden. Für 1942 waren einschließlich der Nachträge 720.000 RM eingesetzt, während das Rechnungsergebnis 662.449 RM

./.

beträgt. Bei der Vergnügungssteuer sind keine wesentlichen Differenzen zu verzeichnen. Wesentlich und für die Stadt Kiel entscheidend ist das Gewerbesteueraufkommen. Hier waren im Haushalt für 1942 einschließlich der Nachträge 14,9 Mill. RM veranschlagt. Die Rechnung schließt mit einem Aufkommen von 16,1 Mill. RM ab. Im Voranschlag für 1943 sind 15½ Mill. RM vorgesehen. In Zukunft wird die Gewerbesteuer jedoch nach einem neuen Schlüssel verteilt werden, und zwar wird das Aufkommen für 1942 für das gesamte Reich zugrunde gelegt. Dieses Gesamtaufkommen wird alsdann auf die Gemeinden nach dem Verhältnis ihres Anteils am Gewerbesteueraufkommen für das Rechnungsjahr 1942 verteilt werden. Die neue Verteilungsart ist eingeführt worden im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung und damit einer weiteren Einsparung von Arbeitskräften. Gleichzeitig nimmt sie Rücksicht auf die in vielen Städten durch Feindeinwirkung zerstörten Betriebe. Das Aufkommen der übrigen Steuerarten ist im wesentlichen erreicht, z.T. unerheblich überschritten.

Die Entwicklung der Rücklagen der Stadt Kiel ergibt folgendes Bild:

Die gesamten Rücklagen betrugen am 31.3.1943 einschließlich der Eigenbetriebe 41,7 Mill. RM. Davon entfallen auf den allgemeinen Haushalt 35,7 Mill. RM und auf die Eigenbetriebe 6 Mill. RM. Die Rücklagen des allgemeinen Haushalts haben sich ständig erhöht, während die Rückstellungen der Stadtwerke von Jahr zu Jahr absinken. Die Steigerung der Rücklagen gegenüber dem Stand von 1942 beträgt z.B.

	1942:	1943:
bei der allgemeinen Ausgleichsrücklage	3,1 Mill.RM	5 "
" " Betriebsmittelrücklage	2,1 " "	2,4 "
" " Erneuerungsrücklage für die Stadtentwässerung	1,07 " "	1,33 "
" den Neubau- und Erweiterungsrücklagen		
für die Berufs- und Fachschulen	500.000 "	1,119 "
für das Theater	500.000 "	1,0 "
für die Vollkanalisation auf dem Ostufer	1,2 Mill."	2,2 "
für die Hafenanlagenerweiterung	---	1,0 "
Rücklagen für die Sachwerterhaltung (Reparaturen, die jetzt nicht durchzuführen sind)	1,5 " "	2,9 "

Die Rücklagen sind angelegt in Reichsanleihen und Termingeldern. Der heutige Bestand an Reichsanleihen und Termingeldern beträgt:

Reichsanleihe	16,5 Mill. RM
Termingelder	38,5 " "
zus.:	55,0 Mill. RM.

./.

Die Haushaltsüberschüsse der einzelnen Rechnungsjahre betrugen:

1938	einschließlich der Nachträge und der Rechnung	9,4 Mill. RM
1939	" " " " "	10,5 " "
1940	" " " " "	10,7 " "
1941	" " " " "	8,8 " "
1942	Ergebnis des Voranschlags und der Nachträge	8,1 " " .

Der Überschuß der Rechnung 1942 wird zwischen 2 und 3 bezw. 4 Mill. RM liegen, so daß der Überschuß für 1942 größer sein wird als der für 1941.

Der Schuldenstand der Stadt Kiel hat sich wie folgt entwickelt:

	Gesamtschuldenstand einschließlich der inneren Anleihen:	davon Fremdkapital:
1938	36,1 Mill. RM	33,1 Mill. RM
1939	32,5 " "	28,7 " "
1940	29,0 " "	25,5 " "
1941	22,2 " "	18,7 " "
1942	19,8 " "	16,4 " "

Das Vermögen der Stadt Kiel betrug nach dem Stande vom 31.3.1942:

Verwaltungsvermögen (unbewegliches und bewegliches Vermögen)		67,6 Mill. RM
Vermögen der öffentlichen Einrichtungen		30,7 " "
Betriebsvermögen		8,7 " "
allgemeines Kapitalvermögen		66,0 " "
allgemeines Grundvermögen		24,9 " "
Sondervermögen der Hafen-u.Verkehrsbetriebe		9,5 " "
Sondervermögen Hauszinssteuerfonds		24,8 " "
Stiftungsvermögen		1,0 " "
	zus.:	232,0 Mill. RM.
Demgegenüber stehen an äußeren Schulden und sonstigen Verpflichtungen		32,1 " "
so daß das Aktivvermögen der Stadt Kiel am 31.3.42	rd.:	200,0 Mill. RM
betrug. Dazu kommt das Vermögen der Stadtwerke mit	rd.	25,0 " "
Das Gesamtvermögen betrug mithin		225,0 Mill. RM.

Zu berücksichtigen ist, daß die unbeweglichen Vermögenwerte nur nach den Gestehungskosten abzüglich der Abschreibungen eingesetzt worden sind.

Nachdem Stadtkämmerer Dr. Völckers noch einige Erläuterungen zu den einzelnen Haushaltsabschnitten gegeben hat, fragt der Oberbürgermeister die Gemeinderäte, ob sie sich noch zu einzelnen Punkten der Haushaltssatzung äußern wollen.

Ratsherr Andres dankt dem Oberbürgermeister dafür, daß er den Ratsherren ein so ausgezeichnetes Bild über die günstige Entwicklung der Finanzlage der Stadt Kiel vermittelt habe, die vorwiegend auf eine weitsichtige Finanzpolitik zurückzuführen sei. Im Hinblick darauf, daß auch für das Rechnungsjahr 1942 mit einem erheblichen Überschuß

./.

zu rechnen sei, bittet Sprecher als Leiter der Verwaltungsakademie der Nordmark (dem es sonst nicht liege, hier für das eigene Institut zu sprechen) den Oberbürgermeister, zu erwägen, den mit 1.500 RM eingesetzten Zuschuß für die Verwaltungsakademie auf den vor Jahren gezahlten Betrag von 3.000 RM bezw. auf den Betrag zu erhöhen, deren Höhe der Oberbürgermeister unter Berücksichtigung der günstigen städtischen Finanzlage festzusetzen beliebe. Zum mindesten bittet Sprecher, den Sperrvermerk aufzuheben, da er einen solchen Sperrvermerk nur noch bei der für das Guttemplerhaus eingesetzten Beihilfe gefunden habe und dadurch etwa der Anschein erweckt werden könnte, als ob Verwaltungsakademie und Guttemplerhaus auf einer Stufe ständen. Die Verwaltungsakademien seien vom Preuß. Finanzminister angewiesen worden, sich wegen Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden zu wenden. Andere Städte hätten mehr für die Verwaltungsakademien getan; Bochum und Essen hätten z.B. Verwaltungsakademiegebäude aus städtischen Mitteln errichtet. Die Verwaltungsakademie der Nordmark sei bisher immer führend gewesen und hoffe es auch zu bleiben, so daß die Zahlung eines höheren Zuschusses gerechtfertigt erscheine. Oberbürgermeister erwidert, daß s.Zt. bei der Beratung des Voranschlages daran gedacht worden sei, daß die Verwaltungsakademien im Zuge der damals gerade vom Reich angeordneten Totalisierungsmaßnahmen des Krieges ihre Pforten schließen würden und damit ein Zuschuß nicht mehr erforderlich gewesen wäre. Daher rühre auch nur der Sperrvermerk. Da es sich bei den Zuschüssen und Beihilfen um Zahlungen aus öffentlichen Mitteln handelt, müsse für die Gewährung ausnahmslos der Nachweis der Notwendigkeit gefordert werden. Auf keinen Fall könne gezahlt werden, nur damit die Empfänger diese Beträge horten. Solange die Notwendigkeit nicht nachgewiesen sei, könne danach dem Antrage der Verwaltungsakademie nicht stattgegeben werden. Im übrigen würden den Verwaltungsakademien auch von der Zentralstelle ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt. Der Vergleich mit Essen und Bochum treffe auch insofern nicht zu, als die Verwaltungsakademie der Nordmark im engen Zusammenhang mit der Kieler Universität arbeite, die Räume und Lehrkräfte zur Verfügung stelle.

Oberbürgermeister stellt durch Nachfrage fest, daß die Gemeinderäte keine Bedenken gegen die Festsetzung der Haushaltssatzung für 1943 heben. Entschließung des Oberbürgermeisters: Nach Entwurf.

2. Fortsetzung der Tätigkeitsberichte. Es ist nichts zu berichten.
3. Verschiedenes. ./.

B e g l a u b i g t !

Lorenz Kerij

Eggers Andree

Vorlage 183.

Der Oberbürgermeister
Kämmereiverwaltung
- - -

K i e l , den 10. Juni 1943.

Betrifft: Festsetzung der Haushaltssatzung der Stadt Kiel für das Rechnungsjahr 1943.

- - -

Die Ratsherren sind nach § 55 Abs.1 Ziffer 4 DGO. vorher zu hören.

- - -

Entwurf für eine Entschließung des Oberbürgermeisters.

Haushaltssatzung der Stadt Kiel
für das Rechnungsjahr 1943.

Auf Grund der §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RGBl.I S.49) wird nach Beratung mit den Gemeinderäten folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1943 wird
im ordentlichen Haushaltsplan
in der Ausgabe auf 71.809.976 RM
und im außerordentlichen Haushaltsplan
in der Ausgabe auf 5.560.617 RM
festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Jahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ..... Hebesatz 110 v.H.

b) für die Grundstücke - außer im Stadtteil Elmschenhagen - ..... Hebesatz 240 v.H.
im Stadtteil Elmschenhagen ..... Hebesatz 170 v.H.

2. Gewerbesteuer

a) nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital
für gewerbesteuerpflichtige Betriebe .... Hebesatz 235 v.H.

b) nach der Lohnsumme
für gewerbesteuerpflichtige Betriebe .... Hebesatz 750 v.H.
für Zweigstellen im Sinne der §§ 25 Abs.4 und 17 des Gewerbesteuergesetzes ..... Hebesatz 900 v.H.

K i e l , den Juni 1943.

Der Oberbürgermeister.

./.

Begründung.

Der Haushaltsplan 1943 schließt sowohl in der Ausgabe als auch in der Einnahme im ordentlichen Haushaltsplan mit 71.809.976 RM und im außerordentlichen Haushaltsplan mit 5.560.617 RM ab. Über die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte sowie auf die einzelnen Haushaltsstellen unterrichtet der zugestellte Entwurf des Haushaltsplanes mit seinem Vorbericht und den Anlagen.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind gegenüber denjenigen des Vorjahres nahezu unverändert geblieben. Eine geringfügige Abweichung besteht lediglich bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital für gewerbesteuerpflichtige Betriebe. Der Hebesatz für diese Steuer betrug für das Rechnungsjahr 1942 234 v.H. Die nunmehrige Festsetzung auf 235 v.H. beruht auf der Verordnung über die Erhebung der Gewerbesteuer in vereinfachter Form vom 31.3.1943 - RGBl.I S.237 -. Die Verordnung schreibt im § 3 Abs.2 vor, daß die Gemeinden als Hebesatz für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital für das Rechnungsjahr 1943 und die folgenden Rechnungsjahre denjenigen Hundersatz festzusetzen haben, der sich ergibt, wenn der für das Rechnungsjahr 1942 festgesetzte allgemeine Hebesatz für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital auf den nächsten vollen, durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet wird. Nach der gleichen Verordnung ist bei Gewerbebetrieben mit Betriebsstätten in mehreren Gemeinden die Gewerbesteuer (Zweigstellensteuer - § 17 des Gewerbesteuergesetzes -) unter Zugrundelegung der Gewerbesteuerhebesätze für das Rechnungsjahr 1942 festzusetzen. Bei der Zweigstellensteuer erübrigt sich daher fortab die Festsetzung von Hebesätzen.

Die Aufnahme von Darlehen für Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplanes ist nicht beabsichtigt. Auch Kassenkredite werden im Rechnungsjahr 1943 nicht benötigt.

I.V.

Dr. V ö l c k e r s .

Der Oberbürgermeister
Arbeitsgebiet: Kämmereiverwaltung

K i e l , den 8. Juni 1943

Vorbericht zum Haushaltsplan 1943

Auch in diesem Jahre habe ich mich zur Neuaufstellung des vollständigen Haushaltsplanes entschlossen, weil dieser besser als eine abgeänderte Fortführung des letztjährigen Planes die schnelle und irrtumsfreie Übersicht der Haushaltsgebarung für jedermann gewährleistet und eine erfahrungsgemäß in der zweiten Jahreshälfte notwendig werdende Planüberprüfung erleichtert. Da der wegen Überlastung der Privatdruckereien im Vorjahr unternommene Versuch, den Plan in der stadteigenen Rotaprintdruckerei herstellen zu lassen, über Erwarten gut gelungen ist, erfolgt die Vervielfältigung auch in diesem Jahre in der gleichen Weise.

Das äußere Bild des Haushaltsplanes hat sich wie folgt geändert:

Neue Unterabschnitte:

0/02 5: Bezirksausgabestellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamts
2/29: Schulheime
3/30: Kulturamt
4/44 0: Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
5/52 6: Nahrungsmitteluntersuchungsamt
7/71 41: Gemüsebau
8/82: Kieler Verkehrsaktiengesellschaft

Weggefallen:

0/03: Patenschaft
5/52 5: Fl.-Krankenunterkünfte

Rückblick auf das Rechnungsjahr 1941

Wie das Jahr 1940 hat auch das Jahr 1941 mit einem Überschuß von rd. 4 Millionen Reichsmark abgeschlossen. Das beweist, daß die strukturelle Entwickelung beider Jahre in gleichen Bahnen verlief. Die Steuereinnahmen wiesen weiterhin eine Steigerung gegenüber den Vor-

schätzungen auf, und die Ausgaben erbrachten durch weitere kriegsbedingte Drosselungen durchweg bei allen Einzelhaushalten nennenswerte Einsparungen. Der Überschuß wurde durch Nachtragssatzung 1942 mit reichlich 3 Vierteln den Rücklagen, mit 800.000 RM dem allgemeinen Kapitalvermögen zugeführt.

Überblick über das Rechnungsjahr 1942

Die Entwickelung der Haushaltslage blieb auch in diesem Jahre günstig. Die Überprüfung des Haushaltsplanes im Herbst 1942 ergab die Möglichkeit, zum 31.12. die Hauszinssteuerabgeltung für stadteigene Gebäude mit rd. 1,2 Millionen Reichsmark ganz aus Mitteln des ordentlichen Haushalts zu bewirken. Die Schuldentilgung betrug rd. 12 2/3 v.H., der Stand der äußeren Stadtschuld am 31.3.1943 16,376 Millionen Reichsmark.

Ausblick auf das Rechnungsjahr 1943

Der totale Krieg, der das ganze deutsche Volk erfaßt hat, verbietet jeglichen Aufwand für nicht kriegswichtige Aufgaben. Dadurch werden immer mehr Geldmittel der Gemeinde frei, die aber nicht mehr zur Tilgung von Fremdschulden verwendet werden dürfen. Die im ordentlichen Haushalt verfügbaren 6 Millionen Reichsmark sollen mit 1,9 Millionen zur Bildung und Stärkung von Rücklagen benutzt, mit 0,9 Millionen dem allgemeinen Kapitalvermögen zur Finanzierung außerordentlicher Ausgaben zugeführt und mit 3,257 Millionen zur Tilgung der inneren Anleihen verwendet werden.

Der ordentliche Haushalt

gleicht sich in Reineinnahme und Reinausgabe mit 71.809.976 RM aus. Zu den Einzelplänen wird bemerkt:

0 Allgemeine Verwaltung

02 5: Die Bezirksausgabestellen und die Ausländerabteilung des Stadt. ernährungs- und Wirtschaftsamts sind aus den Unterabschn. 02 3 und 02 4 herausgenommen worden. Der städt. Zuschuß der 3 Unterabschn. erhöht sich gegen 1942 um 185.000 RM und gegen 1941 um 350.000 RM auf 1.325.000 RM. Die Erhöhung beruht auf der Personalverstärkung.

02 6: Kriegsschädenamt. Trotz erheblicher Personalvermehrung konnte der städt. Zuschuß auf rd. 100.000 RM gesenkt werden, da durch RdErl. d. RMdI. vom 25.11.1942 nunmehr die zusätzlichen Kosten der Feststellungsbehörde auf den Reichshaushalt übernommen werden.

1 Polizei

12: Luftschutz. H.St. 60 4: Die Erhöhung der Bewachungskosten ist zurückzuführen auf die Ausdehnung des verstärkten Selbstschutzes auf die Schulgebäude.

2 Schulwesen

22/14: Die Mittelschule wird allmählich in die Form der Hauptschule übergeführt; da die letztere schulgeldfrei ist, vermindern sich alljährlich die Unterrichtsgelder.

29: Schulheime. Der Haushalt des Landschulheims Schönhagen war bis 1942 in Abschn. 20 mitenthalten.

3 Kultur- und Gemeinschaftspflege

30: Das Kulturamt bildete bisher eine Unterabteilung des Schulamts.

32 0 C: Orchester. H.St. 25: Erstmalig wird dem Haushalt eine Pauschale von 100.000 RM für Konzertveranstaltungen des Vereins der Musikfreunde aus dem Abschnitt 32 2 "Aufwendungen für Kunstpflege" zugeführt (vgl. 32 2/69).

4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe

44 0: Die "Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene" ist am 1.1.1943 errichtet worden. Die ihr zugewiesenen Einnahmen und Ausgaben wurden bisher bei den Abschn. 03, 40, 41 und 42 nachgewiesen.

45 2: Sonstige Sozialeinrichtungen. H.St. 87 1: Aus Gründen der Rechnungsvereinfachung wird auf Verzinsung der Investitionen aus dem allgemeinen Kapitalvermögen verzichtet.

5 Gesundheitswesen, Volks- und Jugendertüchtigung

50: Gesundheitsamt. H.St. 17: Der Staatszuschuß ist ab 1.4.1943 auf 25 Pf. je Einwohner erhöht worden (Verbesserung rd. 40.000 RM). Die starke Senkung des städt. Zuschusses ist z.T. hierauf, zum weiteren auf die Herausnahme des Haushalts des Nahrungsmitteluntersuchungsamts und schließlich auf Verlagerung eines Teiles der Ausgaben auf andere Abschnitte des Gesundheitswesens zurückzuführen.

52 6: Der Haushalt des Nahrungsmitteluntersuchungsamts bildete bisher einen Teil des Abschn. 50.

55 3: Schwimmhalle. H.St. 87 1: Zinsen für investiertes Eigenkapital werden nicht mehr in Ansatz gebracht, da es sich um eine Anstalt der allgemeinen Gesundheitsfürsorge und Volksertüchtigung handelt.

6 Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

66 0: Tiefbauamt. Die Erhöhung des Gesamtzuschusses beruht auf der Herausnahme der Konzessionsabgaben aus diesem Abschnitt (vgl. Abschn. 82).

7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung

71 01: Straßenreinigung. Der gesteigerte Zuschuß für diesen Abschnitt ist auf die vermehrte Einstellung von ausländischen Ersatzkräften zurückzuführen, deren Arbeitsleistung die der einheimischen Arbeiter nicht erreicht (vgl. H.St. 60 52).

71 04: Stadtentwässerung. H.St. 85 2: Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens läßt eine verstärkte Abführung an die Neubau- und Erweiterungsrücklage zu.

71 12: Seegrenzschlachthof. Der Haushalt dieses Abschnittes ist der unsicherste des ganzen Stadthaushalts. Sein Schicksal hängt ganz von der Einfuhr ausländischen Viehes ab.

71 41: Gemüsebau. Um die Kieler Bevölkerung - namentlich bei Ausgang des Winters und im zeitigen Frühjahr - mit Frischgemüse versorgen zu können, hat die Gartenbauabteilung den Gemüsebau verstärkt aufgenommen. Da noch eine weitere Anbausteigerung in Aussicht genommen ist, wurde die Einrichtung eines besonderen Haushaltsabschnittes notwendig.

71 5: Feuerbestattung und Friedhöfe. H.St. 85 2: Die Stärkung der Neubau- und Erweiterungsrücklage ist geboten, da die Schaffung neuer Begräbnisplätze immer dringlicher wird.

8 Wirtschaftliche Unternehmen

82: Kieler Verkehrsaktiengesellschaft. Da die Stadt an dem Unternehmen die absolute Aktienmehrheit besitzt, mußte nach Übernahme der Kieler Straßenbahn in die Gesellschaft ein besonderer Haushaltsabschnitt nach dem Vorbilde der städt. Eigenbetriebe geschaffen werden.

9 Finanz- und Steuerverwaltung

91/21 0: Die verstärkten Rücklagen und die Belegung namhafter Bereitstellungsbeträge des Haushalts erbringen erhöhte Zinseinnahmen.

91/84 1, 84 2, 85 2, 85 3 und 86: Zugunsten der Tilgung der inneren Anleiheschuld (vgl. H.St. 89 0) wird die Bildung und Verstärkung der Rücklagen - ausschl. Erneuerungsrücklagen - in diesem Jahre eingeschränkt.

91/87 4: Die Zinsen für belegte Rücklagen (vgl. H.St. 21 0) werden erstmalig zur unmittelbaren Vermehrung des Rücklagenbestandes verwendet.

92 0: Liegenschaften. Der Schuldendienst (H.St. 88) hat sich durch die Aufnahme eines Darlehns für die Einrichtung von Dauergärten erhöht.

92 1: Häuser. H.St. 64 2: Die Verminderung der Grundstücksabgaben ist die Folge der vorjährigen Abgeltung der Hauszinssteuer.
H.St. 87 1: Die erhöhte Zinsbelastung ist durch den Ankauf eines wertvollen, inmitten der Stadt gelegenen Geländes entstanden.

94: Steuern. H.St. 11 3 und 12 7: Die Bürgersteuer ist zum 30.6.1942 aufgehoben worden; als Ersatz gewährt das Reich den Gemeinden einen Ausgleichsbetrag.
H.St. 12 5: Die Hauszinssteuer ist am 31.12.1942 weggefallen. Ob die Stadt Kiel im Rahmen der allgemeinen Finanzausgleichsmaßnahmen für den Einnahmeausfall Ersatz erhält, steht noch nicht fest.
H.St. 12 6: Im Rechnungsjahr 1943 wird die Stadt Kiel auf Grund des Fin.Ausgl.Ges. eine Zuweisung nicht erhalten, da ihre Steuerkraftmeßzahl höher ist als ihre Ausgangsmeßzahl.

96: Umlagen. H.St. 70: Wenn die Provinzialsteuer im Rechnungsjahr 1943 nach dem gleichen Hundertsatz wie 1942 (7,5 v.H. der Steuerkraftmeßzahl) erhoben wird, hat die Stadt Kiel gegen das Vorjahr etwa 256.000 RM mehr aufzubringen.
H.St. 71: Der Kriegsbeitrag der Gemeinden ist für das Jahr 1943 wesentlich erhöht worden. Für Kiel übersteigt die Erhöhung gegen 1942 das geschätzte Mehr von 1.368.660 RM noch um 69.606 RM.

Außerordentlicher Haushalt

Allgemeines:
Die Anforderungen im außerordentlichen Haushalt beschränken sich auf unabweisbare Maßnahmen. Sie können ausnahmslos ohne Inanspruchnahme von Fremdkapital finanziert werden.

Besonderes:

52 4: Hilfskrankenhäuser. H.St. 12 0: Da der dringende Bedarf an weiteren Räumen für Krankenhauszwecke nunmehr die Inanspruchnahme des gesamten Kronshagener Schulgrundstücks notwendig macht, muß für die Beschulung der Kronshagener Kinder eine Schulbaracke errichtet werden. H.St. 12 1: Die bisherigen Kranken- und Hilfskrankenhäuser Kiels reichen für den Katastrophenfall nicht aus. Vorsorglich ist daher eine außerhalb Kiels gelegene umfangreiche Barackenanlage gemietet worden, die für den neuen Zweck mit den notwendigen Einrichtungen versehen werden muß.

66 0: Straßenwesen. H.St. 12 4: Die häufigen Terrorangriffe der Feindmächte auf die Wohngebiete der Stadt erfordern die Schaffung von Schuttabladeplätzen in nächster Nähe der Wohnviertel.

Zu den Wirtschaftsplänen wird bemerkt:

81 Stadtwerke

I. Erfolgsplan:

81 0: Gemeinsame Verwaltung. H.St. 30: Infolge Verwendung von Rücklagemitteln für Neuinvestierung und zusätzliche Schuldentilgung sind die Zinseinnahmen rückläufig.

81 1: Elektrizitätswerke. H.St. 24: Mehreinnahmen entstehen durch Übernahme der Fernheizanlage von der Firma R.O. Meyer ab 1.4.1943.

81 2: Gaswerk. H.St. 23: Die neuen Gasabgabestellen in Eckernförde, Eutin und Suhrendorf, die neuen Gastankstellen in Kiel und die Gasabgabe an die Omnibusse der Kieler Verkehrsaktiengesellschaft werden eine Mehreinnahme von rd. 400.000 RM erbringen.
H.St. 24: Die erhöhte Gaserzeugung von rd. 6 Millionen cbm ergibt einen größeren Anfall von Nebenprodukten, besonders Koks und Teer.

81 3: Wasserwerke. H.St. 23 und 100: Die Mehreinnahme bzw. Mehrausgabe entsteht durch Erhöhung der Wasserförderung und -abgabe um 400.000 cbm.

81 4: Kraftwagenpark. Die Erhöhung dieses Haushaltsabschnittes wird verursacht durch Übernahme des Betriebes der Krankenomnibusse.

X

II. Finanzplan:

An größeren Bauvorhaben sind nur beim E-Werk der Neubau der Schaltanlage in der Wik und beim G-Werk der 2. Abschnitt des Ofenneubaues sowie der Neubau des Behälters "West" vorgesehen. Wie in den früheren Jahren soll die Finanzierung aller Planungen ohne Hereinnahme von Fremdkapital aus vorhandenen eigenen Mitteln durchgeführt werden.

84 Hafen- und Verkehrsbetriebe

I. Erfolgsplan:

84 1: Hafenbetrieb. H.St. 100: Mieteminderung durch Rückgabe von Räumen durch den bisherigen Mieter. Die zukünftige Nutzung der Räume kommt der H.St. 130 zugute.

H.St. 130: Das Lagerei- und Stauereigeschäft hat sich erfreulich gehoben. Für das Jahr 1943 kann mit einer vollen Ausnutzung der Siloanlagen gerechnet werden.

84 3: Fähre Kiel-Gaarden. H.St. 116: Die Personenbeförderung geht langsam zurück, da in steigendem Maße Straßenbahn und Omnibusse benutzt werden.

H.St. 938: Für die Zeit der Überholung des Leitwerks muß während des Spitzenverkehrs ein Dampfer der Kieler Verkehrsaktiengesellschaft eingesetzt werden.

84 4: Segelsportanlagen. H.St. 934: Beihilfen und Zuschüsse für Segelsportzwecke werden ab 1943 aus dem ordentlichen Haushalt (H.St. 54/69 - Nachw. I Ziff. 98 -) bezahlt.

85 1: Nordostseehalle. H.St. 100, 102 und 131: Mehreinnahme durch Benutzung der Halle als Obst- und Gemüsegroßmarkt.

II. Finanzplan:

84 1: Hafenbetrieb. H.St. 124: Im Hafenumschlagverkehr machte sich seit Jahren das Fehlen leistungsfähiger Kräne unangenehm bemerkbar. Bei dem Mangel an Arbeitskräften und der Notwendigkeit, Schiffsraum, Waggons und Lastwagen so schnell wie möglich zu ent- und beladen, tut Abhilfe dringend not. Von sich bietender Gelegenheit, in Antwerpen 3 passende Kräne zu erwerben, war daher Gebrauch zu machen. Kaufpreis, Umbau, Ab- und Aufbau sowie Transport erfordern laut Kostenanschlag einen Betrag von 198.000 RM.

85 1: Nordostseehalle. Die Halle wird seit dem 9.12.1942 als Obst- und Gemüsegroßmarkt benutzt. Es mußten die Gleisanschlüsse überholt und eine 6 m breite Ladestraße hergestellt werden, deren Kosten auf 38.900 RM veranschlagt worden sind.

I.V. Dr. Völckers

Gesamtplan der Stadt Kiel

für das Rechnungsjahr 1943

Die persönlichen Ausgaben gleicher Art sind innerhalb jeder Gruppe (planmäßige Beamte - außerplanmäßige Beamte - Angestellte - Arbeiter), die Ausgaben für die Angestellten außerdem mit den persönlichen Ausgaben für die Arbeiter gegenseitig deckungsfähig. Ferner sind einseitig deckungsfähig die Ausgaben für die planmäßigen Beamten zugunsten der übrigen persönlichen Ausgaben und die Ausgaben für die außerplanmäßigen Beamten zugunsten der persönlichen Ausgaben für die Angestellten.

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reineinnahme Rechnung 1941 RM	Gesamtausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reinausgabe Rechnung 1941 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Haushaltsplan 1943 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Rechnung 1941 RM	Seite des Haushaltsplans
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a	7b	7c	8
	Ordentlicher Haushalt												
0	**Allgemeine Verwaltung.**												1
00	Hauptverwaltung.				55.139	870.626	813.784	788.083	851.356	- 751.140	- 751.613	- 796.217	2
00 1	Hauptamt	119.486	62.644	36.470	82.[illegible]	682.716	682.716	553.451	708.757	- 622.866	- 490.151	- 626.604	6
00 2	Personalamt	59.850	59.850	63.300	7.000	78.208	31.233	29.735	33.457	- 20.208	- 19.935	- 25.768	9
00 3	Beschaffungsstelle und Druckerei	58.000	11.025	9.800	--	91.450	91.450	98.491	81.867	- 91.450	- 98.491	- 81.867	11
00 4	Rechnungsprüfungsamt	--	--	--									
	Summe 00	237.336	133.519	109.570	144.981	1.723.000	1.619.183	1.469.760	1.675.437	- 1.485.664	- 1.360.190	- 1.530.456	
01	Durchführung eigener Angelegenheiten.				--								
01 0	Städtischer Informationsdienst, Verwaltungsbücherei	--	--	--	345	14.271	14.271	16.400	24.589	- 14.271	- 16.400	- 24.589	12
01 1	Archiv einschl. Lichtbildarchiv	1.600	400	400	924	31.935	30.735	34.660	10.463	- 30.335	- 34.260	- 10.118	13
01 2	Statistisches Amt	450	450	440		117.703	117.703	129.479	122.002	- 117.253	- 129.039	- 121.078	15
	Summe 01	2.050	850	840	1.269	163.909	162.709	180.539	157.054	- 161.859	- 179.699	- 155.785	
02	Durchführung von Auftragsangelegenheiten.				37.777								
02 0	Standesämter	38.550	38.400	36.200	78.810	188.855	188.705	190.583	174.256	- 150.305	- 154.383	- 136.479	17
02 1	Gewerbe- und Rechtsamt	100.400	100.400	100.100	--	215.564	215.564	222.864	182.808	- 115.164	- 122.764	- 103.998	19
02 2	Wahlsachen	--	--	8.400	109.298	--	--	9.425	--	--	- 1.025	--	21
02 3	Stadternährungsamt	164.433	164.433	149.156	44.[illegible]	359.524	359.524	345.303	341.186	- 195.091	- 196.147	- 231.888	22
02 4	Stadtwirtschaftsamt	54.700	54.500	58.800	449.197	397.704	397.504	285.813	273.400	- 343.004	- 227.013	- 228.473	24
02 5	Bezirksausgabestellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamts	515.782	515.782	470.336	375.486	1.302.846	1.302.846	1.187.403	964.584	- 787.064	- 717.067	- 515.387	26
02 6	Kriegsschädenamt	1.029.430	1.029.430	502.607		1.131.283	1.131.283	874.658	639.663	- 101.853	- 372.051	- 264.177	28
	Summe 02	1.903.295	1.902.945	1.325.599	1.095.495	3.595.776	3.595.426	3.116.049	2.575.897	- 1.692.481	- 1.790.450	- 1.480.402	
03	Weggefallener Abschnitt	--	--	7.000	11.948	--	--	7.000	11.874	--	--	+ 74	30
04	Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters	--	--	--	--	12.500	12.500	12.500	19.766	- 12.500	- 12.500	- 19.766	30
	Summe Einzelplan 0	2.142.681	2.037.314	1.443.009	1.253.693	5.495.185	5.389.818	4.785.848	4.440.028	- 3.352.504	- 3.342.839	- 3.186.335	31
													33
1	**Polizei.**				--	954.362	954.362	836.154	760.570	- 954.362	- 836.154	- 760.570	34
10	Staatliche Polizei	--	--	--	113.534	561.977	558.977	543.118	478.214	- 397.827	- 398.073	- 364.680	35
11	Gemeindliche Polizei	164.150	161.150	145.045	3.158	276.131	209.743	183.558	119.162	- 209.743	- 183.558	- 116.004	38
12	Luftschutz	66.388	--	--									
	Summe Einzelplan 1	230.538	161.150	145.045	116.692	1.792.470	1.723.082	1.562.830	1.357.946	- 1.561.932	- 1.417.785	- 1.241.254	40

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reineinnahme Rechnung 1941 RM	Gesamtausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reinausgabe Rechnung 1941 RM	Zuschußbedarf oder Überschuß (-) Haushaltsplan 1943 RM	Zuschußbedarf oder Überschuß (-) Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Zuschußbedarf oder Überschuß (+) Rechnung 1941 RM	Seite des Haushaltsplans
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a	7b	7c	8
2	Schulwesen.												41
20	Schulamt	16.550	16.550	16.450	16.540	196.387	196.387	175.461	186.168	- 179.837	- 159.011	- 169.628	42
21	Volksschulen	328.534	297.751	255.171	351.491	1.817.815	1.787.032	1.794.607	1.806.464	- 1.489.281	- 1.539.436	- 1.454.973	44
22	Mittel- und Hauptschulen	321.533	309.217	319.427	350.500	1.102.175	1.089.859	1.105.637	1.014.541	- 780.642	- 786.210	- 664.041	47
23	Höhere Schulen	522.282	514.518	494.011	495.529	1.824.744	1.816.980	1.901.680	1.786.810	- 1.302.462	- 1.407.669	- 1.291.281	50
24	Berufsschulen	109.498	104.692	134.913	765.201	893.260	888.454	960.396	924.910	- 783.762	- 825.483	- 159.329	53
25	Fachschulen.				99.809								
25 0	Fachschulen (o h n e Meisterschule)	136.248	135.505	121.751	44.326	424.935	424.192	403.097	347.366	- 288.687	- 281.346	- 247.557	57
25 1	Meisterschule des Deutschen Handwerks	49.854	47.293	51.291		128.194	125.633	112.438	100.218	- 78.340	- 61.147	- 55.892	60
	Summe 25	186.102	182.798	173.042	144.135	553.129	549.825	515.535	447.584	- 367.027	- 342.493	- 303.449	
26	Stadtbildstelle	30	30	30	58	3.804	3.804	3.504	3.429	- 3.774	- 3.474	- 3.371	63
29	Schulheime	18.536	536	18.000	--	9.082	./. 8.918	7.466	2.913	+ 9.454	+ 10.534	- 2.913	64
	Summe Einzelplan 2	1.503.065	1.426.092	1.411.044	2.123.834	6.400.396	6.323.423	6.464.286	6.172.819	- 4.897.331	- 5.053.242	- 4.048.985	66
3	Kultur- und Gemeinschaftspflege.				--								67
30	Kulturamt	--	--	--	--	24.691	24.691	--	--	- 24.691	--	--	68
31	Wissenschaftspflege	200	200	--		49.350	49.350	64.065	40.701	- 49.150	- 64.065	- 40.701	69
32	Kunstpflege.				513.173								
32 0	Städtische Theater und Orchester	1.320.150	1.173.686	895.505	29.861	2.603.480	2.457.016	2.416.873	1.937.190	- 1.283.330	- 1.521.368	- 1.424.017	70
32 1	Nordmarkschule	34.999	34.999	38.634	--	136.412	136.412	141.727	101.245	- 101.413	- 103.093	- 71.384	80
32 2	Sonstige Aufwendungen für Kunstpflege	--	--	--		142.680	142.680	33.535	22.337	- 142.680	- 33.535	- 22.337	83
	Summe 32	1.355.149	1.208.685	934.139	543.034	2.882.572	2.736.108	2.592.135	2.060.772	- 1.527.423	- 1.657.996	- 1.517.738	
33	Volksbildung.				10.333								
33 0	Stadtbücherei	15.039	15.039	15.229	--	104.493	104.493	111.927	93.220	- 89.454	- 96.698	- 82.887	84
33 1	Sonstige Aufwendungen für Volksbildung	--	--	--		8.614	8.614	8.614	8.614	- 8.614	- 8.614	- 8.614	86
	Summe 33	15.039	15.039	15.229	10.333	113.107	113.107	120.541	101.834	- 98.068	- 105.312	- 91.501	
34	Gemeinschaftspflege	--	--	--	--	500	500	500	500	- 500	- 500	- 500	86
35	Heimatpflege	577	577	670	1.217	23.975	23.975	23.903	20.830	- 23.398	- 23.233	- 19.613	87
	Summe Einzelplan 3	1.370.965	1.224.501	950.038	554.584	3.094.195	2.947.731	2.801.144	2.224.637	- 1.723.230	- 1.851.106	- 1.670.053	88

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme	Reineinnahme			Gesamtausgabe	Reinausgabe			Zuschußbedarf oder Überschuß (-)			(+)	Seite des Haushaltsplans
		Haushaltsplan 1943	Haushaltsplan 1943	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942	Rechnung 1941	Haushaltsplan 1943	Haushaltsplan 1943	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942	Rechnung 1941	Haushaltsplan 1943		Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942	Rechnung 1941	
		RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM		RM	RM	
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a		7b	7c	8
4	Fürsorgewesen und Jugendhilfe.													89
40	Fürsorgeamt	17.142	6.700	2.790	6.764	736.915	726.473	816.704	763.412	-	719.773	- 813.914	- 756.648	90
41	Offene Fürsorge	683.102	683.102	695.050	688.839	2.641.102	2.641.102	2.710.250	2.691.826	-	1.958.000	- 2.015.200	- 2.002.987	92
42	Geschlossene Fürsorge	234.000	234.000	244.000	261.896	903.900	903.900	967.500	1.059.007	-	669.900	- 723.500	- 797.111	94
43	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	--	--	--	--	96.924	96.924	102.999	99.356	-	96.924	- 102.999	- 99.356	95
44	Kriegerfürsorge und Familienunterhalt.													
44 0	Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	18.693	18.693	--	--	240.918	240.918	--	--	-	222.225	--	--	96
44 1	Familienunterhalt für Wehr-, Arbeitsdienst- und Luftschutzdienstpflichtige	13.078.250	13.078.250	12.698.250	10.528.723	14.403.500	14.403.500	14.003.500	11.773.049	-	1.325.250	- 1.305.250	- 1.244.326	98
	Summe 44	13.096.943	13.096.943	12.698.250	10.528.723	14.644.418	14.644.418	14.003.500	11.773.049	-	1.547.475	- 1.305.250	- 1.244.326	
45	Einrichtungen des Fürsorgewesens.				19.164									
45 0	Arbeitsfürsorge	20.001	17.051	19.501	63.523	71.017	68.067	68.168	67.680	-	51.016	- 48.667	- 48.516	99
45 1	Alters- und Versorgungsheime	63.641	63.641	63.754	209.892	98.061	98.061	97.390	90.182	-	34.420	- 33.636	- 26.659	101
45 2	Sonstige Sozialeinrichtungen	253.841	247.662	247.764		174.335	168.156	242.509	215.092	+	79.506	+ 5.255	- 5.200	103
	Summe 45	337.483	328.354	331.019	292.579	343.413	334.284	408.067	372.954	-	5.930	- 77.048	- 80.375	
46	Jugendhilfe	2.000	2.000	1.400	2.436	198.393	198.393	182.149	172.093	-	196.393	- 180.749	- 169.657	105
47	Einrichtungen der Jugendhilfe.				10.860									
47 0	Kindertagesheime	36.506	34.365	34.182	--	220.749	218.608	206.154	168.943	-	184.243	- 171.972	- 158.083	107
47 1	Kinderheime	6.580	6.580	4.900		50.341	50.341	41.122	--	-	43.761	- 36.222	--	110
	Summe 47	43.086	40.945	39.082	10.860	271.090	268.949	247.276	168.943	-	228.004	- 208.194	- 158.083	
	Summe Einzelplan 4	14.413.756	14.392.044	14.011.591	11.792.087	19.836.155	19.814.443	19.438.445	17.100.640	-	5.422.399	- 5.426.854	- 5.308.543	112
5	Gesundheitswesen, Volks- und Jugendertüchtigung.													113
50	Gesundheitsamt	79.701	79.701	74.261	63.285	167.652	167.652	285.995	252.810	-	87.951	- 211.734	- 189.525	114
51	Gesundheitspflege	8.960	8.460	28.720	18.321	372.363	371.863	338.101	317.574	-	363.403	- 309.381	- 299.253	117
52	Einrichtungen des Gesundheitswesens.				7.853									
52 0	Beratungs- und Behandlungsstellen	22.067	7.070	7.070	33.988	123.425	108.428	94.969	88.235	-	101.358	- 87.899	- 80.382	119
52 1	Erholungsheime	98.240	37.670	20.135	916.039	133.613	73.043	56.226	43.779	-	35.373	- 36.091	- 9.791	121
52 2	Städtische Krankenanstalt	1.050.430	977.635	905.761	16.880	1.449.575	1.376.780	1.361.186	1.238.337	-	399.145	- 455.425	- 322.298	124
52 3	Städtische Desinfektionsanstalt	27.036	18.281	11.686	220.614	38.901	30.146	26.444	26.396	-	11.865	- 14.758	- 9.516	128
52 4	Hilfskrankenhäuser	305.820	280.820	287.464	--	464.493	439.493	427.091	283.775	-	158.673	- 139.627	- 63.161	130
52 6	Nahrungsmitteluntersuchungsamt	37.528	37.528	--	1.195.374	38.728	38.728	--	--	-	1.200	--	--	133
	Summe 52	1.541.121	1.359.004	1.232.116		2.248.735	2.066.618	1.965.916	1.680.522	-	707.614	- 733.800	- 485.148	

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme	Reineinnahme			Gesamtausgabe	Reinausgabe			Zuschußbedarf oder Überschuß (-) (+)			Seite des Haushaltsplans
		Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a	7b	7c	8
53	Allgemeine Verwaltung der Angelegenheiten der Leibesübungen und der Jugendertüchtigung.												
53 0	Stadtamt für Leibesübungen und Jugendertüchtigung	5.650	450	450	--	42.088	36.888	39.161	37.243	- 36.438	- 38.711	- 37.243	134
	Summe 53	5.650	450	450	--	42.088	36.888	39.161	37.243	- 36.438	- 38.711	- 37.243	
54	Leibesübungen	--	--	--		24.400	24.400	9.400	13.900	- 24.400	- 9.400	- 13.900	135
55	Einrichtungen der Leibesübungen.												
55 1	Sport- und Spielplätze	10.330	10.200	10.200	10.089	105.220	105.090	120.403	102.638	- 94.890	- 110.203	- 92.569	136
55 2	Sommerbäder	10.062	10.052	12.468	7.443	32.358	32.348	30.278	25.330	- 22.296	- 17.810	- 17.887	138
55 3	Schwimmhalle	39.214	29.094	24.834	27.772	77.409	67.289	80.021	76.697	- 38.195	- 55.187	- 48.925	140
	Summe 55	59.606	49.346	47.502	45.284	214.987	204.727	230.702	204.665	- 155.381	- 183.200	- 159.381	
56	Jugendertüchtigung	--	--	--	--	50.680	50.680	50.680	49.860	- 50.680	- 50.680	- 49.860	142
57	Einrichtungen der Jugendertüchtigung	6.097	4.537	5.017	2.773	8.576	7.016	7.141	8.420	- 2.479	- 2.124	- 5.647	143
	Summe Einzelplan 5	1.701.135	1.501.498	1.388.066	1.325.037	3.129.481	2.929.844	2.927.096	2.564.994	- 1.428.346	- 1.539.030	- 1.239.957	145
6	Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.												147
61	Städtebau und Planung	--	--	18.000		124.820	124.820	146.087	113.367	- 124.820	- 128.087	- 112.805	148
62	Wohnungswesen.				49.563								
62 0	Amt für Wohnungsbeschaffung	49.932	49.932	37.360	2	89.401	89.401	86.926	90.106	- 39.469	- 49.566	- 40.543	150
62 1	Wohnungsinspektion	--	--	2	43.383	21.849	21.849	31.090	32.598	- 21.849	- 31.088	- 32.596	152
62 2	Hauszinssteuerhypothekenverwaltung	43.600	43.600	43.600		43.600	43.600	43.600	43.383	--	--	--	154
	Summe 62	93.532	93.532	80.962	92.948	154.850	154.850	161.616	166.087	- 61.318	- 80.654	- 73.139	
63	Siedlungswesen	2.160	2.160	2.161	1.600	2.160	2.160	2.161	2.160	--	--	- 560	155
64	Vermessungsabteilung und Plankammer	1.350	1.350	2.800	2.680	142.328	142.328	153.746	139.981	- 140.978	- 150.946	- 137.301	156
65	Hochbauamt	77.287	45.912	45.447	44.763	504.452	473.077	459.232	416.777	- 427.165	- 413.785	- 372.014	158
66	Tiefbauamt.				610.939								
66 0	Tiefbauamt einschl. Straßen, Brücken, Plätze	167.889	128.127	665.687	100	789.204	749.442	768.751	1.032.990	- 621.315	- 103.064	- 422.051	161
66 1	Wege, Landstraßen, Wasserläufe (ohne Schwentine)	100	100	100	611.039	46.177	46.177	50.292	42.899	- 46.077	- 50.192	- 42.799	165
	Summe 66	167.989	128.227	665.787	753.592	835.381	795.619	818.943	1.075.789	- 667.392	- 153.256	- 464.850	
	Summe Einzelplan 6	342.318	271.181	815.157		1.763.991	1.692.854	1.741.885	1.914.261	- 1.421.673	- 926.728	- 1.160.669	166

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reineinnahme Rechnung 1941 RM	Gesamtausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reinausgabe Rechnung 1941 RM	Zuschußbedarf oder Überschuß (-) Haushaltsplan 1943 RM	Zuschußbedarf oder Überschuß (-) Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Zuschußbedarf oder Überschuß (+) Rechnung 1941 RM	Seite des Haushaltsplans
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a	7b	7c	8
7	Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.												167
70	Betriebsamt	33.385	50	50	--	60.642	27.307	19.422	21.584	- 27.257	- 19.372	- 21.584	168
71	Öffentliche Einrichtungen.				586								
71 00	Straßenbeleuchtung	550	550	550	539.[illegible]	120.402	120.402	112.402	105.537	- 119.852	- 111.852	- 104.951	170
71 01	Straßenreinigung	551.362	448.659	436.602	114.[illegible]	881.722	779.019	715.665	705.401	- 330.360	- 279.063	- 166.124	172
71 02	Müllabfuhr	165.026	131.800	119.391	18.013	165.026	131.800	127.584	105.157	--	- 8.193	+ 9.551	176
71 03	Bedürfnisanstalten	25.192	25.122	19.182	1.020.761	51.377	51.307	58.441	40.275	- 26.185	- 39.259	- 22.262	178
71 04	Stadtentwässerung (einschl. Zweigleitungen)	1.153.695	1.064.258	1.026.256	739.270	1.153.695	1.064.258	981.461	955.072	--	+ 44.795	+ 65.689	180
71 10	Schlachthof	730.704	720.195	755.621	130.217	730.704	720.195	801.108	739.270	--	- 45.487	--	183
71 11	Viehhof	281.793	141.932	141.801	530.996	281.793	141.932	141.801	130.217	--	--	--	186
71 12	Seegrenzschlachthof	364.740	364.740	182.220	345.961	457.724	457.724	382.454	597.914	- 92.984	- 200.234	- 66.958	189
71 13	Kühl- und Gefrierhaus	474.746	462.746	390.640	15.277	433.977	421.977	632.588	269.330	+ 40.769	- 241.948	+ 76.631	192
71 14	Marktwesen	8.438	8.140	8.030	73.157	57.746	57.448	74.455	60.867	- 49.308	- 66.425	- 45.590	195
71 2	Feuerlösch- und Rettungswesen	102.851	80.126	83.136	69.944	992.958	970.233	999.669	1.005.549	- 890.107	- 916.533	- 932.392	197
71 3	Warmbadeanstalten	73.857	73.657	71.967	83.088	104.229	104.029	104.202	91.016	- 30.372	- 32.235	- 21.072	200
71 40	Gartenbauabteilung	306.179	50.348	56.528	--	836.188	580.357	633.173	420.308	- 530.009	- 576.645	- 337.220	203
71 41	Gemüsebau	72.000	72.000	--	148.606	69.426	69.426	--	--	+ 2.574	--	--	207
71 5	Feuerbestattung und Friedhöfe	145.908	145.608	148.190	54.178	144.543	144.243	126.327	119.036	+ 1.365	+ 21.863	+ 29.570	208
71 6	Laboratorium	57.015	54.080	53.180	982.096	65.311	62.376	63.362	54.874	- 8.296	- 10.182	- 696	211
71 7	Städtische Spar- und Leihkasse	1.380.900	1.380.900	1.379.100		1.380.900	1.380.900	1.379.100	982.096	--	--	--	213
	Summe 71	5.894.956	5.224.861	4.872.394	4.866.095	7.927.721	7.257.626	7.333.792	6.381.919	- 2.032.765	- 2.461.398	- 1.515.824	
72	Wirtschaftsförderung.				68.752								
72 0	Förderung von Handel und Verkehr	11.156	11.156	72.968	2.800	49.257	49.257	82.816	38.858	- 38.101	- 9.848	+ 29.894	214
72 1	Ernährungshilfswerk	1.850	1.850	2.850	--	27.648	27.648	27.823	22.738	- 25.798	- 24.973	- 19.938	216
72 2	Besondere Maßnahmen zur Durchführung des Vierjahresplanes	--	--	--		26.604	26.604	26.604	17.855	- 26.604	- 26.604	- 17.855	217
	Summe 72	13.006	13.006	75.818	71.552	103.509	103.509	137.243	79.451	- 90.503	- 61.425	- 7.899	
	Summe Einzelplan 7	5.941.347	5.237.917	4.948.262	4.937.647	8.091.872	7.388.442	7.490.457	6.482.954	- 2.150.525	- 2.542.195	- 1.545.307	218
8	Wirtschaftliche Unternehmen.												219
81	Stadtwerke	6.915.767	6.915.767	6.712.351	6.491.914	3.281.749	3.281.749	3.174.393	3.109.723	+ 3.634.018	+ 3.537.958	+ 3.382.191	220
82	Kieler Verkehrsaktiengesellschaft	918.005	918.005	--	--	6.750	6.750	--	--	+ 911.255	--	--	221
84	Hafen- und Verkehrsbetriebe	684.460	684.460	648.455	38.813	1.240.172	1.240.172	1.155.350	570.294	- 555.712	- 506.895	- 531.481	222
85	Unternehmen der Verkehrsförderung.				299.802								
85 0	Gast- und Schankwirtschaften	370.550	362.280	370.819	57.806	149.075	140.805	159.204	146.365	+ 221.475	+ 211.615	+ 153.437	224
85 2	Hilfsmittagstische	91.800	91.800	99.450		91.800	91.800	99.450	59.779	--	--	- 1.971	226
	Summe 85	462.350	454.080	470.269	357.610	240.875	232.605	258.654	206.144	+ 221.475	+ 211.615	+ 151.466	

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reineinnahme Rechnung 1941 RM	Gesamtausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reinausgabe Rechnung 1941 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Haushaltsplan 1943 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Rechnung 1941 RM	Seite des Haushaltsplans
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a	7b	7c	8
86	Land- und forstwirtschaftliche sowie industrielle und gewerbliche Unternehmen.				114.159								
86 0	Gut Seekamp	112.943	112.943	133.726	25.489	104.015	104.015	116.076	105.216	+ 8.928	+ 17.650	+ 8.943	228
86 1	Landwirtschaftliche Gewese	34.388	31.997	25.986	8.657	20.002	17.611	20.006	17.764	+ 14.386	+ 5.980	+ 7.705	231
86 2	Industriegrundstücke	18.348	18.348	11.004	120.088	17.530	17.530	16.041	16.241	+ 818	- 5.037	- 7.584	233
86 3	Anschlußgleise und Industrielagerplätze	120.848	118.805	116.475	47.622	26.897	24.854	38.900	22.525	+ 93.951	+ 77.575	+ 97.563	234
86 4	Bauhof und Kiesgrube	47.160	42.660	47.160		62.948	58.448	62.700	52.450	- 15.788	- 15.540	- 4.828	236
	Summe 86	333.687	324.753	334.351	315.995	231.392	222.458	253.723	214.196	+ 102.295	+ 80.628	+ 101.799	
	Summe Einzelplan 8	9.314.269	9.297.065	8.165.426	7.204.332	5.000.938	4.983.734	4.842.120	4.100.357	+ 4.313.331	+ 3.323.306	+ 3.103.975	238
9	Finanz- und Steuerverwaltung.												239
90	Finanzverwaltung.				--								
90 0	Kämmereiverwaltung	3.933	3.933	--	20.902	72.089	72.089	84.338	86.520	- 68.156	- 84.338	- 86.520	240
90 1	Kassenverwaltung	15.140	15.140	15.900		480.305	480.305	508.196	455.329	- 465.165	- 492.296	- 434.427	241
	Summe 90	19.073	19.073	15.900	20.902	552.394	552.394	592.534	541.849	- 533.321	- 576.634	- 520.947	
91	Allgemeines Kapitalvermögen und nicht aufteilbarer Schuldendienst sowie Rücklagen, soweit nicht bei anderen Einzelplänen zu veranschlagen	2.704.792	2.704.792	2.343.454	2.497.405	6.911.233	6.911.233	8.329.827	5.218.451	- 4.206.441	- 5.986.373	- 2.721.046	243
92	Allgemeines Grundvermögen.				396.449								
92 0	Liegenschaften	402.846	383.170	392.521	1.097.204	478.741	459.065	386.417	405.435	- 75.895	+ 6.104	- 8.986	245
92 1	Miet- und Geschäftshäuser einschl. Sanierungshäuser	1.217.950	1.155.907	1.191.356		1.457.391	1.395.348	1.450.545	1.395.580	- 239.441	- 259.189	- 298.376	248
	Summe 92	1.620.796	1.539.077	1.583.877	1.493.653	1.936.132	1.854.413	1.836.962	1.801.015	- 315.336	- 253.085	- 307.362	
93	Stiftungen	126.357	126.357	137.155	312.704	126.357	126.357	137.155	312.704	--	--	--	251
94	Steuern und steuerähnliche Einnahmen	31.880.165	31.871.915	33.267.934	30.703.146	614.373	606.123	673.193	672.071	+ 31.265.792	+ 32.594.741	+ 30.031.075	252
96	Umlagen an Gebietskörperschaften	--	--	--	--	8.266.085	8.266.085	6.641.171	6.274.104	- 8.266.085	- 6.641.171	- 6.274.104	254
97	Abwicklung der Vorjahre	--	--	4.005.979	4.701.143	--	--	4.005.979	4.701.143	--	--	--	255
98	Verstärkungs- und Vorbehaltsmittel	--	--	--	--	300.000	300.000	361.005	--	- 300.000	- 361.005	--	255
	Summe Einzelplan 9	36.351.183	36.261.214	41.354.299	39.728.953	18.766.574	18.616.605	22.577.826	19.521.337	+ 17.644.609	+ 18.776.473	+ 20.207.616	256

Nummer des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Namentliche Bezeichnung des Einzelplans und des Abschnitts bzw. Unterabschnitts	Gesamteinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan 1943 RM	Reineinnahme Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reineinnahme Rechnung 1941 RM	Gesamtausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan 1943 RM	Reinausgabe Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Reinausgabe Rechnung 1941 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Haushaltsplan 1943 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Zuschußbedarf (-) oder Überschuß (+) Rechnung 1941 RM	Seite des Haushaltsplans
1	2	3	4a	4b	4c	5	6a	6b	6c	7a	7b	7c	8
	Wiederholung der Einzelpläne.												
0	Allgemeine Verwaltung	2.142.681	2.037.314	1.443.009	1.253.693	5.495.185	5.389.818	4.785.848	4.440.028	- 3.352.504	- 3.342.839	- 3.186.335	31
1	Polizei	230.538	161.150	145.045	116.692	1.792.470	1.723.082	1.562.830	1.357.946	- 1.561.932	- 1.417.785	- 1.241.254	40
2	Schulwesen	1.503.065	1.426.092	1.411.044	2.123.834	6.400.396	6.323.423	6.464.286	6.172.819	- 4.897.331	- 5.053.242	- 4.048.985	66
3	Kultur- und Gemeinschaftspflege	1.370.965	1.224.501	950.038	554.304	3.094.195	2.947.731	2.801.144	2.224.637	- 1.723.230	- 1.851.106	- 1.670.053	88
4	Fürsorgewesen und Jugendhilfe	14.413.756	14.392.044	14.011.591	11.792.087	19.836.155	19.814.443	19.438.445	17.100.640	- 5.422.399	- 5.426.854	- 5.308.543	112
5	Gesundheitswesen, Volks- und Jugendertüchtigung	1.701.135	1.501.498	1.388.066	1.325.037	3.129.481	2.929.844	2.927.096	2.564.994	- 1.428.346	- 1.539.030	- 1.239.957	145
6	Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen	342.318	271.181	815.157	753.582	1.763.991	1.692.854	1.741.885	1.914.261	- 1.421.673	- 926.728	- 1.160.669	166
7	Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	5.941.347	5.237.917	4.948.262	4.937.647	8.091.872	7.388.442	7.490.457	6.482.954	- 2.150.525	- 2.542.195	- 1.545.307	218
8	Wirtschaftliche Unternehmen	9.314.269	9.297.065	8.165.426	7.204.332	5.000.938	4.983.734	4.842.120	4.100.357	+ 4.313.331	+ 3.323.306	+ 3.103.975	238
9	Finanz- und Steuerverwaltung	36.351.183	36.261.214	41.354.299	39.728.953	18.706.574	18.616.605	22.577.826	19.521.337	+ 17.644.609	+ 18.776.473	+ 20.207.616	256
	A. Gesamtsumme des ordentlichen Haushalts	73.311.257	71.809.976	74.631.937	69.790.461	73.311.257	71.809.976	74.631.937	65.879.973	Gleicht sich aus	Gleicht sich aus	+ 3.910.488	
	Dazu Abwicklung der Vorjahrsreste	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	+ 95.491	
											Insgesamt	+ 4.005.979	
	B. Gesamtsumme des außerordentlichen Haushalts	5.577.517	5.560.617	3.389.639	7.379.477	5.577.517	5.560.617	3.389.639	7.379.477	Gleicht sich aus	Gleicht sich aus	Gleicht sich aus	299/305

Ordentlicher Haushaltsplan 1943

---

0 Allgemeine Verwaltung

00 Hauptverwaltung

- 00 1 Hauptamt
- 00 2 Personalamt
- 00 3 Beschaffungsstelle und Druckerei
- 00 4 Rechnungsprüfungsamt

01 Durchführung eigener Angelegenheiten

- 01 0 Städtischer Informationsdienst, Verwaltungsbücherei
- 01 1 Archiv einschl. Lichtbildarchiv
- 01 2 Statistisches Amt

02 Durchführung von Auftragsangelegenheiten

- 02 0 Standesämter
- 02 1 Gewerbe- und Rechtsamt
- 02 2 Wahlsachen
- 02 3 Stadternährungsamt
- 02 4 Stadtwirtschaftsamt
- 02 5 Bezirksausgabestellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamts
- 02 6 Kriegsschädenamt

03 Weggefallener Abschnitt

04 Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle — Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		00 1 Hauptamt				Das Hauptamt umfaßt: Oberbürgermeister, Beigeordnete der Hauptverwaltung, Gemeinderäte, Verwaltungsgebäude - soweit diese nicht bei den einzelnen Abschnitten bzw. Unterabschnitten nachgewiesen sind - Repräsentation und Ausschmückung.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattung vom Reich und Land	19.184	12.200	496	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	(7.558 (11.847	6.350 7.347	6.993 7.885	Zu 20: Erstattungen siehe Nachw. II.
	24	Verkaufserlös für Altmaterial	200	200	405	Zu 30: Heizung für den neuen Ratskeller, die Räume des Stadtwirtschaftsamtes und die Baracke am Adolf-Hitler-Platz.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	(822 (6.512	-- 10.398	8.250 12.788	Erstattungen siehe Nachw. II.
	31	Sonstige Einnahmen	(30.880 (14.793	13.720 31.953	32.100 28.927	Zu 31: Portoerstattungen vom Kieler Verkehrsverein, Standesamt, Nahrungsmitteluntersuchungsamt, Kriegsschädenamt und von Privaten: 19.880 RM
	33	Zahlungen für Vorjahre	--	--	6.104	
	39 0	Verwaltungskostenbeitrag aus dem ordentl. Haushalt	23.690	45.190	45.190	Von den Stadtwerken (Adolf-Hitler-Spende): 11.000 " 30.880 RM
		Einmalige Einnahmen.				
	40	Entnahmen aus Rücklagen	4.000	4.000	791	Erstattungen siehe Nachw. II.
						Zu 39 0: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Gesamteinnahmen	119.486	131.358	149.929	Zu 40: Aus der Auto-Kaskoselbstversicherungsrücklage - vgl. Ausg. 68 0 - ..... 2.000 RM
		Davon Erstattungen	56.842	94.888	94.790	
		Reineinnahmen	62.644	36.470	55.139	Aus der Feuerselbstversicherungsrücklage - vgl. Ausg. 68 1 - ..... 2.000 " 4.000 RM
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	25.411	42.248	34.786	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	152.512	140.397	137.388	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	13.807	10.805	5.943	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	75.619	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	87.790	) 158.018	166.046	Zu 50 4: Ersatz der Auslagen und des entgangenen Arbeitsverdienstes an die Gemeinderäte, Aufwandsentschädigung für den Oberbürgermeister und den Bürgermeister, für Bedienung des Fahrstuhls und Aufwartung außerhalb der Dienstzeit.
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	1.000	)		
	50 4	Sondervergütungen	8.900	9.500	8.925	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte ...	57.280	58.230	60.223	
	51 1	Desgl. für Angestellte	6.454	7.401	8.304	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge ..	18.142	15.404	12.076	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	52 0	Mieten	4.980	4.655	780	Zu 52 0: Verwaltungsstelle Holtenau (halbe Jahresmiete; die andere Hälfte bei 02 0/52 0): 780 RM Platz für die Baracke am Adolf-Hitler-Platz: 4.200 * 4.980 RM
	52 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	69.400	66.645	69.135	
	53	Bücher, Zeitungen	30	100	13	
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	80.000	80.000	78.182	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(530 (2.940	730 2.940	491 1.565	Zu 54: Vgl. auch Einn. 31. Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	18.656	18.524	17.968	
	60 4	Sondervergütungen	(2.630 (120	2.750 --	2.660 120	Zu 60 4: Für Hauswarte der Verwaltungsgebäude. An 92 1/30.
	60 50	Löhne für einberufene Arbeiter	--	2.800	1.917	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Arbeiter und Reinmachefrauen	60.300	58.500	57.434	
	60 52	Löhne für Ersatzpersonal	1.400	1.250	948	
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	940	1.040	1.375	
	61 2	Ruhelöhne, Hinterbliebenenbezüge für Arbeiter	--	--	218	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge ..	9.534	9.275	8.395	
	61 6	Stellvertreterkosten	1.500	1.800	1.008	Zu 62: Für den Kraftwagen der Verteilungs- und Ermittlungsstelle.
		Sächliche Zweckausgaben.				Zu 64 2: An 66 0/25 ..... 425 RM 71 01/16 ..... 1.500 * 71 01/23 ..... 275 * 71 01/25 ..... 170 * 71 02/23 ..... 610 * 71 04/23 ..... 2.560 * 71 04/25 ..... 140 * 5.680 RM
	62	Verbrauchsstoffe	200	500	544	
	63 1	Kosten für Umzüge städtischer Dienststellen	2.000	2.000	1.710	
	64 2	Grundstücksabgaben	(1.177 (5.680	1.952 5.586	1.581 4.819	
	65	Gebühren für die Prüfungen durch das Gemeindeprüfungsamt	100	--	110	
	66	Ehrengaben	(17.000 (--	16.700 300	13.199 185	Zu 66: Zu seltenen Hochzeiten, Geburtstagen und Arbeitsjubiläen.
	67	Leistungen für militärische Zwecke	--	1.000	--	
	68 0	Auto-Kaskoschadensleistungen	2.000	2.000	807	Zu 68 0: Vgl. Einn. 40.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	68 1	Zur Deckung kleiner Brandschäden	2.000	2.000	23	Zu 68 1: Vgl. Einn. 40.
	69	Vereinsbeiträge, Beihilfen und Zuschüsse	31.238	32.438	30.918	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	235	235	442	Zu 70: Kraftfahrzeugsteuer und Umsatzsteuer.
	72	Dienst- und Schutzkleidung	1.000	1.000	307	
	73	Reise- und Fahrkosten	15.000	15.000	14.315	Zu 73: Die Aufwendungen im Interesse einzelner Verwaltungszweige werden bei den betr. Einzelplänen nachgewiesen.
	74	Gemeinschaftsförderung	300	330	190	
	75 0	Repräsentationsausgaben	(2.300 (--	2.000 300	2.462 347	
	75 1	Ausgaben aus besonderen Anlässen	(12.000 (--	20.000 --	45.992 50	Zu 75 1: Beerdigungskosten usw. für Bombenopfer.
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(5.000 (--	4.800 --	3.274 109	Zu 80 0: Gegenseitig deckungsfähig mit 80 1.
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	(3.113 (100	3.113 100	5.139 619	Zu 80 1: An 65/25. Gegenseitig deckungsfähig mit 80 0.
	80 2	Unterhaltung des Büroinventars	(30.000 (--	37.145 --	27.152 61	Zu 80 2: Instandhaltung und Ersatz von Büroinventar und Büromaschinen für die Hoheitsverwaltung.
	80 3	Unterhaltung des Kraftwagens und der Fahrräder ..	600	990	960	
	80 4	Unterhaltung gärtnerischer Anlagen	(40 (285	40 285	-- 200	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Sachversicherung	1.500	1.600	1.343	
		Abführungen an Rücklagen.				Zu 82 0: Gebäude ¾ - 1 % von 3.696.570 RM. Technische Einrichtungen 2 - 3⅓ % von 311.180 RM. Bürobaracke 20 % von 72.000 RM. Aktenwagen der Verteilungs- und Ermittlungsstelle 20 % von 3.145 RM.
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	34.803	20.403	20.402	
	85 0	Abführungen an Kapitalsicherungsrücklagen	942	1.002	846	
	86 0	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	2.000	2.000	2.000	Zu 85 0: An die Auto-Kasko- und die Feuerselbstversicherungsrücklage.
		Schuldendienst.				
	87	Schuldenzinsen	61	63	64	
	88	Schuldentilgung	77	77	76	

0 Allgemeine Verwaltung

Hauptamt 00 1

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	15.000	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig).....	--	--	(89.050 (950	
		Gesamtausgaben	870.626	882.971	946.146	
		Ab Erstattungen	56.842	94.888	94.790	
		Reinausgaben	813.784	788.083	851.356	
		Reineinnahmen	62.644	36.470	55.139	
		Zuschuß	751.140	751.613	796.217	

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		00 2 Personalamt				Dieser Unterabschnitt umfaßt das Personalamt einschl. Gehalts- und Lohnamt.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattung von Versorgungsbezügen vom Reich	12.000	12.000	18.084	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30 0	Erstattung von Ruhegeldern durch Beiträge der Arbeiter	36.000	36.000	36.812	Zu 30 0: Vgl. Ausg. 61 2. Bei den einzelnen Dienststellen erscheint als Ausgabe nur der Stadtanteil an den aufzubringenden Gesamtruhegeldern.
	30 1	Erstattung von Ruhegehältern für Beamte der früheren Gemeinde Elmschenhagen	10.700	10.700	8.478	
	31	Sonstige Einnahmen	1.100	1.600	4.829	Zu 31: Kürzung von Nebenvergütungen, Kassenüberschüsse, Erstattung von Fehlbeträgen, Geldbußen und sonstige Erstattungen.
	35	Erstattung von Beiträgen von der Zusatzversorgungsanstalt für ausgeschiedene Arbeiter und Angestellte	50	3.000	13.950	
		Gesamt- und Reineinnahmen	59.850	63.300	82.153	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	43.686	36.366	29.445	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	70.000	67.256	66.560	
	50 10	Gehälter für einberufene außerplanmäßige Beamte	50.816	--	--	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	9.473	9.090	1.771	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	72.731	69.252	54.680	
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	33.312	)		
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	3.000	) 28.920	30.133	
	50 60	Vergütungen für einberufene Anwärter und Lehrlinge	25.200	29.492	--	
	50 61	Vergütungen für nichteinberufene Anwärter und Lehrlinge	106.042	97.638	--	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge, Rückzahlung der Einbehaltungsbeträge für Beamte	37.660	40.087	34.575	
	51 1	Desgl. für Angestellte	5.497	4.399	5.151	
	51 3	Versicherungsbeiträge für Angestellte	11.835	9.571	81.980	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	51 4	Notstandsbeihilfen	7.880	6.620	6.675	Zu 51 4 und 61 4: 30 RM je Kopf der Beamten und nicht krankenversicherungspflichtigen Angestellten (ohne Stadtwerke, Hafen- und Verkehrsbetriebe und Sparkasse) abzüglich des Zuschusses an die Krankenkasse für Beamte und Angestellte - vgl. Erl. zu Ausg. 51 5 -. Gegenseitig deckungsfähig.
	51 5	Sonstige Leistungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter	(55.425 (500	43.330 1.350	24.291 457	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	230	230	190	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(4.200 (2.500	4.260 3.500	2.874 2.160	Zu 51 5 und 61 5: An 52 0/23 500 RM. Unterstützungen 12,50 RM je Kopf aller Gefolgschaftsmitglieder (ohne Stadtwerke, Hafen- und Verkehrsbetriebe und Sparkasse), Urlaubszuschüsse an Lehrlinge, Zuschuß an die Krankenkasse für Beamte und Angestellte, für fachärztliche Untersuchungen, Nachrufe, Kränze und Ehrengaben, Unterstützungen an wirtschaftlich schwache und kinderreiche Familien von zum Heeresdienst Einberufenen sowie an Gefolgschaftsmitglieder, die durch Feindeinwirkung außergewöhnliche Körperschäden erlitten haben. Gegenseitig deckungsfähig.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge, Rückzahlung der Einbehaltungsbeträge für Beamte	--	--	6.000	
	61 1	Desgl. für Angestellte	--	--	7.059	
	61 2	Ruhelöhne und Hinterbliebenenbezüge für Arbeiter	36.000	36.000	37.549	
	61 4	Notstandsbeihilfen	5.000	5.000	2.455	
	61 5	Sonstige Leistungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter	35.000	35.000	19.032	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	69	Vereinsbeiträge	6.124	5.930	5.469	Zu 55: An 00 3/24.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	129	Zu 61 2: Vgl. Einn. 30 0.
	71	Schadensleistungen	8.000	8.000	6.526	Zu 61 4: Vgl. Erl. zu Ausg. 51 4. Gegenseitig deckungsfähig mit 51 4.
	72	Schutzkleidung	200	150	--	Zu 61 5: Vgl. Erl. zu Ausg. 51 5. Gegenseitig deckungsfähig mit 51 5.
						Zu 69: Siehe Nachw. I.
						Zu 71: Verlustentschädigung für Kassierer und Unfallfürsorge.
						Zu 72: Für das Maschinen-Bedienungspersonal des Lohnamts.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	73	Umzugskosten	2.000	2.000	2.049	
	74	Schulungskosten, Gemeinschaftsförderung einschließlich Betriebssport	(10.395 (10	10.000 10	4.647 --	Zu 74: An 55 1/20. Schulgeld für Anwärter und Lehrlinge. Für Gemeinschaftsfeiern: 1 RM von dem Kopfbetrag von 3 RM (ohne Stadtwerke, Hafen- und Verkehrsbetriebe und Theateramt). Die restlichen je Kopf erscheinen bei den einzelnen Verwaltungszweigen; hier Anteil des Personalamts. Zuschuß an die Betriebssportgemeinschaft.
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	276.900	
	90 1	Nachentrichtung von Beiträgen zur Zusatzversicherung	40.000	--	--	
		Gesamt- und Reinausgaben	682.716	553.451	708.757	
		Reineinnahmen	59.850	63.300	82.153	
		Zuschuß	622.866	490.151	626.604	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		00 3 Beschaffungsstelle und Druckerei				Zur Verfügung des Hauptamts.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
		Verkaufserlöse aus Büromaterial und Drucksachen	(11.025 (46.975	9.800 58.200	7.689 39.934	Zu 24: Vgl. Ausg. 65. Erstattungen siehe Nachw. II.
		Gesamteinnahmen	58.000	68.000	47.623	
		Davon Erstattungen	46.975	58.200	39.934	
		Reineinnahmen	11.025	9.800	7.689	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	158	158	156	
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	--	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	8.458	8.223	8.082	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte ...	6.705	6.785	6.586	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	2.723	2.626	2.521	
	61 1	Desgl. für Angestellte	337	381	385	
	61 3	Versicherungsbeiträge für Angestellte	687	622	471	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65	Büromaterial	(58.000 (--	68.000 --	46.059 19	Zu 65: Vgl. Einn. 24. Die am Jahresschluß verbliebenen Büromaterialien sind als Bestand in die Vermögensrechnung zu übernehmen; ein Mehrverbrauch ist dieser zu entnehmen.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	10	
	72	Schutzkleidung	(55 (10	55 10	37 1	Zu 72: An 45 2/25.
	74	Gemeinschaftsförderung	10	10	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	1.065	1.065	1.065	Zu 82 0: Maschinen, 10 % von 10.250 RM, 4 % von 1.000 RM.
		Einmalige Ausgaben.				
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	8.000	
		Gesamtausgaben	78.208	87.935	73.391	
		Ab Erstattungen	46.975	58.200	39.934	
		Reinausgaben	31.233	29.735	33.457	
		Reineinnahmen	11.025	9.800	7.689	
		Zuschuß	20.208	19.935	25.768	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		00 4 Rechnungsprüfungsamt				
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	5.559	12.571	11.592	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	51.926	56.662	44.187	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	3.120	3.080	4.440	
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	10.201	3.176	1.650	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	18.507	22.107	19.106	
	51 1	Desgl. für Angestellte	548	173	325	
	51 3	Versicherungsbeiträge für Angestellte	1.365	575	412	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	100	50	50	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(25 (75	10 75	2 75	Zu 55: An 00 3/24.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	10	
	74	Gemeinschaftsförderung	24	12	18	
		Gesamt- und Reinausgaben	91.450	98.491	81.867	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	91.450	98.491	81.867	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		01 0 Städtischer Informationsdienst, Verwaltungsbücherei				Zur Verfügung des Hauptamts.
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	5.529	5.376	4.994	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	--	--	773	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	3.255	5.305	13.194	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	1.780	1.721	1.797	
	51 1	Desgl. für Angestellte	164	298	771	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	334	489	892	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	3.135	3.135	2.098	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(10 (62	10 62	22 41	Zu 55: An 00 3/24.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	7	
	74	Gemeinschaftsförderung	2	4	--	
		Gesamt- und Reinausgaben	14.271	16.400	24.589	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	14.271	16.400	24.589	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		01 1 Archiv einschl. Lichtbildarchiv				Zur Verfügung des Kulturamts.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	24	Verkauf von Bildern	(400 (1.200	400 --	324 217	Zu 24: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	33	Zahlungen für Vorjahre	--	--	21	
		Gesamteinnahmen	1.600	400	562	
		Davon Erstattungen	1.200	--	217	
		Reineinnahmen	400	400	345	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	9.960	10.672	6.036	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	3.000	2.700	/.1.801	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	9.454	10.423	826	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	3.207	3.415	1.882	
	51 1	Desgl. für Angestellte	914	735	61	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.280	1.198	71	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	350	350	440	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(70 (30	70 50	2 13	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 5	Löhne für Reinmachefrauen	100	400	--	Zu 60 5: Entstauben der Archivbestände.
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	10	37	--	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62	Verbrauchsstoffe	1.800	2.000	942	
	65	Ankaufsmittel und Leihgebühren für Negative und Bilder	1.050	1.050	571	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Verschiedene Ausgaben.				
	74	Gemeinschaftsförderung	10	10	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 4	Unterhaltung der fotografischen Geräte (einschl. Ersatz)	300	--	--	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	800	1.179	
	90 1	Erweiterung der Kartei für das Lichtbildarchiv ...	200	--	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	750	458	
	97 1	Beschaffung von Zusatzgeräten für die Aufnahmeapparate	200	--	--	
		Gesamtausgaben	31.935	34.660	10.680	
		Ab Erstattungen	1.200	--	217	
		Reinausgaben	30.735	34.660	10.463	
		Reineinnahmen	400	400	345	
		Zuschuß	30.335	34.260	10.118	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		01 2 Statistisches Amt - ohne Wahlsachen -				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	13	Verwaltungs- und Hebegebühren	130	120	131	Zu 13: Von der Verwaltung des Provinzialverbandes für Erhebung der Umlage zum Viehseuchenfonds.
	18	Erstattungen von den Kirchengemeinden	--	--	335	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
o	24	Verkauf von Büromaterial und Drucksachen	320	320	444	Zu 24: Für die Erhebungsvordrucke im Preisberichtsdienst. - Vgl. Ausg. 55 -.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
o	33	Zahlungen für Vorjahre	--	--	14	
		Gesamt- und Reineinnahmen	450	440	924	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	11.916	11.572	10.394	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	9.030	8.936	8.328	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	14.140	9.982	10.720	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte ...	42.238	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	11.408	) 68.408	61.857	
				)		
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	6.744	6.548	5.957	
	51 1	Desgl. für Angestellte	3.070	3.694	3.973	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	6.966	7.215	4.921	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	200	230	250	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(800 (500	900 700	1.393 453	Zu 55: An 00 3/24. - Vgl. Einn. 24 -.
	57	Adremaplatten	4.000	4.000	3.820	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	83	
	72	Schutzkleidung	250	250	236	
	73	Fahrkosten	50	--	--	
	74	Gemeinschaftsförderung	58	72	68	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen	350	350	321	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	2.764	3.316	3.436	Zu 82 0: 2 - 10 v.H. von 55.386 RM.
		Schuldendienst.				
	87 0	Schuldenzinsen	1.057	1.144	1.230	
	88	Schuldentilgung	2.162	2.162	2.162	
		Einmalige Ausgaben.				
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	2.400	
		Gesamt- und Reinausgaben	117.703	129.479	122.002	
		Reineinnahmen	450	440	924	
		Zuschuß	117.253	129.039	121.078	

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 0 Standesämter				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Verwaltungsgebühren	(34.000	32.000	33.305	
			(150	--	100	Zu 13: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	24	Sonstige Verkaufserlöse	4.400	4.200	4.472	Zu 24: Vgl. Ausg. 66.
		Gesamteinnahmen	38.550	36.200	37.877	
		Davon Erstattungen	150	--	100	
		Reineinnahmen	38.400	36.200	37.777	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	8.704	4.339	4.331	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	49.517	56.531	55.749	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	10.680	13.380	2.997	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	43.093	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsdienst	21.011	) 58.081	60.532	
				)		
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	18.744	19.436	18.731	
	51 1	Desgl. für Angestellte	3.440	3.406	3.618	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	7.664	6.558	4.342	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	52 0	Miete für das Standesamt Holtenau	780	780	780	Zu 52 0: Halbe Jahresmiete für die Verwaltungsstelle Holtenau; die andere Hälfte bei 00 1/52 0.
	52 1	Heizung für das Standesamt Holtenau	90	90	67	
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	200	250	192	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben und Beiträge an Berufsorganisationen	(9.900	7.900	4.517	
			(470	470	429	Zu 55: An 00 3/24.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 1	Blumenschmuck	600	600	180	Zu 63 1: An 71 4/25. Für die Trauzimmer.
	65	"Mein Kampf" zur Aushändigung bei Eheschließungen	10.000	15.000	14.364	
	66	Beschaffung von Familienstammbüchern, Ahnenpässen und dgl.	3.500	3.500	3.173	Zu 66: Vgl. Einn. 24.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	79	
	72	Dienstkleidung	120	100	100	
	74	Gemeinschaftsförderung	62	62	74	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	100	101	
	90 1	Beschaffung von Dienstkleidung	280	--	--	
		Gesamtausgaben	188.855	190.583	174.356	
		Ab Erstattungen	150	--	100	
		Reinausgaben	188.705	190.583	174.256	
		Reineinnahmen	38.400	36.200	37.777	
		Zuschuß	150.305	154.383	136.479	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 1 Gewerbe- und Rechtsamt				Das Gewerbe- und Rechtsamt umfaßt: Syndikat, Versicherungsamt, Gewerbewesen, Preisbehörde und Schiedsmänner.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Verwaltungsgebühren	10.000	10.000	12.832	
	17	Erstattung vom Land	--	--	3.483	
	18	Erstattung von Körperschaften öffentlichen Rechts usw.	17.000	16.900	41.788	Zu 18: Vgl. Ausg. 86.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	2.700	2.500	1.489	Zu 30: Erstattung von Mieten für beschlagnahmte Wohnungen, von Beiträgen und Prozeßkosten - vgl. Ausg. 65, 68 und 71 -.
	31	Sonstige Einnahmen	700	700	530	
		Einmalige Einnahmen.				Zu 31: Ordnungsstrafen der Preisbehörde.
	40	Entnahme aus der Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	70.000	70.000	18.688	Zu 40: Vgl. Ausg. 67.
		Gesamt- und Reineinnahmen	100.400	100.100	78.810	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	19.998	25.635	23.131	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	49.928	47.640	45.188	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	6.500	10.736	3.366	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	11.174	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	3.490	) 14.243	17.012	
	50 4	Sondervergütungen	750	--	--	Zu 50 4: Für preisbehördliche Gutachten.
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	22.512	23.397	20.959	
	51 1	Desgl. für Angestellte	1.066	1.247	1.322	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	2.168	2.292	1.495	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	250	250	235	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(150 (350	300 200	39 211	Zu 55: An 00 3/24.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 4	Vergütungen an Schiedsmänner	50	50	30	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65	Mieten für beschlagnahmte Wohnungen	200	--	--	Zu 65: Vgl. Einn. 30.
	67	Haftpflichtschadensleistungen	70.000	70.000	18.688	Zu 67: Vgl. Einn. 40 und Erl. zu Einn. 18.
	68	Beiträge an Berufsgenossenschaften	5.300	5.300	5.157	Zu 68: An die Baugewerks- und die Seeberufsgenossenschaft - vgl. Einn. 30 -, sowie Krankenversicherungsbeiträge für unständig Beschäftigte.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	23	
	71	Prozeßkosten und dgl.	6.000	6.000	5.648	Zu 71: Vgl. Einn. 30.
	73	Reise- und Fahrkosten	250	250	273	
	74	Gemeinschaftsförderung	28	24	30	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Abführungen an Rücklagen.				
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	15.400	15.300	40.001	
		Gesamt- und Reinausgaben	215.564	222.864	182.808	
		Reineinnahmen	100.400	100.100	78.810	
		Zuschuß	115.164	122.764	103.998	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 2 Wahlsachen				Zur Verfügung des Statistischen Amts.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattungen vom Reich	--	8.000	--	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	24	Für Lieferung von Abdrucken der Wählerlisten an die NSDAP.	--	400	--	
		Gesamt- und Reineinnahmen	--	8.400	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 3	Vergütungen für Stundenleistungen und Aushilfsdienst	--	5.400	--	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	--	275	--	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(--	450	--	
			(--	1.300	--	
	56	Besondere sächliche Verwaltungsausgaben	(--	1.690	--	
			(--	310	--	
		Gesamt- und Reinausgaben	--	9.425	--	
		Reineinnahmen	--	8.400	--	
		Zuschuß	--	1.025	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 3 Stadternährungsamt				Die bisher in den Unterabschnitten 02 3 und 02 4 enthalten gewesenen Einnahmen und Ausgaben der Bezirksausgabestellen des Stadternährungs- und Wirtschaftsamts werden vom Rechnungsjahr 1943 ab bei dem neu gebildeten Unterabschnitt 02 5 nachgewiesen.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17 0	Erstattung von Reich und Land	143.000	142.723	102.678	Zu 17 0: Für Lebensmittelkarten, Bezugscheine, amtliche Vordrucke und Bekanntmachungen - vgl. Ausg. 63 2 - Reichszuschuß zu den Verwaltungskosten s. 02 5/17.
o	17 1	Erstattung von Reich und Land	10.000	--	--	Zu 17 1: Für Heranschaffung von Winterkartoffeln - vgl. Ausg. 65 -.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Miete	1.433	1.433	625	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	31	Ordnungsstrafen	10.000	5.000	5.995	
		Gesamt- und Reineinnahmen	164.433	149.156	109.298	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	15.550	8.376	13.523	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	51.566	55.375	55.313	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	28.719	49.411	61.971	
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	36.359			
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	445	--	--	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	21.661	21.565	21.470	
	61 1	Desgl. für Angestellte	4.000	900	1.845	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	5.690	9.992	5.446	
	61 6	Stellvertreterkosten	1.547	1.728	--	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und Einband	400	400	273	
	63 1	Ferngespräche und sonstige Postgebühren	(3.960 (2.000	3.960 5.040	3.302 2.000	Zu 63 1: An 00 1/31.
	63 2	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sächliche Verwaltungskosten	(158.000 (2.000	158.000 2.000	160.277 4.081	Zu 63 2: Vgl. Einn. 17 0. An 00 3/24.

Finanz-statist. Kenn-ziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	63 3	Transport von Lebensmittelkarten	700	--	--	Zu 63 3: Bisher bei 73 nachgewiesen.
	64 0	Mieten	3.807	3.807	3.807	Zu 64 0: An 71 11/20 0 = 697 RM 92 1/20 = 3.110 " 3.807 RM
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(250 (1.100	305 1.100	531 --	
	65	Unkosten für die Heranschaffung von Lebensmitteln	(17.508 (2.104	20.000 --	4.075 --	Zu 64 1: An 92 1/30. Zu 65: Vgl. Einn. 17 1. An 92 1/20.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	85	
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	1.300	2.360	2.464	
	74	Gemeinschaftsförderung	78	204	74	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Beleuchtungsanlagen	300	300	193	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	480	480	456	
		Gesamt- und Reinausgaben	359.524	345.303	341.186	
		Reineinnahmen	164.433	149.156	109.298	
		Zuschuß	195.091	196.147	231.888	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 4 Stadtwirtschaftsamt				Die bisher in den Unterabschnitten 02 3 und 02 4 enthalten gewesenen Einnahmen und Ausgaben der Bezirksausgabestellen des Stadternährungs- und Wirtschaftsamts werden vom Rechnungsjahr 1943 ab bei dem neu gebildeten Unterabschnitt 02 5 nachgewiesen.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattung von Reich und Land	15.000	15.000	15.000	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	24	Verkaufserlöse	(36.000 (200	40.300 200	23.681 10	Zu 17: Für Druck- und Bekanntmachungskosten - vgl. Ausg. 63 2 -. Reichszuschuß zu den Verwaltungskosten s. 02 5/17.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	31	Sonstige Einnahmen	3.500	3.500	6.246	Zu 24: Vgl. Ausg. 65 1. Erstattungen siehe Nachw. II.
		Gesamteinnahmen Davon Erstattungen	54.700 200	59.000 200	44.937 10	
		Reineinnahmen	54.500	58.800	44.927	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	3.509	--	--	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	72.350	39.137	50.087	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	55.427	)		
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	129.546	) 125.971	135.545	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	3.900	--	--	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	24.422	12.497	15.558	
	61 1	Desgl. für Angestellte	5.556	2.862	3.089	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	13.951	11.576	8.951	
	61 6	Stellvertreterkosten	5.550	3.900	26	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher, Zeitschriften	500	600	208	
	63 1	Ferngespräche und sonstige Postgebühren	4.200	4.200	2.543	Zu 63 1: An 00 1/31.
	63 2	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sächliche Verwaltungskosten	(22.000 (4.000	22.000 4.000	23.803 2.287	Zu 63 2: Vgl. Einn. 17. An 00 3/24.

0 Allgemeine Verwaltung — Stadtwirtschaftsamt 02 4

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	64 0	Miete	(360 (3.097	360 3.097	939 3.097	Zu 64 0: An 00 1/20.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	923	923	23	Zu 64 1: An 00 1/30.
	65 0	Unkosten für die Heranschaffung von Gütern des täglichen Bedarfs	9.000	9.000	5.364	
	65 1	Unkosten durch Ankauf, Instandsetzung und Verteilung von bewirtschafteten Gütern	(28.238 (4.189	39.968 3.988	15.876 1.421	Zu 65 1: Vgl. Einn. 24. An 21/20 = 3.689 RM 52 3/23 = 500 " 4.189 RM
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	632	
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	1.500	1.500	1.341	
	74	Gemeinschaftsförderung	186	134	120	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	300	300	300	Zu 82 0: 3 % von 10.000 RM.
		Einmalige Ausgaben.				
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	2.200	
		Gesamtausgaben	397.704	286.013	273.410	
		Ab Erstattungen	200	200	10	
		Reinausgaben	397.504	285.813	273.400	
		Reineinnahmen	54.500	58.800	44.927	
		Zuschuß	343.004	227.013	228.473	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 5 Bezirksausgabestellen des Stadternährungs- und Wirtschaftsamts				Zur Verfügung des Stadternährungsamts. Der Unterabschnitt 02 5 enthält die bisher bei den Unterabschnitten 02 3 und 02 4 nachgewiesenen Einnahmen und Ausgaben der Bezirksausgabestellen sowie der Ausländerabteilung des Stadternährungs- und Wirtschaftsamts.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Reichszuschuß zu den Verwaltungskosten	515.782	470.336	449.197	Zu 17: Gesamtzuschuß für das Stadternährungs- und Wirtschaftsamt.
		Gesamt- und Reineinnahmen	515.782	470.336	449.197	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	10.426	8.790	3.079	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	65.029	67.027	67.874	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	14.618	11.458	11.112	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	31.429	)		
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	933.221	) 890.796	730.617	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	1.060	)		
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	24.248	23.000	22.111	
	61 1	Desgl. für Angestellte	4.176	4.763	3.964	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	101.310	82.401	48.564	
	61 6	Stellvertreterkosten	27.541	25.416	--	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher, Zeitschriften	--	--	83	
	63 1	Ferngespräche und sonstige Postgebühren	(1.000 (13.140.	-- 9.740	1.007 12.006	Zu 63 1: An 00 1/31 = 8.080 RM 21/30 = 3.200 " 22/30 = 1.860 " 13.140 RM
	63 2	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sächliche Verwaltungskosten	(14.000 (6.000	14.000 6.000	13.085 5.194	Zu 63 2: An 00 3/24.

0 Allgemeine Verwaltung

Bezirksausgabestellen des Stadternährungs- und Wirtschaftsamts 02 5

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	64 0	Miete	(1.250 (31.703	1.251 26.785	3.278 25.947	Zu 64 0: An 00 1/20 - 4.500 RM 21/20 - 15.616 " 22/20 - 7.466 " 25 1/20 - 2.561 " 57/20 - 1.560 " 31.703 RM
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(2.240 (12.721	8.640 --	8.691 --	
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	740	Zu 64 1: An 00 1/30 - 3.289 RM 21/30 - 7.466 " 22/30 - 1.966 " 12.721 RM
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	6.200	5.600	4.707	
	74	Gemeinschaftsförderung	1.034	1.236	552	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Beleuchtungsanlagen	(200 (--	200 --	1.640 81	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	300	300	252	
		Gesamt- und Reinausgaben	1.302.846	1.187.403	964.584	
		Reineinnahmen	515.782	470.336	449.197	
		Zuschuß	787.064	717.067	515.387	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		02 6 Kriegsschädenamt				Bisher Unterabschnitt 02 5.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
0	17	Erstattung vom Reich	1.029.430	502.607	375.486	Zu 17: Erstattung der zusätzlichen Kosten der Feststellungsbehörde.
		Gesamt- und Reineinnahmen	1.029.430	502.607	375.486	
		Ausgaben				Die zusätzlichen Sachkosten werden vom 1.7.1942 ab außerhalb des städt. Haushalts unmittelbar beim Reichshaushalt verrechnet.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	325	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	179.407	139.049	91.072	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	13.148	2.642	6.362	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	251.856	)		
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	379.861	) 616.512	362.899	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	127.700	)		
	60 4	Bewachungskosten	4.700	--	--	Zu 60 4: An 12/39 0.
	60 5	Löhne für Arbeiter und Reinmachefrauen	(5.371 (--	6.821 --	2.133 3.732	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	57.758	44.400	28.494	
	61 1	Desgl. für Angestellte	25.328	13.171	10.365	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	(79.915 (--	36.350 --	22.369 329	
	61 6	Stellvertreterkosten	200	150	49	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	--	63	162	
	63 1	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	(-- (--	63 --	10.869 15.999	
	63 2	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sächliche Verwaltungskosten	(-- (--	2.926 2.600	13.872 3.879	
	64 0	Miete	5.283	5.283	4.788	Zu 64 0: An 00 1/20 = 4.250 RM 92 1/20 = 1.033 " 5.283 RM
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(-- (--	-- 712	6 6.728	

0 Allgemeine Verwaltung

Kriegsschädenamt 02 6

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	(--	2.960	5.751	
			(--	500	239	
	74	Gemeinschaftsförderung	420	396	118	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 2	Unterhaltung des Büroinventars (einschl. Ersatz)	300	9	--	
	81	Sachversicherungen	--	15	--	
		Abführungen an Rücklagen.				
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	36	36	--	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	49.123	
		Gesamt- und Reinausgaben	1.131.283	874.658	639.663	
		Reineinnahmen	1.029.430	502.607	375.486	
		Zuschuß	101.853	372.051	264.177	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		03 Weggefallener Abschnitt				
		Gesamt- und Reineinnahmen	--	7.000	11.948	
		Gesamt- und Reinausgaben	--	7.000	11.874	
		Überschuß	--	Gleicht sich aus --	-- 74	
		04 Verfügungsmittel				
		Ausgaben				
	79	Zur besonderen Verfügung des Oberbürgermeisters	12.500	12.500	19.766	Zu 79: Für allgemeine Zwecke: 3.000 RM; Für Härtefälle außerhalb der Fürsorgepflicht-VO.: 9.500 RM; 12.500 RM
		Gesamt- und Reinausgaben - Zuschuß -	12.500	12.500	19.766	

Abschluß Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung

Abschnitt bzw. Unterabschnitt	1943 Gesamteinnahme RM	1943 Reineinnahme RM	1943 Gesamtausgabe RM	1943 Reinausgabe RM	Zuschuß (-) oder Überschuß (+) 1943 RM	1942 RM	1941 RM
00 Hauptverwaltung.							
00 1 Hauptamt	119.486	62.644	870.626	813.784	- 751.140	- 751.613	- 796.217
00 2 Personalamt	59.850	59.850	682.716	682.716	- 622.866	- 490.151	- 626.604
00 3 Beschaffungsstelle und Druckerei	58.000	11.025	78.208	31.233	- 20.208	- 19.935	- 25.768
00 4 Rechnungsprüfungsamt	--	--	91.450	91.450	- 91.450	- 98.491	- 81.867
Abschnitt 00	237.336	133.519	1.723.000	1.619.183	- 1.485.664	- 1.360.190	- 1.530.456
01 Durchführung eigener Angelegenheiten.							
01 0 Städtischer Informationsdienst, Verwaltungsbücherei	--	--	14.271	14.271	- 14.271	- 16.400	- 24.589
01 1 Archiv einschl. Lichtbildarchiv	1.600	400	31.935	30.735	- 30.335	- 34.260	- 10.118
01 2 Statistisches Amt	450	450	117.703	117.703	- 117.253	- 129.039	- 121.078
Abschnitt 01	2.050	850	163.909	162.709	- 161.859	- 179.699	- 155.785
02 Durchführung von Auftragsangelegenheiten.							
02 0 Standesämter	38.550	38.400	188.855	188.705	- 150.305	- 154.383	- 136.479
02 1 Gewerbe- und Rechtsamt	100.400	100.400	215.564	215.564	- 115.164	- 122.764	- 103.998
02 2 Wahlsachen	--	--	--	--	--	- 1.025	--
02 3 Stadternährungsamt	164.433	164.433	359.524	359.524	- 195.091	- 196.147	- 231.888
02 4 Stadtwirtschaftsamt	54.700	54.500	397.704	397.504	- 343.004	- 227.013	- 228.473
02 5 Bezirksausgabestellen des Stadternährungs- und Wirtschaftsamts	515.782	515.782	1.302.846	1.302.846	- 787.064	- 717.067	- 515.387
02 6 Kriegsschädenamt	1.029.430	1.029.430	1.131.283	1.131.283	- 101.853	- 372.051	- 264.177
Abschnitt 02	1.903.295	1.902.945	3.595.776	3.595.426	- 1.692.481	- 1.790.450	- 1.480.402
03 Weggefallener Abschnitt	--	--	--	--	--	--	+ 74
04 Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters	--	--	12.500	12.500	- 12.500	- 12.500	- 19.766
Summe Einzelplan 0	2.142.681	2.037.314	5.495.185	5.389.818	- 3.352.504	- 3.342.839	- 3.186.335

1 Polizei

10 Staatliche Polizei

11 Gemeindliche Polizei

12 Luftschutz

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		10 Staatliche Polizei				
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
o	65	Polizeikostenbeitrag	954.362	836.154	760.570	Zu 65: Der Jahresbeitrag beträgt jetzt 3,20 RM je Einwohner bei einer Einwohnerzahl von 298.238 (Stand am 1.4.1942).
		Gesamt- und Reinausgaben	954.362	836.154	760.570	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	954.362	836.154	760.570	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		11 Gemeindliche Polizei				Der Abschnitt umfaßt: Polizeiamt, Baupolizei und Vollzugsdienst der Ortspolizeibehörde.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				Zu 13: Verwaltungsgebühren, Jagd-, Impfschein- und Baupolizeigebühren, Gebühren für Prüfung von Betonwürfeln, Erstattung von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Gebühren für statische Prüfungen.
	13	Verwaltungsgebühren	125.000	110.350	103.936	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	24	Sonstige Verkaufserlöse	50	50	42	Zu 24: Drucksachen.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	31	Sonstige Einnahmen	(6.000 (--	4.545 500	9.422 239	Zu 31: Strafgelder, Erstattung von Desinfektionskosten, Kraftwagenbenutzung, Erstattung von Kleidergeld (Feldwachtmeister). Erstattungen siehe Nachw. II.
	33	Zahlungen für Vorjahre	100	100	134	
	39 0	Verwaltungskostenbeitrag aus dem ordentl. Haushalt	3.000	3.000	6.000	Zu 39 0: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Einmalige Einnahmen.				
	41	Sonstige einmalige Einnahmen	30.000	30.000	--	Zu 41: Vgl. Ausg. 90 1.
		Gesamteinnahmen	164.150	148.545	119.773	
		Davon Erstattungen	3.000	3.500	6.239	
		Reineinnahmen	161.150	145.045	113.534	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	11.390	16.138	12.053	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	53.941	55.990	55.793	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	6.656	--	948	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	34.526	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	46.421	) 69.317	69.476	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	21.033	23.031	22.538	
	51 1	Desgl. für Angestellte	3.701	3.157	3.677	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	8.976	6.353	4.820	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	650	650	476	
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	869	919	720	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(1.400 (700	1.285 800	1.039 769	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	24.136	14.798	13.654	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	180.159	183.079	175.403	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	10.152	9.839	3.367	Zu 60 31: Für Hilfeleistung bei Impfungen.
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	28.960	34.052	37.767	Zu 60 4: Für Durchführung der Impfungen an die Stadtärzte und Erstattung von Auslagen.
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	350	350	11	
	60 4	Sondervergütungen	3.700	3.700	36	Zu 62: An 71 2/24. Treibstoff usw. für Kraftwagen und Motorräder, fotografisches Material, Betrieb der Betonprüfmaschine und für Wildplomben.
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	65.770	63.184	60.399	
	61 1	Desgl. für Angestellte	1.969	2.465	2.560	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	4.046	4.059	2.911	
		Sächliche Zweckausgaben.				Zu 63 1: An 00 3/24. Futtergeld für Wachhunde, Unkosten der Betonprüfmaschine, besondere Impfkosten, Haftkosten, Herstellung polizeimäßiger Zustände, zwangsweises Öffnen von Wohnungstüren usw.
	62	Verbrauchsstoffe	(420 (350	770 500	324 564	
	63 0	Bücher, Zeitschriften	300	300	251	
	63 1	Sonstige Sachkosten	(1.206 (100	997 100	1.085 --	Zu 63 9: An 71 01/39 0. Unterhaltung des Hundezwingers und der Kleintiersammelstelle.
	63 2	Kraftwagen-Insassenversicherung	322	322	289	
	63 9	Zweckausgabenerstattung	3.000	3.000	3.000	Zu 66: An 65/25. Revision der Heizungsanlagen, Prüfung der Betonprüfmaschine, Probeuntersuchungen, Gutachten und Zeugengebühren.
	64 0	Mieten	324	324	324	
	66	Prüfungs-, Sachverständigen- und Zeugengebühren	(520 (6.000	520 6.000	11 219	Zu 67: An 52 3/23.
	67	Tierärztliche Kontrolle und Desinfektionen	(640 (1.500	640 1.500	416 925	
	68	Sportliche Ausbildung, Nenngeld, Sportpreise	57	57	8	
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	82	
	71	Prozeßkosten	50	50	--	
	72	Dienstkleidung und sonstige Ausrüstungsstücke	(750 (50	918 --	812 --	Zu 72: Für Kraftwagenfahrer und Feldwachtmeister, Waffen und Munition. An 00 3/24.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	73	Reise- und Fahrkosten	3.320	2.920	2.914	
	74	Schulungskosten und Gemeinschaftsförderung	152	176	112	
	76	Zahlungen für Vorjahre	500	500	23	Zu 76: Erstattung von Baupolizeigebühren wegen Nichtausführung genehmigter Bauvorhaben.
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 4	Unterhaltung des Kraftwagens, der Motor- und Fahrräder sowie der Betonprüfmaschine	1.148	1.148	1.384	
	80 5	Unterhaltung von Geräten	45	45	--	Zu 80 5: Geräte zur Besichtigung der Kanalisationsanlagen und für Sportgeräte.
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	562	1.009	2.138	Zu 82 0: Betonprüfmaschine 5 % von 5.400 RM, Motorräder 20 % von 1.268 RM, Fahrrad 10 % von 75 RM für 5 Jahre.
	85 0	Abführungen an die Auto-Kaskoselbstversicherungsrücklage	156	156	155	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	1.000	1.000	1.000	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	30.500	--	
	90 1	Abbruchkosten für baufällige Gebäude und Gebäudeteile	30.000	--	--	Zu 90 1: Vgl. Einn. 41.
		Gesamtausgaben	561.977	546.618	484.453	
		Ab Erstattungen	3.000	3.500	6.239	
		Reinausgaben	558.977	543.118	478.214	
		Reineinnahmen	161.150	145.045	113.534	
		Zuschuß	397.827	398.073	364.680	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		12 Luftschutz				Zur Verfügung des Beauftragten des Oberbürgermeisters.
		Einnahmen				Im Abschnitt 12 werden die Kosten für den erweiterten Selbstschutz und den Selbstschutz der städtischen Gebäude sowie für die Wartung und Unterhaltung der öffentlichen Luftschutzräume nachgewiesen.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	31	Sonstige Einnahmen	--	--	2.674	
	33	Zahlungen für Vorjahre	--	--	(484 (8.987	
	39 0	Erstattungen	66.388	68.878	34.202	Zu 39 0: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Gesamteinnahmen	66.388	68.878	46.347	
		Davon Erstattungen	66.388	68.878	43.189	
		Reineinnahmen	--	--	3.158	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften	100	100	87	
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	680	680	370	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(100 (50	100 100	9 72	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 4	Bewachungskosten	173.223	119.158	71.227	
	60 51	Löhne für Reinmachefrauen	27.000	26.000	21.451	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.200	1.500	859	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	64 0	Mieten	198	198	198	Zu 64 0: An 66 0/20 0.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(24.600 (--	30.000 --	16.721 347	
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	200	300	4	

1 Polizei — Luftschutz 12

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der öffentlichen Luftschutzräume ...	(3.500	3.800	2.311	
		Einnahmen	(--	--	366	
	80 1	Unterhaltung der elektrischen Beleuchtungs-, Lüftungs- und Heizungsanlagen	5.280	5.500	3.329	
	80 3	Unterhaltung und Ersatz des Inventars einschl. der Verdunklungseinrichtungen	10.000	--	--	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	65.000	(43.838	
					(1.162	
	90 1	Maßnahmen des verwaltungseigenen Luftschutzes ...	30.000	--	--	
		Gesamtausgaben	276.131	252.436	162.351	
		Ab Erstattungen	66.388	68.878	43.189	
		Reinausgaben	209.743	183.558	119.162	
		Reineinnahmen	--	--	3.158	
		Zuschuß	209.743	183.558	116.004	

Abschluß Einzelplan 1 Polizei

Abschnitt bzw. Unterabschnitt	1943 Gesamteinnahme RM	1943 Reineinnahme RM	1943 Gesamtausgabe RM	1943 Reinausgabe RM	Zuschuß (-) oder Überschuß (+) 1943 RM	1942 RM	1941 RM
10 Staatliche Polizei	--	--	954.362	954.362	- 954.362	- 836.154	- 760.570
11 Gemeindliche Polizei	164.150	161.150	561.977	558.977	- 397.827	- 398.073	- 364.680
12 Luftschutz	66.388	--	276.131	209.743	- 209.743	- 183.558	- 116.004
Summe Einzelplan 1	230.538	161.150	1.792.470	1.723.082	- 1.561.932	- 1.417.785	- 1.241.25

2 Schulwesen

20 Schulamt

21 Volksschulen

22 Mittel- und Hauptschulen

23 Höhere Schulen

24 Berufsschulen

25 Fachschulen

25 0 Fachschulen (ohne Meisterschule)

25 1 Meisterschule des Deutschen Handwerks

26 Stadtbildstelle

29 Schulheime

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		20 Schulamt				Für das Landschulheim Schönhagen ist der Abschnitt 29 und für das Kulturamt der Abschnitt 30 neu eingerichtet worden. Die Vorjahrsbeträge des Landschulheims werden beim Abschnitt 29, die des Kulturamts bei den bisher zuständigen Haushaltsstellen nachgewiesen.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattung vom Land	105	105	--	Zu 17: Für Kränze für verstorbene Volksschullehrer.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	720	720	915	Zu 20: Für das Schulmuseum.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	32	Zinsen aus dem Wille-Vermächtnis	15.625	15.625	15.625	Zu 32: Vgl. Ausg. 68 0.
	39 0	Verwaltungskostenbeitrag der Berufs- und Fachschulen	--	9.073	9.073	Zu 39 0: Weggefallen.
		Einmalige Einnahmen.				
	41	Sonstige einmalige Einnahmen	100	--	--	
		Gesamteinnahmen	16.550	25.523	25.613	
		Davon Erstattungen	--	9.073	9.073	
		Reineinnahmen	16.550	16.450	16.540	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	20.637	15.786	17.811	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	48.488	45.384	44.778	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	1.178	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	22.361	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	19.387	) 43.568	47.031	
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	1.200	3.800	5.796	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	22.254	19.532	19.513	
	51 1	Desgl. für Angestellte	1.706	2.270	2.935	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	4.381	3.876	3.924	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	300	350	361	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(700 (900	500 950	419 834	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	--	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	16.719	9.276	12.964	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	4.552	4.400	5.827	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	5.383	2.962	4.523	
	61 1	Desgl. für Angestellte	230	247	150	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	466	404	377	
	61 4	Notstandsbeihilfen	2.500	2.500	1.472	Zu 61 4: Für Lehrer und deren Hinterbliebene.
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 1	Sachaufwendungen für die städtischen Lehrmittelstelle	(750 (--	250 --	431 19	
	65	Ärztliche Untersuchung von Lehrpersonen	120	120	40	
	66 4	Ehrengeschenke, Nachrufe und Kränze	350	350	409	Zu 66 4: Für Lehrer.
	68 0	Beschaffung für Schulzwecke aus Mitteln des Wille-Vermächtnisses	15.625	15.625	15.625	Zu 68 0: Vgl. Einn. 32. Das Verfügungssoll ist innerhalb der gesamten Schulverwaltung nach näherer Bestimmung durch den Oberbürgermeister zu verwenden. Am Jahresschluß nicht verwendete Beträge sind auf das Folgejahr zu übernehmen.
	69	Beihilfen und Zuschüsse	760	760	187	
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	242	
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	1.150	1.150	1.160	
	74	Gemeinschaftsförderung	420	426	--	Zu 69: Siehe Nachw. I.
	77	Vermischte Ausgaben	5.000	10.000	7.217	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	81	Feuerversicherung	30	30	--	
		Abführungen an Rücklagen.				
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	18	18	18	
		Gesamtausgaben	196.387	184.534	195.241	
		Ab Erstattungen	--	9.073	9.073	
		Reinausgaben	196.387	175.461	186.168	
		Reineinnahmen	16.550	16.450	16.540	
		Zuschuß	179.837	159.011	169.628	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		21 Volksschulen				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Staatszuschuß	--	--	--	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	(268.383 (20.117	230.684 19.926	315.911 18.221	Zu 20: Für Dienst- und Mietwohnungen und vorübergehende Benutzung von Schulräumen durch Dritte. Erstattungen siehe Nachw. II.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	(20.481 (10.666	6.800 2.840	16.935 2.561	Zu 30: Von Dritten erstattete Reinigungskosten, Fernsprechgebühren usw. Erstattungen siehe Nachw. II.
	31	Eintrittsgelder aus dem Besuch der Schülervorstellungen und sonstige Einnahmen	(3.800 (--	3.800 --	239 19	Zu 31: Vgl. Ausg. 63 5. Von den Schülern wird für Vorstellungen außerhalb der Schulzeit die Hälfte der Kosten erstattet.
	33	Zahlungen für Vorjahre	--	2.600	2.632	
	38	Erstattete persönliche Unterrichtskosten	(-- (--	1.200 --	660 202	Zu 38: Weggefallen.
		Einmalige Einnahmen.				
	40	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	--	5.000	14.998	
	41	Sonstige einmalige Einnahmen	5.087	5.087	116	
		Gesamteinnahmen	328.534	277.937	372.494	
		Davon Erstattungen	30.783	22.766	21.003	
		Reineinnahmen	297.751	255.171	351.491	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	5.400	5.400	5.743	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(70 (1.830	70 1.830	442 102	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	12.618	12.216	8.076	Zu 60 0: Schulhausmeister.
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	33.727	32.924	29.506	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	19.593	19.489	11.425	Zu 60 2: Schulhaus- und -hilfshausmeister.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	71.289	68.283	60.663	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	3.000	2.200	1.423	
	60 4	Sondervergütungen an Hausmeister, Bewachungskosten	(9.452 (--	8.252 21.900	8.413 8.347	Zu 60 4: Funktionszulagen und Sondervergütungen für Aufwand anläßlich der Benutzung von Schulräumen durch Dritte . Die Erstattung von Bewachungskosten an 12/39 O ist am 1.4.1943 fortgefallen.
	60 51	Löhne für nichteinberufene Hilfskräfte und für Reinmachefrauen	(39.600 (--	23.700 --	32.492 90	
0	60 6	Beiträge an die Landesschulkasse	1.226.034	1.198.218	1.345.302	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	29.440	30.025	--	Zu 60 6: Siehe Erl. am Schluß des Abschnitts.
	61 1	Desgl. für Angestellte (Schulhausmeister)	16.748	12.213	--	
	61 3	Versicherungsbeiträge	15.221	13.350	10.522	Zu 61 3: Einschl. Unfallversicherung für Schüler.
	61 6	Für Stellvertretung der Schulhausmeister	2.500	2.500	1.293	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62 2	Schulküchen-, Hauswirtschafts- und Schulgartenbetrieb	2.000	2.000	199	
	63 1	Unterrichtsmittel, Lehrer- und Schülerbüchereien ..	(15.865 (--	15.865 --	6.819 163	Zu 63 1: Einschl. Lehrmittelbeitrag.
	63 4	Material für die Bezirkswerkstätten	200	200	180	
	63 5	Schülervorstellungen, Konzerte usw.	(1.090 (3.760	1.090 3.760	-- --	Zu 63 5: An 32 O/A 23 O - 2.500 RM 32 O/B 23 O - 1.260 " 3.760 RM
	64 0	Mieten	5.000	1.000	183	Vgl. Einn. 31.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(140.593 (--	133.398 --	134.401 155	Zu 64 2: Einschl. Grundsteuer.
	64 2	Grundstücksabgaben	(12.100 (26.000	14.700 26.000	35.771 2.379	An 71 01/16 - 4.820 RM 71 01/23 - 3.075 " 71 02/23 - 4.860 " 71 04/23 - 13.245 " 26.000 RM
	65	Lernmittel für Bedürftige, Begabtenförderung usw.	(2.000 (--	4.000 --	2.069 3	
	66 0	Turnen, Spielen, Baden, Wandern	(1.500 (5.680	1.500 6.300	1.557 859	Zu 66 0: Von der Gesamtsumme 750 RM für Wanderungen. An 55 1/20 - 120 RM 55 3/23 - 5.560 " 5.680 RM
	67	Sonstige Schulbedürfnisse	1.000	1.800	74	
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	74	
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	800	1.100	492	
	74	Beihilfen für Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, Tagungen usw.	25	25	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(25.000	20.400	9.920	
			(--	--	1.408	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen usw.	(4.000	4.000	2.249	
			(3.500	3.500	4.494	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung des Schulinventars	(2.000	2.000	824	
			(--	--	43	
	80 4	Unterhaltung der Gartenanlagen	300	300	300	Zu 80 4: Ohne Schulgärten.
	81	Feuerversicherung	2.038	2.038	1.816	An 71 4/25.
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	75.370	76.355	75.727	Zu 82 0: Gebäude 2/3 - 2 % von 6.708.223 RM, Inventar 3 % von 993.489 RM, Maschinen 10 % von 100 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	1.222	1.222	1.222	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	250	250	250	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	32.000	--	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage	--	5.000	14.997	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	5.000	5.000	
		Gesamtausgaben	1.817.815	1.817.373	1.827.467	
		Ab Erstattungen	30.783	22.766	21.003	
		Reinausgaben	1.787.032	1.794.607	1.806.464	
		Reineinnahmen	297.751	255.171	351.491	
		Zuschuß	1.489.281	1.539.436	1.454.973	

Erläuterung

Zu 60 6: Für jede auf 50 Schulkinder entfallende Lehrer- und Lehrerinstelle zahlt der Staat einen Zuschuß an die Landesschulkasse. Stellen, für die ein solcher Zuschuß nicht gezahlt wird, heißen Mehrstellen. Jede mit Staatszuschuß versehene Stelle wird = 1, die Mehrstelle mit plus 2,5 = 3,5 gesetzt. Maßgebend für die Errechnung der Mehrstellen ist der Stand vom 15. November 1942 mit 497 Stellen und 20.145 Kindern, für die Errechnung der tatsächlich zu zahlenden Stellenbeiträge der Stand vom 1. April 1943 mit 497 Stellen und 20.145 Kindern. Die Gesamtzahl der Stellen beträgt 497.

20.145 Kinder : 50 = 402 Stellen mit Staatszuschuß. 497 ./. 402 = 95 Mehrstellen.

497 (Stand am 1.4.1943) x 1 = 497
95 Mehrstellen x 2,5 = 237,5
zus.: 734,5

Für jede Stelle ist ein Betrag von 140 RM monatlich, für jede tatsächlich vorhandene Stelle außerdem ein Sonderbeitrag von 9,50 RM monatlich für Ortsklasse A zu zahlen. Insgesamt sind also zu zahlen:

734,5 x 140,-- RM = 102.830,-- RM
497 x 9,50 " = 4.721,50 "
107.551,50 RM x 12 = 1.290.618,-- RM

Durch vorübergehende Aufhebung von 36 Stellen werden 36 x 149,50 RM x 12 eingespart ..... = 64.584,-- "

verbleiben: 1.226.034,-- RM

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		22 Mittel- und Hauptschulen				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	14	Unterrichtsgelder	264.160	269.870	299.212	Zu 14: Durchschnittliche Schülerzahl: 2.545.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				Jährliches Schulgeld: 318.125 RM
	20	Miete	(38.059 (8.490	38.073 8.570	39.966 9.402	ab für Geschwisterermäßigung: ..... 34.989 " 283.136 RM
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	(1.832 (3.826	3.318 1.860	2.500 1.365	ab für Begabtenförderung (12 % v.283.136 RM) 33.976 " 249.160 RM
	31	Eintrittsgelder aus dem Besuch der Schülervorstellungen und sonstige Einnahmen	1.235	1.235	--	Gastschulgeld: ..... 15.000 " 264.160 RM
	33	Zahlungen für Vorjahre	10	10	--	
	38	Erstattete Unterrichtskosten	2.921	2.921	2.922	Zu 20: Für Dienstwohnungen und vorübergehende Benutzung von Schulräumen durch Dritte. Erstattungen siehe Nachw. II.
		Einmalige Einnahmen.				
	40	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	--	3.000	5.900	Zu 30: Von Dritten erstattete Reinigungskosten, Fernsprechgebühren usw. Erstattungen siehe Nachw. II.
	41	Sonstige einmalige Einnahmen	1.000	1.000	--	
		Gesamteinnahmen	321.533	329.857	361.267	Zu 31: Vgl. Ausg. 63 5.
		Davon Erstattungen	12.316	10.430	10.767	Von den Schülern wird für Vorstellungen außerhalb der Schulzeit die
		Reineinnahmen	309.217	319.427	350.500	Hälfte der Kosten erstattet.
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	1.200	1.200	922	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungskosten	(100 (340	100 340	173 43	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	2.594	2.538	2.370	Zu 60 0 und 60 2: Für Schulhausmeister.
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	15.564	15.500	12.024	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	3.024	--	./. 943	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	5.381	13.062	9.013	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	1.000	2.500	4.812	
	60 4	Funktionszulage und Sondervergütungen an Hausmeister, Bewachungskosten	(2.103 (--	2.103 10.950	1.753 1.872	Zu 60 4: Funktionszulagen und Sondervergütungen für Aufwand anläßlich der Benutzung von Schulräumen durch Dritte. Die Erstattung von Bewachungskosten an 12/39 O ist mit dem 1.4.1943 fortgefallen.
	60 51	Löhne für nichteinberufene Hilfskräfte und Reinmachefrauen	14.200	13.280	13.170	
o	60 6	Beiträge an die Landesmittelschulkasse	897.552	890.560	835.764	Zu 60 6: Siehe Erl. am Schluß des Abschnitts.
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	50.945	54.875	47.345	Zu 61 0: Für Lehrpersonen, die vor Errichtung der Landesmittelschulkasse in den Ruhestand getreten sind und deren Hinterbliebene sowie für Schulhausmeister.
	61 1	Desgl. für Angestellte	1.548	1.808	--	Zu 61 1: Schulhausmeister.
	61 3	Versicherungsbeiträge	2.990	3.217	2.778	
	61 5	Sonstige Leistungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter	300	300	300	Zu 61 5: Unterstützung einer Waise.
	61 6	Für Stellvertretung der Schulhausmeister	1.000	1.300	514	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62 2	Schulgarten-, Hauswirtschafts- und Schulküchenbetrieb	(750 (50	750 50	194 --	Zu 62 2: An 92 0/20.
	63 1	Unterrichtsmittel, Lehrer- und Schülerbüchereien	(3.620 (--	3.620 --	1.399 27	Zu 63 1: Einschl. Lehrmittelbeitrag. Zu 63 5: Vgl. Einn. 31.
	63 5	Schülervorstellungen, Konzerte usw.	(1.050 (1.600	1.050 1.600	-- --	An 32 0/A 23 0 = 1.200 RM 32 0/B 23 0 = 400 " 1.600 RM
	64 0	Mieten	(25 (40	25 40	-- --	Zu 64 0: An 92 0/20.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	49.177	42.350	39.647	Zu 64 2: Einschl. Grundsteuer.
	64 2	Grundstücksabgaben	(3.750 (6.070	4.200 6.070	8.362 80	An 71 01/16 = 740 RM 71 01/23 = 730 " 71 02/23 = 1.275 " 71 04/23 = 3.325 " 6.070 RM
	65	Lernmittel für Bedürftige usw.	800	800	430	
	66 0	Turnen, Spielen, Baden, Wandern	(100 (1.960	100 1.960	4 859	Zu 65: Für die Hilfsbüchereien.
	67	Sonstige Schulbedürfnisse	500	500	35	Zu 66 0: An 55 3/23.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	--	
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	300	500	207	
	74	Beihilfe für Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, Tagungen usw.	40	40	--	
	76	Zahlungen für Vorjahre	50	50	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(6.000	5.000	3.001	
			(--	--	184	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs-, Lichtanlagen usw. ..	(1.100	1.100	914	
			(1.000	1.000	764	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung des Schulinventars	(1.000	1.000	558	
			(--	--	33	
	80 4	Unterhaltung der Gartenanlagen	300	300	300	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Feuerversicherung	562	562	511	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	21.902	22.179	22.101	Zu 82 0: Gebäude 1 bzw. 1½ % von 1.827.379 RM, Inventar 3 % von 320.022 RM, Maschinen 10 % von 65 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	338	338	338	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	250	250	250	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	4.000	--	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage	--	3.000	5.900	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	7.300	
		Gesamtausgaben	1.102.175	1.116.067	1.025.308	
		Ab Erstattungen	12.316	10.430	10.767	
		Reinausgaben	1.089.859	1.105.637	1.014.541	
		Reineinnahmen	309.217	319.427	350.500	
		Zuschuß	780.642	786.210	664.041	

Erläuterung

Zu 60 6: An Beiträgen zur Landesmittelschulkasse sind zu zahlen je Stelle 525 RM mtl.
und ein Ortszuschlag für Ortsklasse A je Stelle ..... 17 " "
542 RM

Vorhanden sind 138 Lehrer- und Lehrerinnenstellen x 525 RM = 72.450 RM
138 Stellen Ortsklasse A x 17 RM ..... = 2.346 "
zus.: 74.796 RM x 12 = 897.552 RM.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		23 Höhere Schulen				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	14	Unterrichtsgelder	424.147	405.267	374.016	Zu 14: Durchschnittliche Schülerzahl 2.141 + 280 (ab 1.9.1943) = 2.421. Jährliches Schulgeld: 553.040 RM; Aufnahmegebühr: 1.400 "; 554.440 RM; ab für Geschwisterermäßigung: 83.166 "; 471.274 RM; ab für Begabtenförderung (10 % von 471.274 RM): 47.127 "; 424.147 RM
o	17	Erstattete Unterrichtskosten	2.884	2.884	3.463	
	18	Zuschüsse	1.969	1.969	1.969	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	(74.154 (7.764	74.694 7.973	90.640 7.799	
	22	Einnahmen der Schulküchen	1.024	414	245	Zu 17: Vom Staat für Erteilung des kath. Religionsunterrichts am Staatl. Gymnasium und an der Staatl. Oberschule für Jungen: 1.951 RM; Von der Universität für die Lehrtätigkeit eines Studienrats: 933 "; 2.884 RM
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	(9.040 (--	6.483 --	10.186 3	
	31	Eintrittsgelder aus dem Besuch der Schülervorstellungen und sonstige Einnahmen	540	540	2.643	
	33	Zahlungen für Vorjahre	10	10	4.867	Zu 18: Anteil an dem von der Stadt zu leistenden Beitrag für das Staatl. Gymnasium (vgl. Ausg. 69, Nachw. Nr. 15) von der Kirchengemeinde vom Stadtkloster.
		Einmalige Einnahmen.				
	40	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	--	1.000	7.500	
	41	Sonstige einmalige Einnahmen	750	750	--	Zu 20: Mieten für Dienstwohnungen und für vorübergehende Benutzung von Schulräumen durch Dritte. Erstattungen siehe Nachw. II.
		Gesamteinnahmen	522.282	501.984	503.331	
		Davon Erstattungen	7.764	7.973	7.802	
		Reineinnahmen	514.518	494.011	495.529	
		Ausgaben				Zu 22: Vgl. Ausg. 62 2.
		Verwaltungsausgaben.				Zu 30: Von Dritten erstattete Reinigungskosten, Fernsprechgebühren usw.
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				Zu 31: Vgl. Ausg. 63 5. Die Schüler erstatten für Vorstellungen außerhalb der Schulzeit die Hälfte der Kosten.
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	12.239	14.758	12.529	
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	2.191			
	51 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	616	829	732	
	51 3	Versicherungsbeiträge	1.478	1.354	847	

Finanz-statist. Kenn-ziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	2.100	2.100	1.385	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(390 (510	390 510	488 21	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	324.503	330.025	297.026	Zu 60 00 und 60 01: Für Lehrpersonen und Schulhausmeister.
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	802.539	795.820	785.756	
	60 10	Gehälter für einberufene außerplanmäßige Beamte	15.560	39.019	19.024	
	60 11	Gehälter für nichteinberufene außerplanmäßige Beamte	10.493	27.380	20.363	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	3.148	5.920	1.974	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	9.013	13.725	8.780	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	6.000	7.300	3.893	
	60 4	Funktionszulagen und Sondervergütungen an Hausmeister, Bewachungskosten	(2.319 (--	1.955 7.760	2.063 3.192	Zu 60 4: Funktionszulagen und Sondervergütungen für Aufwand anläßlich der Benutzung von Schulräumen durch Dritte. Die Erstattung von Bewachungskosten an 12/39 0 ist mit dem 1.4.1943 fortgefallen.
	60 51	Löhne für nichteinberufene Hilfskräfte und für Reinmachefrauen	16.990	14.800	13.727	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	476.263	494.573	483.802	
	61 1	Desgl. für Angestellte	2.248	2.198	--	
	61 3	Versicherungsbeiträge	4.095	4.244	2.835	
	61 6	Für Stellvertretung der Schulhausmeister	228	228	179	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62 2	Schulküchen-, Hauswirtschafts- und Schulgartenbetrieb	3.700	1.800	869	Zu 62 2: Vgl. Einn. 22.
	63 1	Unterrichtsmittel, Lehrer- und Schülerbüchereien	(4.740 (--	4.740 --	4.068 156	Zu 63 1: Einschl. Lehrmittelbeitrag.
	63 5	Schülervorstellungen, Konzerte usw.	(250 (600	250 600	-- --	Zu 63 5: Vgl. Einn. 31. An 32 0/A 23 0 = 450 RM 32 0/B 23 0 = 150 " 600 RM
	64 0	Mieten	50	50	815	
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(37.329 (--	49.350 --	40.362 35	Zu 64 2: An 71 01/16 = 2.000 RM 71 01/23 = 1.060 " 71 02/23 = 1.240 " 71 04/23 = 3.920 " 8.220 RM
	64 2	Grundstücksabgaben	(540 (8.220	780 8.220	5.447 4.117	
	65	Lernmittel für Bedürftige und Arbeitsbüchereien	1.000	1.000	798	
	66 0	Turnen, Spielen, Baden, Wandern	(100 (2.600	100 2.600	105 1.717	Zu 66 0: An 55 3/23.
	67	Sonstige Schulbedürfnisse	500	500	144	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	68 1	Kieler Mütter- und Säuglingsheim für Säuglingsheimpraktikantinnen	510	510	48	Zu 68 1: An 52 1/31.
	69	Beihilfen und Zuschüsse	24.780	24.780	22.540	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	500	1.500	1.487	
	74	Beihilfen für Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, Tagungen usw.	50	50	--	
	76	Zahlungen für Vorjahre	150	150	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(4.000 (--	3.320 --	2.018 235	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen usw.	(590 (1.200	590 1.200	870 754	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung des Schulinventars	(500 (--	500 --	856 8	Zu 80 3: Davon 250 RM für Unterhaltung und Pflege der Orgeln.
	80 4	Unterhaltung der Gartenanlagen	829	550	550	Zu 80 4: Ohne Schulgärten. An 71 4/25.
	81	Feuerversicherung	855	855	727	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	37.465	38.007	38.007	Zu 82 0: Gebäude 2/3 - 2 % von 2.749.617 RM, Inventar 3 % von 635.600 RM, Maschinen 10 % von 200 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	513	513	513	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	250	250	250	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	--	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage ..	--	1.000	7.500	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	1.000	1.000	
		Gesamtausgaben	1.824.744	1.909.653	1.794.612	
		Ab Erstattungen	7.764	7.973	7.802	
		Reinausgaben	1.816.980	1.901.680	1.786.810	
		Reineinnahmen	514.518	494.011	495.529	
		Zuschuß	1.302.462	1.407.669	1.291.281	

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		24 Berufsschulen				Zu 24 gehören: Handwerker-Berufsschule mit Gärtner- und Molker-Berufsschule, Industrie- Berufsschule, Mädchen-Berufsschule, Kaufmännische Berufsschule.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Mahngebühren	10	10	2	
	14 0	Schulgeld, Aufnahmegebühr	9.204	8.210	8.061	
	14 1	Schulgeld für Sonderkurse	2.250	3.705	2.350	
	15 0	Schulbeiträge von Gewerbetreibenden	--	--	457.518	
o	17 0	Landeszuschüsse zu den Unterhaltungskosten	60.000	58.835	60.959	Zu 17 0: Nach § 17 GBG. wird für jeden Schulpflichtigen ein Zuschuß von durchschnittlich 7 RM gezahlt.
o	17 1	Landeszuschüsse zu den persönlichen Kosten	254	444	334	
o	17 2	Erstattung von Gehaltsteilen für versetzte und abgeordnete Lehrkräfte	14.792	17.936	4.029	Zu 17 1: Für die Gärtner- und Molker-Berufsschule.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				Zu 17 2: 1941 z.T. bei Nr. 31 vereinnahmt.
	20	Mieten	(17.844 (--	28.968 10	49.455 --	Zu 20: Für Dienstwohnungen und Benutzung von Räumen durch Dritte.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	208	436	273	
	31	Sonstige Einnahmen	60	781	15.327	
	33	Zahlungen für Vorjahre	70	70	--	
	39 0	Verwaltungskostenanteile der Fachschulen	4.806	4.668	8.586	Zu 39 0: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Einmalige Einnahmen.				
	40 0	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	--	4.518	7.273	
	40 1	Entnahme aus der Sonderausgleichsrücklage	--	--	150.000	
o	41	Sonderstaatszuschüsse	--	11.000	10.000	
		Gesamteinnahmen	109.498	139.591	774.167	
		Davon Erstattungen	4.806	4.678	8.586	
		Reineinnahmen	104.692	134.913	765.581	
		Ausgaben				Zu 50 0 und 50 2: Die persönlichen Kosten für Verwaltungsbeamte und -angestellte werden bei der Bildungsanstalt für Frauenberufe mit 1/3 von der Berufsschule und mit 2/3 von der Fachschule, bei den Handelslehranstalten mit je 1/2 von der Berufsschule und der Fachschule getragen - vgl. Einn. 39 0 -.
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	--	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	3.697	3.602	6.418	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	1.845	1.594	1.054	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	10.668	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	4.164	) 6.691	6.652	
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	2.200	2.200	980	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	1.190	1.150	2.131	
	51 1	Desgl. für Angestellte	630	465	450	
	51 3	Versicherungsbeiträge	3.159	1.725	521	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	2.000	2.000	1.466	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(1.022 (955	1.092 955	567 213	Zu 55: An 00 3/24.
	59	Verwaltungskostenanteile	--	30.573	30.573	Zu 59: Weggefallen.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	159.693	176.486	150.759	Zu 60 0: Einseitig deckungsfähig mit 60 1 bis 60 3.
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte ...	403.775	346.501	277.166	
	60 10	Gehälter für einberufene außerplanmäßige Beamte ...	--	--	--	Zu 60 1: Einseitig deckungsfähig mit 60 2 und 60 3. Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 verstärkt werden.
	60 11	Gehälter für nichteinberufene außerplanmäßige Beamte	23.614	21.542	3.480	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	Zu 60 2: Einseitig deckungsfähig mit 60 3. Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 verstärkt werden.
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	9.438	9.725	8.002	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	--	72.960	25.014	Zu 60 31: Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 bis 60 2 geschaffen werden.
	60 4	Funktionszulage und Sondervergütungen für Hausmeister, Bewachungskosten	(1.574 (12.740	1.817 2.184	1.132 980	
	60 50	Löhne für einberufene Hilfskräfte	4.025	--	1.961	Zu 60 4: An 12/39 0.
	60 51	Löhne für nichteinberufene Hilfskräfte und für Reinmachefrauen	24.023	22.106	17.692	
	60 52	Löhne für Ersatzpersonal	--	--	--	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	89.704	91.572	68.680	
	61 1	Desgl. für Angestellte	866	641	--	Zu 61 1: Schulhausmeister
	61 3	Versicherungsbeiträge	5.536	11.033	2.207	Zu 61 3: 24, 25 0 und 25 1/61 3 gegenseitig deckungsfähig.
	61 6	Für Stellvertretung der Schulhausmeister	1.200	1.200	165	Zu 61 6: 24, 25 0 und 25 1/61 6 gegenseitig deckungsfähig.

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle: Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62 2	Schulküchen- und Hauswirtschaftsbetrieb	10.170	5.720	1.823	
	63 1	Unterrichtsmittel einschl. Lehrmittelbeitrag	(17.204 (--	17.204 --	6.076 60	
	63 2	Schulausstellungen, Schülerwettbewerbe, Lichtbildvorführungen	500	500	175	Zu 63 2: 24, 25 0 und 25 1/63 2 gegenseitig deckungsfähig.
	63 3	Schulwerkstattbetrieb	900	900	564	
	64 0	Mieten	(3.960 (133	4.345 133	1.696 373	Zu 64 0: An 25 0/20.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(25.623 (--	23.460 --	31.140 10	
	64 2	Grundstücksabgaben	(616 (2.950	840 2.423	951 2.787	Zu 64 2: An 71 01/16 - 948 RM 71 01/23 - 323 " 71 01/25 - 49 " 71 02/23 - 625 " 71 04/23 - 1.005 " 2.950 RM
	65 0	Lernmittel für Bedürftige usw.	2.110	2.170	885	
	65 1	Erstattungen an Schulgemeinden und andere Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts	2.040	1.630	775	
	66 0	Turnen, Spielen, Schwimmen, Wandern	110	110	--	Zu 65 1: Auf Grund des § 16 Abs. 10 und § 15 Abs. 2 GBG. vom 16.4.1928.
	66 1	Sächliche Kosten der Sonderkurse	1.521	821	--	
	67	Sonstige Sachbedürfnisse	(708 (--	808 --	167 37	
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	2.000	1.000	829	
	74	Beihilfen für die Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, Tagungen usw.	600	600	550	Zu 74: 24, 25 0 und 25 1/74 gegenseitig deckungsfähig.
	76	Zahlungen für Vorjahre	6.000	6.000	6.854	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(2.500 (--	2.000 --	946 20	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen usw.	(715 (250	715 250	331 405	Zu 80 1: An 65/25.
	80 2	Unterhaltung von Büroinventar und Büromaschinen ..	399	399	51	
	80 3	Unterhaltung des Schulinventars	710	710	603	
	80 4	Unterhaltung der Gartenanlagen	192	305	229	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Sachversicherung	655	748	560	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	42.452	42.967	41.057	Zu 82 0: Gebäude 0,2857 - 2 % von 1.480.051 RM, Maschinen 10 % von 260.006 RM, Inventar 3 % von 253.461 RM.
	83	Abführungen an die Sonderausgleichsrücklage	--	--	141.817	
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	324	401	320	
	85 2	Abführungen an die Rücklage für den Neubau eines Schulgebäudes für die Handelslehranstalten	--	--	50.000	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	200	200	200	
		Schuldendienst.				
	87 0	Schuldenzinsen	--	889	890	
	87 1	Zinsen für allgemeines Kapitalvermögen	--	8.667	8.667	
	88	Schuldentilgung	--	1.077	1.204	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	3.550	1.180	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage ..	--	4.518	7.273	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	19.200	13.728	
		Gesamtausgaben	893.260	965.074	933.496	
		Ab Erstattungen	4.806	4.678	8.586	
		Reinausgaben	888.454	960.396	924.910	
		Reineinnahmen	104.692	134.913	765.581	
		Zuschuß	783.762	825.483	159.329	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		25 0 Fachschulen - ohne Meisterschule (25 1) -				Zu 25 0 gehören: Handelsschule und Höhere Handelsschule, Seefahrtschule, Bildungsanstalt für Frauenberufe, Staatl. Ingenieurschule, Landwirtschaftsschule.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Mahngebühren	140	140	59	
	14	Schulgeld, Aufnahmegebühr	76.440	75.208	69.601	
0	17 0	Landesbeihilfen, Landeszuschuß zu den Ruhegehältern	20.720	17.737	9.500	Zu 17 0: Für Handelsschule und Höhere Handelsschule und für Bildungsanstalt für Frauenberufe.
0	17 1	Erstattung von Gehaltsteilen für abgeordnete Lehrkräfte	10.124	8.124	--	Zu 17 1: 1941 bei Nr. 31 vereinnahmt.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	15.891 743	10.073 743	4.122 983	Zu 20: Erstattungen siehe Nachw. II.
	22 0	Einnahmen aus den Schulküchen	10.603	6.832	4.083	Zu 22 0: Vgl. Ausg. 62 2.
	22 1	Einnahmen aus dem Wohnheim	1.289	3.032	3.711	Mehreinnahmen können zu Mehrausgaben bei 62 2 verwendet werden.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				Zu 22 1: Nutzungsschaden.
	30	Erstattungen	272	529	201	
	31	Sonstige Einnahmen	16	66	8.532	
	33	Zahlungen für Vorjahre	10	10	--	
		Gesamteinnahmen	136.248	122.494	100.792	
		Davon Erstattungen	743	743	983	
		Reineinnahmen	135.505	121.751	99.809	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	5.581	3.375	1.884	
	51 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	281	190	92	
	51 3	Versicherungsbeiträge	1.142	621	107	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	860	860	867	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(1.764 (470	1.764 470	535 142	Zu 55: An 00 3/24.
	59	Verwaltungskostenanteile	4.806	4.668	8.586	Zu 59: An 24/39 0. Vgl. Erl. zu Ziff. 24/50 0 und 50 2.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	40.004	36.788	36.687	Zu 60 0: Einseitig deckungsfähig mit 60 1 bis 60 3.
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	193.515	172.123	156.421	
	60 10	Gehälter für einberufene außerplanmäßige Beamte	--	--	--	Zu 60 1: Einseitig deckungsfähig mit 60 2 und 60 3. Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 verstärkt werden.
	60 11	Gehälter für nichteinberufene außerplanmäßige Beamte	3.480	--	--	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	14.413	16.045	10.040	Zu 60 2: Einseitig deckungsfähig mit 60 3. Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 verstärkt werden.
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	7.335	22.530	7.863	Zu 60 31: Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 und 60 1 verstärkt werden.
	60 4	Funktionszulage und Vergütungen für Hausmeister, Bewachungskosten	(677 (5.460	621 2.184	423 370	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Hilfskräfte und für Reinmachefrauen	7.931	8.642	4.981	Zu 60 4: An 12/39 0.
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	27.163	30.813	27.459	
	61 1	Desgl. für Angestellte	939	1.124	--	Zu 61 1: Hausmeister und sonstige Angestellte.
	61 3	Versicherungsbeiträge	7.003	8.061	4.124	
	61 6	Für Stellvertretung der Schulhausmeister	75	75	18	Zu 61 3: 24, 25 0 und 25 1/61 3 gegenseitig deckungsfähig.
		Sächliche Zweckausgaben.				Zu 61 6: 24, 25 0 und 25 1/61 6 gegenseitig deckungsfähig.
	62 0	Reinigungsmittel für Hauswäsche	--	--	17	
	62 1	Verpflegung der Schülerinnen und Angestellten	--	--	696	
	62 2	Schulküchen, Hauswirtschafts- und Schulgartenbetrieb	(14.692 (98	9.762 98	4.537 75	Zu 62 2: An 92 0/20. Mehreinnahmen bei 22 0 können hier zu Mehrausgaben verwendet werden.
	63 1	Unterrichtsmittel einschl. Lehrmittelbeitrag	(1.788 (--	1.788 --	811 9	
	63 2	Schulausstellungen, Schülerwettbewerbe, Lichtbildvorführungen	200	200	144	Zu 63 2: 24, 25 0 und 25 1/63 2 gegenseitig deckungsfähig.
	63 3	Kosten der Hortpraxis in auswärtigen Horten für Schülerinnen der Fachschule für Kindergärtnerinnen	1.040	1.045	1.111	
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(14.328 (--	9.409 --	12.789 15	

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	64 2	Grundstücksabgaben	(763 (3.553	381 4.539	1.530 2.905	Zu 64 2: An 71 01/16 - 1.719 RM 71 01/23 - 206 " 71 01/25 - 36 " 71 02/23 - 610 " 71 04/23 - 982 " 3.553 RM
	65	Lernmittel für Bedürftige usw.	(280 (--	280 --	198 6	
	66	Turnen, Spielen, Schwimmen, Wandern	1.000	1.000	810	
	67	Sonstige Sachbedürfnisse	(150 (--	150 --	24 3	
	68 0	Vergütungen an Prüfungsausschüsse und dgl.	560	560	96	
	68 1	Vergütung an das Mütter- und Säuglingsheim	60	60	69	Zu 68 1: An 52 1/31.
	69	Beihilfen und Zuschüsse	33.067	33.067	32.867	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	474	474	384	
	73	Reise-, Fahr- und Umzugskosten	124	124	5	
	74	Beihilfe für die Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, Tagungen usw.	190	190	50	Zu 74: 24, 25 0 und 25 1/74 gegenseitig deckungsfähig.
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	1.000	900	598	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen usw.	(550 (180	550 180	69 216	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung des Schulinventars	757	757	390	
	80 4	Unterhaltung der Gartenanlagen	--	379	284	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Sachversicherung	369	433	391	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	16.750	15.965	15.875	Zu 82 0: Gebäude 0,2857 - 2 % von 1.305.364 RM, Maschinen 10 % von 67.210 RM, Inventar 3 % von 61.520 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	207	241	227	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	250	250	250	
		Schuldendienst.				
	87 0	Schuldenzinsen	511	537	563	
	87 1	Zinsen für allgemeines Kapitalvermögen	--	471	453	
	88	Schuldentilgung	9.095	9.096	9.095	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	188	
		Gesamtausgaben	424.935	403.840	348.349	
		Ab Erstattungen	743	743	983	
		Reinausgaben	424.192	403.097	347.366	
		Reineinnahmen	135.505	121.751	99.809	
		Zuschuß	288.687	281.346	247.557	

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		25 1 Fachschulen				Zu 25 1: Die Meisterschule ist als Unterabschnitt 25 1 besonders aufgeführt, weil die Rechnung der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden muß.
		Meisterschule des Deutschen Handwerks in Kiel; städtische, staatlich unterstützte Fachschule für Tischler, Maler, Graphiker und Weber.				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Mahngebühren	3	3	2	
	14 0	Schulgeld, Aufnahmegebühr	8.283	7.985	7.178	
	14 1	Schulgeld für Sonderkurse	--	--	108	
o	17 0	Landeszuschuß zu den Unterhaltungskosten	25.000	27.450	24.360	Zu 17 0: Der Staat erstattet die Hälfte der durch die eigenen Einnahmen der Anstalt nicht gedeckten Ausgaben bis zum Höchstbetrage von 30.000 RM nach dem Istergebnis.
o	17 1	Landeszuschuß zu den Ruhegehältern	11.963	13.798	9.039	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
			(290	262	754	
	20	Mieten	(2.561	2.133	1.430	Zu 20: Erstattungen siehe Nachw. II.
	24	Einnahmen aus den Werkstätten	1.500	1.500	2.022	Zu 24: Vgl. Ausg. 63 3.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	96	125	96	
	31	Sonstige Einnahmen	153	163	342	
	33	Zahlungen für Vorjahre	5	5	--	
		Einmalige Einnahmen.				
	40	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	--	--	425	
		Gesamteinnahmen	49.854	53.424	45.756	
		Davon Erstattungen	2.561	2.133	1.430	
		Reineinnahmen	47.293	51.291	44.326	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	4.440	3.608	3.654	
	51 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	223	203	213	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	51 3	Versicherungsbeiträge	908	663	247	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	740	740	563	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(450 (69	450 69	204 --	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	8.881	8.346	7.200	Zu 60 0: Einseitig deckungsfähig mit 60 2 und 60 3.
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	50.533	32.807	24.558	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	Zu 60 2: Einseitig deckungsfähig mit 60 3. Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 geschaffen bzw. verstärkt werden.
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte ...	3.035	3.035	3.034	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	5.877	15.270	14.242	Zu 60 31: Vgl. Einn. 14 1.
	60 4	Funktionszulage und Sondervergütungen an Hausmeister, Bewachungskosten	(226 (4.368	226 --	226 --	Der Ausgabenansatz kann durch ersparte Mittel bei 60 0 verstärkt werden.
	60 50	Löhne für einberufene Hilfskräfte	--	--	--	Zu 60 4: An 12/39 0.
	60 51	Löhne für nichteinberufene Hilfskräfte und für Reinmachefrauen	3.136	2.998	1.456	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	21.828	23.402	25.882	
	61 1	Desgl. für Angestellte	553	213	168	Zu 61 1: Schulhausmeister.
	61 3	Versicherungsbeiträge	1.499	2.152	1.234	Zu 61 3: 24, 25 0 und 25 1/61 3 gegenseitig deckungsfähig.
	61 6	Für Stellvertretung der Schulhausmeister	50	50	--	Zu 61 6: 24, 25 0 und 25 1/61 6 gegenseitig deckungsfähig.
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62 3	Erstattung von Unkosten an die Prüflinge für Anfertigung der Werkstücke zur Prüfung	30	30	30	
	63 1	Unterrichtsmittel einschl. Lehrmittelbeitrag ...	2.406	2.406	1.868	
	63 2	Schulausstellungen, Schülerwettbewerbe, Lichtbildvorführungen	1.100	1.100	370	Zu 63 2: 24, 25 0 und 25 1/63 2 gegenseitig deckungsfähig.
	63 3	Schulwerkstattbetrieb	1.200	1.200	1.463	Zu 63 3: Vgl. Einn. 24.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(3.921 (80	3.371 80	3.562 --	Zu 64 1: An 45 2/25.
	64 2	Grundstücksabgaben	(104 (739	126 649	551 207	Zu 64 2: An 71 01/16 - 233 RM 71 01/23 - 84 " 71 01/25 - 13 " 71 02/23 - 202 " 71 04/23 - 207 " 739 RM
	65 0	Lernmittel für Bedürftige usw.	50	50	--	
	66 0	Turnen, Spielen, Schwimmen, Wandern	40	40	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	66 3	Modelle und dgl.	680	680	430	
	67	Sonstige Sachbedürfnisse	50	50	3	
		Verschiedene Ausgaben.				
	74	Beihilfe für die Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, Tagungen usw.	150	150	--	Zu 74: 24, 25 0 und 25 1/74 gegenseitig deckungsfähig.
	76	Zahlungen für Vorjahre	4.000	3.000	2.723	
	77	Vermischte Ausgaben	72	72	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	500	500	171	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen usw.	(130 (30	130 30	42 --	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung des Schulinventars	450	450	141	
	80 4	Unterhaltung der Gartenanlagen	120	290	217	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Feuerversicherung	78	92	154	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	5.301	5.287	5.310	Zu 82 0: Gebäude 2/3 - 1,33 % von 201.066 RM, Maschinen 10 % von 25.180 RM, Inventar 3 % von 46.315 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	47	56	50	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	100	100	100	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	400	--	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage	--	--	425	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	950	
		Gesamtausgaben	128.194	114.571	101.648	
		Ab Erstattungen	2.561	2.133	1.430	
		Reinausgaben	125.633	112.438	100.218	
		Reineinnahmen	47.293	51.291	44.326	
		Zuschuß	78.340	61.147	55.892	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		26 Stadtbildstelle				
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Leihgebühren	30	30	58	
		Gesamt- und Reineinnahmen	30	30	58	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	90	90	87	
	55	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(15	15	2	
			(15	15	26	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher und Zeitschriften	15	15	--	
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	40	40	--	
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	20	20	5	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 3	Unterhaltung und Ergänzung der Vorführgeräte, des Film- und Lichtbildarchivs	1.000	700	700	Zu 80 3: Übertragbar.
	81	Inventarversicherung	30	30	30	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	2.561	2.561	2.561	Zu 82 0: Gebäude 2/3 % von 116.100 RM, Inventar 3 % von 36.700 RM, Maschinen 3 % von 22.850 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	18	18	18	
		Gesamt- und Reinausgaben	3.804	3.504	3.429	
		Reineinnahmen	30	30	58	
		Zuschuß	3.774	3.474	3.371	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		29 Schulheime				Der Abschnitt 29 enthält die bisher im Abschnitt 20 nachgewiesenen Einnahmen und Ausgaben des Landschulheims Schönhagen. Das Landschulheim wird z.Zt. als Hilfskrankenhaus verwandt.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
			(324	18.000	--	
	20	Mieten	(18.000	--	--	Zu 20: Erstattungen siehe Nachw.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	112	--	--	Zu 30: Von dem Heimverwalter für Licht und Heizung.
	31	Sonstige Einnahmen	100	--	--	
		Gesamteinnahmen	18.536	18.000	--	
		Davon Erstattungen	18.000	--	--	
		Reineinnahmen	536	18.000	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprechgebühren	100	280	113	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	30	--	--	
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	3.024	3.024	--	
	60 4	Sondervergütungen	240	240	--	Zu 60 4: Funktionszulage an den Heimverwalter.
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	152	176	176	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	460	300	--	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	1.470	2.000	445	
	64 2	Grundstücksabgaben	90	82	--	
		Verschiedene Ausgaben.				
	74	Gemeinschaftsförderung	2	--	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	2.000	--	--	
	80 1	Unterhaltung der Heizungs- und Lichtanlagen usw.	150	--	--	
	81	Feuerversicherung	40	40	--	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	1.300	1.300	--	Zu 82 0: Gebäude 1 % von 70.000 RM, Inventar 3 % von 20.000 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	24	24	24	
		Schuldendienst.				
	87 0	Schuldenzinsen	--	--	2.155	
		Gesamtausgaben	9.082	7.466	2.913	
		Ab Erstattungen	18.000	--	--	
		Reinausgaben	./. 8.918	7.466	2.913	
		Reineinnahmen	536	18.000	--	
		Überschuß	9.454	10.534	--	
		Zuschuß	--	--	2.913	

Abschluß Einzelplan 2 Schulwesen

Abschnitt bzw. Unterabschnitt	1943 Gesamteinnahme RM	1943 Reineinnahme RM	1943 Gesamtausgabe RM	1943 Reinausgabe RM	Zuschuß oder Überschuß (-) (+) 1943 RM	1942 RM	1941 RM
20 Schulamt	16.550	16.550	196.387	196.387	- 179.837	- 159.011	- 169.628
21 Volksschulen	328.534	297.751	1.817.815	1.787.032	- 1.489.281	- 1.539.436	- 1.454.973
22 Mittel- und Hauptschulen	321.533	309.217	1.102.175	1.089.859	- 780.642	- 786.210	- 664.041
23 Höhere Schulen	522.282	514.518	1.824.744	1.816.980	- 1.302.462	- 1.407.669	- 1.291.2[illegible]
24 Berufsschulen	109.498	104.692	893.260	888.454	- 783.762	- 825.483	- 159.329
25 Fachschulen.							
25 0 Fachschulen (ohne Meisterschule)	136.248	135.505	424.935	424.192	- 288.687	- 281.346	- 247.557
25 1 Meisterschule des Deutschen Handwerks	49.854	47.293	128.194	125.633	- 78.340	- 61.147	- 55.892
Abschnitt 25	186.102	182.798	553.129	549.825	- 367.027	- 342.493	- 303.449
26 Stadtbildstelle	30	30	3.804	3.804	- 3.774	- 3.474	- 3.371
29 Schulheime	18.536	536	9.082	./. 8.918	+ 9.454	+ 10.534	- 2.913
Summe Einzelplan 2	1.503.065	1.426.092	6.400.396	6.323.423	- 4.897.331	- 5.053.242	- 4.048.985

3 Kultur- und Gemeinschaftspflege

30 Kulturamt

31 Wissenschaftspflege

32 Kunstpflege

- 32 0 Städtische Theater und Orchester
- 32 1 Nordmarkschule
- 32 2 Sonstige Aufwendungen für Kunstpflege

33 Volksbildung

- 33 0 Stadtbücherei
- 33 1 Sonstige Aufwendungen für Volksbildung

34 Gemeinschaftspflege

35 Heimatpflege

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		30 Kulturamt				Der Verwaltung des Kulturamts unterliegen die Abschnitte bzw. Unterabschnitte 01 1, 31, 32 2, 33 0, 33 1 und 35.
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				Die Personalkosten der beiden Vorjahre werden im wesentlichen beim Abschnitt 20 nachgewiesen.
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	5.719	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	3.588	--	--	
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	8.636	--	--	
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	3.000	--	--	
	51 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	1.005	--	--	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	2.137	--	--	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	150	--	--	Zu 53: Bisher 20/53 und 32 2/53.
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(100 (50	-- --	-- --	Zu 55: Bisher 20/55. An 00 3/24.
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	200	--	--	Zu 73: Bisher 32 2/73.
	74	Gemeinschaftsförderung	6	--	--	
	77	Erstattung von Auslagen des Musikbeauftragten	100	--	--	Zu 77: Bisher 32 2/77.
		Gesamt- und Reinausgaben	24.691	--	--	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	24.691	--	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		31 Wissenschaftspflege				Zur Verfügung des Kulturamts.
		Einnahmen				
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	200	--	--	Zu 30: Von dem Leiter des staatl. Studienseminars für Heizkosten - vgl. Nachw. I -.
		Gesamt- und Reineinnahmen	200	--	--	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65	Stipendien	1.900	1.900	200	Zu 65: Für Kieler Studierende an der Universität Kiel und an auswärtigen Akademien und Hochschulen.
	69	Beihilfen und Zuschüsse	47.450	62.165	40.501	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Gesamt- und Reinausgaben	49.350	64.065	40.701	
		Reineinnahmen	200	--	--	
		Zuschuß	49.150	64.065	40.701	

Finanzstatist. Kennziffer	Nr.	Haushaltsstelle: Namentliche Bezeichnung	A. Stadttheater: Haushaltsplan 1943 RM	A. Stadttheater: Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	A. Stadttheater: Rechnung 1941 RM	B. Schauspielhaus: Haushaltsplan 1943 RM	B. Schauspielhaus: Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	B. Schauspielhaus: Rechnung 1941 RM	C. Orchester: Haushaltsplan 1943 RM	C. Orchester: Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	C. Orchester: Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		32 0 Städtische Theater und Orchester										
		Einnahmen										
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.			929							
	13	Verwaltungs- und Hebegebühren	1.800	2.400	50.000	--	--	--	--	--	--	
o	17	Beihilfen von Gebietskörperschaften	--	10.000	16.093	--	--	--	--	--	--	
	18	Erstattung von Ruhegeldern und Hinterbliebenenbezügen durch die Versorgungsanstalt der Deutschen Bühnen in München	16.165	16.165		--	--	--	--	--	--	Zu 18 A: Vgl. Ausg. 61 8.
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.			450							
	20	Miete	1.500	1.500	115.348	350	350	315	--	--	--	Zu 20 A u. B: Für die Erfrischungsräume.
	23 0	Aus Kartenverkauf und organisiertem Besuch einschl. Sozialabgabe	(606.650 (4.150	513.850 4.150	--	236.190 1.810	219.690 1.810	266.128 --	-- --	-- --	-- --	Zu 23 0 A u. B: Erstattungen siehe Nachw. II.
	23 1	Altersversorgungsabgabe	16.000	15.000	2.744	8.000	9.500	6.229	--	--	--	Zu 23 1 A u. B: Je Eintrittskarte 5 Rpf.
	23 2	Garderobengebühr	46.000	52.000	12.130	28.000	22.000	23.132	--	--	--	
	23 3	Verkauf von Theaterzetteln	15.000	16.000	2.841	6.000	6.000	5.925	--	--	--	
	23 4	Aus besonderen Veranstaltungen	400	400	6.650	800	800	560	3.000	3.000	--	
	23 5	Aus auswärtigen Veranstaltungen	4.800	4.800	2.260	--	--	--	1.000	1.000	--	
	25	Für Konzertveranstaltungen des Vereins der Musikfreunde	--	--	--	--	--	--	100.000	--	--	Zu 25 C: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.			1.439							
	31	Sonstige Einnahmen	931	1.050	--	--	--	--	--	--	--	
	33	Zahlungen für Vorjahre	181.100	--	38.040	--	--	--	--	--	--	Zu 33 A: Nutzungsentschädigung.
	39 0	Erstattungen vom Schauspielhaus	40.504	39.576		--	--	--	--	--	--	Zu 39 0 A: Erstattungen siehe Nachw. II.
		Einmalige Einnahmen.			--							
	40	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	--	--		--	--	--	--	--	--	
		Gesamteinnahmen	935.000	676.891	248.924	281.150	260.150	302.289	104.000	4.000	--	
		Davon Erstattungen	44.654	43.726	38.040	1.810	1.810	--	100.000	--	--	
		Reineinnahmen	890.346	633.165	210.884	279.340	258.340	302.289	4.000	4.000	--	
		Ausgaben										Die Abteilungen A, B und C sind innerhalb der gleichen Haushaltsstellen gegenseitig deckungsfähig.
		Verwaltungsausgaben.										
		Persönliche Verwaltungsausgaben.			4.420	--	--	--	--	--	--	
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	5.022	4.420	33.805	--	--	--	--	--	--	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	31.426	35.838								

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	A. Stadttheater Haushaltsplan 1943 RM	A. Stadttheater Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	A. Stadttheater Rechnung 1941 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan 1943 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	B. Schauspielhaus Rechnung 1941 RM	C. Orchester Haushaltsplan 1943 RM	C. Orchester Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	C. Orchester Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	--	--	--	--	--	--	Die Haushaltsstellen 50 2 bis 50 4 sind gegenseitig deckungsfähig.
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	41.120	36.182	35.592	--	--	--	--	--	--	
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	748	--	--	--	--	--	--	--	--	
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	600	600	0.0	--	--	--	--	--	--	Zu 50 31 A: Auf der Platzmietenstelle.
	50 4	Sondervergütungen	630	630	13.531	--	--	--	--	--	--	Zu 50 4 A: Für regelmäßige Überarbeit der Kassiererinnen an den Tageskassen.
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	11.714	12.871	3.816	--	--	--	--	--	--	
	51 1	Desgl. für Angestellte	2.385	2.031	2.999	--	--	--	--	--	--	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	5.224	3.325		--	--	--	--	--	--	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.										
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, Verwaltungsgebühren, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben und Beitrag an die Fachschaft Bühne	(2.750 (650	4.000 650	4.173 402	-- --	-- --	-- --	-- --	-- --	-- --	Zu 55 A: An 00 3/24. Auf den Beitrag an die Fachschaft Bühne entfallen 2.200 RM.
	59	Verwaltungskostenerstattungen an das Stadttheater	--	--	--	25.568	25.136	25.165	--	--	--	Zu 59 B: An 39 0 A.
		Zweckausgaben.										
		Persönliche Zweckausgaben.			--							
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	3.978	--	--	--	--	--	--	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	3.979	3.979	2.111	--	--	--	--	--	--	
	60 200	Gagen für Generalintendant, Solomitglieder, Inspizienten, Souffleusen, Bibliothekar (einberufen)	17.750	11.250		5.490	2.790	2.406	--	--	--	Die Haushaltsstellen 60 2 bis 60 5 und 61 6 sind gegenseitig deckungsfähig.
	60 201	Gagen für Generalintendant, Solomitglieder, Inspizienten, Souffleusen, Bibliothekar (nichteinberufen)	416.000	392.630	349.602	126.300	117.040	116.160	--	--	--	
	60 210	Gagen für den Chor (einberufen)	31.433	36.155	19.197	--	--	--	--	--	--	
	60 211	Gagen für den Chor (nichteinberufen)	108.060	108.160	86.219	--	--	--	--	--	--	
	60 220	Gagen für die Tanzgruppe (einberufen)	3.456	3.456	3.509	--	--	--	--	--	--	
	60 221	Gagen für die Tanzgruppe (nichteinberufen)	47.340	45.360	35.410	--	--	--	--	--	--	
	60 230	Vergütung für Orchesterleitung, -mitglieder, -inspektor (einberufen)	--	--	--	--	--	--	80.904	69.346	31.064	
	60 231	Vergütung für Orchesterleitung, -mitglieder, -inspektor (nichteinberufen)	--	--	1.286	--	--	--	333.930	329.622	304.214	
	60 240	Vergütungen für einberufene technische Angestellte	5.760	792	56.204	2.820	--	--	4.404	4.305	2.616	
	60 241	Vergütungen für nichteinberufene technische Angestellte	70.400	65.530	8.520	25.500	26.200	20.268	--	--	--	
	60 300	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte - Solomitglieder	30.000	18.000	5.440	--	--	--	--	--	--	Zu 60 300: Bisher 60 30.
	60 301	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte - Chormitglieder	15.060	4.000	800	--	--	--	--	--	--	Zu 60 301: Bisher 60 31.
	60 302	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte - Mitglieder der Tanzgruppe	2.400	1.800	--	--	--	--	--	--	--	Zu 60 302: Bisher 60 32.
	60 303	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte - Orchestermitglieder	--	--	459	--	--	--	59.240	39.968	28.633	Zu 60 303 und 60 310: Bisher 60 33.
	60 304	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte - technische Angestellte	6.000	4.000		2.000	500	535	--	--	--	Zu 60 304 und 60 311: Bisher 60 34.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	A. Stadttheater Haushaltsplan 1943 RM	A. Stadttheater Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	A. Stadttheater Rechnung 1941 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan 1943 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	B. Schauspielhaus Rechnung 1941 RM	C. Orchester Haushaltsplan 1943 RM	C. Orchester Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	C. Orchester Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	60 310	Vergütungen für Orchesteraushilfen	--	--	--	--	--	--	24.000	10.000	--	
	60 311	Vergütungen für technische Aushilfen	1.000	1.000	--	500	500	--	--	--	--	
	60 40	Sondervergütungen für das darstellende Personal	16.000	16.000	10.820	3.500	3.500	3.252	--	--	--	
	60 41	Vergütungen für Statisterie und Extrachor	18.000	18.000	3.072	2.000	2.000	3.894	--	--	--	
	60 420	Aufwendungen für Gastspiele und Verpflichtungen, Vorspielkosten	26.000	26.000	16.[illegible]5	4.500	4.500	4.547	2.000	2.000	116	
	60 421	Aufwendungen für Gastspiele (Ersatz für Einberufene)	3.000	3.000	--	2.000	2.000	--	--	--	--	
	60 43	Sondervergütungen für Orchestermitglieder	--	--	--	--	--	--	600	600	(329 (2.274	
	60 44	Sondervergütungen für technische Beamte und Angestellte	1.600	1.600	205	1.000	1.000	1.077	--	--	--	Zu 60 44 A u. B: Für die Mitwirkung in Doppelvorstellungen und für Wegfall der Ruhepausen in Sonderfällen.
	60 45	Sondervergütungen für das sonstige technische Personal	1.800	1.800	380	800	800	848	100	100	100	Zu 60 45 A u. B: Wie vor.
	60 46	Bewachungskosten	9.375	7.500	4.481	3.125	2.500	2.033	--	--	--	Zu 60 46 A u. B: An 12/39 O.
	60 50	Löhne für einberufene Arbeiter	16.483	22.238	11.804	--	2.509	509	--	--	--	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Arbeiter sowie für Logenschließerinnen und Reinmachefrauen	165.000	159.600	117.038	56.000	50.700	38.674	3.000	3.000	3.074	
	60 52	Löhne für Kriegsaushilfen	39.330	20.000	13.201	5.530	2.000	1.876	3.530	600	296	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	1.301	1.254	--	--	--	--	--	--	--	
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	1.197	1.681	1.[illegible]	--	--	--	62.900	64.738	66.124	
	61 2	Ruhelöhne für Arbeiter	4.813	3.259	33.455	--	--	--	--	--	--	
	61 30	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge (einschl. Unfallversicherung)	44.300	44.270	24.095	12.600	12.600	9.337	19.990	17.800	15.311	Die Haushaltsstellen 61 30 und 61 31 sind gegenseitig deckungsfähig.
	61 31	Beitrag zur Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen und für sonstige Versorgung der Mitglieder	30.000	30.000	6.285	9.600	9.600	7.163	9.200	8.400	7.473	
	61 32	Stellenvermittlungsgebühren	7.000	7.000	2.440	--	--	--	--	--	--	
	61 33	Altersversorgungsabgabe	16.000	13.500	539	8.000	8.000	6.294	--	--	--	
	61 5	Sonstige Leistungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter	3.500	3.510	1.629	--	--	--	--	--	--	Zu 61 5 A: a) Unterstützungen für 150 Mitglieder auf Intendanzvertrag je 10 RM ..... 1.500 RM. (Für 207 Gefolgschaftsmitglieder vgl. Ausg. 00 2/51 5.) b) Mieten für Mitgliederwohnungen (Überbrükkungen) ..... 2.000 RM.
	61 6	Stellvertreterkosten	2.400	2.400	16.093	600	600	314	100	100	--	
	61 8	Sonstige Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge	16.165	16.165		--	--	--	--	--	--	Zu 61 8 A: Vgl. Einn. 18.
		Sächliche Zweckausgaben.			309							
	63 0	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	300	300	10.823	100	100	61	--	--	--	
	63 1	Materialmiete, Aufführungsgebühren, Musik- und Studiermaterial	(45.100 (100	38.008 100	178 13.181	21.600 --	17.125 --	20.784 --	--	--	--	Die Haushaltsstellen 63 0, 63 70 und 63 71 sind gegenseitig deckungsfähig.
	63 2	Dekorations- und Möbelfundus, Kosten für Bühnenausstattung	(39.800 (200	59.800 200	41 26.953	6.400 100	6.400 100	7.525 --	--	--	--	Zu 63 1 A: An 00 3/24.
	63 3	Garderobenfundus, Friseurfundus	30.000	40.000	395	7.300	7.300	9.621	--	--	--	Die Haushaltsstellen 63 2, 63 3, 63 4 und 63 5 sind gegenseitig deckungsfähig.
	63 4	Requisiten	1.500	1.500	821	800	1.200	720	--	--	--	Zu 63 2 A: An 00 3/24 - 100 RM, 71 4/24 - 100 RM.
	63 5	Beschaffung, Instandhaltung und Transport von Instrumenten	2.500	2.500		1.000	1.000	503	1.500	1.500	1.093	Zu 63 2 B: An 71 4/24 - 100 RM.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	A. Stadttheater Haushaltsplan 1943 RM	A. Stadttheater Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	A. Stadttheater Rechnung 1941 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan 1943 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	B. Schauspielhaus Rechnung 1941 RM	C. Orchester Haushaltsplan 1943 RM	C. Orchester Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	C. Orchester Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	63 6	Fuhrlöhne	5.200	4.700	4.528	2.700	2.400	2.328	--	--	--	
	63 70	Bekanntmachungen, Drucksachen und sonstige Aufwendungen für Werbezwecke	(21.000 (500	28.300 700	5.193 208	14.500	12.000	9.096	--	--	--	
	63 71	Theaterprogramme	3.500	8.800	1.374	1.500	3.450	1.142	--	--	--	Zu 63 70 A: An 00 3/24. Zu 63 8 A u. B: An 71 2/23.
	63 72	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	(7.500 (--	7.000 --	6 3	1.100 --	1.100 --	1.002 --	--	--	--	Zu 63 9 B: An 39 0 A.
	63 8	Bewachung des Stadttheaters durch die Feuerwehr, Feuersicherheitswachen	15.050	15.050	8.997	4.200	4.200	4.022	--	--	--	Zu 64 0 A: An 22/20 - 984 RM 23/20 - 1.164 " 71 11/20 0 - 3.000 " 85 0/30 - 200 " 5.348 RM
	63 9	Zweckausgabenerstattung an das Stadttheater	--	--	--	14.936	14.440	12.875	--	--	--	
	64 0	Mieten	(10.152 (5.348	9.942 5.744	8.227 2.426	2.100 27.292	2.100 27.292	2.099 27.292	--	--	--	Für das Lager Harmsstraße ..... 3.696 RM das Lager in Bornstein ..... 686 " Lagerräume in städtischen Schulen 2.148 " das Lager Schlachthof ..... 3.000 " den Probesaal Lorentzendamm ..... 3.125 " die Platzmietenstelle Kehdenstr. 2.220 " sonstige Proberäume ..... (425 " (200 " 15.500 RM
	64 1	Heizung, Beleuchtung (einschl. Glühbirnen und Bühnenbedarf), Reinigung, Wasser	30.090	30.250	26.680	10.300	10.300	10.374	--	--	--	
	64 2	Grundstücksabgaben	(100 (1.650	100 1.630	57 1.590	--	30	--	--	--	--	
	65 0	Aufwendungen für auswärtige Veranstaltungen	2.400	2.400	653	--	--	--	--	--	--	
	65 1	Ausschmückung der Theater aus besonderen Anlässen	(300 (300	100 300	50 --	150 100	-- 100	-- 350	800 --	1.000 --	-- --	Zu 64 0 B: Für das Schauspielhaus an 92 1/20 27.292 RM Lagerräume Knooper Weg ..... 2.100 " 29.392 RM
	65 2	Sonstiges	121	199	97	76	58	--	32	47	--	
	69	Beihilfen	3.288	3.288	2.938	--	--	--	--	--	--	
		Verschiedene Ausgaben.			1.013							Zu 64 2 A: An 71 01/16 - 450 RM 71 01/25 - 260 " 71 02/23 - 260 " 71 04/23 - 660 " 71 04/25 - 20 " 1.650 RM
	70	Steuern	50	100	--	50	50	142	--	--	--	
	71	Prozeßkosten, sonstige Schadensleistungen	180	180	427	--	--	--	--	--	--	
	72	Schutzkleidung, sonstige Ausrüstungsstücke	600	900	6.918	150	150	150	--	--	--	
	73 0	Reise- und Fahrkosten	8.600	8.600	3.213	--	--	--	--	--	--	Zu 65 1 A u. B: An 71 4/24.
	73 1	Zureise- und Umzugskosten	3.000	3.000	51	1.000	1.000	241	1.000	1.000	145	Zu 65 2: Medikamente usw.
	74	Gemeinschaftsförderung	1.071	1.050	--	--	--	--	--	--	--	Zu 69: Siehe Nachw. I.
	76	Zahlungen für Vorjahre	--	584		--	--	--	--	--	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.										
		Unterhaltung.			6.651							
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(2.995 (805	3.800 --	805 1.259	930 70	1.520 --	529 70	--	--	--	Zu 80 0 A u. B: An 71 2/23.
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	3.040	2.540	118	1.190	1.190	(372 (74	--	--	--	
	80 2	Büroinventar einschl. Ersatz	200	200	719	--	--	--	--	--	--	Zu 81 A: Für die Tischlerwerkstatt und geliehene Kostüme. (Die Prämien für das Stadttheater und den Fundus der Vereinigten Städt. Theater sind für die Zeit vom 1.7.1939 bis 30.6.1944 im voraus gezahlt worden.)
	80 3	Unterhaltung des Inventars einschl. Ersatz	2.000	2.250	--	675	675	--	--	--	--	
	81	Feuerversicherung	304	72		--	--	--	--	--	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	A. Stadttheater Haushaltsplan 1943 RM	A. Stadttheater Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	A. Stadttheater Rechnung 1941 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan 1943 RM	B. Schauspielhaus Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	B. Schauspielhaus Rechnung 1941 RM	C. Orchester Haushaltsplan 1943 RM	C. Orchester Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	C. Orchester Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Abführungen an Rücklagen.										
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	25.875	25.875	25.875	--	--	--	--	--	--	Zu 82 0: Gebäude 1 % von 1.081.320 RM, Maschinen 3 % von 502.056 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	3.017	3.039	2.998	--	--	--	--	--	--	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	1.200	1.200	[illegible]	--	--	--	--	--	--	
		Schuldendienst.										
	87 1	Schuldenzinsen	1.183	1.183	1.183	4.208	4.208	4.208	--	--	--	
		Summe der laufenden Ausgaben	1.564.290	1.510.920	1.111.240	421.960	393.963	359.932	607.230	554.126	462.862	
		Einmalige Ausgaben.										
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	1.000	--	--	4.115	--	--	--	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage	--	--	--	--	--	--	--	--	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	1.900	12.570	--	--	22.250	--	1.500	1.261	
	97 1	Beschaffung eines Zwischenvorhangs	10.000	--	--	--	--	--	--	--	--	
		Summe der einmaligen Ausgaben	10.000	1.900	13.570	--	--	26.365	--	1.500	1.261	
		Gesamtausgaben	1.574.290	1.512.820	1.124.810	421.960	393.963	386.297	607.230	555.626	464.123	
		Ab Erstattungen	44.654	43.726	38.040	1.810	1.810	--	100.000	--	--	
		Reinausgaben	1.529.636	1.469.094	1.086.770	420.150	392.153	386.297	507.230	555.626	464.123	
		Reineinnahmen	890.346	633.165	211.[illegible]	279.340	258.340	302.289	4.000	4.000	--	
		Zuschuß	639.290	835.929	875.886	140.810	133.813	84.008	503.230	551.626	464.123	

32 0 Zusammenstellung

Einnahmen

A. Stadttheater	935.000	676.891	248.924	
B. Schauspielhaus	281.150	260.150	302.289	
C. Orchester	104.000	4.000	--	
Gesamteinnahmen	1.320.150	941.041	551.213	
Davon Erstattungen (zu A u. B)	146.464	45.536	38.040	
Reineinnahmen	1.173.686	895.505	513.173	

Ausgaben

A. Stadttheater	1.574.290	1.512.820	1.124.810	
B. Schauspielhaus	421.960	393.963	386.297	
C. Orchester	607.230	555.626	464.123	
Gesamtausgaben	2.603.480	2.462.409	1.975.230	
Ab Erstattungen (zu A u. B)	146.464	45.536	38.040	
Reinausgaben	2.457.016	2.416.873	1.937.190	
Reineinnahmen	1.173.686	895.505	513.173	
Zuschuß	1.283.330	1.521.368	1.424.017	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		32 1 Nordmarkschule				Schule für Musik, Bewegung und Sprecherziehung.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Mahngebühren	15	15	35	
	14	Unterrichtsgelder	32.534	35.899	28.693	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	660	1.080	1.080	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	30	--	--	Zu 30: Von dem Hausmeister für Heizstoffe.
	31	Sonstige Einnahmen	1.520	1.640	53	Zu 31: Aus Konzert- und Werbeveranstaltungen - vgl. Ausg. 63 1 -.
		Einmalige Einnahmen.				
	40	Entnahme aus der Erneuerungsrücklage	240	--	--	Zu 40: Vgl. Ausg. 94 1.
		Gesamt- und Reineinnahmen	34.999	38.634	29.861	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	5.394	5.084	4.539	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	--	--	--	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	6.454	4.832	3.428	
	50 31	Vergütung für Stundenleistungen und Aushilfsdienst	--	427	889	
	50 4	Sondervergütung für den Kurator	1.200	1.200	1.200	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	1.737	1.624	1.415	
	51 1	Desgl. für Angestellte	473	190	200	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	659	528	296	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	30	30	5	
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	(624 (150	624 150	494 150	Zu 54: An 00 1/31.

3 Kultur- und Gemeinschaftspflege — Nordmarkschule 32 1

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(50 (340	50 340	24 83	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	5.400	2.490	2.183	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	81.858	87.454	67.384	
	60 4	Sondervergütung für Ofenheizen, Bewachungskosten	(198 (3.650	-- 1.460	-- 1.101	Zu 60 4: An 12/39 0.
	60 5	Löhne für Hauswart und Reinmachefrauen	(-- (--	2.089 574	1.195 344	Zu 60 5: An 92 1/30.
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	4.648	4.236	328	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	8.419	7.637	501	
	61 6	Stellvertreterkosten	216	100	--	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher, Zeitschriften und Noten	645	645	554	
	63 1	Sachkosten für Veranstaltungen der Schule	(1.625 (--	2.025 --	568 4	Zu 63 1: Vgl. Einn. 31.
	63 3	Werbekosten	1.000	1.352	501	
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	2.459	2.081	1.803	
	64 2	Grundstücksabgaben	(1.267 (178	2.315 178	2.122 162	Zu 64 2: An 71 01/16 - 48 RM 71 01/25 - 15 " 71 04/23 - 115 " 178 RM
	65	Lehrmittel	200	200	131	
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	300	100	341	
	74	Gemeinschaftsförderung	80	80	--	
	77	Vermischte Ausgaben	40	40	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	800	800	1.011	
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	100	100	4	
	80 4	Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen	200	200	200	Zu 80 4: An 71 4/25.
	80 5	Unterhaltung der Instrumente	1.650	1.650	1.014	
	81	Feuerversicherung	61	61	60	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	3.244	3.214	3.149	Zu 82 0: Gebäude 2/3 % von 81.400 RM, Instrumente 10 % von 24.176 RM, Inventar 3 % von 9.430 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	23	23	23	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	300	300	300	
		Schuldendienst.				
	87 0	Schuldenzinsen	--	--	--	
	87 1	Zinsen für allgemeines Kapitalvermögen	--	3.244	3.244	
	88	Schuldentilgung	--	--	--	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	--	
	90 1	Beschaffung von Noten	500	--	--	
	94 0	Ersatzbeschaffungen aus der Erneuerungsrücklage	--	--	--	
	94 1	Für Ersatzbeschaffungen	240	--	--	Zu 94 1: Vgl. Einn. 40.
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	2.000	295	
		Gesamt- und Reinausgaben	136.412	141.727	101.245	
		Reineinnahmen	34.999	38.634	29.861	
		Zuschuß	101.413	103.093	71.384	

Finanz-statist. Kenn-ziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		32 2 Sonstige Aufwendungen für Kunstpflege				Zur Verfügung des Kulturamts. Zu 32 2 gehören: Musikbeauftragter, Stadtkapelle, Chöre usw.
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 0	Bücher, Zeitschriften	--	100	--	Zu 63 0: Von 1943 ab bei 30/53 nachgewiesen.
	63 1	Sachkosten für Konzertveranstaltungen	500	2.000	383	
	63 2	Anfertigung eines topographischen Stiches von Kiel	3.000	3.000	--	Zu 63 2: Übertragbar.
	65	Tage der Kunst in Kiel	5.000	5.000	--	
	66	Förderung junger begabter Künstler	5.000	5.000	485	Zu 66: Für Veranstaltungen zur Förderung junger Künstler: 1.000 RM
	67	Besondere Aufwendungen für Kulturpflege	(7.400 (100	6.000 --	6.489 --	Zur Verfügung des Kulturamts: 2.000 "
	69	Vereinsbeiträge, Beihilfen, Zuschüsse	(14.180 (100.000	9.980 --	9.480 --	Förderung Studierender der Nordmarkschule: 2.000 " 5.000 RM
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	--	200	--	Zu 67: An 01 1/24.
	77	Erstattung von Auslagen des Musikbeauftragten	--	100	--	Zu 69: Siehe Nachw. I. An 32 0 C/25.
		Einmalige Ausgaben.				Zu 73: Von 1943 ab bei 30/73 nachgewiesen.
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	2.155	5.500	Zu 77: Von 1943 ab bei 30/77 nachgewiesen.
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	--	--	
	97 1	Ölgemälde von Karl Heiß, Nürnberg	7.500	--	--	
		Gesamt- und Reinausgaben	142.680	33.535	22.337	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	142.680	33.535	22.337	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		33 O Stadtbücherei				Zur Verfügung des Kulturamts.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20 0	Mieten	6.189	6.389	3.300	Zu 20 0: Vom Hausmeister: 374 RM; Von der Reichsrundfunk GmbH.: 5.812 "; 6.189 RM
o	20 1	Mieten	2.614	2.614	2.614	
	23	Leih- und Mahngebühren	5.600	5.600	3.623	
	25	Gebühren für die Benutzung der Cellon-Spritzanlage	500	500	652	Zu 20 1: Von der Staatlichen Beratungsstelle für das Volksbüchereiwesen. - Vgl. 33 1/69
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	31 0	Sonstige Einnahmen	100	90	108	Zu 25: Vgl. Ausg. 60 4 und 62.
o	31 1	Sonstige Einnahmen	36	36	36	Zu 31 0: Für Buchbeschädigungen
		Gesamt- und Reineinnahmen	15.039	15.229	10.333	Zu 31 1: Fernsprechgebührenerstattung durch die Staatliche Beratungsstelle für das Volksbüchereiwesen.
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	7.297	6.840	7.520	
	51 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	367	384	439	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	853	627	509	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	125	125	110	
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	1.500	1.650	1.160	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(556 / (400	556 / 440	737 / 108	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	2.890	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	22.217	21.587	15.540	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	3.475	3.360	953	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	10.320			
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	2.258	16.312	11.876	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	4.000			

3 Kultur- und Gemeinschaftspflege — Stadtbücherei 33 0

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	60 4	Sondervergütungen	350	350	148	Zu 60 4: Für die Bedienung der Cellon-Spritzanlage.
	60 5	Löhne für Reinmachefrauen	4.830	4.785	3.831	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	7.153	6.893	5.746	
	61 1	Desgl. für Angestellte	694	723	555	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.980	2.020	2.853	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62	Verbrauchsstoffe	1.000	1.000	329	Zu 62: Für Cellonlack. - Vgl. Einn. 25 und Ausg. 80 3 -.
	63 0	Zeitungen, Zeitschriften, Bücher	3.712	3.712	2.745	Zu 63 0: Für den Lesesaal.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(5.300 (150	5.800 150	2.860 37	Zu 64 1: An 00 3/24 = 100 RM 65/25 = 15 " 71 01/25 = 35 " 150 RM
	64 2	Grundstücksabgaben	(1.048 (279	2.075 279	2.072 263	
		Verschiedene Ausgaben.				Zu 64 2: An 71 01/16 = 72 RM 71 01/25 = 24 " 71 02/23 = 22 " 71 04/23 = 161 " 279 RM
	73	Reise- und Fahrkosten	100	100	3	
	74	Gemeinschaftsförderung	45	48	42	
	76	Zahlungen für Vorjahre	--	--	263	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	1.000	400	3	
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	(247 (65	250 50	24 62	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung und Ersatz des Buchbestandes	10.000	15.000	13.132	
	81	Feuerversicherung	167	167	166	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	12.905	2.343	2.343	Zu 82 0: ½ % von 222.218 RM 3 % von 274.639 " 1 % von 35.542 ".
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	100	100	100	
		Schuldendienst.				
	87 1	Zinsen für allgemeines Kapitalvermögen	--	13.801	13.801	
		Gesamt- und Reinausgaben	104.493	111.927	93.220	
		Reineinnahmen	15.039	15.229	10.333	
		Zuschuß	89.454	96.698	82.887	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		33 1 Sonstige Aufwendungen für Volksbildung				Zur Verfügung des Kulturamts.
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	69	Beihilfen und Zuschüsse	8.614	8.614	8.614	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Gesamt- und Reinausgaben	8.614	8.614	8.614	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	8.614	8.614	8.614	
		34 Gemeinschaftspflege				Zur Verfügung des Kulturamts.
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 1	Aufwendungen für die Arbeitsgemeinschaft "Kiel im Aufstieg"	(300 (200	500 --	499 1	Zu 63 1: An 00 3/24 = 50 RM 01 1/24 = 150 " 200 RM
		Gesamt- und Reinausgaben	500	500	500	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	500	500	500	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		35 Heimatpflege				Zur Verfügung des Kulturamts.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	577	670	217	Zu 20: Wohnungen der Aufseher im Fischerhaus, Horst-Wessel-Park und im Bauernhaus Kruse-koppel.
		Sonstige Einnahmen.				
	31	Verkaufserlöse	--	--	1.000	
		Gesamt- und Reineinnahmen	577	670	1.217	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 5	Löhne für Reinmachefrauen	284	217	256	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	9	18	4	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 1	Kieler Kriegs- und Gefallenenchronik	(650 (850	1.000 --	1.000 --	Zu 63 1: An 00 3/24 - 100 RM 01 1/24 - 750 " 850 RM
	63 2	Herausgabe einer Kieler Heimatkunde	1.500	1.500	--	
	64 2	Grundstücksabgaben	98	171	162	
	66	Aufwendungen für Naturschutzpflege	200	200	200	Zu 66: Zur Verfügung der Ortspolizeibehörde.
	67	Vorbereitung der 700-Jahrfeier der Stadt Kiel	--	1.000	1.000	Zu 67: Übertragbar.
	68	Beaufsichtigung und Reinigung der Stadt Kieler Heimatmuseen	577	577	237	
	69	Vereinsbeiträge, Beihilfen und Zuschüsse	19.078	18.127	17.657	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	120	120	6	
	80 4	Unterhaltung der Denkmäler und Brunnen	500	880	12	
	81	Feuerversicherung	68	58	85	Zu 81: Für das Ehrenmal, das Fischerhaus und das Bauernhaus.
		Abführungen an Rücklagen.				
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	41	35	51	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	--	160	
		Gesamt- und Reinausgaben	23.975	23.903	20.830	
		Reineinnahmen	577	670	1.217	
		Zuschuß	23.398	23.233	19.613	

Abschluß Einzelplan 3 Kultur- und Gemeinschaftspflege

Abschnitt bzw. Unterabschnitt	1943 Gesamteinnahme RM	1943 Reineinnahme RM	1943 Gesamtausgabe RM	1943 Reinausgabe RM	Zuschuß (-) oder Überschuß (+) 1943 RM	1942 RM	1941 RM
30 Kulturamt	--	--	24.691	24.691	- 24.691	--	--
31 Wissenschaftspflege	200	200	49.350	49.350	- 49.150	- 64.065	- 40.701
32 Kunstpflege.							
32 0 Städtische Theater und Orchester	1.320.150	1.173.686	2.603.480	2.457.016	- 1.283.330	- 1.521.368	- 1.424.0[illegible]
32 1 Nordmarkschule	34.999	34.999	136.412	136.412	- 101.413	- 103.093	- 71.3[illegible]
32 2 Sonstige Aufwendungen für Kunstpflege	--	--	142.680	142.680	- 142.680	- 33.535	- 22.337
Abschnitt 32	1.355.149	1.208.685	2.882.572	2.736.108	- 1.527.423	- 1.657.996	- 1.517.738
33 Volksbildung.							
33 0 Stadtbücherei	15.039	15.039	104.493	104.493	- 89.454	- 96.698	- 82.887
33 1 Sonstige Aufwendungen für Volksbildung	--	--	8.614	8.614	- 8.614	- 8.614	- 8.614
Abschnitt 33	15.039	15.039	113.107	113.107	- 98.068	- 105.312	- 91.501
34 Gemeinschaftspflege	--	--	500	500	- 500	- 500	- 500
35 Heimatpflege	577	577	23.975	23.975	- 23.398	- 23.233	- 19.613
Summe Einzelplan 3	1.370.965	1.224.501	3.094.195	2.947.731	- 1.723.230	- 1.851.106	- 1.670.053

4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe

40 Fürsorgeamt

41 Offene Fürsorge

42 Geschlossene Fürsorge

43 Förderung der freien Wohlfahrtspflege

44 Kriegerfürsorge und Familienunterhalt

- 44 0 Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
- 44 1 Familienunterhalt für Wehr-, Arbeitsdienst- und Luftschutzdienstpflichtige

45 Einrichtungen des Fürsorgewesens

- 45 0 Arbeitsfürsorge
- 45 1 Alters- und Versorgungsheime
- 45 2 Sonstige Sozialeinrichtungen

46 Jugendhilfe

47 Einrichtungen der Jugendhilfe

- 47 0 Kindertagesheime
- 47 1 Kinderheime

Finanz-statist. Kenn-ziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		40 Fürsorgeamt				
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Miete, Reinigung, Heizung	10.442	2.912	2.912	Zu 20: Für Lornsenstraße 59 und Sophienblatt 62a. Erstattungen siehe Nachw. II.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	31	Sonstige Einnahmen	6.700	2.790	6.764	
		Gesamteinnahmen	17.142	5.702	9.676	
		Davon Erstattungen	10.442	2.912	2.912	
		Reineinnahmen	6.700	2.790	6.764	
		Ausgaben				In den Vorjahrszahlen sind die auf die "Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene" - neuer Unterabschnitt 44 0 - entfallenden Beträge mit enthalten.
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	47.932	41.222	34.835	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	100.841	158.688	158.302	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	12.964	5.203	2.757	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	103.903	)		
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	11.599	) 127.761	123.198	
				)		
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	47.689	63.833	63.689	
	51 1	Desgl. für Angestellte	6.421	7.465	7.601	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	12.055	12.197	8.547	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	150	250	200	
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	9.000	9.000	8.199	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(900 (1.100	1.000 2.000	1.547 1.442	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 01	Gehälter für planmäßige Beamte (Fürsorgerinnen)	19.123	22.615	22.545	
	60 20	Vergütungen für einberufene Ermittler	11.483	7.275	5.763	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte (Fürsorgerinnen und Ermittler)	181.607	)		
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	97.222	) 284.377	273.092	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	900	)		

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	60 5	Löhne für Reinmachefrauen	3.840	5.120	4.531	Zu 60 5: Für die Kreisämter usw.
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	6.157	7.221	7.298	
	61 1	Desgl. für Angestellte	11.567	13.455	13.400	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	30.343	27.736	10.526	
	61 6	Stellvertreterkosten	400	250	189	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 9	An das Gesundheitsamt für Schulzahnpflege	1.000	1.000	1.000	Zu 63 9: An 52 0/23.
	64 0	Miete für die Abteilungen des Fürsorgeamts	(4.684 (7.116	4.600 8.234	4.425 6.854	Zu 64 0: Vgl. auch Einn. 20. An 92 1/20 - 2.223 RM 85 0/20 - 4.893 " 7.116 RM
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(3.400 (600	4.400 425	2.951 365	
	69	Vereinsbeitrag	135	135	135	Zu 64 1: Vgl. Einn. 20. An 85 0/30 - 300 RM 92 1/30 - 300 " 600 RM
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	370	Zu 69: Siehe Nachw. I.
	71	Gerichts-, Notariats- und Stempelkosten	300	300	242	
	73	Reise- und Fahrkosten	1.400	1.500	1.424	
	74	Schulungskosten, Gemeinschaftsförderung	360	430	270	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Diensträume	(180 (20	200 --	100 14	Zu 80 0: An 65/25.
	81	Feuerversicherung	15	15	8	
		Abführungen an Rücklagen.				
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	9	9	5	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	500	500	500	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	1.000	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	200	--	
		Gesamtausgaben	736.915	819.616	766.324	
		Ab Erstattungen	10.442	2.912	2.912	
		Reinausgaben	726.473	816.704	763.412	
		Reineinnahmen	6.700	2.790	6.764	
		Zuschuß	719.773	813.914	756.648	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		41 Offene Fürsorge				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				Zu 17 0 - 17 2: Siehe auch Unterabschnitt 44 0/17 0 - 17 2.
o	17 0	Überweisungen vom Reich zur Verteilung an die Kleinrentner	159.552	150.000	161.364	Zu 17 0: Zweckgebunden. Vgl. Ausg. 65 07.
o	17 1	Erstattungen von der Provinz	17.000	20.000	13.380	
o	17 2	Erstattungen von Kreisen und Fürsorgeverbänden	116.000	134.000	106.867	
	18	Erstattungen von Versicherungsträgern und dgl.	56.000	56.000	60.771	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				Zu 31: Zweckgebunden. Vgl. Ausg. 66 1. Soweit die Spenden am Jahresschluß nicht verausgabt worden sind, ist die nach Abzug der Ausgaben von den Einnahmen verbleibende Mehreinnahme von den Einnahmen abzusetzen und bei der gleichen Haushaltsstelle des folgenden Rechnungsjahres zu vereinnahmen.
	30	Erstattungen von Unterstützten und sonstigen Verpflichteten	330.000	330.000	345.682	
	31	Freiwillige Spenden	4.500	5.000	775	
	33	Zahlungen für Vorjahre	50	50	--	
		Gesamt- und Reineinnahmen	683.102	695.050	688.839	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				Zu 65 01 - 65 05, 65 08, 65 und 65 12: Gegenseitig deckungsfähig.
		Sächliche Zweckausgaben.				
		Laufende Barunterstützungen.				Zu 65 01: Durchschnittsaufwand 2.000 Parteien je 400 RM.
		Gehobene Fürsorge.				
	65 00	Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene	(--	55.000	84.864	Zu 65 02: Durchschnittsaufwand 370 Parteien je 710 RM.
			(--	--	250	
	65 01	Sozialrentner	800.000	725.400	654.688	Zu 65 03: Durchschnittsaufwand 260 Parteien je 615 RM.
	65 02	Kleinrentnerhilfeempfänger	262.700	251.900	235.874	
	65 03	Sonstige Kleinrentner	159.900	154.000	135.636	Zu 65 04: Durchschnittsaufwand 560 Parteien je 606 RM.
	65 04	Gleichgestellte	339.400	341.300	353.209	
	65 05	Sonstige Empfänger von gehobener Fürsorge	110.500	110.400	--	Zu 65 05: Durchschnittsaufwand 140 Parteien je 789 RM.
	65 06	Tumultbeschädigte	--	--	10.264	
	65 07	Reichsbeihilfen für Kleinrentner	159.552	150.000	161.364	Zu 65 07: Vgl. Einn. 17 0. Mehrausgaben können in Höhe der bei 17 0 eingehenden Mehreinnahmen geleistet werden.
	65 08	Kriegshilfeempfänger	20.000	10.000	7.310	

Finanz-statist. Kenn-ziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushalts-plan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Allgemeine Fürsorge.				
	65 11	Arbeitslose und zusätzlich Unterstützte (Alu-Empfänger, Kinderreiche u.a.)	5.700	10.000	8.593	Zu 65 11: Durchschnittsaufwand 10 Parteien je 570 RM.
	65 12	Erwerbsunfähige	316.800	300.500	397.251	Zu 65 12: Durchschnittsaufwand 480 Parteien je 660 RM.
	65 13	Pflegekinder	108.000	110.000	117.157	Zu 65 13: Zur Verfügung des Jugendamts.
		Hauszinssteuerausgleich.				
	65 20	Hauszinssteuerausgleich für Unterstützte	--	--	151.910	
	65 21	Desgl. für Nichtunterstützte	22.100	23.000	23.338	
		Einmalige Unterstützungen und Erstattungen an fremde Fürsorgeverbände.				Zu 66 1: Ausgaben können in der Höhe geleistet werden, wie Spenden bei Einn. 31 vereinnahmt werden.
	66 0	Einmalige Barunterstützungen	5.000	100.000	4.024	
	66 1	Sonderunterstützungen aus freiwilligen Spenden	4.500	5.000	775	Zu 66 2: Zur Verfügung des Jugendamts.
	66 2	Werbung von Pflegestellen	50	50	--	
o	66 3	Erstattungen an fremde Fürsorgeverbände	170.000	170.000	129.940	Zu 66 3: Davon zur Verfügung des Jugendamts 90.000 RM.
		Gesundheitsfürsorge.				
	67 0	Vergütung an die Bezirksärzte	20.000	20.700	38.915	Zu 67 1: An 52 0/23 = 300 RM 52 2/23 = 1.650 " 52 3/23 = 50 " 2.000 RM
	67 1	Heil- und Hilfsmittel	(16.000 (2.000	20.050 4.950	35.797 1.489	
	67 2	Ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung und Pflege	(5.000 (--	13.000 --	11.829 117	Vom Gesamtbetrag zur Verfügung des Jugendamts 2.000 RM.
	67 3	Wochenfürsorge	700	300	41	Zu 67 2: Davon 900 RM) zur Ver-
	67 5	Zusätzliche Krankenversicherung für die Rentner der Invaliden- und Angestelltenversicherung	8.000	8.000	--	Zu 68 0: " 8.000 ") fügung Zu 68 1: " 2.500 ") des Zu 68 2: " 500 ") Jugend- Zu 68 3: " 600 ") amts.
		Sachleistungen.				
	68 0	Kleidung	(20.000 (200	20.000 200	26.075 10	Zu 68 0: An 02 4/24.
	68 1	Hausrat	(3.000 (1.000	3.550 2.450	4.693 516	Zu 68 1: An 45 0/24.
	68 2	Speisen und Milch	15.000	18.000	15.481	
	68 3	Bestattungen	(4.400 (1.600	9.484 2.016	7.789 2.737	Zu 68 3: An 45 0/24 = 1.400 RM 71 5/23 = 200 " 1.600 RM
	68 4	Straßenbahnfahrscheine für Kriegsbeschädigte	--	2.000	1.849	
	68 5	Brennstoffbeihilfen	60.000	69.000	68.041	
		Gesamt- und Reinausgaben	2.641.102	2.710.250	2.691.826	
		Reineinnahmen	683.102	695.050	688.839	
		Zuschuß	1.958.000	2.015.200	2.002.987	

Finanz-statist. Kenn-ziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		42 Geschlossene Fürsorge				
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17 1	Erstattungen von der Provinz	35.000	45.000	34.106	
o	17 2	Erstattungen von Kreisen und Bezirksfürsorgeverbänden	65.000	65.000	56.931	
	18	Erstattungen von Versicherungsträgern	70.000	70.000	72.739	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen von Unterstützten und sonstigen Verpflichteten	64.000	64.000	98.120	
		Gesamt- und Reineinnahmen	234.000	244.000	261.896	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65 0	Überführungs- und Krankenbeförderungskosten	(5.000 (1.900	5.000 5.000	6.092 2.267	Zu 65 0: An 71 2/23. Zur Verfügung des Jugendamts 1.400 RM.
	65 1	Pflege in der Städtischen Krankenanstalt	38.000	85.000	118.932	Zu 65 1 und 65 2: Gegenseitig deckungsfähig.
	65 2	Pflege in sonstigen Krankenanstalten	(79.000 (25.000	70.000 20.000	59.768 33.677	
	65 3	Pflege in Krüppel-, Blinden-, Taubstummen-Heil- und Pflegeanstalten	420.000	420.000	489.467	Zu 65 1: An 52 2/22. Zur Verfügung des Jugendamts 5.000 RM.
	65 4	Pflege in Erholungs- und Heilstätten	(4.500 (500	7.000 500	5.201 259	Zu 65 2: An 52 4/22. Zur Verfügung des Jugendamts 5.000 RM.
	65 5	Pflege in sonstigen Heimen	(280.000 (50.000	305.000 50.000	295.784 47.560	Zu 65 4: An 51/30. Zur Verfügung des Jugendamts 2.500 RM.
		Gesamt- und Reinausgaben	903.900	967.500	1.059.007	Zu 65 5: An 52 1/22. Zur Verfügung des Jugendamts 100.000 RM.
		Reineinnahmen	234.000	244.000	261.896	
		Zuschuß	669.900	723.500	797.111	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		43 Förderung der freien Wohlfahrtspflege				Zur Verfügung des Fürsorgeamts.
		Einnahmen				
		Keine.	--	--	--	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
	69	Beihilfen und Zuschüsse	96.924	102.999	99.356	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Gesamt- und Reinausgaben	96.924	102.999	99.356	
		Reineinnahmen	--	--	--	
		Zuschuß	96.924	102.999	99.356	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		44 O Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene				
		Einnahmen				Zu 17 0 - 17 2: Bisher Abschnitt 41.
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				Zu 21: Bisher 03/21. Zweckgebunden gemäß Ausg. 44 0/66 2. Mehreinnahmen bei den Haushaltsstellen 44 0/21, 32, 34 können zu Mehrausgaben bei der Haushaltsstelle 44 0/66 2 verwendet werden. Soweit die Mittel am Jahresschluß nicht verausgabt worden sind, ist die nach Abzug der Ausgaben von den Einnahmen verbleibende Mehreinnahme in der Rechnung von den Einnahmen abzusetzen und bei der Haushaltsstelle 34 des folgenden Rechnungsjahres zu vereinnahmen.
o	17 0	Überweisungen vom Reich zur Verteilung an die Kleinrentner	2.448	--	--	
o	17 1	Erstattungen von der Provinz	3.000	--	--	
o	17 2	Erstattungen von Kreisen und Fürsorgeverbänden	4.000	--	--	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	21	Zinsen für Wertpapiere	2.245	--	--	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	32	Freiwillige Spenden	7.000	--	--	Zu 32: Bisher 03/32.
	34	Übertragungen aus dem Vorjahre	--	--	--	
		Gesamt- und Reineinnahmen	18.693	--	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	--	Zu 50 00 - 55: Bisher Abschnitt 40.
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	48.957	--	--	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	7.880	--	--	
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	18.770	--	--	
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	100	--	--	
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	15.666	--	--	
	51 1	Desgl. für Angestellte	442	--	--	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.915	--	--	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	100	--	--	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	600 400	-- --	-- --	Zu 55: An 00 3/24.

4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe

Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene 44 0

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65 0	Barunterstützungen an Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene	42.200	--	--	Zu 65 0: Bisher 41/65 00. Durchschnittsaufwand 130 Parteien je 324 RM.
	65 1	Reichsbeihilfen für Kleinrentner	2.448	--	--	
	65 2	Übergangsbeihilfen	6.000	--	--	Zu 65 1: Bisher 41/65 07. Vgl. Einn. 17 0. Mehrausgaben können in Höhe der bei 17 0 eingehenden Mehreinnahmen geleistet werden.
	66 0	Ergänzende Heilfürsorge	5.000	--	--	
	66 1	Erholungsfürsorge	15.000	--	--	
	66 2	Sonderunterstützungen aus freiwilligen Spenden usw.	15.000	--	--	Zu 66 2: Bisher 03/79.
		Gesundheitsfürsorge.				
	67 0	Heil- und Hilfsmittel	2.000	--	--	Zu 67 0 - 67 4: Gegenseitig deckungsfähig.
	67 1	Ärztliche Behandlung, Zahnersatz und Pflege	5.000	--	--	
	67 2	Überführungs- und Krankenbeförderungskosten	100	--	--	Zu 67 0: Bisher 41/67 1.
	67 3	Pflege in der Städtischen Krankenanstalt	2.000	--	--	Zu 67 1: Bisher 41/67 2.
	67 4	Pflege in sonstigen Krankenanstalten und Heimen	1.000	--	--	Zu 67 2: An 71 2/23. Bisher 42/65 0.
						Zu 67 3: An 52 2/22. Bisher 42/65 1.
		Sachleistungen.				Zu 67 4: Bisher 42/65 2 und 65 3.
	68 0	Fahrausweise für Schwerkriegsbeschädigte auf den Kieler Verkehrsunternehmungen	50.200	--	--	Zu 68 0: Bisher 41/68 4.
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	100	--	--	Zu 73: Bisher 40/73.
	74	Schulungskosten, Gemeinschaftsförderung	40	--	--	Zu 74: Bisher 40/74.
		Gesamt- und Reinausgaben	240.918	--	--	
		Reineinnahmen	18.693	--	--	
		Zuschuß	222.225	--	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		44 1 Familienunterhalt für Wehr-, Arbeitsdienst- und Luftschutzdienstpflichtige				Im vorjährigen Haushaltsplan als Abschnitt 44 aufgeführt.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattungen vom Reich	13.078.250	12.698.250	10.528.723	
		Gesamt- und Reineinnahmen	13.078.250	12.698.250	10.528.723	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	2.750 750	3.000 500	957 766	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65 0	Allgemeiner Familienunterhalt	13.871.000 10.000			Zu 65 0: Vgl. Einn. 17. An 52 1/22.
	65 10	Räumungs-Familienunterhalt (vom Reich voll zu erstatten)	500.000			Zu 65 0 - 65 9: Gegenseitig deckungsfähig.
	65 11	Räumungs-Familienunterhalt (vom Reich anteilmäßig zu erstatten)	500			
	65 2	Familienunterhalt für Teilnehmer an Lehrgängen des DRK.	500			
	65 3	Familienunterhalt für Teilnehmer an Lehrgängen der Reichs-Motor-Sportschulen	500			
	65 4	Familienunterhalt für Teilnehmer an Lehrgängen des NS.-Fliegerkorps	500	13.990.000 10.000	11.765.338 5.988	
	65 5	Familienunterhalt für Teilnehmer an Lehrgängen in den Reichsausbildungslagern der HJ.	500			
	65 6	Weihnachtszuwendungen	500			Zu 65 6: Nach § 5 Abs. 2 der Verordnung vom 16.12.1939.
	65 7	Umstellungsbeihilfen für Personenbeschädigte und Angehörige	5.000			
	65 8	Beschaffungsbeihilfen an entlassene Kriegsbesoldungsempfänger	10.000			
	65 9	Zuschüsse an Prüfungsurlauber des Handwerks	1.000			
		Gesamt- und Reinausgaben	14.403.500	14.003.500	11.773.049	
		Reineinnahmen	13.078.250	12.698.250	10.528.723	
		Zuschuß	1.325.250	1.305.250	1.244.326	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		45 0 Arbeitsfürsorge				Zur Verfügung des Fürsorgeamts.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	24	Verkaufserlöse	(17.050 (2.950	15.500 4.500	19.164 2.893	Zu 24: Erstattungen siehe Nachw. II.
	25	Für die Stellung von Arbeitskräften	--	4.000	--	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	33	Zahlungen für Vorjahre	1	1	--	
		Gesamteinnahmen	20.001	24.001	22.057	
		Davon Erstattungen	2.950	4.500	2.893	
		Reineinnahmen	17.051	19.501	19.164	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	9.170	8.360	6.802	
	60 50	Löhne für einberufene Arbeiter	3.700	3.700	2.046	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Arbeiter	39.000	39.000	38.525	
	60 52	Löhne für Ersatzpersonal	--	--	--	
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	462	470	397	
	61 2	Ruhelöhne für Arbeiter	357	263	238	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	3.298	3.037	2.961	
	61 6	Stellvertreterkosten	300	1.200	1.237	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62	Verbrauchsstoffe	(7.550 (50	9.600 --	8.251 30	Zu 62: Holz und sonstiges Material, Treibstoffe, Gärtnereibedarf. An 71 01/24.
	63 1	Fernsprechgebühren	300	300	216	
	63 3	Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel	20	20	18	
	64 0	Pacht	1.667	1.667	1.876	Zu 64 0: An 86 1/20 0.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	740	640	506	
	64 2	Grundstücksabgaben	9	9	4	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	690	690	761	
	72	Schutzkleidung, sonstige Ausrüstungsstücke	60	60	--	
	73	Reise- und Fahrkosten	50	50	29	
	74	Gemeinschaftsförderung	40	70	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	140	140	8	
	80 3	Unterhaltung der Einrichtungen und des Kraftwagens	1.220	1.220	4.568	
	81	Feuerversicherung	112	112	112	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	1.862	1.862	1.862	
	85 0	Abführungen an Kapitalsicherungsrücklagen	120	98	26	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	100	100	100	
		Gesamtausgaben	71.017	72.668	70.573	
		Ab Erstattungen	2.950	4.500	2.893	
		Reinausgaben	68.067	68.168	67.680	
		Reineinnahmen	17.051	19.501	19.164	
		Zuschuß	51.016	48.667	48.516	

Zu 82 0: Für Gebäude 1 % von 32.200 RM, Mobiliar 4 % von 1.000 RM, Maschinen und Apparate 10 % von 15.000 RM.

Zu 85 0: An die Feuer- und die Auto-Kaskoselbstversicherungsrücklage.

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		45 1 Alters- und Versorgungsheime				Zur Verfügung des Fürsorgeamts. 4 Alters-, 2 Versorgungsheime.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	8.950	8.950	8.413	
	22	Naturalbezüge der Verwalter	2.591	2.754	2.591	
	24	Sonstige Verkaufserlöse	8.600	9.600	8.677	Zu 24: Wert der selbstverbrauchten Eigenerzeugung.
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen von Unterstützten und sonstigen Verpflichteten	43.500	42.450	43.842	
		Gesamt- und Reineinnahmen	63.641	63.754	63.523	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	--	--	--	
	60 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte	4.037	4.037	3.978	
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	2.605	2.605	2.613	
	60 4	Sondervergütungen	1.515	1.515	200	Zu 60 4: Für 2 Hauswarte.
	60 5	Löhne für Hausangestellte	10.000	10.000	9.795	
	61 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	1.300	1.290	1.240	
	61 1	Desgl. für Angestellte	132	147	153	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.850	1.441	1.710	
	61 6	Stellvertreterkosten	1.000	800	634	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62	Verbrauchsstoffe	6.500	6.500	5.690	
	63 0	Bücher und Zeitungen	48	48	46	
	63 1	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	600	600	449	
	63 2	Verwaltungsbedürfnisse	25	25	19	Zu 63 2: An 00 3/24.
	63 3	Verbandzeug, Heil- und Desinfektionsmittel, Körperpflege, ärztliche Behandlung	2.400	2.400	1.942	
	63 4	Kleidung, Wäsche	6.500	6.500	4.211	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	63 5	Beköstigungsmittel	30.000	30.000	30.191	Zu 63 5: Je Verpflegungstag und Teilnehmer 0,577 RM.
	63 6	Taschengelder und Vergütungen an mitarbeitende Insassen	10.800	7.800	7.004	
	63 7	Weihnachts- und andere Feiern	600	600	598	
	64 0	Pacht	521	521	476	Zu 64 0: An 92 0/20.
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(7.479 (25	7.475 25	7.035 10	Zu 64 1: An 71 01/25.
	64 2	Grundstücksabgaben	(700 (1.000	691 879	527 955	Zu 64 2: An 71 01/16 " 800 RM 71 02/23 " 50 " 71 04/25 " 150 " 1.000 RM
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	45	40	83	
	73	Reise- und Fahrkosten	130	130	105	
	74	Gemeinschaftsförderung	32	32	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	2.000	2.000	1.496	
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	(280 (60	280 60	71 52	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung der Einrichtungen	1.200	1.200	1.150	
	81	Feuerversicherung	195	195	195	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	4.265	4.265	4.265	Zu 82 0: Gebäude 1 % von 207.810 RM, 2 % von 27.560 RM, Mobiliar, Maschinen und Apparate 4 % von 900 RM, 5 % von 32.000 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	117	117	117	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	100	100	100	
		Schuldendienst.				
	87 1	Zinsen für allgemeines Kapitalvermögen	--	3.072	3.072	
		Gesamt- und Reinausgaben	98.061	97.390	90.182	
		Reineinnahmen	63.641	63.754	63.523	
		Zuschuß	34.420	33.636	26.659	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		45 2 Sonstige Sozialeinrichtungen				Zur Verfügung der Städtischen Hausverwaltung.
						Zu 45 2 gehören: Obdachlosenunterkünfte, Wohnstätten, Rentnerheime, Unterkünfte für Evakuierte.
		Einnahmen				
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Miete, Pacht, Anerkennungsgebühren	(240.297 (4.549	235.164 4.549	209.076 4.564	Zu 20 und 25: Erstattungen siehe Nachw. II.
	25	Wäschereinigen	(6.400 (1.630	6.460 1.710	579 248	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattung von Fürsorge- und sonstigen Leistungen	965	1.280	234	
	33	Zahlungen für Vorjahre	--	4.860	3	
		Gesamteinnahmen	253.841	254.023	214.704	
		Davon Erstattungen	6.179	6.259	4.812	
		Reineinnahmen	247.662	247.764	209.892	
		Ausgaben				
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	9.574	10.504	--	
	60 4	Sondervergütungen	3.396	3.828	2.719	Zu 60 4: Für die Hauswarte und Aufseher.
	60 50	Löhne für einberufene Arbeiter	3.100	3.100	1.465	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Arbeiter und für Reinmachefrauen	27.192	26.104	25.280	
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	536	589	--	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	3.150	3.102	2.429	
	61 6	Stellvertreterkosten	500	1.800	598	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 1	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	1.050	800	730	Zu 63 2: An 71 6/25.
	63 2	Untersuchungen durch das städtische Laboratorium	60	--	--	Zu 64 2: An 71 01/16 - 399 RM 71 01/23 - 70 " 71 01/25 - 50 " 71 02/23 - -- 71 04/23 - 4.462 " 71 04/25 - 250 " 5.231 RM
	64 0	Miete, Pacht	1.350	1.350	250	
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	33.685	34.115	31.239	
	64 2	Grundstücksabgaben	(28.149 (5.231	30.998 5.608	28.543 5.403	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	40	
	71	Prozeßkosten	100	100	87	
	74	Gemeinschaftsförderung	36	46	46	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(4.950 (150	5.000 50	2.592 56	Zu 80 0: An 71 04/25. Gegenseitig deckungsfähig mit 80 1.
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	(1.140 (300	1.140 300	801 518	Zu 80 1: An 65/25. Gegenseitig deckungsfähig mit 80 0.
	80 4	Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen	(150 (150	250 50	22 --	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Sachversicherungen	624	648	584	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	28.442	30.610	27.431	Zu 82 0: 3/4 % von 2.384.564 RM 1 % von 446.090 " 2 % von 304.873 "
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	375	389	350	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungs-rücklage	100	100	100	
		Schuldendienst.				
	87 0	Schuldenzinsen	11.386	13.352	13.460	
	87 1	Zinsen für allgemeines Kapitalvermögen	--	65.472	64.700	
	88	Schuldentilgung	9.459	9.363	10.461	
		Gesamtausgaben	174.335	248.768	219.904	
		Ab Erstattungen	6.179	6.259	4.812	
		Reinausgaben	168.156	242.509	215.092	
		Reineinnahmen	247.662	247.764	209.892	
		Zuschuß	--	--	5.200	
		Überschuß	79.506	5.255	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		46 Jugendhilfe				Zur Verfügung des Jugendamts.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattung der Kosten für die Überführung von Fürsorgezöglingen	2.000	1.400	2.436	Zu 17: Von Fürsorgeerziehungsbehörden.
		Gesamt- und Reineinnahmen	2.000	1.400	2.436	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Persönliche Verwaltungsausgaben.				
	50 00	Gehälter für einberufene planmäßige Beamte	44.353	43.817	39.645	
	50 01	Gehälter für nichteinberufene planmäßige Beamte ...	47.818	47.068	48.480	
	50 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	50 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	8.952			
	50 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	20.164	29.910	27.839	
	50 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	--			
	51 0	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	29.673	29.020	29.022	
	51 1	Desgl. für Angestellte	768	1.140	1.041	
	51 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge ...	2.983	2.746	1.528	
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	53	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	150	150	97	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(300 (900	300 900	423 630	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	22.714			
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	10.275	20.294	17.035	
	60 31	Vergütungen für Aushilfsdienst, Stundenleistungen und Überstunden	--			
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	1.428	1.005	1.490	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge ...	3.380	1.862	1.384	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Zweckausgaben.				
	65	Transport von Fürsorgezöglingen	3.800	--	--	Zu 65: Bisher bei Ausg. 73 mit nachgewiesen.
	69	Vereinsbeiträge	75	75	75	Zu 69: Siehe Nachw. I.
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	--	--	40	
	73	Reise- und Fahrkosten	400	3.600	3.104	Zu 73: Vgl. Ausg. 65.
	74	Gemeinschaftsförderung	60	62	60	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Abführungen an Rücklagen.				
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	200	200	200	
		Gesamt- und Reinausgaben	198.393	182.149	172.093	
		Reineinnahmen	2.000	1.400	2.436	
		Zuschuß	196.393	180.749	169.657	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		47 0 Kindertagesheime				Zur Verfügung des Stadtamts für Leibesübungen und Jugendertüchtigung.
		Einnahmen				Zu 47 0 gehören: die Kindertagesheime Schwanensee, Kaiserstraße, Knooper Weg, Rendsburger Landstraße, Horst-Wessel-Park, der Kindergarten Hof Hammer, die Kleinkindererholungsstätte Hof Hammer und die Nähstube der Kindertagesheime Mühliusstraße 89.
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
	13	Verwaltungs- und Hebegebühren	3	3	3	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	20	Mieten	(1.342 (1.341	1.149 1.341	1.212 1.081	
	22	Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen	29.420	29.420	8.445	Zu 20 und 25: Erstattungen siehe Nachw. II.
	25	Arbeitsentgelte	(3.600 (800	3.600 800	1.200 800	
		Sonstige Einnahmen und innere Verrechnungen.				
	30	Erstattungen	--	10	--	
		Gesamteinnahmen	36.506	36.323	12.741	
		Davon Erstattungen	2.141	2.141	1.881	
		Reineinnahmen	34.365	34.182	10.860	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	(1.360 (50	1.060 50	926 --	Zu 54: An 45 0/24.
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	(140 (60	140 60	116 40	Zu 55: An 00 3/24.
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	2.499	--	1.617	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	51.563	)		
	60 30	Vergütungen für Kriegshilfsangestellte	10.547	) 70.406	64.223	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Arbeiter und für Reinmachefrauen	63.942	45.950	42.276	
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	3.252	3.953	3.787	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	14.050	10.878	9.936	
	61 6	Stellvertreterkosten	--	2.757	675	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Sächliche Zweckausgaben.				
	63 1	Gartenbewirtschaftung	(300 (--	300 --	106 24	
	63 2	Arzt- und Desinfektionskosten	(50 (375	50 375	-- --	Zu 63 2: An 52 3/23.
	63 3	Heimveranstaltungen	1.230	1.230	825	
	63 4	Transportkosten	(100 (--	100 --	38 28	
	63 5	Wäschereinigung, Waschmittel	(600 (1.350	300 1.350	321 105	Zu 63 5: An 45 2/25.
	63 6	Körperpflege, Heil- und Desinfektionsmittel, Verbandstoffe, ärztliche Instrumente	(1.280 (200	980 200	474 128	Zu 63 6: An 00 3/24.
	63 7	Bekleidung, Wäsche, Decken	(1.400 (--	900 --	301 3	
	63 8	Beschäftigungsmittel	(1.960 (100	1.460 100	897 81	Zu 63 8: An 00 3/24.
	64 0	Mieten	11.218	11.218	7.816	Zu 64 0: An 45 2/20 = 3.401 RM 92 1/20 = 7.817 " 11.218 RM
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	(9.250 (--	9.117 --	8.504 20	
	64 2	Grundstücksabgaben	(300 (690	370 690	403 643	Zu 64 2: An 52 3/23 = 40 RM 71 01/16 = 24 " 71 01/23 = 20 " 71 04/23 = 210 " 71 04/25 = 180 " 690 RM
	65	Beköstigungsmittel	(29.500 (500	32.700 500	17.615 116	Zu 65: An 45 0/24. Für die Heimverpflegung.
	66	Unfallversicherung für die Heimkinder	90	90	--	
		Verschiedene Ausgaben.				
	70	Steuern	30	30	300	
	71	Prozeßkosten (einschl. Gerichtskosten)	10	10	--	
	73	Reise- und Fahrkosten	200	200	267	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	(2.400 (--	2.400 --	1.744 86	
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	(200 (150	200 150	102 70	Zu 80 1: An 65/25.
	80 3	Unterhaltung des Heiminventars	(2.500 (--	2.000 --	1.497 70	
	80 4	Unterhaltung der gärtnerischen und Parkanlagen	(239 (500	239 500	-- 375	Zu 80 4: An 71 4/25.
	81	Feuerversicherung	90	90	71	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	3.220	2.938	2.938	Zu 82 0: Gebäude 3/4 % von 90.100 RM, Inventar 6 % von 42.400 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	54	54	43	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	200	200	200	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	1.600	200	
	90 1	Ergänzung des Wäschebestandes und Beschaffung von Kleingeräten	2.000	--	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	400	817	
	97 1	Ergänzung des Inventars der Kindertagesheime	1.000	--	--	
		Gesamtausgaben	220.749	208.295	170.824	
		Ab Erstattungen	2.141	2.141	1.881	
		Reinausgaben	218.608	206.154	168.943	
		Reineinnahmen	34.365	34.182	10.860	
		Zuschuß	184.243	171.972	158.083	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
		47 1 Kinderheime				Zur Verfügung des Jugendamts. Kinderheim in Südensee bei Sörup. Das Grundstück ist 1941 erworben worden.
		Einnahmen				
		Steuern, Gebühren, Beiträge und Leistungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.				
o	17	Erstattung von Fürsorgeverbänden	4.000	4.000	--	
		Vermögenserträge, Arbeits- und Nutzungsentgelte.				
	22	Verpflegungs- und sonstige Heimeinnahmen	2.280	600	--	
	25	Arbeitsentgelte	300	300	--	
		Gesamt- und Reineinnahmen	6.580	4.900	--	
		Ausgaben				
		Verwaltungsausgaben.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben.				
	54	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	300	300	--	
	55	Bekanntmachungen, Vordrucke und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	100	100	--	
		Zweckausgaben.				
		Persönliche Zweckausgaben.				
	60 20	Vergütungen für einberufene Angestellte	--	--	--	
	60 21	Vergütungen für nichteinberufene Angestellte	12.000	8.280	--	
	60 51	Löhne für nichteinberufene Arbeiter und für Reinmachefrauen	4.000	200	--	
	61 1	Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Angestellte	700	464	--	
	61 3	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.265	762	--	
		Sächliche Zweckausgaben.				
	62	Verbrauchsstoffe	400	--	--	Zu 62: Futtermittel.
	63 1	Gartenbewirtschaftung	100	100	--	
	63 2	Arzt- und Desinfektionskosten	300	300	--	
	63 5	Wäschereinigung, Waschmittel	500	400	--	
	63 6	Körperpflege, Heil- und Desinfektionsmittel, Verbandstoffe, ärztliche Instrumente	150	150	--	
	63 7	Bekleidung, Wäsche, Decken	1.000	1.200	--	
	63 8	Beschäftigungsmittel	200	200	--	

Finanzstatist. Kennziffer	Haushaltsstelle Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichnung	Haushaltsplan 1943 RM	Haushaltsplan einschl. Nachtrag 1942 RM	Rechnung 1941 RM	Erläuterungen
	64 1	Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	1.500	1.200	--	
	64 2	Grundstücksabgaben	35	35	--	
	65	Beköstigungsmittel	25.000	25.000	--	
	66	Unfallversicherung für die Heimkinder	50	50	--	
		Verschiedene Ausgaben.				
	73	Reise- und Fahrkosten	200	100	--	
	74	Weihnachtsfeiern und Gemeinschaftsförderung	300	--	--	
		Anlagen- und Schuldendienst.				
		Unterhaltung.				
	80 0	Unterhaltung der Gebäude	500	500	--	
	80 1	Unterhaltung der maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lichtanlagen	200	200	--	
	80 3	Unterhaltung des Heiminventars	500	500	--	
	80 4	Unterhaltung der gärtnerischen und Parkanlagen	100	100	--	
	81	Feuerversicherung	40	30	--	
		Abführungen an Rücklagen.				
	82 0	Gewöhnliche Abschreibungen	483	483	--	Zu 82 0: Gebäude 1,5 % von 32.200 RM.
	85 0	Abführungen an die Feuerselbstversicherungsrücklage	18	18	--	
	86	Abführungen an die Haftpflichtselbstversicherungsrücklage	--	50	--	
		Einmalige Ausgaben.				
	90 0	Nicht vermögensbildend	--	200	--	
	90 1	Ergänzung des Wäschebestandes und Beschaffung von Kleingeräten	200	--	--	
	97 0	Vermögensbildend (abschreibepflichtig)	--	200	--	
	97 1	Beschaffung von Sportgeräten für das Kleinkinderturnen	200	--	--	
		Gesamt- und Reinausgaben	50.341	41.122	--	
		Reineinnahmen	6.580	4.900	--	
		Zuschuß	43.761	36.222	--	

Abschluß Einzelplan 4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe

Abschnitt bzw. Unterabschnitt	1943 Gesamteinnahme RM	1943 Reineinnahme RM	1943 Gesamtausgabe RM	1943 Reinausgabe RM	Zuschuß (-) oder Überschuß (+) 1943 RM	1942 RM	1941 RM
40 Fürsorgeamt	17.142	6.700	736.915	726.473	- 719.773	- 813.914	- 756.648
41 Offene Fürsorge	683.102	683.102	2.641.102	2.641.102	- 1.958.000	- 2.015.200	- 2.002.987
42 Geschlossene Fürsorge	234.000	234.000	903.900	903.900	- 669.900	- 723.500	- 797.111
43 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	--	--	96.924	96.924	- 96.924	- 102.999	- 99.3[illegible]
44 Kriegerfürsorge und Familienunterhalt.							
44 0 Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	18.693	18.693	240.918	240.918	- 222.225	--	--
44 1 Familienunterhalt für Wehr-, Arbeitsdienst- und Luftschutzdienstpflichtige	13.078.250	13.078.250	14.403.500	14.403.500	- 1.325.250	- 1.305.250	- 1.244.326
Abschnitt 44	13.096.943	13.096.943	14.644.418	14.644.418	- 1.547.475	- 1.305.250	- 1.244.326
45 Einrichtungen des Fürsorgewesens.							
45 0 Arbeitsfürsorge	20.001	17.051	71.017	68.067	- 51.016	- 48.667	- 48.516
45 1 Alters- und Versorgungsheime	63.641	63.641	98.061	98.061	- 34.420	- 33.636	- 26.659
45 2 Sonstige Sozialeinrichtungen	253.841	247.662	174.335	168.156	+ 79.506	+ 5.255	- 5.200
Abschnitt 45	337.483	328.354	343.413	334.284	- 5.930	- 77.048	- 80.3[illegible]
46 Jugendhilfe	2.000	2.000	198.393	198.393	- 196.393	- 180.749	- 169.657
47 Einrichtungen der Jugendhilfe.							
47 0 Kindertagesheime	36.506	34.365	220.749	218.608	- 184.243	- 171.972	- 158.083
47 1 Kinderheime	6.580	6.580	50.341	50.341	- 43.761	- 36.222	--
Abschnitt 47	43.086	40.945	271.090	268.949	- 228.004	- 208.194	- 158.083
Summe Einzelplan 4	14.413.756	14.392.044	19.836.155	19.814.443	- 5.422.399	- 5.426.854	- 5.308.543